

Notitiae ex Academia Bratislavensi Iurisprudentiae

Vedecký časopis Fakulty práva Paneurópskej vysokej školy



Notitiae ex Academia Bratislavensi Iurisprudentiae

4/2010



Obsah/Contents

Odborné články/Papers

- **Das ABGB 1812-2012, Die naturrechtliche Kodifikation vor ihrem 200-Jahre-Jubiläum..... 4**
The Austrian Civil Code (ABGB) 1812 – 2012, The codification of natural law on the eve of its 200-year-anniversary
Univ. Prof. Dr. DDr.h.c. Werner Ogris
- **Súčasný prístup k chápaniu sociálnej spravodlivosti 15**
Actual tendencies to understanding of social justice
doc. Dr. Jarmila Chovancová, CSc.
- **Imunita sudcov všeobecných súdov – komparatívny pohľad..... 23**
Immunity of Judges of general courts – a comparative view
JUDr. Boris Balog, PhD.
- **K vybraným aspektom procesného inštitútu nazerania do spisov podľa správneho poriadku 32**
The selected procedural aspects of the Institute of viewing the files under the Administrative Procedure
JUDr. Ing. Branislav Cepek, PhD.
- **Vysielacie práva na športových podujatiach v európskom a slovenskom kontexte..... 37**
Broadcasting rights of sports events in a European and Slovakian context
JUDr. PhDr. Tomáš Gábriš, PhD., LL.M., MA
- **Právny režim zmlúv o podpore a ochrane investícií po vstupe do Európskej únie 52**
Legal regime of bilateral investment treaties after the accession of the Slovak Republic in the European Union
JUDr. Peter Pénzeš, LL.M., PhD.
- **„Od hyperaktívneho štátu k štátu nevládnemu“: história vzťahu štátu – športu – práva na území Slovenska 61**
From „Hyperactive State“ to „Immobilized State“: History of Relationship of State-Sport-Law in the Territory of Slovakia
Mgr. Mgr. Ladislav Križan, PhD.

➤ Rozhodnutie o vzatí obvineného do väzby v prípravnom konaní 81 <i>Decision of pre-trial detention</i> <i>JUDr. Michaela Buceková</i>
➤ Úvod do tvorby efektívneho e-learningového kurzu..... 88 <i>Introduction into the creation of effective e-courses</i> <i>PaedDr. Zuzana Kurucová</i>
➤ Ochrana osobnosti v kontexte aplikácie vybraných zásad trestného konania 97 <i>Protection of the personal rights in a context of application of selected principles of criminal proceeding</i> <i>JUDr. Marcela Tóthová</i>
➤ K historickým aspektom vzniku a vývoja orgánov verejnej žaloby na území Slovenskej republiky 105 <i>To historical aspects of formation and development of public prosecution office on the territory of the Slovak Republic</i> <i>Mgr. Bystrík Šramel</i>

Das ABGB 1812 – 2012

Die naturrechtliche Kodifikation vor ihrem 200-Jahr-Jubiläum

The Austrian Civil Code (ABGB) 1812 – 2012
***The codification of natural law on the eve
of its 200-year-anniversary***

Werner Ogris

Vorbemerkung

1. Das österreichische allgemeine bürgerliche Gesetzbuch (ABGB) von 1812 ist nach dem französischen *Code civil* (CC) von 1804 das zweitälteste Gesetzbuch Europas (und wohl der Welt?), das heute noch – wenn auch vielfach novelliert – in Kraft steht. Es wird also im nächsten und/oder im übernächsten Jahr sein 200-Jahre-Jubiläum begehen und von vielen Institutionen in zahlreichen Festakten, Symposien und Festschriften gefeiert und gewürdigt, in mancherlei Hinsicht wohl auch kritisch beleuchtet werden.¹⁾ Im Gegensatz jedoch zur Zentenarfeier am Beginn des vorigen Jahrhunderts, die im Zeichen einer umfangreichen Novellierung des damals schon altehrwürdigen Gesetzbuches stand, ist diesmal von einer größeren Umgestaltung oder gar von einem neuen Zivilgesetzbuch keine Rede. Natürlich wurden und werden immer wieder Änderungswünsche an die Kodifikation herangetragen; doch gravierende Neuerungen sind, zumindest in absehbarer Zukunft, nicht zu erwarten. Die österreichische Rechtspraxis und die österreichische Rechtswissenschaft werden daher wohl noch einige Zeit mit dem ABGB leben müssen. Beide sind mit ihm, zumindest nach der in heimischen Juristenkreisen weitaus überwiegenden Meinung, bisher nicht schlecht gefahren.
2. Jubiläen allerdings tragen die Gefahr in sich, das „jubilierende“ Ereignis in rosarotes Licht zu tauchen. Das schadet nichts, solange man sich der historischen Bedingtheit jeder sozialen Erscheinung und damit auch eines Gesetzbuches bewusst bleibt. Im konkreten Fall wird man dem ABGB nur gerecht werden, wenn man es nicht zu einem unantastbaren Götzen hochstilisiert. Das ist es nicht, das war es nicht – und das konnte und wollte es nicht sein! Niemals zum Beispiel war in ihm das gesamte bürgerliche Recht enthalten, stets standen mehr oder weniger umfangreiche privat- oder verwaltungsrechtliche Gesetze neben ihm. Und niemals konnte und durfte es sich den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen seiner Umgebung auf Dauer entziehen, so dass von allem Anfang an zahlreiche mehr oder weniger weit

1) Geplant sind u. A. eine vom Institut für Zivilrecht der Wiener Universität gemeinsam mit dem Bundesministerium für Justiz herausgegebene Festschrift; ein Symposium des Max-Planck-Instituts für europäische Rechtsgeschichte im November d. J.; ein von der Kommission für Rechtsgeschichte (KRGÖ) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) gemeinsam mit der Wiener Rechtsgeschichtlichen Gesellschaft (WRG) organisiertes Symposium im Juni 2011. Weitere Veranstaltungen sind in Planung.

reichende Korrekturen an seinem Textbestand nötig waren. Erkennen wir dies und sehen wir im ABGB nicht ein allumfassendes und statisches Rechtskompendium, sondern ein dynamisches Element mit Richtlinienfunktion, so erschließen sich uns sein reiches und wechselvolles Schicksal sowie seine Stärken und seine Schwächen.

Dazu im Folgenden einige skizzenhafte Bemerkungen.

I. Orbis iuris Austriacus

1. Das ABGB wurde nach mehr als fünfzigjähriger, überaus mühsamer und wechselvoller Kodifikationsarbeit²⁾ durch kaiserliches Patent am 1. Juni 1811 kundgemacht und trat am Neujahrstage des Jahres 1812 in Kraft. Dieser Vorgang des Inkrafttretens stellt für die geographische Rechtswissenschaft, die Geojurisprudenz, eine wahre Fundgrube dar.³⁾ Seinem Titel nach sollte das ABGB ein Gesetzbuch für *die gesamten deutschen Erbländer der Österreichischen Monarchie* sein. Tatsächlich konnte das ursprünglich nur für jene Länder in Betracht kommen, die damals nicht unter fremder (französischer oder bayerischer) Herrschaft standen, also etwa für Niederösterreich, die Steiermark, Kärnten, Böhmen, Mähren, Schlesien, die Bukowina sowie die größten Teile Oberösterreichs und Galiziens. Zwischen 1815 und 1820 wurde es nach und nach auch in jenen Gebieten eingeführt, die durch den Pariser Frieden oder die Wiener Kongressakte an die Monarchie zurückfielen oder von dieser neu erworben wurden. Von 1816-65 galt es in der Lombardei, 1816-71 in Venedig, ab 1855 in Krakau. 1852/53 wurde sein Geltungsbereich auf Ungarn und dessen Nebenländer erstreckt – als Mittel *der Vereinigung aller Länder und Stämme der Monarchie zu einem großen Staatskörper*, also im Dienste der zentralistischen Gesamtstaatsidee des Neoabsolutismus. Doch blieb dieses Programm weitgehend auf dem Papier, weil die nationalstolzen Ungarn nicht im Traum daran dachten, sich zu dem cisleithanischen Gesetzbuch zu bekennen, zumindest nicht öffentlich. Tatsächlich trat es in Kernungarn schon 1861 wieder außer Kraft; nur in Kroatien und Slawonien sowie in Siebenbürgen und in einigen anderen Gebieten galt es fort, doch ohne die späteren Novellierungen. In Bosnien und in der Herzegowina kam es seit 1878 als subsidiäre Rechtsquelle nach dem einheimischen (etwa dem ottomanischen) Recht zu Anwendung.
2. Wenn das ABGB (aus überwiegend politischen Gründen) auch nicht das Ansehen und die internationale Breitenwirkung des *Code civil* erreichte, so übte es doch eine erhebliche Strahlkraft auf das (benachbarte) Ausland aus. Es beeinflusste die Zivilrechtskodifikationen mehrerer Schweizer Kantone (bes. Luzern 1831/39, Solothurn 1841/47 und Aargau 1847/55) und wurde kurzfristig sogar als Gesetzbuch des Deutschen Bundes (von Justus Thibaut) in Vorschlag gebracht, freilich erfolglos. Es wirkte vorbildhaft auf Entwürfe in Bayern (1832/34) und in Sachsen (1852). Der

2) Die Kodifikationsgeschichte ist mehr oder weniger ausführlich in den unten im Literaturverzeichnis angeführten Schriften dargestellt. Am ausführlichsten noch immer Harras von Harrasowsky, Ph.: Geschichte der Codification des österreichischen Civilrechtes, Wien 1868 (Neudruck Frankfurt/Main 1968).

3) Dazu Busch J./Besenböck A.: Von Mailand bis Czernowitz. Die Einführung des österreichischen ABGB. Gesamtstaatsidee und nationaler Partikularismus, in: Bauer A./Welker K. H. L. (Hgg.): Europa und seine Regionen. 2000 Jahre europäische Rechtsgeschichte (Köln u.a. 2006), S. 535 – 597.

Codex Callimachus von 1817 für das Fürstentum Moldau stellte im Wesentlichen eine Übersetzung des ABGB dar. Auch die Gesetzbücher Serbiens 1844 und Montenegros (Codex Bogisic 1888) können ABGB-Einflüsse nicht verleugnen. Ins Fürstentum Liechtenstein wurde es bereits 1812 übernommen, das Erbrecht allerdings erst 1847.⁴⁾ Derzeit gelten dort nur noch etwa 40 Prozent der ursprünglichen Paragraphen, da Sachen-, Personen- und Gesellschaftsrecht in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts nach deutschem und/oder vor allem schweizerischem Muster neu geregelt wurden. An die Stelle der konfessionell geprägten eherechtlichen Bestimmungen des ABGB trat erst 1974 das Ehegesetz, mit dem die obligatorische Zivilehe eingeführt und die Ehescheidung ermöglicht wurde. Heute noch finden sich im liechtensteinischen ABGB die zentralen Bestimmungen des Vormundschafts- und des Kindschaftsrechts sowie das Erbrecht und das Recht der vertraglichen und außervertraglichen Schuldverhältnisse, jeweils flankiert von entsprechenden Spezialgesetzen.

3. Das Ende der Monarchie bedeutete nicht auch das Ende ihres Rechts. Das ABGB lebte nicht nur im klein gewordenen Österreich fort, sondern auch in den meisten anderen Nachfolgestaaten der Monarchie, wenn auch mit mehr oder minder tiefgreifenden Veränderungen und formell als jeweils nationales Recht.⁵⁾ Das war zwar nur als Provisorium gedacht; doch in der Praxis bewies das altösterreichische Recht eine erstaunliche Lebenskraft. Im Grunde haben erst nach dem Zweiten Weltkrieg die sozialistischen Staaten die überlieferte Rechtskultur bis auf kleine Restbestände beseitigt.
4. In (Deutsch-)Österreich blieb das ABGB mit der großen Masse nichtverfassungsrechtlicher Normen über mehrere Verfassungsumbrüche hinweg unangefochten. Seit 15. Juni 1922 gilt es (zunächst allerdings ohne das Eherecht) im Burgenland. Auch die NS-Ära überlebte es, weil das geplante Volksgesetzbuch, das ABGB und BGB hätte ersetzen sollen, nicht zustande kam. In diesem Zusammenhang muss man der Wahrheit die Ehre geben: Es war nicht nur die inhaltliche Qualität, die dem ABGB ein derartig langes Leben beschied; der Kodex hatte schlichtweg Glück! Denn wäre das Volksgesetzbuch tatsächlich gekommen, so hätte keine wie immer geartete sachliche Qualität das ABGB gerettet. So aber wahrte es als *Österreichisches Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch* immerhin ein bescheidenes Element österreichischer Identität.⁶⁾ Allerdings stellten das deutsche Gesetz zur Vereinheitlichung des Rechts der Eheschließung und der Ehescheidung (EheG) von 1938 und das Personenstandsgesetz samt den entsprechenden Verordnungen einen massiven Eingriff in das ABGB dar. Und auch das Testamentsrecht war vorübergehend (1938-47) durch das reichsdeutsche *Gesetz über die Errichtung von Testamenten und Erbverträgen* vom 31. Juli 1938 ersetzt.

4) Vgl. dazu Berger, E.: 150 Jahre ABGB in Liechtenstein, in: Liechtensteinische Juristenzeitung 2002, S. 1 – 10.

5) Dazu grundlegend und auch heute noch aktuell Slapnicka, H.: Österreichs Recht außerhalb Österreichs. Der Untergang des österreichischen Rechtsraums (= Schriftenreihe des österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 4), Wien 1973.

6) In diesem Sinne etwa Mayer-Maly, Th.: Die Lebenskraft des ABGB, in: Österreichische Notariatszeitung 12/1986, S. 265 – 270.

II. Sein Inhalt

1. Im Gegensatz zum Allgemeinen Landrecht für die preußischen Staaten (ALR) von 1794, das als Universalkodifikation die gesamte Rechtsordnung des Staates erfassen wollte,⁷⁾ war und ist das ABGB eine reine Privatrechtskodifikation. Zwar hat es im Laufe der Kodifikationsgeschichte nicht an Versuchen gefehlt, ihm verfassungsrechtliche Bestimmungen grundrechtlichen Charakters einzufügen (Machtspruchverbot, Garantie justizförmiger Entscheidungen von Rechtsstreitigkeiten, Bindung der monarchischen Gesetzgebungsgewalt an das allgemeine Wohl u. Ä.), doch Franz von Zeiller, der Referent der das Gesetzbuch vollendenden Hofkommission und als solcher einflussreicher Hauptredaktor des ABGB, bereitete derartigen Bestrebungen ein abruptes Ende, und zwar aus allgemein-politischen wie aus praktisch-systematischen Überlegungen. Immerhin anerkennt der berühmte § 16 jeden Menschen als Person und statuiert dadurch eine Art „Urrecht der Persönlichkeit“.⁸⁾
2. Die Beschränkung auf das bürgerliche Recht ermöglichte dem ABGB einen klaren und einfachen Aufbau. In ursprünglich 1502 durchgezählten Paragraphen ordnet es den Stoff nach einer Einleitung in drei Teile: Personenrecht, Sachenrecht (dingliche Rechte, Obligationenrecht), gemeinsame Bestimmungen. In diesem modifizierten Institutionensystem lebt ganz offensichtlich die alte gaianische Trias *personae – res – actiones* aus dem 2. Jahrhundert n. Chr., fort, wobei das formelle Klagerecht in die Gerichtsordnung verwiesen und stattdessen einige dem Personen- und dem Sachenrecht *gemeinschaftliche Bestimmungen* zu einem allgemeinen Teil zusammengefasst wurden. Mit dem allgemeinen Teil des von Hugo, Heise und Savigny entwickelten fünfteiligen Pandektensystems hat diese Einteilung allerdings nichts zu tun.
3. Dem Inhalt seiner Regelungen nach beruht das ABGB zum größten Teil auf dem jüngeren *Usus Modernus* mit relativ wenigen und nur punktuellen Einschüben aus den diversen Partikularrechten und – im Eherecht für (Katholiken) – mit starker Anlehnung an das kanonische Recht, wobei diese ganze Rechtsmasse, soweit möglich und tunlich, an den Grundsätzen des späten Vernunftrechts gemessen und durch sie gefiltert wurde. Vom Naturrecht inspiriert sind etwa die Einteilung nach Person und Sache, *die angeborenen, schon durch die Vernunft einleuchtenden Rechte des Menschen* (§ 16), der Hinweis auf die *natürlichen Rechtsgrundsätze* beim Ausfüllen von Gesetzeslücken (§ 7) oder die angeborene Freiheit, freistehende Sachen in Besitz zu nehmen (§ 381) und Ähnliches.

III. Vom Anteil der Nationen

1. Schon im 19. und im 20. Jahrhundert und erst recht in der Gegenwart gilt das ABGB seiner Sprache und seines heutigen Geltungsbereiches wegen als deutsches Gesetzbuch und dementsprechend mit dem BGB und dem schweizerischen ZGB als dem deutschen Rechtskreis zugehörig. Doch seinem Geiste und seinem Ursprung

7) Vgl. zum ALR zusammenfassend Eckert, J.: Allgemeines Landrecht, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte (HRG), Band I, 2. Auflage 2008, Spalte 155 – 162 (mit Literaturangaben).

8) § 16 ABGB: „Jeder Mensch hat angeborne, schon durch die Vernunft einleuchtende Rechte, und ist daher als eine Person zu betrachten. Sklaverei oder Leibeigenschaft, und die Ausübung einer darauf sich beziehenden Macht wird in diesen Ländern nicht gestattet.“

nach war es ein Produkt multinationaler Zusammenarbeit. Das gilt für die Arbeiten in den diversen Kompilationskommissionen ebenso wie für die große Novellierung der Jahre 1914 bis 1916.⁹⁾ Und das gilt in gleichem Maße für die Rechtsprechung und die Jurisprudenz. So war das Gesetzbuch Gemeingut und Kristallisationspunkt nicht nur der deutsch-österreichischen, sondern auch der tschechischen und zum Teil der polnischen und der italienischen Zivilrechtswissenschaft. Als Beispiel dafür sei erwähnt, dass nicht nur die große „deutsche“ Festschrift zur Jahrhundertfeier 1912 eine beachtliche Zahl wertvoller Beiträge aus praktisch allen Ländern der Monarchie enthielt,¹⁰⁾ sondern dass darüber hinaus auch je eine Festgabe in tschechischer und ukrainischer Sprache veröffentlicht wurden. Und schließlich muss mit Entschiedenheit darauf hingewiesen werden, dass das ABGB von allem Anfang an und über ein gutes Jahrhundert hinweg in einem vielsprachigen und multikulturellen Raum zu wirken hatte und für große Gebiete Mittel- und Südosteuropas eine im Großen und Ganzen funktionierende Privatrechtsordnung zur Verfügung stellte.

2. Als Gesetzbuch eines Vielvölkerstaates war das ABGB zwangsläufig ein „polyglottes“ Gesetzbuch. Zwar legte Art. 10 des Kundmachungspatents den deutschen Text als authentisch fest, doch folgten bald Übersetzungen in nicht weniger als 14 Sprachen, darunter in die meisten Landessprachen der Monarchie, aber auch (private) ins Lateinische, ins Englische, ins Französische und ins Hebräische. Mit der Erweiterung des Geltungsbereiches kam es auch zu ungarischen, slowenischen, ruthenischen, rumänischen, serbischen und kroatischen Ausgaben.

Dazu ein kleiner Vergleich an Hand des § 797 ABGB, durch den der jeweils Sprachkundige sich selbst ein Bild machen kann:

- a) in der ursprünglichen, bis heute unverändert gebliebenen Fassung:

Niemand darf eine Erbschaft eigenmächtig in Besitz nehmen. Das Erbrecht muss vor Gericht verhandelt und von demselben die Einantwortung des Nachlasses, das ist die Übergabe in den rechtlichen Besitz, bewirkt werden.

- b) in der 1812 in Prag erschienenen tschechischen Ausgabe:

Žádný nesmí ze své vlastní mocí držení dedictví wrkročiti čili v dedictví se vwázati. Právo k dedictví musí se v práva pogeďnávati, a od nebo přiřknutí, pozůstatosti, to gest, odewzdánj w práwnj (zákonně) držení wymocy.

- c) in der lateinischen Übersetzung aus dem Jahre 1817:

Nemini fas est possesssionem hereditis propria auctoritate capere. Jus succedendi coram iudicio demonstrandum et ab eo addictio hereditatis, hoc est traditio, in justam possessionem impetranda est.

- e) in der amtlichen (zweisprachigen) ungarischen Ausgabe von 1853:

Senkinek sem szabad valamelly örökséget önhatalmulag birtokába venni. Az örökjog a bíróság előtt tárgyalandó, és a hagyaték átszolgáltatása, azaz törvényes birtokbai átadása, az által eszközendő.

9) Der 1904 eingesetzten sechsgliedrigen Reformkommission gehörten neben Josef Unger, Franz Klein, Joseph Schey und Emil Steinbach auch der Pole Stanisław Madeyski und der Tscheche Antonín Randa an. Den Vorsitz im Unterausschuss des Abgeordnetenhauses für die Novellierung führte der ruthenische Abgeordnete Stanislav Dnistrzanski.

IV. Das Gesetzbuch im Wandel der Zeit

1. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts gab sich das ABGB modern – und war es wohl auch. Obwohl es bewusst auf alle Bestimmungen verfassungsrechtlicher Art verzichtete, die noch das Westgalizische Gesetzbuch von 1796 (WGGB) enthalten hatte und die allzu sehr nach konstitutionellen Garantien und nach Grund- und Freiheitsrechten „rochen“, postulierte es im Privatrecht staatsbürgerliche Gleichheit und Freiheit, individuelle Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit sowie Freiheit des Eigentums und des wirtschaftlichen Verkehrs. Doch stellte das Gesetzbuch mit diesem Programm nicht viel anderes dar als einen Wechsel, der auf die Zukunft gezogen war. Denn noch bestand beispielsweise die Grundherrschaft; noch war von echter und tatsächlicher Judenemanzipation nicht die Rede; noch unterlagen das wirtschaftliche und das korporative Leben einer weit reichenden polizeilich-verwaltungsrechtlichen Kontrolle und Reglementierung. Auch von der Arbeitswelt nahm das ABGB kaum Notiz; deren Regelung überließ es zahlreichen Zunft-, Handwerker-, Dienstboten- und Tagelöhnerordnungen u. Ä. – wie überhaupt die Verweisung ganzer Materien in den Bereich der „politischen Gesetzgebung“ einen probaten Kunstgriff darstellte, um heiße Eisen der Wirtschafts- und Sozialpolitik aus den Kodifikationsarbeiten auszuklammern.
2. Im Laufe des Vormärz hat sich daran kaum etwas geändert. Kleinere Korrekturen am Gesetzestext erfolgten in Form authentischer Interpretation durch Hofdekrete. Erst der Umbau des Staates und der Gesellschaft im Gefolge der 48er-Revolution, als starke liberale, kapitalistische und individualistische Elemente die (Privat-)Rechtsordnung zu prägen begannen, eröffnete dem ABGB jene Gebiete, die ihm und seinen Prinzipien der Freiheit und Eigenverantwortlichkeit bis dahin verschlossen geblieben waren. Doch diese gravierenden Maßnahmen (wie etwa die Grundentlastung 1849 ff. oder die Gewerbeordnung 1859) erfolgten durch zahlreiche Einzelgesetze sozial- wie privatrechtlichen Inhalts, die den Text der großen Kodifikation nicht oder nur am Rande berührten. So stellte denn die Außerkraftsetzung des ABGB-Eherechts für Katholiken durch das Konkordat 1855 zunächst den einzigen und noch dazu kurzfristigen (bis 1868) Eingriff in den Gesetzestext dar.
3. Das alles konnte kritische Zeitgenossen freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass das ABGB trotz seiner vielgerühmten Elastizität und Lebenskraft am Vorabend seiner Jahrhundertfeier keineswegs auf der Höhe der Zeit stand. Die Fortschritte des Zivilrechts und der Rechtswissenschaft, dann das Vorbild des deutschen BGB von 1900 sowie einschlägige Kodifikationsbestrebungen der Schweiz ließen mancherlei Ermüdungserscheinungen des noch vom Geiste des Naturrechts durchwehten Gesetzbuches scharf und deutlich hervortreten. Vor allem aber war es die soziale Frage, die unabweisbar an die Tür des liberalen Rechtsstaates klopfte und schließlich auch Eingang in das ABGB begehrte. *Jahrhundertfeier und Reform* hieß daher die Devise. Nicht eine grundlegende Neubearbeitung, sondern *mosaikartige Korrekturen*¹¹⁾

10) Festschrift zur Jahrhundertfeier des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches 1. Juni 1911, Wien, Manzschke k.u.k. Hof-, Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1911.

11) Diese Devise gab vor allem Josef Unger aus. Vgl. dazu etwa Ogris, W.: 175 Jahre ABGB, S. 45-48 („Das erste *face lifting*“). Zu Unger, der einst ein scharfer Kritiker des ABGB vom Standpunkt der Historischen Schule und ihrer Pandektenwissenschaft gewesen war, vgl. ebenfalls Ogris W.: Die historische Schule der österreichischen Zivilistik, in: Olechowski Th. (Hg.), Elemente europäischer Rechtskultur, Wien 2003, S. 345 – 400.

sollten dem Gesetzbuch einen neuen, sozialeren Gehalt einhauchen. Die drei Teilnovellen von 1914-16, nach langen Beratungen entworfen und unter dem Druck der Kriegsereignisse durch kaiserliche Notverordnung in Kraft gesetzt, lösten diese Aufgabe nach allgemeiner Ansicht mit Erfolg.¹²⁾ Sie brachten u. A. eine Verbesserung des Schutzes der Persönlichkeitsrechte, der Stellung der Frauen, der Jugendlichen und der Unehelichen sowie eine Ausgestaltung des Dienstvertragsrechts im sozialen Sinne. Doch genügte dies nicht, um das Gesetz für die existenzbedrohenden Nöte der Kriegs- und Nachkriegszeit zu wappnen. Die Lösung der mit Macht andrängenden Probleme (vor allem Mieterschutz, Jugendschutz, Arbeits- und Sozialrecht) vollzog sich außerhalb des ABGB durch Sondergesetze, die weite Teile der Kodifikation praktisch obsolet machten oder zu einer bloß subsidiären Rechtsquelle herabdrückten. Überspitzt ausgedrückt kann man sagen, dass die wichtigsten Lebensbereiche der Menschen, nämlich Wohnen, Arbeit und – seit dem Ehegesetz 1938 – auch Eheschließung und Ehescheidung nicht mehr im ABGB geregelt waren.

4. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg kam das Gesetzbuch nicht zur Ruhe; im Gegenteil. Zwar hatte die große Masse des Sachenrechts und des Schuldrechts sowie die *gemeinsamen Bestimmungen* die Jahrzehnte seit den Teilnovellen im Wesentlichen unversehrt überstanden, doch im Personen-, Familien- und Kindschaftsrecht blieb kein Stein auf dem anderen. Immerhin erfolgten viele der längst fälligen Reformen nicht durch Sondergesetze außerhalb des ABGB, sondern durch mehrere Bündel an Novellen, was freilich nicht ohne tiefgreifende Änderungen des Gesetzestextes möglich war – eine in gesetzestechnischer Hinsicht schwierige und wohl auch nicht durchwegs gelungene Aufgabe. Politisches Ziel der Reform war einmal die Anpassung an bestehende Verhältnisse und Bedürfnisse, dann aber auch das Streben nach Gesellschaftsveränderung durch Recht. Vor allem das patriarchalische Familienmodell, der Mann als Haupt der Familie, musste fallen, um einer dem Gleichheitsprinzip verpflichteten Partnerschaftsehe Platz zu machen. Und 1984 wurde die Sachwalterschaft in das Gesetzbuch integriert.
5. Heute steht das ABGB im Grunde weiterhin unangefochten in Zentrum des österreichischen Privatrechts. Man schätzt, dass noch etwa 65 Prozent der ursprünglichen Paragraphen in Kraft sind. Um das Stammgesetz herum, Satelliten vergleichbar, kreisen eine Vielzahl von Nebengesetzen, die beispielsweise das Recht des Wohnens, den Verbraucherschutz, das Internationale Privatrecht und das weite Feld der Haftpflicht betreffen. Als jüngere Beispiele seien das Gesetz über die Patientenverfügung (2006) und über die eingetragene Partnerschaft (2010) genannt. Derzeit dreht sich die Diskussion um eine Novellierung des Schadenersatzrechtes, um die Neugestaltung des Obsorgerechts (gemeinsame Obsorge nach der Scheidung und/oder bei unehelichen Kindern), um den Partnerschaftsvertrag (*Ehe light*), um eine liberalere Gestaltung des Ehenamensrechts und im Scheidungsrecht um die Prüfung der Schuldfrage. Ob und, wenn ja, wann diese Vorhaben Gesetz werden, ist derzeit noch fraglich; die Realisierungschancen werden zwischen 60 und 5 Prozent geschätzt (!)¹³⁾.
6. Zum Abschluss ein aktueller Fall: Jüngst wurde das Anbringen einer Parkkralle an einem Privatflugzeug, um den Eigentümer zur Begleichung offener Rechnungen zu zwingen, vom Gericht als rechtens anerkannt. Grundlage: der durch die dritte Teilnovelle ins ABGB gekommene § 970c über das Zurückbehaltungsrecht des Gastwirts.

13) So DIE PRESSE vom 23. August 2010, S. 1.

Wahrlich ein schönes Beispiel für die Lebenskraft des ABGB, das auch für ein sehr modern anmutendes Problem eine praktikable Lösung bereit hält! In diesem Sinne wird es wohl noch weit in sein drittes Jahrhundert hineinreichen! Allerdings muss es dabei offen sein für Reformen, auch und besonders im Hinblick auf gemeineuropäische Entwicklungen.¹⁴⁾ Das wird (wieder) große Herausforderung an Gesetzgebung und Rechtswissenschaft stellen. Vor allem wird es darum gehen, Zielrichtung und Reifegrad der jeweiligen Modellregelungen kritisch zu bewerten und sie gegebenenfalls mit Vorsicht und Einfühlungsvermögen in das österreichische bürgerliche Recht einzufügen – entweder durch Novellierung des ABGB oder durch entsprechende Nebengesetze. Die mittelfristige Neuregelung des Verbraucherprivatrechts etwa wird einen ersten und richtungweisenden Prüfstein in dieser Hinsicht darstellen.

7. Und wie sieht es umgekehrt im Hinblick auf den Beitrag des österreichischen ABGB zur Gestaltung eines künftigen europäischen Privatrechts aus! Eher schlecht. Obgleich das Gesetzbuch, historisch gesehen, durchaus in der Lage war, eine Vielzahl von Ländern, Sprachen und Ethnien in Mittel- und Osteuropa zu integrieren, scheint man heute auf diese Erfahrungen keinen Wert zu legen. Jedenfalls ist die Beachtung des ABGB bei der Formulierung europäischer Modellgesetze gleich null. So wird etwa bei der Erarbeitung des *Draft Common Frame of Reference* (DCFR) das österreichische Gesetz schlicht übergangen, obwohl es durchaus wertvolle Beiträge, etwa in Strukturfragen, hätte leisten können. All dies lässt es als wünschenswert, ja als geboten erscheinen, dass die österreichische Zivilrechtswissenschaft ihre einstige Funktion als Schaltstelle der Ziviljurisprudenz in Zentral- und Osteuropa wieder belebt – freilich in der Rolle eines Mitspielers unter mehreren gleichberechtigten Partnern.¹⁵⁾

Summary

The Austrian Civil Code (ABGB) ist the second oldest Codex in Europe (and most probably in the world), which is, although altered by a number of amendments, still in force today.

The Civil Code undoubtedly constitutes the very central point of contemporary Austrian civil law. It is estimated that approximately 65 percent of the original paragraphs are still in force today. Looking at its development and history we will find neither an all-encompassing or static legal document, but looking on it as a dynamic element, we will discover both a rich and eventful fate and see its strenghts and weaknesses.

The importance of the Civil Code is not only in that it is one of the essential sources of law in Austria, but also due to the considerable influence it has had on Austria´s neighbouring countries. It is necessary to state that the end of the Austrian monarchy did not lead to the extinction of its legal order. The Austrian Civil Code has not only survived in territorially shrunken Austria but also in the majority of successor states of the Austrian monarchy.

14) Vgl. dazu Fischer-Czermak C./Hopf G./Kathrein G./Schauer M. (Hgg.): ABGB 2011. Chancen und Möglichkeiten einer Zivilrechtsreform, Wien 2008.

15) In diesem Zusammenhang sei auf die Antrittsvorlesung von Wendehorst Chr./Wien, am 30. Oktober 2008 verwiesen: *1811 and all that* – das ABGB im Prozess europäischer Rechtsentwicklung (in Vorbereitung für die Drucklegung).

Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch

für die
gesamten Deutschen Erbländer

der
Österreichischen Monarchie.

I. Ehel.



Wien.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.
1811.

Titelblatt der ersten Ausgabe

Alles in der Sache betreffende
 Gesetzgebungs hat ein Ziel:
allgemeine Bürgerrechte
Gesetz für die gesamte
von kaiserlichen Erbkinder der
österreichischen Monarchie,
 in kaiserl. Ermächtigung vom
 18. August 1810.
 Franz I.

Allerhöchste Resolution Kaiser Franz' I. vom 18. August 1810
 (Transkription gegenüber)

Literatur:

- [1] Brauner, W.: Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte (HRG), Band I, 2. Auflage 2008, Spalte 146 – 155, mit Literaturangaben.
- [2] Ogris, W.: Zur Geschichte und Bedeutung des österreichischen Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB), in: Th. Olechowski (Hg.), Elemente europäischer Rechtskultur 2003, S. 311-331, mit Literaturangaben 330 f.
- [3] Ogris, W.: 175 Jahre ABGB. Eine Bildfolge in 15 Hauptstücken, MANZ, 1986/87, 79 S.
- [4] Ogris, W.: ABGB, in: Görres-Gesellschaft (Hg.), Staatslexikon I, 7. Auflage 1985, Spalte 101 ff.
- [5] Schlosser, H.: Grundzüge der Neueren Privatrechtsgeschichte (Uni-Taschenbücher 882), 10. Auflage, Heidelberg 2005.
- [6] MANZ'sche große Ausgabe: Tades/Hopf/Kathrein/Stabentheiner (Hgg.): Das Allgemeine bürgerliche Gesetzbuch – ABGB; 37. Auflage, Wien 2009, 3898 S.
- [7] MANZ'sche kleine Ausgabe: Dittrich/Tades (Hgg.): Das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch, 22. Auflage 2006 (1278 S.); 23. Auflage 2010, 1380 S. (in Vorbereitung).
- [8] MANZ'scher Online-Kommentar: Kletecka/Schauer (Hgg.): ABGB-ON (in Vorbereitung).
- [9] Diverse weitere Kommentare: Klang; Koziol/Bydlinski/Bollenberger; Rummel; Schwimann.
- [10] Lehrbuch: Koziol, H. (Kletecka, A.)/Welser, R.: Bürgerliches Recht, 2 Bände, 13. Auflage, Wien 2006.

Univ. Prof. Dr. DDrhc. Werner Ogris
*Ústav teórie a dejín štátu a práva,
Paneurópska vysoká škola, fakulta práva
werner.ogris@uninova.sk*

Súčasný prístup k chápaniu sociálnej spravodlivosti

Actual tendencies to understanding of social justice

▼ Jarmila Chovancová

Kľúčové slová:

sloboda, rovnosť, spravodlivosť, sociálna spravodlivosť, zákon, zodpovednosť, práca

Key words:

freedom, equality, justice, social justice, rule, conscience, work

Chápanie sociálnej spravodlivosti sa vyvíjalo v dvoch hlavných prúdoch. Jeden preferoval zásluhy a druhý potrebnosť a rovnosť. Zástupcovia zásluh vyslovili tézu, že spoločenské postavenie každej osoby a jej odmeny by mali zodpovedať stupňu jej zásluh. Uvedenú ideu vyjadruje aj požiadavka na „rovnosť príležitostí“. Znamená to koniec dedičných privilégií a otvorenú spoločnosť, v ktorej majú ľudia možnosť získavať a uplatňovať svoje zásluhy. Je tu rozdielnosť názorov v tom, čo znamenajú „zásluhy“ a ako môžu byť v praxi najlepšie stanovené. Podľa niektorých je zásluha vecou toho, aké nadanie kto má a ako ho efektívne využíva.

Ini zastávajú názor, že nadanie nemá so zásluhami nič spoločné: ľudia si zaslúžia odmenu iba za úsilie, ktoré vynaložili na viac či menej užitočný účel. Dôležité je samozrejme aj hodnotenie, ktoré považovali liberalisti za najlepší mechanizmus ocenenia zásluh v rámci slobodného trhu. Oponenti, a to socialistickí kritici, ktorí upozorňovali, že trh nie je spravodlivým ukazovateľom hodnoty, lebo ho ovplyvňujú také faktory, ako šťastie a spoločenský pôvod, ktoré nemajú so zásluhou nič spoločné.¹⁾

Podľa koncepcie sociálnej spravodlivosti, ktorá uprednostňuje potrebnosť a rovnosť, tovar by mal byť rozdeľovaný podľa potrieb každej osoby.

Uvedená koncepcia je spätá s ideou rovnosti, pretože program uspokojovania potrieb zapričahuje rovnosť ľudí v materiálnom ohľade. Potreby by sa nemali zamieňať s túžbami. Uvedomujeme si, že potreby konkrétnych ľudí sa členia v závislosti od ich životných cieľov.

Samotný pojem potreba má určité biologické jadro (potreba potravy, oblečenia), ide o istú skupinu potrieb, ktorá závisí od kultúrnych zvláštností životných štýlov. Podľa vzťahu k danej rôznorodosti potrieb sa potom chápanie sociálnej spravodlivosti vytváralo podľa jedného z dvoch modelov.

Radikálnejší model – komunitarizmus – umožňuje, aby každý sám definoval svoje potreby, a predpokladá, že môžu byť vytvorené zdroje dostatočné na ich uspokojenie. Model sociálnej demokracie predpokladá, že potreby definuje verejná autorita podľa meradiel prevažujúcich v konkrétnom čase a mieste. Uvedený postoj umožňuje kompromis medzi koncepciou potrieb a zásluh s tým, že časť zdrojov by sa rozdelila podľa potrieb

1) MILLER, D.: Blackwelova encyklopédie politického myslenia. Brno, 1995, s. 496.

prostredníctvom štátu a časť podľa zásluh prostredníctvom trhu alebo úradným postupom.

Významnou postavou dejín európskeho myslenia, ktorá prispela zásadným spôsobom k formovaniu predstáv aj o sociálnej spravodlivosti, bol **Karol Marx**. Jeho teória sa rozchádza s tradičným výkladom pojmu spravodlivosti v dvoch dôležitých bodoch: na jednej strane sa rozchádza s nárokom sformulovať pojem spravodlivosti nadhistoricky, na strane druhej s predstavou, že spravodlivosť môže byť garantovaná štátom. Pojem spravodlivosti vyvodil Marx zo závislosti od výrobných vzťahov, pričom predpokladal, že rôzne spoločnosti si vždy rozvíjali svoju vlastnú predstavu o spravodlivosti. Podľa Marxa vo všetkých doterajších spoločnostiach je súkromné disponovanie vlastníctvom „nespravodlivé“. Aby sa dala spoločnosť spravodlivejšie usporiadať, muselo by sa predovšetkým odstrániť súkromné vlastníctvo výrobných prostriedkov, pôdy a pozemkov, a tým aj moc disponovať ľuďmi a prírodou. Marx bol presvedčený o tom, že socialistická spoločnosť by mohla ukázať cestu pre takú formu spolunažívania, v ktorej by naozaj racionálne mohol žiť každý podľa svojich schopností a v súlade so svojimi potrebami.

Modernú koncepciu spravodlivosti, ktorá je založená na spoločenskej zmluve, predložil **John Rawls**. Najvýznamnejším prvkom Rawlsovej teórie je zásada, že nerovnosť v rozdelení statkov je prípustná vtedy a len vtedy, keď prináša prospech najmenej majetným členom spoločnosti. Rawls tvrdí, že zásady spravodlivosti sú také zásady sociálneho života, s ktorými by súhlasili slobodné, racionálne konajúce subjekty. Rawls kladie dôraz na spravodlivosť ako férovosť, ako prostriedok udržiavania pokoja. Spravodlivosť ako férovosť je politická koncepcia spravodlivosti, ale je zároveň aj morálnou koncepciou. Cieľom Rawlsovej teórie spravodlivosti ako férovosti je vytvorenie koncepcie spravodlivosti pre demokratický ústavný štát, ktorá je alternatívou utilitarizmu. Jej hlavná úloha spočíva v tom, aby pripravila bezpečnejšiu a akceptovateľnejšiu základňu pre ústavné zákony, základné práva a slobody, než to robí utilitarizmus.²⁾ S kritikou sociálnej spravodlivosti prišli liberálni myslitelia, ako **F. A. Hayek** a **R. Nozick**. Obaja preferujú návrat k tradičnému chápaniu spravodlivosti ako úcty k zákonu a etablovaným právam. *Neoliberálne argumenty Hayeka a Nozicka vyplývajú z odlišných filozofických východísk, ale vo všeobecnosti obsahujú tri kľúčové tézy:*

1. sociálna spravodlivosť predpokladá existenciu nejakej inštitúcie zodpovednej za rozdelenie hmotných statkov v spoločnosti, ale v skutočnosti táto distribúcia vyrastá z nekoordinovanej aktivity mnohých činiteľov, ktoré si nekladú žiadne všeobecné ciele,
2. hľadanie sociálnej spravodlivosti vedie k nahradeniu trhovej ekonomiky byrokraciou a v konečnom dôsledku paternalistickým štátom, ktorý sa usiluje o úplnú kontrolu zdrojov k jednotlivcom,
3. úsilie o sociálnu spravodlivosť zahŕňa zasahovanie do osobnej slobody, ktorá je pre liberálov hlavnou prioritou a najdôležitejšou hodnotou pre všetkých, pretože toto zasahovanie je nevyhnutné, aby ľudia nemohli so zdrojmi nakladať podľa svojej vôle.

Spravodlivosť je podľa Hayeka a Nozicka skôr záležitosťou procesov, než výsledkov. Ide im o procedurálnu, nie o distributívnu spravodlivosť. Ak bola zachovaná správna procedúra získavania a prenosu statkov, nemá zmysel označovať výsledné rozdelenie zdrojov za spravodlivé alebo nespravodlivé.³⁾

2) MILLER, D.: Blackwellova encyklopedie politického myšlení. Brno, 19965, s. 496.

3) MILLER, D.: Blackwellova encyklopedie politického myšlení. Brno, 19965, s. 497.

Hayekove názory na spravodlivosť ovplyvnili dva faktory. Na jednej strane to, že bol ekonóm, a na strane druhej jeho obava zo zneužitia idey sociálnej spravodlivosti pri vzniku totalitných spoločností. Hayeka možno považovať za liberálneho ekonóma, ktorý kladie dôraz na slobodu jednotlivca a nevyhnutným predpokladom fungovania slobody je podľa neho voľný trh. Na pochopenie Hayekovho pohľadu na spravodlivosť je dôležité jeho chápanie slobodnej spoločnosti a striktné rozlíšenie medzi tým, čo nazýva spontánnym poriadkom a organizáciou. Ide o dva spôsoby pohľadu na spoločnosť.

Organizácia je zameraná na efektívne dosahovanie stanovených spoločných cieľov, pre ktoré bola navrhnutá. Predpokladá existenciu centrálnej inštitúcie, ktorej úlohou je prostredníctvom plánovania a príkazov jednotlivcom zabezpečiť dosiahnutie týchto cieľov. Opakom je spontánny poriadok, ktorý je založený a regulovaný všeobecnými abstraktnými pravidlami, ktoré umožňujú jednotlivcom, aby sami rozhodovali o svojom konaní, a tým aj o tom, čo chcú v živote dosiahnuť. Iba spoločnosť založená na spontánnom poriadku je slobodnou spoločnosťou. Hayek tvrdí, že ak človek sám vytvoril inštitúcie spoločnosti a civilizácie, to ešte neznamená, že ich musí byť schopná aj meniť tak, aby uspokojovali jeho túžby eventuálne želania. Za uvedenými názormi stojí koncepcia kritického racionalizmu, ktorú možno chápať ako protiklad a kritiku konštruktivistického racionalizmu. Podľa Hayeka konštruktivistický prístup k vývoju a zmenám spoločnosti nedocieňuje skutočnosť, presne nevieme, ako naše konanie a inštitúcie prispievajú k celkovému usporiadaniu spoločnosti, a preto ho odmieta. Podľa Hayeka *„je ilúziou domnievať sa, že ľudský rozum je taký mocný, že nám umožní vedecky alebo objektívne rozvíjať našu civilizáciu a hodnotiť naše pravidlá a hodnoty a že môžeme vytvoriť lepšiu spoločnosť ich úplnou zmenou.“*⁴⁾

Otázka spravodlivosti je otázkou o rozdeľovaní, čiže distribúcii statkov a výhod plynúcich zo sociálneho poriadku. Kým podľa Rawlsa by sme nemali byť pri distribúcii spoločenských statkov zvýhodňovaní ani takými prirodzenými danosťami, ako sú talent, inteligencia, zručnosti, Hayek nie je ochotný akceptovať náhodnosť osudu a považuje všetky výsledky distribúcie statkov pochádzajúcich z efektívneho trhového hospodárstva za spravodlivé. Za ideálnu formu distribúcie považuje Hayek trh a každý výsledok tejto formy distribúcie je „spravodlivý“.

Pre Hayeka spravodlivosť nie je charakteristikou sociálneho poriadku a jeho inštitúcií. Ako spravodlivé či nespravodlivé možno označiť len individuálne konanie alebo správanie. Spravodlivosť je ľudskou vlastnosťou, vlastnosťou jednotlivcov, nemožno hovoriť, ako zdôrazňuje Hayek, o sociálnej spravodlivosti ako vlastnosti alebo cnosti sociálnych štruktúr. Týmto spôsobom uvažuje Rawls. Podľa Hayeka je sociálna spravodlivosť len *„kvázi náboženskou poverou, s ktorou musíme bojovať, ak sa stala zámienkou k donucovaniu ľudí.“*⁵⁾

Spravodlivosť podľa Hayeka je zredukovaná na dodržiavanie všeobecných pravidiel vo vzťahoch medzi jednotlivcami. Trh Hayek prirovnáva k hre. Tak účastníci hry, ako aj účastníci trhu podriaďujú svoje konanie vopred stanoveným všeobecným pravidlám. Vždy v hre budú víťazi a porazení. Spravodlivosť sa nevzťahuje na výsledok hry, ale na jej pravidlá, ktoré sú rovnaké pre všetkých.

4) BUTLER, E.: Hayek a jeho prínos k politickému a ekonomickému mysleniu dneška. Bratislava, 1996, s. 45.

5) HAYEK, F. A.: Právo zákonodárství a svoboda. Praha, 1994, s. 198.

Spravodlivosť pre Hayeka je procedurálnou spravodlivosťou. Dotýka sa pravidiel umožňujúcich čo najväčšiu mieru slobody pre jednotlivcov pri sledovaní ich individuálnych cieľov. Pojem spravodlivosti Hayek vysvetľuje prostredníctvom „negatívneho testu spravodlivosti“. Znamená to, že k spravodlivosti sa možno priblížiť jedine prostredníctvom eliminácie nespravodlivosti, čiže jej odstraňovaním, keďže nemá žiadne pozitívne kritériá spravodlivosti.

R. Nozick ako predstaviteľ libertariánskeho prúdu sa tiež zaoberal pojmom spravodlivosti. Pre pochopenie jeho úvah o spravodlivosti je základom jeho koncepcia minimálneho štátu a významu prirodzených práv. Spravodlivosť nechápe ako pokus o usporiadanie spoločnosti spôsobom, podľa ktorého inštitúcie majú podporovať nejaký vzor distribúcie, ale skôr ako rešpektovanie základných práv, ktoré vymedzujú, čo môže byť komukoľvek učené bez jeho súhlasu a oprávnení, ktoré z takýchto práv vyplývajú. Môžeme konštatovať, že R. Nozick rozlišuje medzi dvoma typmi teórií distributívnej spravodlivosti výsledkov sociálnej kooperácie: na jednej strane ide o teórie spravodlivosti založené na historických princípoch, ktoré posudzujú spravodlivosť rozdelenia podľa toho, ako k nej došlo, na druhej strane sú to teórie, ktoré posudzujú princípy výsledného stavu. Druhý typ teórií R. Nozick kritizuje, lebo si na svoju realizáciu vyžadujú zasahovanie do ľudských životov a ich prirodzeného práva disponovať slobodne so sebou a svojimi zdrojmi. Rozdeľovaciu spravodlivosť Nozick používa s výhradou, že ide o spravodlivosť vo sfére vlastníctva, to znamená, že rešpektuje dôsledne prirodzené vlastnícke právo ako právo slobodne nakladať so sebou samým, so svojimi schopnosťami, prácou a majetkom. Podľa tejto teórie je distribúcia bohatstva spravodlivá len vtedy, ak každý vlastník je oprávnený k držbe svojho majetku. V tomto smere *spravodlivá distribúcia majetku závisí od troch princípov*:

1. Princíp pôvodného nadobudnutia majetku, kto nadobudne vlastníctvo v súlade so zásadou spravodlivého privlastnenia, má na toto vlastníctvo nárok, pôvodné nadobudnutie majetku privlastnením vzniká pridaním svojej práce k veciam, ktoré nikto nevládni, pričom obmedzením je, že sa nesmie zhoršiť situácia ostatných a zostáva im dostatok zdrojov pre užitočné privlastnenie.
2. Princíp prevodu oprávnení ten, kto získa vlastníctvo v súlade so zásadou spravodlivého prevodu od niekoho, kto má nárok na toto vlastníctvo, ten má na toto vlastníctvo nárok, ak došlo k prevodu dobrovoľne.
3. Princíp nápravy nespravodlivosti (náprava nespravodlivých privlastnení a prevodov).

Nároky a majetky vznikajú iba opakovaným použitím týchto princípov. Podľa Nozicka „úplná zásada spravodlivého rozdeľovania by jednoducho hovorila, že rozdeľovanie je spravodlivé, ak každý má nárok na majetky, ktoré mu patria“. ⁶⁾ Za nespravodlivosť možno považovať vznik jedine takých oprávnení, ktoré vznikli porušením prvých dvoch uvedených princípov. Nozick na tomto základe formuluje tretí princíp – princíp nápravy, ktorý umožňuje tieto nespravodlivosti korigovať: „Spravodlivé je teda také vlastníctvo, ku ktorému má daná osoba oprávnenie na základe spravodlivého privlastnenia, prevodu a nápravy. Ak je to vlastníctvo každej osoby v tomto zmysle spravodlivé, potom je spravodlivá i distribúcia vlastníctva spoločnosti ako celku“. ⁷⁾

6) NOZICK, R.: Anarchy, state and utopia. New York, 1974, s. 151.

7) NOZICK, R.: Anarchy, state and utopia. New York, 1974, s. 153.

Liberalizmus po druhej svetovej vojne musel čeliť dvom veľmi významným námietkam. Prvá námietka súvisela s kritikou utilitarizmu, v ktorej kritici poukazovali na nemožnosť zabezpečenia individuálnych práv a slobôd.

Utilitarizmus kladie za cieľ maximalizáciu šťastia pre čo najväčší počet ľudí a neposkytuje dostatočné záruky pre nezasahovanie do sféry základných občianskych práv a politických slobôd. Druhá námietka voči liberalizmu smerovala zo strany ľavice a poukazovala na potrebu zabezpečenia nevyhnutných sociálnych a ekonomických podmienok pre realizáciu liberálnych hodnôt.

Rawlsovu teóriu spravodlivosti môžeme považovať za pokus odpovedať na tieto dve základné námietky voči liberalizmu. Rawls reformuloval liberálnu teóriu na základe Kantovej morálnej filozofie. Na prvú námietku Rawls odpovedá prostredníctvom liberálnej teórie na kantovskom morálnom základe. Morálne konanie je determinované najmä slobodným prijatím povinnosti morálne konať. Je nemorálne pripustiť akékoľvek obmedzenie základných práv a slobôd jednotlivca len preto, aby sa ostatným členom zvýšili šance na ich materiálne uspokojenie. *„Spravodlivosť nepripúšťa, aby sa strata slobody pre niektoré osoby dala napraviť väčším dobrom pre iné osoby. Spravodlivosť nedovoľuje, aby obeť niekoľko málo osôb boli vyvážené väčším množstvom výhod pre viacej osôb. V spravodlivej spoločnosti sú preto slobody rovnoprávného občianstva ponímané ako niečo pevne dané.“*⁸⁾

Občianske práva a slobody majú hodnotu, lebo umožňujú jednotlivcom uskutočniť nimi slobodne zvolené koncepcie dobra, nie preto, že maximalizujú spoločný úžitok. V druhej námietke jadro Rawlsovej argumentácie spočíva v tom, že sa snaží pojem rovnosti naplniť novým obsahom. Posúva liberálnu rovnosť za jej tradičné chápanie individuálnych práv a slobôd, ako aj sociálnych a ekonomických prostriedkov. Nerovnosť v rozdeľovaní týchto prostriedkov je ospravedlniteľná, len ak sú na prospech kohokoľvek, a zvlášť najmenej zvýhodnených členov spoločnosti (tzv. princíp diferenciácie). Východiskom Rawlsových úvah o spravodlivosti je jeho predstava spoločnosti a jednotlivca. Spoločnosť sa skladá z jednotlivcov, ktorí slobodne rozhodujú o svojom živote, ako aj o tom, čo chcú dosiahnuť, kam sa chcú dostať, majú vlastné životné plány. Spoločnosť chápe ako kooperatívny podnik pre vzájomné výhody. Kooperácia prináša lepší život pre každého jej člena, avšak v spoločnosti dochádza ku konfliktom záujmov, ktorých zdrojom je distribúcia statkov. Je potrebné a nevyhnutné, aby uvedená distribúcia statkov bola regulovaná určitými princípmi, ktoré by zabezpečovali *„... spôsob, ako prisudzovať práva a povinnosti v základných inštitúciách spoločnosti a vymedzovali primerané rozdelenie plodov a bremien spoločenskej spolupráce.“*⁹⁾ Spravodlivosť je podľa Rawlsa prvou cnosťou spoločenských inštitúcií. Naše predstavy o spravodlivosti sa líšia a nie je ľahké sa dohodnúť, čo je spravodlivé a či nie je možné nájsť v spoločnosti zhodu o tom, že všetci máme nejakú predstavu o spravodlivosti. Svoju teóriu spravodlivosti chápe ako pokus sformulovať v koherentnej a systematickej podobe princípy a hodnoty, ktoré apelujú na naše morálne presvedčenia o spravodlivosti. Východiskom teórie spravodlivosti sú naše intuitívne predstavy o spravodlivosti. Rawls v snahe dosiahnuť koherentnú jednotu sa dostáva na vyššiu rovinu abstrakcie, ale tieto abstrakcie, ako je napríklad závoj nevedomosti, treba chápať ako spôsob, prostredníctvom ktorého sa snaží objasniť niektoré zo základných morálnych intuícii o spravodlivosti.

8) RAWLS, J.: Teorie spravedlnosti. Praha, 1995, s. 7.

9) RAWLS, J.: Teorie spravedlnosti. Praha, 1995, s. 17.

Teória spravodlivosti J. Rawlsa je prepojená s teóriou spoločenskej zmluvy. Kľúčovú úlohu v tomto smere zohráva návrh pôvodného stavu, ktorý treba chápať ako modelový stav, v ktorom racionálni aktéri uskutočňujú voľbu daných princípov. Aby pôvodný stav splnil účel musí spĺňať určité podmienky. Tieto podmienky majú vytvoriť morálny rámec pre voľbu princípov spravodlivosti.

Pôvodný stav musí spĺňať niektoré podmienky:

1. Zmluvné strany, ktoré majú dospieť k dohode, sa nachádzajú za závojom nevedomosti. Závoj nevedomosti predstavuje určité obmedzenia, keďže nikto by pri rozhodovaní nemal vedieť, aké dôsledky bude mať dohoda o princípoch spravodlivosti na jeho neskoršie postavenie v spoločnosti. Podľa Rawlsa nikto nepozná svoje miesto v spoločnosti, svoje triedne postavenie, svoju silu.
2. Zmluvné strany, ktoré uskutočňujú voľbu, vystupujú ako racionálni aktéri, ktorí volia pre seba najpriaznivejšie alternatívy.
3. Podmienky pôvodného stavu majú podľa Rawlsa reprezentovať rovnosť medzi ľudskými bytosťami ako morálnymi subjektmi.
4. Vzťahy zmluvných strán v pôvodnom stave charakterizuje vzájomná nezainteresovanosť, ktorá zabezpečuje, že zmluvné strany sledujú výlučne svoje vlastné záujmy.

Princípy, medzi ktorými sa zmluvné strany v pôvodnom stave rozhodujú, majú byť všeobecné, univerzálne aplikovateľné, t. j. majú platiť pre každého ako morálny subjekt a majú spĺňať podmienku verejnosti prirodzene vyplývajúcu zo zmluvného stanoviska a napokon majú spĺňať podmienku konečnosti, ktorá zaručuje, že princípy spravodlivosti budú chápané ako posledný možný arbiter riešenia konkurujúcich si nárokov.

Rawlsov dôraz na inštitucionálny charakter spoločnosti sa prejavuje v tom, že princípy spravodlivosti majú byť aplikované na základnú štruktúru spoločnosti. Pod základnou štruktúrou spoločnosti Rawls rozumie „spôsob, akým významnejšie spoločenské inštitúcie rozdeľujú základné práva a povinnosti a určujú rozdelenie prospechu plynúceho zo spoločenskej kooperácie“.

Obmedzenia, ktoré musí pôvodný stav spĺňať zabezpečujú, že každý v tejto východiskovej situácii pozná len všeobecné fakty o ľudskej spoločnosti a psychológii, vyplýva z toho, že zmluvné strany nemôžu ako základ pre voľbu použiť partikulárne koncepcie dobra. Zmluvné strany sa teda rozhodujú pre princípy podľa toho, ako im za daných okolností zaistia čo možno najväčší prídelen základných statkov. K základným spoločenským statkom patria hlavne politické práva a občianske slobody, príležitosti a právomoci.

V pôvodnom stave sú všetky primárne statky distribuované rovnomerne a to tvorí východiskovú pozíciu pre posudzovanie možného zlepšenia. Rozsah spoločenských statkov je závislý od aktívnej účasti jej členov, preto je rozumné prijať určité nerovnosti v distribúcii, ktoré zlepšia nakoniec postavenie všetkých.

Aktéri pôvodného stavu časom dospejú k voľbe dvoch dôležitých princípov spravodlivosti:

1. Každá osoba má právo na maximálne široký systém základných slobôd, ktoré sú zlučiteľné s osobnými slobodami iných.
2. Sociálne a ekonomické nerovnosti majú byť upravené tak, aby:
 - a) sa u oboch dalo racionálne očakávať, že budú k najväčšiemu prospechu najmenej zvýhodnených jednotlivcov a

- b) boli späté s pozíciami a úradmi prístupnými pre všetkých za podmienok slušnej rovnosti príležitostí pre všetkých.

Prvý princíp spravodlivosti (princíp rovnosti) ochraňuje občiansku rovnosť a slobodu. Ide o také významné občianske práva a slobody, ako sú politická sloboda, sloboda slova a zhromažďovania, právo na vlastníctvo, sloboda svedomia a myslenia, osobná sloboda. Princíp rovnosti požaduje, aby tieto základné občianske práva a slobody boli vždy distribuované rovnako. Princíp rovnosti poskytuje možnosť pre každého založiť svoju sebaúctu, ktorá je nevyhnutným predpokladom stability a rozvoja sociálneho poriadku. Dostatočná podpora pre rovnú morálnu hodnotu všetkých občanov pochádza zo slušnej rovnosti príležitostí. Slušná rovnosť príležitostí požaduje, aby všetkým bola zabezpečená možnosť realizovať svoje životné plány, dosiahnuť úspech vo svojom osobnom živote „bez ohľadu na svoje počiatočné spoločenské postavenie, t. j. bez ohľadu na príjmovú skupinu, do ktorej sa narodili“.¹⁰⁾

Druhý Rawlsov princíp spravodlivosti odpovedá na otázku: aké sociálne a ekonomické nerovnosti sú pre všetkých z hľadiska dosiahnutia svojich životných plánov prijateľné a tým aj ospravedlniteľné?

Sociálne a ekonomické rovnosti v distribúcii výhod spoločenskej spolupráce sú prijateľné a tým zároveň aj spravodlivé, len ak zlepšia situáciu – očakávania každého člena spoločnosti, a hlavne tých, ktorí sú najmenej zvýhodnení. Princíp rozdielnosti sa stal predmetom mnohých interpretácií a vyvolal búrlivú diskusiu v otázkach spravodlivosti ako takej. Rawlsova koncepcia spravodlivosti a jeho dva princípy spravodlivosti sa považujú za základ teórie spravodlivosti a sú predmetom mnohých ďalších diskusií.

Začiatkom osemdesiatych rokov sa vykryštalizovala ucelená ideová línia, ktorá sa spočiatku javila „len ako záležitosť odlišných interpretácií vnútorných problémov“ Rawlsovej teórie spravodlivosti. Neskôr sa ale pretavila do sporu „o základné morálno-politické otázky liberálne demokratických spoločností a stala sa jedným z rozhodujúcich impulzov rozvoja súčasnej anglosaskej praktickej filozofie“. Kritika liberalizmu sa v priebehu osemdesiatych rokov postupne sformovala do silného, vnútorne členeného teoretického prúdu, pre ktorý sa následne zaviedol pojem „komunitarizmus“. Liberáli a komunitaristi sa rozchádzajú už v základných východiskách. Pre liberálne stanovisko je vo všeobecnosti záväzná tradícia spoločenskej zmluvy a najväčšou mierou politickej spravodlivosti je idea maximálnych, rovnako distribuovaných práv na slobodu. Naproti tomu komunitaristi prezentujú stanovisko úspešného spoluzitia na existencii spoločných sociálne záväzných hodnotových orientácií, ktorými sa definuje spoločenstvo. „Liberalizmus je pre komunitaristov abstraktným individualizmom, človek je predsa človekom, osobou a osobnosťou v konkrétnom prostredí, nemožno ho z tohto prostredia „vyabstrahovať“ a až potom, keď sme odhliadli od všetkých konkrétnych a živých vzťahov medzi ľuďmi, sa pokúšali ukázať, ako prostredníctvom „zmluvy“ vzniká Spoločnosť“.¹¹⁾ Predstavitelia komunitarizmu sú dôslednými kritikmi Rawlsa. V prvom rade na kritike jeho teórie formulujú svoje myšlienky také výrazné autority, akými sú M. Walzer, Ch. Taylor, A. MacIntyre, M. Sandel či R. Rorty. Kritizujú Rawlsovu teóriu ako celok, ale dôkladnej kritike podrobujú aj niektoré parciálne problémy.

Jadrom komunitaristickej kritiky je, že liberalizmus ignoruje pozitívne politické idey občianstva cnosti a komunity a nedokáže poskytnúť dostatok pozitívnych liberálnych

10) RAWLS, J.: Teorie spravedlnosti. Praha, 1995, s. 72.

11) NOVOSAD, F.: Súčasný liberalizmus: Dohodnú sa o spravodlivosti. In: O slobode spravodlivosti.

ideálov. Súčasní liberáli uvedené obvinenia odmietajú. Poukazujú na to, že v politickej tradícii liberalizmu sú tieto hodnoty imanentne obsiahnuté. Medzi hlavné námietky komunitaristov voči liberálnym teoretikom patrí aj to, že liberálnej spoločnosti abscentuje solidarita. Ako tvrdí v tejto súvislosti M. Sandel, solidarita je možná a mysliteľná len voči tým, s ktorými tvoríme jednu pospolitosť, s ktorými sa spolupodieľame na rovnakom životnom spôsobe a zdieľame spoločné hodnoty. Solidarita predpokladá silné morálne väzby vo vnútri konkrétnej pospolitosti, ktoré však podľa komunitaristov liberálna spoločnosť nedokáže poskytnúť. A to je jedna z ich najväčších výhrad.

Resumé

Cieľom štúdie je analýza sociálnej spravodlivosti nielen z historického, ale i súčasného pohľadu. Konfrontujú sa stanoviská z historického hľadiska najmä u K. Marxa a v súčasnosti najmä u J. Rawlsa, R. Nozicka a A.-F. von Hayeka.

Summary

The aim of the article is to show the problem of social justice not only historical aspect, but also contemporary view of this phenomenon, especially by J. Rawls, R. Nozick and A.F. von Hayek.

Zoznam použitej literatúry:

- [1] BRÖSTL, A. a kol.: Dejiny štátnych a právnych teórií. Košice, 1991.
- [2] BUTLER, E.: Hayek a jeho prínos k politickému a ekonomickému mysleniu dneška. Bratislava, Inštitút liberálnych štúdií, 1996.
- [3] DOJČÁK, P. a kol.: Teória štátu a práva. Bratislava, 1977.
- [4] HART, H. L. A.: Pojem práva. Praha, 2004.
- [5] HAYEK, F. A.: Právo, zákonodárství a svoboda. Praha, 1994.
- [6] CHOVANCOVÁ, J.: Liberalistické koncepcie spravodlivosti 20. storočia. I. diel, II. diel. Bratislava, 1994, 1996.
- [7] CHOVANCOVÁ, J.: Liberalizmus vs. komunitarizmus. Bratislava, 2006.
- [8] LIESSMAN, K. – YENATY, G.: O myšlení. Olomouc, Votobia, 1994.
- [9] MILLER, B. a kol.: Blackwellova encyklopedie politického myšlení. Brno, 1995.
- [10] NOVOSAD, F.: Súčasný liberalizmus: Dohodnúť sa o spravodlivosti. In: O slobode a spravodlivosti. Liberalizmus dnes. Bratislava, 1993.
- [11] NOZICK, R.: Anarchy, state and Utopia. New York, 1974.
- [12] RAWLS, J.: Teorie spravedlnosti. Praha, 1995.

Doc. Dr. Jarmila Chovancová, CSc.

*Paneurópska vysoká škola, fakulta práva, ústav spoločensko-vedných disciplín
jarmila.chovancova@uninova.sk*

Imunita sudcov všeobecných súdov – komparatívny pohľad

Immunity of Judges of general courts – a comparative view

▼ Boris Balog

Kľúčové slová:

imunita, súd, sudca, Ústava Slovenskej republiky, nezávislosť súdov a sudcov

Key words:

immunity, the court, the judge, the Constitution of the Slovak Republic, independence of courts and judges

1. Úvod

Predložený príspevok sa venuje téme imunity sudcov všeobecných súdov. Jeho cieľom nie je poskytnutie vyčerpávajúcej analýzy relevantnej domácej ústavnej a zákonnej úpravy tohto inštitútu, ale poskytnúť skôr komparatívny pohľad na úpravu (či skôr neúpravu) imunity sudcov v krajinách Európskej únie a z toho vyvodiť niektoré závery aj pre podmienky Slovenskej republiky.

Problematike imunity ústavných činiteľov bolo v poslednom období venovaných niekoľko príspevkov v odbornej literatúre,¹⁾ aj keď tieto sa venovali primárne imunite poslancov Národnej rady Slovenskej republiky, čo je nepochybne politicky, odborne a najmä laicky zaujímavá téma.

Téma imunity sudcov všeobecných súdov sa stala aktuálnou v súvislosti s vládnym návrhom ústavného zákona, ktorým sa mení Ústava Slovenskej republiky č. 460/1992 Zb. v znení neskorších predpisov (ďalej len „návrh novely ústavy“).²⁾ Návrh novely ústavy zasahoval aj do čl. 136 ods. 3 a 4 Ústavy Slovenskej republiky (ďalej len „ústava“). Navrhovanými zmenami sa sledovalo vypustenie procesno-právnej imunity sudcov všeobecných súdov (doplnenej do ústavy novelou č. 90/2001 Z. z.³⁾) čím by odpadla

1) GAŇA, S.: Niekoľko úvah o poslaneckej imunite. Justičná revue, 8 – 9/2006, DRGONEC, J.: Imunita poslancov Národnej rady Slovenskej republiky (pokusy o zmenu ústavy, kritériá pre uplatnenie platnej právnej úpravy). Justičná revue, 50, 2008, č. 11, DRGONEC, J.: Imunita ústavných činiteľov v Slovenskej republike. Justičná revue, 8 – 9/2006, BALOG, B.: Imunita poslancov Národnej rady Slovenskej republiky. Právny obzor, 89, 2006, č. 3, HODÁS, M.: Imunita poslancov Európskeho parlamentu. Právny obzor, 91, 2008, č. 1, s. 30 – 46, MAJERČÁK, T.: Imunita ústavných činiteľov, aktuálny stav a perspektívy. Justičná revue, 62, 2010, č. 6 – 7.

2) www.nrsr.sk – číslo parlamentnej tlače 27.

3) V tomto prípade ale išlo o ústavné vyriešenie predchádzajúcej nesystémovej úpravy, keď sa čl. 136 ods. 3 Ústavy SR pôvodne vzťahoval len na predsedu a podpredsedu Najvyššieho súdu Slovenskej republiky. Pri ostatných sudcoch súhlas na ich trestné stíhanie a vzatie do väzby dával orgán, ktorý ich vymenoval alebo zvolil (§ 55 vtedy platného zákona č. 335/1991 Zb. o súdoch a sudcoch v znení neskorších predpisov). Ústavodarca v roku 2001 riešil túto situáciu tým spôsobom, že ústavnú ochranu, ktorú pôvodne priznal len dvom funkcionárom Najvyššieho súdu Slovenskej republiky, rozšíril na všetkých sudcov všeobecných súdov.

potreba vyslovenia súhlasu Ústavného súdu Slovenskej republiky na trestné stíhanie sudcu všeobecného súdu a naďalej by zostala zachovaná len potreba vyslovenia súhlasu na vzatie sudcu všeobecného súdu do väzby. Hmotno-právna imunita sudcov všeobecných súdov týmto návrhom novely ústavy nebola dotknutá.⁴⁾

2. Imunita sudcov všeobecných súdov

Ústava vo vzťahu k niektorým skupinám, kategóriám osôb upúšťa od zásady rovnosti práva a pripúšťa výnimku pre tieto skupiny, kategórie osôb z pôsobnosti trestného práva alebo i správneho práva v rozsahu a spôsobom ustanoveným ústavou a zákonom. Do tejto kategórie osôb patria aj sudcovia.

Imunitu sudcov všeobecných súdov môžeme v zmysle klasickej teórie imunity rozdeliť na hmotno-právnu imunitu a na procesno-právnu imunitu:

- hmotno-právna imunita má svoj ústavný základ v čl. 145 ods. 2 ústavy, ktorý má síce charakter ústavnej blanketovej normy, ale z jej znenia možno vyvodiť záver, že sudca všeobecného súdu imunitu má a na úpravu jej rozsahu ústavodarcu zmocnil zákonodarcu. A tak podľa § 29a ods. 1 zákona č. 385/2000 Z. z. o sudcoch a príslušných a o zmene a doplnení niektorých zákonov v znení neskorších predpisov „za rozhodovanie nemožno sudcu ani príslušného stíhať, a to ani po zániku ich funkcií“;
- procesno-právna imunita má svoj ústavný základ v čl. 136 ods. 3 ústavy. Úlohou Ústavného súdu Slovenskej republiky je posúdiť, či skutok, pre ktorý sa žiada súhlas na trestné stíhanie sudcu, spočíva v jeho rozhodovaní, alebo či ide o taký skutok, ktorý nie je rozhodovaním sudcu. Nevyhnutnou podmienkou udelenia súhlasu na trestné stíhanie sudcu je skutočnosť, že trestné stíhanie za skutok, ktorý má byť jeho predmetom, je prípustné, t. j. že sa naň nevzťahuje imunita sudcu, ktorá by znamenala jeho vyňatie z pôsobnosti orgánov činných v trestnom konaní a súdu a neprípustnosť jeho trestného stíhania (podľa príslušných ustanovení Trestného poriadku).

Ústavný súd Slovenskej republiky je oprávnený, ale aj povinný v niektorých prípadoch súhlas na trestné stíhanie sudcu všeobecného súdu odoprieť. Z doterajšej judikatúry Ústavného súdu Slovenskej republiky vyplýva, že dôvodom na odopretie súhlasu na trestné stíhanie sudcu všeobecného súdu by bolo to, ak by plénum Ústavného súdu Slovenskej republiky došlo k záveru, že sudcu treba chrániť pred zneužitím práva stíhať pre trestné činy a priestupky, používaním nátlaku prostriedkami trestného konania, používaním donucovaných prostriedkov, na ktoré sú oprávnené príslušné orgány výkonnej moci.

Ústavný súd Slovenskej republiky sa vyjadril niekoľkokrát aj k účelu tejto imunity – „Účelom imunity v tomto rozsahu je ochrana funkcie sudcu pred zneužitím práva stíhať pre trestné činy a priestupky používaním nátlaku prostriedkami trestného konania, používaním donucovaných prostriedkov, ku ktorým sú oprávnené príslušné orgány výkonnej moci... Imunita sudcu je teda zvláštna oprávnenie považované za jednu zo základných záruk sudcovskej nezávislosti.“ (PL. ÚS 24/03, PL. ÚS 12/06, PL. ÚS 19/02). Súčasne platí, že „Táto imunita sudcu nie je absolútna, trvá len do rozhodnutia pléna ústavného súdu, ktoré rozhoduje o upustení od imunity a dá súhlas na trestné stíhanie, a tým odstráni ústavnú prekážku v postupe orgánov činných v trestnom

4) Národná rada Slovenskej republiky dňa 26. októbra 2010 neschválila tento návrh novely ústavy.

konaní. Od nadobudnutia právoplatnosti tohto rozhodnutia sa stáva trestné stíhanie sudcu prípustným.“ (PL. ÚS 12/06, PL. ÚS 19/02).

Imunita sudcu neslúži na oslobodenie od právnej zodpovednosti za protiprávne správanie sudcu v súkromnom živote.⁵⁾

Ďalej je potrebné doplniť, že ani vyššie uvedeným účelom sudcovskej imunity sa jej opodstatnenosť a potreba podľa Ústavného súdu Slovenskej republiky nevyčerpáva, pretože tento sformuloval aj niekoľko ďalších pravidiel, za splnenia ktorých má imunita sudcov svoje úplné opodstatnenie:

1. Sudca požíva imunitu, ktorá mu má zaistiť nezávislosť predovšetkým na výkonnej moci, jeho sudcovskú právomoc slobodne zisťovať právo, ako aj posilniť jeho občiansku odvahu rozhodovať v súdnych sporoch v konkrétnych prípadoch o konkrétnych ľudských osudoch len na základe zákona (PL. ÚS 24/03) – vnímanie imunity sudcov musí byť spojené s ich rozhodovacou činnosťou myslenou nie imaginárne ako právomoc rozhodovať, ale myslenou reálne – ako skutočné odvážne rozhodovanie sporov.
2. Táto imunita rovnako ako každá imunita súvisí so zodpovednosťou, ktorej posúdenie v prípade zneužitia patrí súdnym orgánom (PL. ÚS 24/03) – právna úprava by nemala vytvárať prekážky toho, aby sa prípady zneužitia funkcie sudcu mohli reálne a efektívne dostať pred súd, ktorý by o nich rozhodol – tomu bráni práve procesno-právna imunita.
3. Táto imunita sudcu prirodzene nemôže slúžiť na to, aby bola zaistená beztrestnosť páchatel'ov trestných činov (PL. ÚS 24/03).

Ak by sme vychádzali z návrhu novely ústavy, bol by jeho schválením dosiahnutý stav, že by bola zachovaná hmotno-právna imunita sudcov všeobecných súdov, ale pri vypustení ich procesno-právnej imunity by bolo možné ich trestné stíhanie, ktoré by záviselo len od vyhodnotenia dôkazov orgánmi činnými v trestnom konaní z toho hľadiska, či ide alebo nejde o skutok spočívajúci v rozhodovaní sudcu všeobecného súdu, na ktorý sa vzťahuje hmotno-právna imunita. V opačnom prípade by bolo trestné stíhanie možné a v konečnom dôsledku by rozhodol súd ako pri každom inom občani.

3. Komparácia úpravy imunity sudcov v štátoch Európskej únie

V nasledujúcom texte je uvedených spolu 21 štátov spomedzi členských krajín Európskej únie, a to z pohľadu imunity sudcov. Z predloženého prehľadu je zrejmé, že imunita sudcov súdov a sudcov ústavných súdov je veľmi výnimočným a zriedkavým javom v ústavnej a zákonnej úprave postavenia sudcov v krajinách Európskej únie. Z prehľadu je tiež zjavné, že fenomén priznávania imunity sudcom je typický pre nové členské krajiny Európskej únie, či inak povedané bývalé totalitné/socialistické krajiny. Tento jav je možné chápať cez prizmu snahy o posilnenie nezávislosti súdnictva po zlých skúsenostiach z predchádzajúceho nedemokratického režimu. Súčasne ale takýto pohľad umožňuje položiť otázku, či v určitom momente vývoja demokratickej spoločnosti po zvrhnutí totalitného režimu nenastal čas, aby bol tento inštitút a jeho potreba prehodnotená. Slovenská republika je štandardný demokratický štát, v ktorom všetky ústavné orgány fungujú, tendencie na recidivu totalitného režimu sú v podstate úplne marginálne, a preto využívanie rôznych neštandardných inštitútov slúžiacich na vysporiadanie sa s totalitnou minulosťou by malo pomaly ustupovať. Príkladom môže byť Portugalsko či Španielsko, ktoré

5) DRGONEC, J.: Ústava Slovenskej republiky. Komentár. 2. vydanie, Heuréka, Šamorín, 2007, 1098.

získali demokraciu len približne 20 rokov pred Slovenskou republikou a ani v jednom štáte inštitút imunity sudcov neexistuje.

**Belgicko, Dánsko, Fínsko, Francúzsko,
Grécko, Holansko, Írsko, Maďarsko,
Spolková republika Nemecko, Portugalsko,
Rakúsko, Španielsko**

Súčasťou ústavnej a zákonnej úpravy postavenia sudcov v týchto členských štátoch Európskej únie nie je imunita sudcov.

Česká republika

Imunitu sudcov Ústavného súdu ČR upravuje česká ústava v čl. 86.⁶⁾ Sudcu ústavného súdu nie je možné trestne stíhať bez súhlasu Senátu. V zmysle predloženého návrhu na zmenu českej ústavy, ak Senát odoprie súhlas, bude trestné stíhanie sudcu ústavného súdu vylúčené len po dobu trvania funkcie. Súčasná úprava v čl. 86 ods. 1 českej ústavy poskytuje širšiu imunitu sudcom ústavného súdu, pretože v prípade odopretia súhlasu Senátom je trestné stíhanie sudcu ústavného súdu vylúčené navždy (tým sa kopírovala úprava imunity poslancov a senátorov).

Sudcu ústavného súdu je možné zadržať, len ak bol pristihnutý pri páchaní trestného činu alebo bezprostredne po tom. Príslušný orgán je povinný zadržanie ihneď oznámiť predsedovi Senátu. Ak nedá predseda Senátu do 24 hodín od zadržania súhlas na odovzdanie zadržaného súdu, je príslušný orgán povinný ho prepustiť. Na svojej prvej nasledujúcej schôdzi Senát rozhodne o prípustnosti trestného stíhania s konečnou platnosťou.

Úprava imunity ostatných sudcov je obdobná ako v Slovenskej republike – nie je predmetom ústavnej matérie, ale je upravená len na úrovni zákona. Ostatní sudcovia majú imunitu podľa zákona § 76 zákona č. 6/2002 Sb. o soudech a soudcích:

„§ 76

(1) Pro činy spáchané při výkonu funkce soudce nebo v souvislosti s výkonem této funkce lze soudce trestně stíhat nebo vzít do vazby jen se souhlasem prezidenta republiky.

(2) Orgán, který zahájil trestní stíhání proti soudci, o tom vyrozumí ministerstvo a předsedu příslušného soudu.“

Estónsko

Estónska ústavná úprava poskytuje sudcom ochranu vo forme imunity. Podľa čl. 153 estónskej ústavy, počas doby výkonu funkcie sudcu môžu byť sudcovia súdov prvej inštancie a druhej inštancie trestne stíhaní iba na návrh Najvyššieho súdu a so súhlasom prezidenta republiky. Predsedu a sudcov Najvyššieho súdu možno počas výkonu ich funkcie stíhať iba na návrh justičného kancelára⁷⁾ a so súhlasom väčšiny všetkých členov parlamentu.

6) Predložený příspěvek zachytává stav po návrhu změny české ústavy na základě poslaneckého návrhu – sněmovní tisk 11 (v čase zpracování příspěvku v Poslanecké sněmovně v druhém čtení).

7) Justičný kancelár je nezávislý orgán, ktorého činnosť spočíva v dozore nad ústavnosťou a zákonnosťou zákonodarej a výkonnej moci štátu, ako aj normatívnych aktov miestnej samosprávy.

Základom návrhu Najvyššieho súdu, resp. justičného kancelára je žiadosť prokurátora, ku ktorej priloží aj zhrnutie vykonaného prípravného konania.

Podľa trestného poriadku predseda a sudcovia Najvyššieho súdu môžu byť zadržaní ako podozriví a môžu byť voči nim vykonané úkony, ako prehliadka priestoru alebo osoby, zabavenie vecí, ale to len vtedy, ak dal parlament súhlas na ich stíhanie. Pokiaľ ide o ostatných sudcov, tento súhlas dáva prezident republiky.

Bez predchádzajúceho súhlasu možno zadržať sudcu len vtedy, ak bol prichytený pri páchaní trestného činu prvého stupňa (ide o trestné činy, za ktoré sa ukladá trest odňatia slobody nad päť rokov, doživotie alebo v prípade právnických osôb povinné zrušenie). Úkony v trestnom konaní, ako napr. prehliadka priestoru alebo osoby môžu byť v tom prípade vykonané aj bez predchádzajúceho súhlasu.

Litva

Litovská ústava sa venuje tak imunitě sudcov ústavného súdu, ako aj imunitě sudcov ostatných súdov.

Podľa čl. 104 litovskej ústavy *„Pri výkone svojej funkcie sú sudcovia Ústavného súdu nezávislí na akejkoľvek štátnej inštitúcii, osobe a organizácii a sú viazaní iba ústavou. Sudcovia Ústavného súdu požívajú rovnaké imunity ako poslanci parlamentu.“*⁸⁾

Podľa čl. 114 litovskej ústavy *„Sudca nemôže byť bez súhlasu parlamentu, a ak parlament nezasadá, bez súhlasu prezidenta republiky trestne stíhaný ani zatknutý alebo iným spôsobom obmedzený na svojej osobnej slobode.“*

Na základe žiadosti generálneho prokurátora ustanoví parlament vyšetrovaciu komisiu na posúdenie súhlasu so stíhaním, zatknutím alebo iným obmedzením slobody poslanca alebo sudcu. Na základe zistení komisie hlasuje parlament a uznesením buď dá, alebo nedá súhlas.

Lotyšsko

Podľa § 13 zákona o súdnej moci sudca a prísediaci požívajú počas doby trvania výkonu ich funkcie imunitu.

Trestné stíhanie voči sudcovi môže začať iba generálny prokurátor. Sudca nesmie byť zadržaný ani stíhaný bez súhlasu parlamentu. Určený sudca Najvyššieho súdu rozhoduje o zadržaní, nútenej preprave, zatknutí alebo prehliadke sudcu. Ak bol sudca zadržaný pri páchaní závažného alebo obzvlášť závažného trestného činu, rozhodnutie o jeho nútenej preprave, zatknutí alebo prehliadke nie je potrebné, ale určený sudca Najvyššieho súdu a generálny prokurátor musia byť o tom informovaní do 24 hodín.

Prísediaci nesmie byť počas výkonu jeho funkcie stíhaný alebo zadržaný bez súhlasu príslušného orgánu miestnej samosprávy, ktorý ho do tejto funkcie zvolil. Určený sudca Najvyššieho súdu rozhoduje o zadržaní, nútenej preprave, zatknutí alebo prehliadke prísediaceho. Ak bol prísediaci zadržaný pri páchaní závažného alebo obzvlášť závažného trestného činu, rozhodnutie o jeho nútenej preprave, zatknutí alebo prehliadke nie je

8) Imunita poslancov je predmetom úpravy čl. 62 litovskej ústavy, podľa ktorého *„Bez súhlasu parlamentu nemôže byť poslanec stíhaný ani zatknutý alebo iným spôsobom zbavený svojej slobody. Za svoje hlasovanie alebo prejavy v parlamente nemôže byť poslanec stíhaný. Za urážku alebo ohováranie však podlieha zákonnej zodpovednosti.“*

potrebné, ale určený sudca Najvyššieho súdu a príslušný orgán miestnej samosprávy, ktorý ho do tejto funkcie zvolil, musia byť o tom informovaní do 24 hodín.

Správne sankcie nesmú byť uplatňované voči sudcom a sudca nesmie byť zadržaný na základe predpisov správneho konania. Sudca je disciplinárne zodpovedný za spáchanie správneho deliktu.

Imunitu sudcov ústavného súdu ustanovuje § 35 zákona o ústavnom súde – proti sudcovi ústavného súdu sa nesmie začať trestné stíhanie ani nesmie byť vzatý do väzby bez súhlasu ústavného súdu. O tejto veci sa musí rozhodnúť nadpolovičnou väčšinou členov pléna. Zadržanie, nútená preprava alebo prehliadka sudcu ústavného súdu je možné vykonať iba so súhlasom ústavného súdu; rozhoduje o tom trojčlenný senát.

Sudca ústavného súdu podlieha disciplinárnej zodpovednosti za správne delikty.

Poľsko

Poľská ústava v čl. 181 poskytuje sudcom imunitu – Bez predchádzajúceho súhlasu zákonom určeného súdu nemôže byť sudca ani trestne stíhaný, ani zbavený slobody. Sudca nesmie byť zadržaný ani zatknutý, ibaže by bol prichytený pri čine a jeho zadržanie je nevyhnutné na zabezpečenie riadneho priebehu konania. O zadržaní je potrebné bezodkladne upovedomiť predsedu miestne príslušného súdu, ktorý môže nariadiť okamžité prepustenie zadržaného.

Následne v ustanovení čl. 195 a 196 poskytuje imunitu aj sudcom ústavného súdu, a to v rovnakom rozsahu ako ostatným sudcom. Rozdiel je v tom, že o zadržaní sudcu ústavného súdu je potrebné bezodkladne upovedomiť predsedu ústavného súdu.

Rumunsko

Zodpovednosť sudcov upravuje zákon o postavení sudcov z roku 2004 (týka sa aj prokurátorov) – ide o podobnú imunitu, ako majú poslanci. Podľa čl. 94 zákona sudcovia sú trestne, občianskoprávne a disciplinárne zodpovední v zmysle osobitných predpisov. V trestnom konaní môže byť u sudcu vykonaná prehliadka, môžu byť zadržaní alebo vzatí do väzby iba so súhlasom Najvyššej súdnej rady. Ak boli prichytení pri páchaní trestného činu, je možné ich vziať do väzby a vykonať prehliadku podľa príslušných predpisov. Príslušný orgán, ktorý sudcu pri čine zadržal, musí o tom bezodkladne upovedomiť Najvyššiu súdnu radu.

Imunita sudcov Ústavného súdu je výslovne upravená v zákone o organizácii a fungovaní ústavného súdu z roku 1992. Sudcovia Ústavného súdu nie sú právne zodpovední za svoje názory a za hlasovanie pri rozhodovaní. Nemôžu byť zadržaní ani stíhaní za trestné činy, iba ak bol daný súhlas Stáleho výboru dolnej komory parlamentu alebo Senátu, alebo prezidenta republiky, a to na žiadosť generálneho prokurátora. Trestné konanie v týchto prípadoch prebieha na Vysokom kasačnom súde.

Slovinsko

Sudcovia majú imunitu v zmysle čl. 134 ústavy. Podľa uvedeného ustanovenia slovinskej ústavy sudca, ktorý je podozrivý zo spáchania trestného činu pri výkone sudcovskej funkcie, nesmie byť zatknutý ani trestne stíhaný bez súhlasu Národného zhromaždenia (slovinský parlament).

Rokovací poriadok Národného zhromaždenia ustanovuje postup vyslovenia súhlasu so zatknutím alebo stíhaním sudcu. Na žiadosť príslušného orgánu rozhodne Národné

zhromaždenie o tom, či vydá sudcu na trestné stíhanie alebo na zatknutie, ak je sudca podozrivý zo spáchania trestného činu pri výkone svojej funkcie. Národné zhromaždenie rozhodne až po tom, čo sa mu doručí stanovisko Súdnej rady. Pokiaľ ide o vyslovenie súhlasu so stíhaním a zatknutím sudcu Ústavného súdu, použijú sa primerane ustanovenia ako pri odnímaní imunity poslancov.

V zmysle ústavy však trestné konanie za čin zneužitia právomoci proti sudcom Najvyššieho súdu a Najvyššieho správneho súdu prebieha na Najvyššom súde na návrh ombudsmana alebo kancelára pre spravodlivosť. Najvyšší súd tiež rozhoduje o tom, či bude sudca najvyššieho súdu alebo Najvyššieho správneho súdu zbavený úradu, alebo mu bude pozastavený výkon funkcie, alebo bude povinný sa podrobiť lekárskemu vyšetreniu.

Veľká Británia

V trestných veciach nemajú sudcovia žiadnu imunitu, avšak majú istú ochranu v občianskoprávnom konaní. Nie je totiž možné iniciovať civilné konanie za činy osoby pri výkone činnosti súdnej povahy, ktoré jej boli zverené alebo akýchkoľvek iných úloh súvisiacich so súdnym konaním.

Okrem vyššie uvedeného prehľadu je možné do komparatívnej časti zaradiť aj stanoviská Benátskej komisie k imunitě sudcov – Európska komisia pre demokraciu prostredníctvom práva (Benátska komisia) prijala na svojom plenárnom zasadnutí v marci 2010 Správu o nezávislosti súdneho systému.

Pokiaľ ide o trestnú a občianskoprávnú zodpovednosť sudcov, v Stanovisku č. 3 o princípoch a pravidlách upravujúcich profesionálne konanie sudcov, najmä etiku, nezlúčiteľné správanie a nestrannosť, Benátska komisia v bodoch 75. a 76. konštatuje:

„75. Pokiaľ ide o trestnú zodpovednosť, CCJE sa domnieva, že

- i) sudcovia by mali byť trestne zodpovední podľa bežného práva za trestné činy spáchané mimo výkonu svojej funkcie,
- ii) trestná zodpovednosť by nemala byť sudcom ukladaná za neúmyselné chyby pri výkone ich funkcie.

76. Pokiaľ ide o občianskoprávnú zodpovednosť, CCJE sa domnieva, berúc do úvahy princíp nezávislosti, že

- i) oprava pochybenia súdu (či už ide o hmotné alebo procesné pochybenie) by mala byť zabezpečená vhodným systémom odvolania (či už s alebo bez povolenia súdu),
- ii) opravu akýchkoľvek iných pochybení pri zabezpečovaní prístupu k spravodlivosti (vrátane prieťahov v konaní) by mal zabezpečovať štát,
- iii) nie je vhodné, aby bol sudca pri výkone svojej funkcie vystavený osobnej zodpovednosti, dokonca ani formou spätného nahradenia štátom, okrem úmyselných chýb.“

Benátska komisia sa vyslovila za obmedzenú funkčnú imunitu sudcov. Sudcovia by nemali mať výhody z všeobecnej imunity. Podľa všeobecných štandardov potrebujú ochranu pred občianskoprávnym konaním za konanie v dobrej viere pri výkone ich funkcie. Avšak nemali by mať výhody všeobecnej imunity, ktorá ich chráni proti stíhaniu za trestné činy, za ktoré by sa mali zodpovedať pred súdom. Je nespochybniteľné, že sudcovia musia byť chránení proti nepatričnému externému vplyvu. Za týmto účelom by mali požívať funkčnú imunitu (t. j. nestíhateľnosť za činy vykonané pri výkone svojej funkcie s výnimkou úmyselných trestných činov, ako je korupcia).

4. Záver

Ako možno na základe vyššie uvedeného prehľadu hodnotiť návrh novely ústavy? Predstavoval z pohľadu súdnej moci (a vzťahu výkonnej moci k nej) taký vážny zásah do postavenia sudcov a ich nezávislosti, ktorým by bola na Slovensku vytvorená ústavne neakceptovateľná a bezprecedentná situácia ohrozenia nezávislosti súdnej moci?

Vo vzťahu k imunite sudcov všeobecných súdov nepredstavoval návrh novely ústavy nič výmočné, len priblíženie slovenskej ústavnej úpravy európskemu štandardu. Jeho vyhodnotenie a hľadanie odpovede na vyššie položenú otázku sa vzťahuje na kľúčový pojem nezávislosti súdov a sudcov, ktorý sa stal alfou a omegou odporu proti navrhovanému zrušeniu procesno-právnej imunity sudcov všeobecných súdov.

Výstižná charakteristika nezávislosti súdov je obsahom odôvodnenia rozhodnutia Ústavného súdu Slovenskej republiky sp. zn. PL. ÚS 52/99, v ktorom tento o. i. vyslovil, že „*Účelom nezávislosti súdov je zabezpečiť im také postavenie, ktoré zodpovedá ich úlohe v právnom štáte, a to ako vo vzťahu k ďalším orgánom štátu (v horizontálnej úrovni vzťahov), tak aj vo vzťahu k subjektom podliehajúcim ich jurisdikcii. Všeobecne možno pojem nezávislosť súdov charakterizovať tak, že zahŕňa ich rozhodovanie bez akýchkoľvek právnych a faktických vplyvov na výkon ich právomocí, ako aj na proces ich rozhodovania a nezávislosť sudcov ako ich nepodriadenosť pri výkone svojich funkcií komukoľvek inému. Nezávislosť súdnictva a nezávislosť sudcov sú preto späté s plnením tých úloh, ktoré im v právnom štáte zveruje ústava. V tomto smere ako nezávislosť súdov, tak ani nezávislosť sudcov nemôže byť nikdy nezávislosťou absolútnou a „samoúčelnou“, pretože sa poskytuje funkčne pre potreby riadneho výkonu súdnictva. V dôsledku toho ju ani nemožno považovať za nejakú „výsadu“ súdnej moci, ale (a naopak) za nevyhnutný predpoklad naplnenia jej zodpovednosti za nestranné a spravodlivé súdne rozhodnutia. Túto skutočnosť ostatne potvrdzuje čl. 141 ods. 1 ústavy, v ktorom sa uvádza, že nezávislé a nestranné súdy „vykonávajú súdnictvo“, a čl. 144 ods. 1 ústavy uvádza, že sudcovia sú nezávislí „pri rozhodovaní“, resp. čl. 135 ods. 4 ústavy stanovuje, že sudcovia ústavného súdu sa zaväzujú nezávisle a nestranne „rozhodovať“.*“

Ústavný súd Slovenskej republiky vníma jednoznačne nezávislosť súdov a sudcov v spojení s plnením ich úloh, a to osobitne s ich rozhodovaním. K rozhodovaniu ako kľúčovej kategórii sme sa dostali aj v 2. kapitole tohto príspevku (bod 1.). Základným (a trochu lacným) argumentom proti zásahu do imunity sudcov všeobecných súdov je práve ohrozenie, či priam negovanie ich nezávislosti. Vychádzajúc z prepojenia – nezávislosť súdov a sudcov – imunita sudcov – rozhodovanie sudcov – rezultuje ďalšia otázka – znamená zrušenie procesno-právnej imunity sudcov všeobecných súdov pri plnom zachovaní ich hmotno-právnej imunity taký zásah do ich nezávislosti, ktorý by znamenal ohrozenie, či priam znemožnenie plnenia tých úloh, ktoré im v právnom štáte zveruje ústava, a to najmä nezávislé, nestranné a spravodlivé (a tiež možno odvážne) rozhodovanie? Na túto otázku si každý podľa vlastnej afiliácie môže dať odpoveď sám, autor ponúka svoju – nie... Alebo snaha o zachovanie úplnej hmotno-právnej a aj procesno-právnej imunity predstavuje už to, čo Ústavný súd Slovenskej republiky nazval „samoúčelným“ a „výsadou“? Aj na túto otázku si každý podľa vlastnej afiliácie môže dať odpoveď sám, autor ponúka svoju – áno...

Zhrnutie

Predložený príspevok sa venuje téme imunity sudcov všeobecných súdov. Uvedenú tému skúma nielen z pohľadu domácej ústavnej a zákonnej úpravy, a to aj s ohľadom na neschválený návrh novely Ústavy Slovenskej republiky, ale pozornosť upriamuje na zahraničnú úpravu imunity sudcov. Zistenia vyplývajúce z tohto komparatívneho pohľadu majú vypovedaciu hodnotu aj pre domácu úpravu a naznačujú jej (ne)štandardnosť.

Summary

The present contribution is devoted to the topic of immunity of the judges of general courts. The subject examines not only from the perspective of domestic constitutional and legal arrangements, including also the unapproved draft of amendment to the Constitution of the Slovak Republic, but focuses on the foreign treatment of immunity of judges. The findings of this comparative perspective have explanatory power for domestic treatment and indicate its (un)standard.

Zoznam použitej literatúry:

- [1] BALOG, B.: Imunita poslancov Národnej rady Slovenskej republiky. Právny obzor, 89, 2006, č. 3.
- [2] DRGONEC, J.: Imunita ústavných činiteľov v Slovenskej republike. Justičná revue, 8 – 9/2006.
- [3] DRGONEC, J.: Indemnita poslancov Národnej rady Slovenskej republiky (pokusy o zmenu ústavy, kritériá pre uplatnenie platnej právnej úpravy). Justičná revue, 50, 2008, č. 11.
- [4] DRGONEC, J.: Ústava Slovenskej republiky. Komentár. 2. vydanie, Heuréka, Šamorín, 2007.
- [5] GAŇA, S.: Niekoľko úvah o poslaneckej imunite. Justičná revue, 8 – 9/2006.
- [6] MAJERČÁK, T.: Imunita ústavných činiteľov, aktuálny stav a perspektívy. Justičná revue, 62, 2010, č. 6 – 7.

JUDr. Boris Balog, PhD.

*Fakulta práva, Ústav verejného práva
Paneurópska vysoká škola
boris.balog@uninova.sk*

K vybraným aspektom procesného inštitútu nazerania do spisov podľa správneho poriadku

The selected procedural aspects of the Institute of viewing the files under the Administrative Procedure

▼ Branislav Cepek

Kľúčové slová:

aplikácia práva, nazeranie do spisu, platné rozhodnutie, účastník konania, utajované informácie, správny orgán

Key words:

Application of law, file inspection, valid decision, party to administrative proceedings, confidential information, administration

Právo nazeráť do spisu prináleží predovšetkým účastníkom konania. Okrem účastníkov konania majú právo nazeráť do spisu aj iné subjekty, a to zástupcovia účastníkov konania, zúčastnené osoby, verejný ochranca práv, ako aj iné osoby, ktoré preukážu opodstatnenosť nahliadnutia do spisu.¹⁾

Medzi základné pravidlá konania patrí povinnosť správnych orgánov postupovať v úzkej súčinnosti s účastníkmi konania a dať im vždy príležitosť, aby mohli účinne obhajovať svoje práva, najmä vyjadriť sa k podkladom pre rozhodnutie. Ustanovenie § 23 je v svojej podstate konkretizáciou tejto zásady. Oprávnenie týkajúce sa účastníka konania sa vzťahuje aj na jeho zástupcu a zúčastnenú osobu. Ustanovenie o práve účastníka konania nazeráť do spisu sa vzťahuje aj na dožiadaný orgán a orgán, ktorý preskúmava rozhodnutie.²⁾ V širšom kontexte je možné tento právny inštitút vymedziť ako jeden zo spôsobov, ktorým sa realizuje právo na informácie, ktoré je zakotvené predovšetkým v čl. 17 Listiny základných práv a slobôd.³⁾ Význam nazerania do spisu sa však nevyčerpáva len v rámci práva na informácie, ale súvisí takisto s ďalšou ústavnou normou, a to právom na súdnu a inú právnu úpravu.

V predmetnom článku sa nebudem zaoberať týmto inštitútom naprieč celým spektrom procesných noriem, kde je upravený, ale iba nazeraním do administratívneho spisu, ktoré je realizované podľa správneho poriadku. S týmto oprávnením súvisí celý rad otázok a interpretačných problémov.

1) POTASCH, P. a kol.: *Vybrané správne procesy (teoretické a praktické aspekty)*. Bratislava : EUROKÓDEX, 2010, s. 52.

2) SOBIHARD, J.: *Správny poriadok – Komentár*. Bratislava, IURA EDITION, 2009, s. 94. ISBN 978-80-8078-272-6.

3) Toto právo je súčasne chápané ako jedna zo záruk zákonnosti, keďže iba na základe informácií je možné vykonávať efektívnu kontrolu v modernom demokratickom štáte.

V prvom rade je potrebné vyriešiť vzťah správneho poriadku a zákona č. 211/2000 Z. z. o slobodnom prístupe k informáciám, teda v akom rozsahu sa popri § 23 správneho poriadku uplatňuje pri nazeraní do spisu tiež tento zákon. Prvou premisou na vyriešenie tejto otázky je akceptácia tézy, že zákon o slobodnom prístupe k informáciám, tak ustanovenie § 23 správneho poriadku, slúžia podobnému účelu, teda slobodnému získavaniu informácií fyzickým a právnickým osobám, i keď v druhom prípade sa jedná o špecifický a výrazne užší okruh informácií obsiahnutých v spise. Druhou premisou je posúdenie komplexnosti, prípadne naopak nekomplexnosti právnej úpravy obsiahnutej v zákone o slobodnom prístupe k informáciám a § 23 podľa správneho poriadku. V oboch prípadoch je pritom možné dospieť k záveru, že sa jedná o predpisy, ktoré v plnom rozsahu a bez potreby podpornej aplikácie iných predpisov, ktoré reglementujú im zverenú problematiku, t. j. ide v oboch prípadoch o právnu úpravu komplexnú. Z takto formulovaných premís vyplýva potom záver, že zákon o slobodnom prístupe k informáciám je všeobecnou právnou úpravou a § 23 správneho poriadku právnou úpravou špeciálnou. V prípade ak sú teda v konkrétnom prípade splnené podmienky pre aplikáciu § 23 správneho poriadku, potom je vylúčená aplikácia zákona o slobodnom prístupe k informáciám, ktorý sa však uplatní v prevažnej väčšine ostatných prípadov poskytovania informácií v oblasti výkonu verejnej správy, pri ktorých sa nejedná o nahliadanie do spisu.⁴⁾

V aplikačnej praxi je však potrebné veľmi dôsledne rozlišovať situácie, kedy je zo strany fyzickej alebo právnickej osoby požadované nazeráť do spisu, a situácie, kedy oprávnený subjekt žiada iba o parciálnu informáciu zo spisu, napr. kópiu rozhodnutia. Zatiaľ čo v prvom prípade sa uplatňuje len § 23 správneho poriadku a je vylúčená aplikácia všeobecnej právnej úpravy, v druhom prípade je potrebné postupovať podľa zákona o slobodnom prístupe k informáciám a nedôjde naopak k aplikácii § 23 správneho poriadku. Žiadosť o informáciu v správnom konaní nie je preto možné automaticky zamieňať so žiadosťou o nazeranie do spisu v zmysle § 23 správneho poriadku. Tento poznatok vyplýva zo skutočnosti, že nazeranie do spisu je komplexným postupom umožňujúcim oprávnenej osobe zoznámiť sa so všetkými informáciami⁵⁾ obsiahnutými v spise, zatiaľ čo parciálna žiadosť o informácie je postupom užším, v rámci ktorého sa oprávnená osoba zoznámuje len s konkrétnou informáciou, o ktorú výslovne prejavila záujem. Komplexný postup nazerania do spisu, ktorý je, ako už bolo spomenuté, upravený v § 23 správneho poriadku a vylučuje aplikáciu zákona o slobodnom prístupe k informáciám, avšak toto vylúčenie sa uplatní práve a len vtedy, pokiaľ je naozaj požadované aplikovať tento komplexný postup.

Nesprávny postup orgánov verejnej správy⁶⁾ môže mať v konkrétnom prípade zásadné konzekvencie, a to pre oprávnený subjekt, tak pre orgán verejnej správy, a je preto potrebné otázkam riadneho posúdenia obsahu žiadosti oprávnenej osoby venovať zvýšenú pozornosť. V tejto súvislosti je potrebné poukázať najmä na problém ohrozenia dobrého mena správneho orgánu a na možnosť vzniku škody v dôsledku nesprávneho úradného postupu orgánu verejnej správy.

4) So zrejmyými rozdielmi napr. v prípade postupu podľa zákona č. 205/2004 Z. z. o zhromažďovaní, uchovávaní a šírení informácií o životnom prostredí a o zmene a doplnení niektorých zákonov v znení neskorších predpisov.

5) Samozrejme so zohľadnením ochrany utajovaných informácií a pod.

6) Zámerne som zvolil pomerne nepresné označenie, a to s ohľadom na vzájomnú rozdielnosť subjektov, ktoré majú povinnosť poskytovať informácie podľa zákona o slobodnom prístupe k informáciám a podľa procesného inštitútu nazerania do spisov podľa správneho poriadku.

Právo na informácie a s tým súvisiace právo na nahliadnutie do spisu sú vo všeobecnosti považované za prostriedky, ktoré okrem funkcií popísaných vyššie umožňujú rovnako realizáciu kontroly výkonu verejnej moci orgánov verejnej moci.⁷⁾ Z tohto dôvodu je toto oprávnenie ponímané čo najširšie a s čo najmenším počtom obmedzení. Na strane druhej však existujú situácie, kedy je záujem na nezverejňovaní alebo utajení určitých informácií silnejší než záujem na ich poskytnutí, a v týchto prípadoch nedochádza k úplnej realizácii práva na informácie, prípadne nie je možné toto právo uplatniť vôbec. Typickým príkladom takých informácií sú informácie označené osobitným zákonom za utajované, prípadne informácie, poskytnutím ktorých by došlo k porušeniu ochrany osobnosti alebo ochrany súkromia. V každom prípade však platí, že pri akomkoľvek obmedzení práva na informácie je potrebné vo zvýšenej miere šetriť jeho podstatu a zmysel a že akékoľvek jeho obmedzenie musí byť proporcionálne k záujmu, ktorý je odoprením poskytnutia informácií chránený.⁸⁾

Pojem utajované skutočnosti je pojmovo spojený so zákonom č. 215/2004 Z. z. o ochrane utajovaných skutočností v znení neskorších noviel. Tento zákon vymedzuje utajované skutočnosti v § 2 písm. a) ako informáciu alebo vec určenú pôvodcom utajovanej skutočnosti, ktorú vzhľadom na záujem Slovenskej republiky treba chrániť pred vyzradením, zneužitím, poškodením, neoprávneným rozmnožením, zničením, stratou alebo odcudzením a ktorá môže vzniknúť len v oblastiach, ktoré ustanoví vláda Slovenskej republiky svojimi nariadeniami. Len informácie, ktoré spĺňajú všetky zákonom stanovené náležitosti, sú považované za informácie utajované, a len pri týchto informáciách sa uplatňuje osobitný spôsob prístupu k nim, ktorý je závislý na stupni ich utajenia.⁹⁾

V prípade nazerania do spisu sú utajované informácie z tohto dôvodu vylúčené, s výnimkou prípadov, kedy do spisu nahliadne účastník konania alebo jeho zástupca a konkrétnou utajovanou informáciou bol alebo bude uskutočnený dôkaz. Tieto informácie sa však sprístupnia len v nevyhnutne potrebnom rozsahu a za predpokladu, že účastník konania alebo jeho zástupca boli dopredu oboznámení s následkami porušenia povinnosti mlčanlivosti a o tejto skutočnosti bol spísaný protokol, ktorý je uvedenými osobami podpísaný. Správny orgán odoprie nazrieť do utajovaných informácií účastníkovi konania alebo jeho zástupcovi, pokiaľ by nazretie mohlo mať za následok mimoriadne závažnú alebo vážnu ujmu pre záujmy Slovenskej republiky, ohrozenia života alebo zdravia osôb, prípadne ohrozenie alebo vážne narušenie činnosti spravodajských služieb alebo polície. Aj keď tento záver explicitne nevyplýva ani zo zákona č. 215/2004 Z. z., ani zo správneho poriadku, je isté, že môžu existovať utajované skutočnosti, u ktorých je verejný záujem na tom, aby sa s nimi zoznamovali fyzické osoby len vo výnimočných režimoch, a kde prípadné riziko z ich odtajnenia prevažuje nad právom na informácie, ako aj právom na súdnu a inú právnu ochranu v podobe, v ktorej je upravené v Listine základných práv a slobôd.

7) V tomto zmysle je možné právo na informácie zaradiť medzi tzv. záruky zákonnosti, t. j. právne prostriedky, ktorých účelom je zabezpečenie dodržovania zásady zákonnosti vo verejnej správe, prípadne obnovenia právneho stavu a zabezpečenia zákonnej realizácie verejnej správy tam, kde bola zásada zákonnosti porušená.

8) Bližšie pozri čl. 4 ods. 2 a 4 Listiny základných práv a slobôd: „Medze základných práv a slobôd môžu byť za podmienok ustanovených Listinou základných práv a slobôd upravené iba zákonom. Pri používaní ustanovení o medziach základných práv a slobôd musí byť šetrené ich podstatou a zmyslom. Takéto obmedzenia nesmú byť zneužívané k iným účelom, než pre ktoré boli stanovené.“

9) Zákon č. 215/2004 Z. z. v tejto súvislosti zaviedol klasifikáciu informácií na informácie prísne tajné, tajné, dôverné a vyhradené.

Správny orgán tak musí v konkrétnom prípade zvážiť, ktorému verejnému záujmu dá prednosť, pričom východiskom posúdenia je práve zváženie významu konkrétnych utajovaných skutočností a dopadoch ich prípadného odtajnenia na záujmy Slovenskej republiky, prípadne na činnosť spravodajských služieb alebo polície. Tento záver podporuje aj samotné ustanovenie predmetného zákona, že je možné odprieť zbaviť mlčanlivosti v prípadoch, kedy by tým mohlo dôjsť k mimoriadne závažnej ujme záujmov Slovenskej republiky alebo k ohrozeniu života a zdravia osôb. Zákon následne upravuje ďalšie prípady, kedy zbavenie je vylúčené za predpokladu, že by ním mohlo prísť k ohrozeniu alebo vážnemu narušeniu činnosti spravodajských služieb alebo polície.

V súvislosti s povinnosťou poučenia zo strany správneho orgánu v prípade, že umožní nazrieť do utajovanej informácie, je potrebné poukázať najmä na ustanovenie predmetného zákona, z ktorého vyplýva povinnosť každému, kto mal alebo má prístup k utajovanej informácii, zachovávať o nej mlčanlivosť a neumožniť k nej prístup neoprávnenej osobe. Porušenie tejto povinnosti je stíhané ako priestupok a pri jeho preukázaní môže Národný bezpečnostný úrad uložiť fyzickej osobe pokutu až do výšky 200 000 eur. Súčasne nie je vylúčené naplnenie skutkových znakov niektorého z trestných činov, ktoré súvisia s ohrožovaním utajovanej skutočnosti.

■ **Navrhované ustanovenia po novelizácii správneho poriadku**

V procesnom inštitúte nazerania do spisu absentujú viaceré právne inštitúty v súvislosti s aktuálnym vývojom verejnej správy a jej približovaniu sa komunitárnemu právu. V tejto súvislosti by do predmetného ustanovenia bolo vhodné zakotviť situáciu, keď správny orgán odoprie nahliadnuť do spisu alebo jeho časti. V tomto prípade by mal správny poriadok upravovať, že o tomto vydá príslušný správny orgán uznesenie. Toto uznesenie by sa oznámilo iba tej osobe, ktorej správny orgán odoprel do spisu nahliadnuť a iba táto osoba by mohla proti uzneseniu o odopretí práva nazrieť do spisu podať odvolanie, ktoré by však nemalo odkladný účinok. Toto uznesenie by mohol správny orgán vydať aj bez predchádzajúceho konania za podmienky, ak bolo podobné uznesenie týmto správnym orgánom podľa ustálenej rozhodovacej praxe vydané v tej istej alebo inej veci za obdobných skutkových okolností, pričom účinky takéhoto uznesenia by nastali jeho vydaním. Súčasná právna úprava správneho poriadku takisto pojem uznesenie nepozná, čo vedie k tomu, že je vo všetkých prípadoch vydaný iba jeden typ rozhodnutia, ktoré podlieha rovnakým pravidlám z hľadiska jeho preskúmania. I keď v súčasnosti platný správny poriadok vylučuje možnosť podať proti rozhodnutiu o preskúmaní konania odvolanie, nie je však vylúčený prieskum rozhodnutia. Nový správny poriadok by vylučoval uplatnenie preskúmacieho konania v prípade uznesenia (až na dve výnimky), zaviedol by však možnosť podať proti uzneseniu o odopretí nahliadnutia do spisu odvolanie. To by totiž mohol podať účastník konania vždy, pokiaľ by to zákon nevylučoval.

Išlo by o takto znejúce ustanovenie:

„Proti uzneseniu sa môže odvolať účastník, ktorému sa uznesenie oznamuje. Odvolanie proti uzneseniu nemá odkladný účinok. Proti uzneseniu, ktoré sa iba znamená v spise, a proti uzneseniu, o ktorom to ustanovuje zákon, sa nie je možné odvolať“.

V nových ustanoveniach by v rámci predmetného inštitútu bolo potrebné počítať so situáciou, ak sa chce oboznámiť s obsahom spisu nevidomá osoba. Potom by bolo vhodné, aby správny poriadok ustanovil, že nevidomej osobe, ktorá spĺňa predpoklady na

oboznámenie sa s obsahom spisu, bude jeho obsah prečítaný. Obsah prečíta buď zamestnanec správneho orgánu, ktorý za správny orgán umožňuje nahliadanie do spisu, alebo by ho mohol takejto osobe prečítať jej sprievodca. Súčasne by správny orgán nevidomej osobe na požiadanie umožnil zabezpečiť zvukový záznam toho, ako je obsah spisu čítaný. Do spisu by teda mohol nahliadať tiež sprievodca nevidomej osoby. Týmto sprievodcom môže byť akákoľvek osoba, ktorá nevidomú osobu sprevádza a ktorú nevidomá osoba za svojho sprievodcu označí. Sprievodcom by mohol byť v konkrétnom prípade napríklad zástupca takejto osoby.

■ Záver

Tak ako som avizoval v úvode môjho príspevku, mojím cieľom bolo podať relatívne ucelený výklad vzťahujúci sa k problematike nazerania do spisu podľa správneho poriadku a najmä na postup správneho orgánu v prípade, kedy sa na niektoré informácie obsiahnuté v správnom spise vzťahuje povinnosť mlčanlivosti alebo ide o tzv. utajované informácie. Rozsah článku neumožňoval, aby som sa mohol vysporiadať so všetkými aplikačnými problémami súvisiacimi s danou problematikou, napriek tomu verím, že sa mi podarilo aspoň čiastočne ponúknuť riešenie niektorých problémov vyskytujúcich sa v danej oblasti aplikačnej praxe a načrtnúť niektoré vlastné závery, aj keď nie jediné, týkajúce sa špecifických tém riešenej problematiky.

■ Summary

As I signaled the beginning of my contribution, my goal was to present a relatively comprehensive interpretation relating to the issue of viewing the file on the correct order and in particular the procedure for the administration, if some of the information contained in the administrative file subject to disclosure or to the so-called classified information. The scope of Article I did not allow me to be able to deal with all administration issues related to the topic, but nevertheless I believe that I was able to offer at least partially address some of the problems encountered in the field of application experience and draw some conclusions of their own, although not only related to specific topics of the field.

■ Zoznam použitej literatúry:

- [1] SOBIHARD, J.: Správny poriadok – komentár, štvrté prepracované vydanie. Iura Edition, Bratislava 2009.
- [2] ŠEMORA, V.: K některým aspektům nahlížení do spisu dle správního řádu. Právní obzor, Bratislava 2008.
- [3] Zákon č. 215/2004 Z. z. o ochrane utajovaných skutočností a o zmene a doplnení niektorých zákonov.
- [4] Zákon č. 205/2004 Z. z. o zhromažďovaní, uchovávaní a šírení informácií o životnom prostredí a o zmene a doplnení niektorých zákonov v znení neskorších predpisov.
- [5] Zákon č. 211/2000 Z. z. o slobodnom prístupe k informáciám a o zmene a doplnení niektorých zákonov (zákon o slobode informácií) v znení neskorších predpisov.

JUDr. Ing. Branislav Cepek, PhD.

Odborný asistent na katedre správneho a environmentálneho práva PF UK
branislav.cepek@flaw.uniba.sk

Vysielacie práva na športové podujatia v európskom a slovenskom kontexte

Broadcasting rights of sports events in a European and Slovakian context

Tomáš Gábriš

Kľúčové slová:

vysielacie práva, médiá, šport, športové právo, európske právo

Keywords:

broadcasting rights, media, sports, sports law, European law

Úvod

Vysielacie práva na športové podujatia a ich obchodné využitie¹⁾ sú výnosným zdrojom príjmov pre športové organizácie. Športový klub má zväčša na základe zmlúv s individuálnymi športovcami zabezpečené právo na výkony svojich športovcov a je oprávnený poskytovať za odplatu súhlas na vysielanie televíznych či rozhlasových prenosov zo svojich zápasov, resp. zápasov svojho tímu s tímom iného klubu. Predmetom vysielania je teda podľa J. Čorbu, ktorý sa touto témou v poslednom období ako jeden z mála podrobne zaoberal, jednak samotné športové podujatie, resp. športová súťaž (ktorú vytvorilo a zorganizovalo určité športové združenie), a zároveň aj športové výkony jednotlivých športovcov, ktoré sa v tejto súťaži odohrávajú.²⁾

Vlastný predaj vysielacích práv sa pritom podľa J. Čorbu nepovažuje za živnosť v zmysle § 3 ods. 1 písm. b) zákona č. 455/1991 Zb. o živnostenskom podnikaní (živnostenský zákon) ani za podnikanie podľa Obchodného zákonníka a na výkon takejto činnosti sa nevydáva žiadne podnikateľské oprávnenie.³⁾

V praxi podoba využitia vysielacieho práva vyzerá tak, že organizátor zápasu umožňuje vysielateľovi využívať zariadenia na mieste podujatia za účelom zaznamenávania a vysielania športového podujatia. Deje sa tak zvyčajne na základe súhlasu (nepomenovaným kontraktom), ktorý na národnej úrovni udeľuje športový zväz, príp. ním poverená spoločnosť, na ktorú bolo prenesené právo udeľovať súhlas na vysielanie prenosu z konkrétnej športovej súťaže. Tieto spoločnosti predávajú vysielacie práva jednotlivým

1) Porovnaj UNGERER, Herbert: *Commercialising Sport*, 2003.

Dostupné na internete: http://ec.europa.eu/competition/speeches/text/sp2003_024_en.pdf (navštívené dňa 9. novembra 2010).

2) ČORBA, Jozef: Zmluvné vzťahy pri vysielaní TV prenosov zo športových podujatí. In: *Tradície a inovácie v súkromnom práve*. Ed. J. Husár. Košice : UPJŠ, 2009, s. 41.

3) Porovnaj ČORBA, Jozef: Športové kluby – podnikatelia pro forma? In: *Naděje právní vědy: sborník z mezinárodního setkání mladých vědeckých pracovníků: 12. – 14. október 2007 na Zámec-
kém statku Býkov. Plzeň : Vydavatelství a nakladatelství Aleš Čeněk, 2008, s. 273.*

televíznym spoločnostiam.⁴⁾ Otázka, komu vlastne vysielacie práva patria, má rôzne možnosti riešenia,⁵⁾ napr. v podobe koncepcie spoluvlastníctva klubov a zväzu, prípadne aj medzinárodnej federácie, ak ide o medzinárodné podujatia. Zákon č. 300/2008 Z. z. o športe priznáva príjem z televíznych a rozhlasových práv k športovým podujatiam tak klubom, ako aj národnému zväzu.

V roku 2010 došlo v súvislosti s vysielacími právami a ich exploataciou v Slovenskej republike k predaju vysielacích práv k najvyššej národnej futbalovej ligovej súťaži, ako aj zápasov slovenskej reprezentácie, patriacich Slovenskému futbalovému zväzu (SFZ), rumunskej káblowej spoločnosti Digi TV, pôsobiacej na území SR s iba malým podielom na trhu (t. j. s obmedzeným pokrytím územia a domácností). K predaju došlo prostredníctvom marketingového partnera SFZ, UFA Sports Slovakia a vlastný predaj v prospech Digi TV zmluvne zrealizovala spoločnosť Sport Five, vlastniaca tieto práva na základe ich predchádzajúceho nadobudnutia od SFZ. Následne sa rozpútala debata ohľadom prípustnosti predajť vysielacie práva káblowej televízii s nedostatočným územným pokrytím a o možnostiach zabezpečiť vysielanie prostredníctvom verejnoprávnej televízie s pokrytím celej republiky.

V tomto príspevku poukážem na úpravu vysielania športových podujatí na národnej aj medzinárodnej úrovni a osobitne na úrovni európskeho práva. Poukážem najprv na obdobný prípad predaja vysielacích práv spoločnosti s nedostatočným pokrytím domácností, ktorý sa riešil vo Veľkej Británii, a následne upozorním na európsku a z nej vychádzajúcu slovenskú právnu úpravu vysielania významných športových podujatí. Nakoniec sa zameriam na rozhodovacia činnosť Európskej komisie vo veci obchodného využívania vysielacích práv, a to osobitne zo súťažnoprávneho uhla pohľadu.

1. Britský prípad TV Danmark (2001)

Podobný prípad, aký nastal v roku 2010 na Slovensku v súvislosti s predajom vysielacích práv, riešila v roku 2001 britská Snemovňa Lordov. Išlo o prípad TV Danmark.⁶⁾ V ňom šlo o povinnosť Spojeného kráľovstva podľa európskeho práva odmietnuť povolenie britskej televíznej spoločnosti vykonávať výhradné práva na živé vysielanie dánskych zápasov majstrovstiev sveta z dôvodu, že iba príliš málo Dánov by ich mohlo sledovať vzhľadom na nedostatočné pokrytie dánskych domácností britským vysielateľom. Možnosť, že ktokoľvek, kto si nepredplatil platenú televíznu službu, by mohol prísť o šancu sledovať tieto zápasy, vyvolala politický tlak, ktorý viedol najprv ku zmene národnej britskej legislatívy, a následne k prijatiu novej európskej smernice. Kým sa však dostaneme k samotnému prípadu, je potrebné načrtnúť východiská platnej úpravy v Británii a v Dánsku.

4) ČORBA, Jozef: *Obchodnoprávne vzťahy v oblasti športu* (dizertačná práca). Košice : UPJŠ, 2008, s. 136. Porovnaj MELTZ, Mark: *Hand it over: Eurovision, Exclusive EU Sports Broadcasting Rights, and the Article 85(3) Exemption*. Dostupné na internete: http://www.bc.edu/bc_org/avp/law/lwsch/journals/bcicl/23_1/06_TXT.htm (navštívené dňa 9. novembra 2010).

5) K povahe samotného práva na vysielanie zápasov a k otázke, komu toto právo prináleží, pozri napr. staršie príspevky v časopise *International Sports Law Journal*, 2003/3, týkajúce sa prístupu talianskej, francúzskej, nemeckej a britskej teórie športového práva.

6) Plný názov prípadu bol REGINA v. INDEPENDENT TELEVISION COMMISSION (APPELLANTS) EX PARTE TV DANMARK 1 LIMITED (ON 25 JULY 2001 [2001] UKHL 42). Dostupné na internete: <http://www.publications.parliament.uk/pa/ld200102/ldjudgmt/jd010725/dan-1.htm> (navštívené dňa 9. novembra 2010).

Národná britská úprava ešte dávno pred začatím prípadu TV Danmark bola obsiahnutá v časti IV Zákona o vysielaní (Broadcasting Act) z roku 1996. V rámci tohto zákona paragraf 97 zmocnil štátneho tajomníka pre kultúru, médiá a šport na zostavenie zoznamu športových a iných udalostí národného záujmu. Organizátori športových podujatí sa v týchto vymedzených prípadoch nemohli zmluvne zaviazat' k udeleniu exkluzívnych práv na vysielanie predmetných udalostí. Paragraf 98 delil vysielateľov do dvoch skupín, ktoré zhruba zodpovedajú platenej televízii a verejnoprávnej televízii. Podstatným ustanovením je § 101, ktorý zakotvil, že vysielateľ jednej kategórie nemôže vysielat' udalosť uvedenú v zozname, ak ju nevysielala zároveň aspoň jeden vysielateľ z druhej kategórie.

Podobné obavy ďalších členských štátov ohľadom dostupnosti športových udalostí verejného významu viedli k prijatiu európskej smernice č. 97/36/ES európskym parlamentom a Radou dňa 30. júna 1997. Predstavovala novelizáciu dovtedajšej smernice o televíznom vysielaní (89/552/ES), známej ako smernica Televízia bez hraníc, a pridala v nej nový článok 3a:

„1. Každý členský štát môže prijať opatrenia v súlade s právom Spoločenstva, aby zabezpečil, že vysielatelia, na ktorých sa vzťahuje jeho právomoc, nebudú exkluzívne vysielat' udalosti, ktoré tento členský štát považuje za udalosti veľkého významu pre spoločnosť, takým spôsobom, že pripraví podstatnú časť verejnosti v tomto členskom štáte o možnosť takejto udalosti sledovať prostredníctvom priameho prenosu alebo prostredníctvom záznamu vo voľne dostupnej televízii. V takom prípade dotknutý členský štát vypracuje zoznam stanovených vnútroštátnych alebo vonkajších udalostí, ktoré považuje za udalosti veľkého významu pre spoločnosť... Zároveň dotknutý členský štát určí, či by tieto udalosti mali byť dostupné prostredníctvom úplného alebo čiastočného priameho prenosu, alebo ak je to nevyhnutné alebo z objektívnych dôvodov v záujme verejnosti vhodné, vysielaním úplného alebo čiastočného záznamu.

2. Členské štáty bezodkladne oznámia Komisii, aké opatrenia prijali alebo zamýšľajú prijať na základe odseku 1. V lehote troch mesiacov od oznámenia Komisia overí, či sú tieto opatrenia v súlade s právom Spoločenstva a oznámi ich ostatným členským štátom.

3. Členské štáty zabezpečia primeranými prostriedkami v rámci svojho právneho poriadku, že vysielatelia, na ktorých sa vzťahuje ich právomoc, nevykonávajú svoje zakúpené exkluzívne práva po zverejnení tejto smernice tak, aby podstatná časť verejnosti v inom členskom štáte bola zbavená možnosti sledovať dané udalosti zaradené medzi významné udalosti iným členským štátom v súlade s predchádzajúcimi odsekmi, prostredníctvom celkového alebo čiastočného živého vysielania, prípadne ak je to nevyhnutné alebo vhodné z objektívnych príčin vo verejnom záujme, prostredníctvom celkového alebo čiastočného záznamu vo voľne dostupnej televízii, ako určí spomenutý iný členský štát v súlade s odsekom 1.“

Štyri členské štáty využili túto možnosť. Taliansko do zoznamu zaradilo Veľkú cenu Talianska Formuly 1, hudobný festival San Remo a niektoré ďalšie udalosti. Nemecko zaradilo do zoznamu rôzne futbalové súťaže. Dánsko si vyhradilo futbalové zápasy Svetového pohára, v ktorých hrá dánsky tím.

V Británii bol do zákona o vysielaní zaradený nový § 101B, ktorý vyžaduje súhlas britskej televíznej komisie (ITC) na exkluzívne vysielanie udalostí zaradených inými členskými štátmi do zoznamu významných udalostí, podobne ako v prípade § 101:

„(1) poskytovateľ televízneho programu nevyužije bez predchádzajúceho súhlasu komisie svoje práva na vysielanie celej alebo časti udalosti zaradenej v zozname vo vzťahu k štátu Európskeho hospodárskeho priestoru odlišného od Veľkej Británie.“

Práve tento problém vyvstal 5. júna 2000, keď britský vysielateľ nazvaný TV Danmark 1 vstúpil do zmluvného vzťahu so spoločnosťou UFA Sports GmbH, ktorej patria televízne práva na vysielanie futbalových zápasov Svetového pohára, ohľadom exkluzívneho práva vyselať päť kvalifikačných zápasov Svetového pohára z roku 2002, v ktorých hralo Dánsko. Išlo pritom o udalosti, ktoré Dánsko zaradilo do svojho zoznamu významných udalostí.

TV Danmark bola nováčikom na trhu, ktorý začal svoju činnosť iba 1. januára 2000. Mal sídlo v Británii, ale vykonával káblové a satelitné vysielanie do Dánska, pričom pokrýval iba asi 60 % dánskej verejnosti, čím nenaplnil požiadavku dánskeho kritéria na zabránenie tomu, aby podstatná časť verejnosti nebola ukrátená na možnosti sledovať významné udalosti.

UFA stanovila trhovú cenu exkluzívnych práv a ponúkla ich zároveň niekoľkým dánskym vysielateľom, vrátane dvoch, ktorí spĺňali požiadavku voľného verejného vysielania. Bola teda dodržaná rovnosť príležitostí a každý záujemca o vysielacie práva mal možnosť predložiť svoju ponuku. Dvaja spomenutí vysielatelia predložili spoločnú ponuku, ale ponúkli iba 60 % z ceny, ktorú považovala UFA za primeranú. TV Danmark ponúkla síce tiež menej, ako bolo očakávanie UFA, ale stále viac než dvaja verejní vysielatelia. Britská komisia preto pôvodne pokladala proces predaja vysielacích práv za spravodlivý a transparentný.

Podľa dánskeho právneho poriadku však aj v takomto prípade vysielateľ, ktorý vlastní vysielacie práva na určenú udalosť, avšak nespĺňa podmienku pokrytia, musí ponúknuť iným vysielateľom nevylučné právo vyselať udalosť za primeranú cenu. Dánska strana mala za to, že spojenie verejní vysielatelia neboli nikdy vyzvaní, aby predložili spoločnosti TV Danmark svoju ponuku na odvysielanie udalosti popri exkluzívnom práve TV Danmark. Vysielatelia sa teda zúčastnili iba primárnej súťaže o exkluzívne vysielacie práva, kde neuspeli, ale druhý krok, výzva na predloženie ponuky, sa už nezrealizoval. Dánske ministerstvo kultúry preto pokladalo využívanie vysielacích práv TV Danmark za využívanie v rozpore s podmienkami čl. 3a(3) Smernice. Následne britská komisia požiadala TV Danmark, či by bola ochotná ponúknuť neexkluzívne vysielacie právo dánskym verejným vysielateľom. TV Danmark odmietla. Britská komisia následne zaujala stanovisko, že TV Danmark skutočne konala v rozpore so Smernicou. TV Danmark toto rozhodnutie komisie napadla na súde. Súd však dal za pravdu komisii. Podľa neho TV Danmark nemôže očakávať, že by komisia konala v rozpore so Smernicou. Odvolací súd však zrušil toto rozhodnutie s poukazom na to, že Smernica má určovať iba ciele, a nie spôsoby dosiahnutia cieľa, ďalej že iné konanie by bolo v rozpore so slobodnou súťažou, a napokon vzhľadom na to, že prebehla verejná súťaž, nemožno tvrdiť, že časť verejnosti bola zbavená možnosti sledovať predmetnú udalosť.

Práve proti tomuto rozhodnutiu sa britská komisia odvolala k Snemovni Lordov, ktorá napokon zaujala stanovisko, že pôvodné rozhodnutie komisie a súdu bol správne, a zrušila rozhodnutie odvolacieho súdu. Potvrdilo sa teda, že britská spoločnosť bola povinná rešpektovať dánsky zoznam významných udalostí a dánske podmienky pokrytia.

2. Európska úprava vysielania významných udalostí

Ako už bolo uvedené vyššie, európska úprava v podobe smernice č. 97/36/ES chránila spomenuté práva na prístup väčšiny obyvateľstva k významnej udalosti. Od čias rozhodnutia vo veci TV Danmark medzičasom došlo k zmene európskej právnej úpravy a v súčasnosti je otázka vysielania športových podujatí upravená smernicou Európskeho parlamentu a Rady č. 2010/13/EÚ z 10. marca 2010 o koordinácii niektorých ustanovení upravených zákonom, iným právnym predpisom alebo správnym opatrením v členských štátoch týkajúcich sa poskytovania audiovizuálnych mediálnych služieb (smernica o audiovizuálnych mediálnych službách). Podľa jej čl. 14, takmer totožného s pôvodným čl. 3a: „Každý členský štát môže prijať opatrenia v súlade s právom Únie, aby zabezpečil, že vysielatelia, na ktorých sa vzťahuje ich právomoc, nebudú exkluzívne vysieľať udalosti, ktoré tento členský štát považuje za udalosti veľkého významu pre spoločnosť, takým spôsobom, že pripraví podstatnú časť verejnosti v tomto členskom štáte o možnosť takéto udalosti sledovať prostredníctvom priameho prenosu alebo prostredníctvom záznamu vo voľne dostupnej televízii. V takom prípade dotknutý členský štát vypracuje zoznam stanovených vnútroštátnych alebo vonkajších udalostí, ktoré považuje za udalosti veľkého významu pre spoločnosť. Vypracuje ho zrozumiteľným a prehľadným spôsobom v dostatočnom časovom predstihu. Zároveň dotknutý členský štát určí, či by tieto udalosti mali byť dostupné prostredníctvom úplného alebo čiastočného priameho prenosu, alebo ak je to nevyhnutné alebo z objektívnych dôvodov v záujme verejnosti vhodné, vysielaním úplného alebo čiastočného záznamu.“ Podstata úpravy je pritom rovnaká ako v predchádzajúcej smernici.

Bližšie pojem významná udalosť, resp. „významné podujatie“ špecifikuje **Odporúčanie č. R (91) 5 Výboru ministrov, určené členským štátom, o práve na krátke spravodajstvo o významných podujatiach v prípadoch nadobudnutia výhradných práv na ich cezhraničné televízne vysielanie (prijaté Výborom ministrov 11. apríla 1991 na 456. schôdzi zástupcov ministrov), a to nasledovne:**

„11. Významnú udalosť treba chápať ako akúkoľvek udalosť organizovanú alebo neorganizovanú, na ktorej televízne vysielanie má výhradné práva primárny vysielateľ a ktorá je podľa názoru jedného alebo viacerých vysielateľov z iných krajín mimoriadne dôležitá pre verejnosť jeho krajiny (ich krajín). Termín „z iných krajín“ znamená krajiny iné ako krajina, v ktorej je zriadený primárny vysielateľ.

12. Verejnosť môže byť verejnosť ako celok alebo jej relevantné časti, ktoré prezentujú významné záujmové oblasti podľa svojej profesionálnej alebo mimoprofesionálnej činnosti, veku, atď.

13. Zakúpenie výhradných práv na podujatie vysielateľom je indikátorom, že určité podujatie je svojím charakterom významné. V praxi však charakter významnosti určuje sekundárny vysielateľ, v krajine ktorého hrozí verejnosti, že jej bude obmedzené právo na prístup k informáciám. Sekundárny vysielateľ má v konečnom dôsledku najlepšiu pozíciu na naplnenie očakávaní verejnosti svojej krajiny v súvislosti s daným podujatím.

14. Významné podujatie môže byť organizované alebo neorganizované:

- organizované významné podujatie znamená akékoľvek športové, kultúrne, sociálne, politické podujatie, ktoré sa koná ako výsledok rozhodnutia organizátora a ktoré organizuje verejná alebo súkromná fyzická alebo právnická osoba. V prípadoch zakázaného alebo obmedzeného prístupu verejnosti na miesto konania

(napr. určité významné kultúrne alebo sociálne podujatia) je televízne vysielanie ešte dôležitejšie. V takýchto prípadoch výkon výhradných práv môže mať významné dosahy na právo verejnosti na prístup k informáciám;

- neorganizované významné podujatie znamená hlavne aktuálne udalosti podobné tým, ktoré sú obvykle prezentované v rámci správ alebo publicistických programov (napr. nehoda, prírodná katastrofa, ozbrojený konflikt). Vo väčšine prípadov tento typ podujatia môže nasnímať ktorýkoľvek vysielateľ, pretože prístup k nemu je voľný; napr. olejová škvrna. Na druhej strane, v niektorých prípadoch môže byť prístup k neorganizovanej významnej udalosti obmedzený, hlavne ak tak rozhodol majiteľ priestorov, v ktorých sa udalosť odohráva (napr. vedenie bane môže zakázať prístup k banskému nešťastiu viac ako jednému vysielateľovi). Také obmedzenie môže byť tiež výsledkom rozhodnutia verejných orgánov z bezpečnostných dôvodov (napr. pripustenie jediného vysielateľa ako sprievodu záchranného tímu) alebo pôvodcov podujatia (napr. únoscovia povolia vstup do lietadla len jedinému vysielateľovi počas prerušenia letu).⁷⁾

3. Slovenská úprava vysielania športových podujatí

3.1 Verejnoprávna úprava vysielania významných udalostí

Domáca právna úprava Slovenskej republiky implementovala pôvodnú smernicu Rady 89/552/EHS z 3. októbra 1989 o koordinácii určitých ustanovení zákonov, iných právnych predpisov alebo správnych opatrení v členských štátoch týkajúcich sa vykonávania činnosti televízneho vysielania v znení smernice Európskeho parlamentu a Rady 97/36/ES z 30. júna 1997 do podoby zákona č. 308/2000 Z. z. zo 14. septembra 2000 o vysielaní a retransmisii v znení neskorších predpisov.⁸⁾

Zabezpečenie prístupu verejnosti k významným udalostiam má na základe tohto zákona podobu dvoch práv:

Prvým je **právo na krátke spravodajstvo** (§ 30), ktoré zaručuje, že vysielateľ televíznej programovej služby môže pre potreby spravodajstva vyrobiť a odvyselať záznam z podujatia vyvolávajúceho zvýšený záujem verejnosti, na ktorého vysielanie má výhradné právo iný vysielateľ. Záznam sa však

- a) môže odvyselať výhradne v pravidelne vysielanom spravodajskom programe,
- b) nesmie pri odvysielaní prekročiť časový rozsah 90 sekúnd,
- c) nesmie odvyselať skôr, ako mohol podujatie vyvolávajúce zvýšený záujem verejnosti vyselať alebo o ňom informovať v spravodajskom programe vysielateľ, ktorému patrí výhradné právo na vysielanie podujatia,
- d) musí odvyselať s uvedením zdroja, ktorý má výhradné právo na vysielanie podujatia vyvolávajúceho zvýšený záujem verejnosti.

Takýto spôsob mohli využiť súkromné slovenské televízie napr. pri prenose zápasov Majstrovstiev sveta vo futbale, na vysielanie ktorých mala právo Slovenská televízia ako

7) Dostupné na internete: <http://www.rada-rtv.sk/sk/spravy/?aktualitaId=53> (navštívené dňa 9. novembra 2010).

8) Medzitým došlo k zmene smernice novou smernicou Európskeho parlamentu a Rady 2007/65/ES z 11. decembra 2007, a napokon aj najnovšou spomínanou smernicou z roku 2010.

verejnoprávne médium. Tá dokonca vydala osobitné upozornenie v znení: „*Slovenská televízia preto dôrazne vyzýva všetkých vysielateľov i prevádzkovateľov internetových portálov, aby sa zdržali akéhokoľvek použitia videoprenosu alebo videozáznamu Slovenskej televízie z Majstrovstiev sveta vo futbale 2010 pre potreby svojich médií nad rámec definovaný v § 30 zákona č. 308/2000 Z. z. o vysielaní a retransmisii. Osobitne upozorňujeme, že ustanovenie § 30 zákona č. 308/2000 Z. z. sa nevzťahuje na internetové portály, a to ani spravodajské...*“⁹⁾

Druhým spôsobom zabezpečenia práva verejnosti na prístup k informáciám je tzv. **právo prístupu verejnosti k významným podujatiam** (§ 31). Pritom významné podujatie je politické, spoločenské, kultúrne alebo športové podujatie, ktoré spĺňa najmenej dve z týchto podmienok:

- a) jeho výsledok má osobitný a všeobecný ohlas a je predmetom záujmu aj tej časti verejnosti, ktorá podujatia takého charakteru zvyčajne nesleduje,
- b) má neopakovateľný kultúrny význam pre obyvateľov a osobitne sa v ňom prejavujú prvky ich kultúrnej identity, a
- c) je významným medzinárodným podujatím a zúčastňuje sa na ňom štátna reprezentácia.

Prístup verejnosti k významným podujatiam prostredníctvom vysielania televíznej programovej služby podľa zákona zabezpečí Rada pre vysielanie a retransmisii v spolupráci s Ministerstvom kultúry a Ministerstvom školstva Slovenskej republiky, s nositeľmi práv a vysielateľmi vypracovaním zoznamu takýchto podujatí. Zoznam podujatí Rada po jeho odsúhlasení Európskou komisiou oznámi prostredníctvom svojej internetovej stránky, na svojej úradnej tabuli v mieste svojho sídla a doručí ho dotknutým vysielateľom. Predbežne Rada pre vysielanie a retransmisii pripravila **zoznam významných podujatí**, ktorý podlieha schváleniu Európskou komisiou. Do tohto zoznamu zaradila:

- letné Olympijské Hry,
- zimné Olympijské Hry,
- semifinálové zápasy a finálový zápas Majstrovstiev Sveta vo futbale, ako aj všetky zápasy slovenského národného mužstva na týchto majstrovstvách,
- semifinálové zápasy a finálový zápas Majstrovstiev Európy vo futbale, ako aj všetky zápasy slovenského národného mužstva na týchto majstrovstvách,
- semifinálové zápasy a finálový zápas Ligy Majstrov a Pohára UEFA v prípade účasti slovenského mužstva,
- zápasy slovenského národného mužstva na Majstrovstvách sveta v hokeji,¹⁰⁾

Významné podujatia jednotlivých členských štátov, ktorú už boli schválené Európskou komisiou možno nájsť na webstránke Komisie.¹¹⁾

9) Dostupné na internete: <http://futbal.stv.sk/spravodajstvo/stv:-slovenska-televizia-vyzyva-na-zdrzanie-sa-protipravneho-konania> (navštívené dňa 9. novembra 2010).

10) Dostupné na internete: http://www.rada-rtv.sk/_cms/data/modules/download/1192638978_material.pdf (navštívené dňa 9. novembra 2010).

11) http://ec.europa.eu/avpolicy/reg/twof/implementation/events_list/index_en.htm (navštívené dňa 9. novembra 2010).

Rada pre vysielanie a retransmisiiu tiež zostavuje zoznam všetkých vysielateľov, v ktorom sú vysielatelia zaradení do skupiny

- a) vysielateľov, ktorých spôsob vysielania umožňuje bez zaplattenia osobitného poplatku prístup viac ako 80 % obyvateľov, a
- b) vysielateľov s obmedzeným prístupom verejnosti.

Vysielateľ zaradený do skupiny b), ktorý získa výhradné právo na vysielanie významného podujatia, je povinný umožniť podstatnej časti verejnosti prostredníctvom vysielateľa zaradeného do skupiny podľa písm. a) **za spravodlivých, primeraných a nediskriminujúcich trhových podmienok** sledovanie významného podujatia bez zaplattenia osobitného poplatku spôsobom, aký určí Rada; podstatnou časťou verejnosti sa na účely tohto zákona rozumie viac ako 80 % obyvateľov.

Vysielateľ zaradený do skupiny b), ktorý získa výhradné právo na vysielanie významného podujatia, je najmä povinný informovať všetkých vysielateľov zaradených do skupiny podľa písm. a) o ich možnosti odvysielať významné podujatie. Táto informácia musí byť poskytnutá v dostatočnom časovom predstihu pred konaním podujatia a musí obsahovať údaje o podujatí, najmä mieste a čase jeho konania **a cene, ktorú vysielateľ požaduje**.

Vysielateľ zaradený do skupiny b), ktorý získal výhradné právo na vysielanie významného podujatia, je oprávnený toto podujatie odvysielať až po uzavretí dohody o zabezpečení prístupu verejnosti k danému významnému podujatiu s aspoň jedným vysielateľom zaradeným do skupiny podľa písm. a) alebo po tom, čo žiaden z vysielateľov zaradených do skupiny a) nepredložil v lehote 14 dní od doručenia informácie písomný návrh na odvysielanie tohto podujatia za podmienok uvedených v informácii o možnosti odvysielať významné podujatie.

Napokon, pre cezhraničné situácie platí, že ak vysielateľ televíznej programovej služby nadobudne práva na vysielanie podujatí, ktoré sú na zozname významných podujatí niektorého z členských štátov Rady Európy alebo členských štátov Európskej únie, je povinný uplatňovať ich v súlade s pravidlami **tohto členského štátu a takým spôsobom, že neznemožní podstatnej časti verejnosti tohto členského štátu sledovať ich v priamom prenose alebo zo záznamu**. Výslovne sa tak reaguje na potenciálny problém obdobný prípadu TV Danmark.

Zákon o vysielaní a retransmisii obsahuje aj sankcie pre prípad porušenia pravidiel vysielania významných podujatí: podľa § 67 Rada uloží pokutu vysielateľovi televíznej programovej služby okrem vysielateľa prostredníctvom internetu od 1 659 eur do 99 581 eur, ak porušil podmienky na vysielanie významných podujatí.

3.2 Interná úprava vysielacích práv v športových organizáciách

Problematika vysielacích práv zo športových podujatí je svojou povahou primárne internou problematikou športových organizácií, osobitne národných zväzov. Ide tu však iba o vyriešenie komerčného využitia týchto práv, nie o zabezpečenie prístupu verejnosti k vysielanému podujatiu.

3.2.1 Profesionálny futbal

Podľa čl. 41 Stanov SFZ SFZ je pôvodným a výlučným vlastníkom všetkých práv vyplvajúcich zo súťaží a iných akcií, ktoré spadajú do jeho kompetencie, a to bez

akýchkoľvek obmedzení v zmysle obsahu, času, miesta a zákona.¹²⁾ Tieto práva zahŕňajú najmä všetky druhy finančných práv, vyhotovenie audiovizuálnych a rádiových záznamov, práv na reprodukciu a vysielanie, multimedálne, marketingové a promočné práva, merchandising, nehmotné práva a práva vyplývajúce zo zákona o autorských právach. Výkonný výbor môže rozhodnúť, že časť týchto práv deleguje na časovo stanovenú dobu na niektorého zo svojich členov. SFZ je zodpovedný za udeľovanie povolenia na šírenie obrazových, zvukových a iných nosičov dát z futbalových zápasov a aktivít, ktoré spadajú do jeho kompetencie. Výkonný výbor môže rozhodnúť, že časť týchto práv deleguje na časovo stanovenú dobu na niektorého zo svojich členov. Výkonný výbor tiež môže rozhodnúť o tom, či tieto práva budú využívané výhradne alebo spoločne s treťou stranou, prípadne budú v celom rozsahu využívané prostredníctvom tretej strany.

Vysielacie práva na futbalové zápasy boli pritom až do roku 2009 zmluvne prevedené na spoločnosť Šport progress, v ktorej bol SFZ vlastníkom 34 % akcií. Vzhľadom na prijatie zákona o športe, podľa ktorého športové zväzy môžu zakladať akciové spoločnosti, ale musia byť ich výlučným vlastníkom, odkúpil SFZ práva späť, hoci pôvodne na ne mala spoločnosť Šport progress právo až do roku 2016. K odkúpeniu došlo s príspevom spoločnosti UFA Sports, ktorá sa stala novým marketingovým partnerom Slovenského futbalového zväzu. Zmluva garantuje od spoločnosti UFA Sports ročne čiastku 2,3 milióna eur. Polovica z tejto sumy prípadne Slovenskému futbalovému zväzu a druhá časť v rovnakej hodnote 1 150 000 eur pôjde na účet Únie ligových klubov, teda riadiaceho orgánu dvoch najvyšších slovenských futbalových súťaží. Pri predpokladanom a očakávanom náraste ročnej sumy na sumu vyššiu než je požadovaných 2,3 mil. € by prišlo k prerozdeleniu tohto zisku tak, že 70 % by dostal Slovenský futbalový zväz a zostávajúcich 30 % spoločnosť UFA Sports.¹³⁾

Vysielacie práva zo súťaží, ktoré nespádajú do kompetencie SFZ, zásadne prináležia organizátorovi súťaže. Jednotlivé kluby si pritom zmluvne zabezpečujú právo využívať osobnostné práva hráčov za účelom vysielania športových podujatí, resp. predaja vysielacích práv.¹⁴⁾

3.2.2 Ľadový hokej

Podľa stanov Slovenského zväzu ľadového hokeja, čl. 16, medzi príjmy zväzu patria okrem iného: „*príjmy z televíznych, rozhlasových a iných práv za prenosy zo športových súťaží a športových podujatí organizovaných SZLH.*“ Problematike vysielacích práv v ľadovom hokeji – na zápasy hokejovej Slovnaft extraligy – sa v poslednom období venoval J. Čorba, ktorý upozornil na fakt, že všetci účastníci najvyššej hokejovej súťaže vytvorili riadiaci orgán extraligy – spoločnosť Pro-Hokej, a. s., ktorá disponuje vysielacími právami na zápasy extraligy. Spoločnosť pritom emitovala presne toľko listinných akcií, koľko je účastníkov hokejovej extraligy, pričom každý klub, ktorý pôsobí v extralige, má 1 akciu. V prípade zostupu z extraligy do nižšej súťaže je povinný previesť túto akciu na

12) Pre porovnanie formulácia zo Stanov Slovenskej plaveckej federácie, § 2, ods. 8: „*Je tiež výhradným vlastníkom všetkých komerčných, reklamných, televíznych, rozhlasových práv, práv na fotografické snímky a audiovizuálne snímanie, všetkých marketingových a ďalších tu neuvedených práv, ktoré sa vzťahujú k všetkým súťažiam a akciám, ktoré sú riadené a organizované SPF na území SR.*“

13) Dostupné na internete: <http://www.futbalsfz.sk/sfz/o-marketing-sfz-sa-bude-stara-ufa-sports-slovakia-1745/> (navštívené dňa 9. novembra 2010).

14) SLUKA, Tomáš: *Profesionální sportovec : Právní a ekonomické aspekty*. Praha : Havlíček Brain Team, 2007, s. 125.

klub, ktorý ho v extralige má nahradiť. Klub, ktorý do extraligy postúpi, je povinný túto akciu kúpiť, vždy však len za jej menovitú hodnotu.¹⁵⁾ Možnosť donútenia a zabezpečenia fungovania tohto mechanizmu vyplýva z právomoci Slovenského zväzu ľadového hokeja (SZLH) ako monopolnej organizácie udeľujúcej licencie pre účasť v extralige. Problematike licencií sa však v tejto súvislosti nebudeme bližšie venovať.

4. Vysielacie práva a hospodárska súťaž v rozhodovacej praxi Európskej komisie

Základným znakom autonómneho predaja vysielacích práv športovými organizáciami je ich kolektívny predaj (jednou spoločnosťou, napr. Pro-Hokej), navyše často s tým, že vysielateľ získava niekoľkoročnú exkluzivitu na nákup práv, resp. ich využívanie. Dochádza tým k istému rozporu so všeobecnými pravidlami hospodárskej súťaže. Európska komisia je však ochotná akceptovať pravidlá o kolektívnom predaji vysielacích práv, ak je zabezpečené, že všetci vysielatelia majú na základe otvorenej súťaže rovnaký prístup k právam na vysielanie športových prenosov za odplatu, a že prípadné dojednanie exkluzívnych zmlúv s vysielateľmi nie je viazané na dlhšiu dobu než tri roky.¹⁶⁾

4.1 Kolektívny predaj práv

Otázkou **kolektívneho predaja práv** sa zaoberala Európska komisia vo viacerých prípadoch, z ktorých možno spomenúť prípad UEFA Champions League, prípad Bundesliga a prípad FA Premier League.

Práve v prípade UEFA Champions League (2003) Komisia po prvýkrát akceptovala kolektívny predaj vysielacích práv na futbalové zápasy. Vychádzala pritom z chápania kolektívneho predaja ako vytvorenia osobitného produktu určeného pre európskych spotrebiteľov, pričom tento produkt sa predáva na jednom predajnom mieste, inak by nebol efektívne produkovateľný a rovnomerne distribuovaný. Niekedy sa pritom zdôrazňuje aj idea solidarity medzi klubmi.¹⁷⁾

Predávané vysielacie práva pritom majú byť rozdelené do viacerých balíčkov (celkovo 14), čím bolo umožnené nadobudnúť vysielacie práva viacerým vysielateľom, pričom súťaž medzi vysielateľmi musí prebehnúť na objektívnej a nediskriminačnej úrovni.

V prípadoch Nemecká Bundesliga (2005) a FA Premier League (2006) sa obe ligy zaviazali rozdeliť vysielacie práva na viacero balíčkov, a to ako pre televízne vysielanie, tak aj pre mobilné spôsoby vysielania. Navyše bolo jednotlivým klubom umožnené využívať nepredané a nepoužité práva, ako aj práva na záznamy podujatí, práva na internetové vysielanie a telefonické vysielanie. Prítom bolo výslovne zakotvené, že v prípade priznania exkluzivity predaných vysielacích práv exkluzivita nesmie trvať dlhšie ako tri sezóny (tri roky). Tiež bolo vylúčené, aby jeden kupujúci nadobudol všetky práva na živé vysielania. Tým sa Komisia snažila nabúrať monopol britskej televíznej spoločnosti British Sky Broadcasting Group na práva FA Premier League.

15) ČORBA, Jozef: Zmluvné vzťahy pri vysielaní TV prenosov zo športových podujatí, s. 43.

16) K rozhodnutiam Komisie do roku 2006 pozri podrobný príspevok: WOLK, Alex van der Wolk: Sports broadcasting: fair play from a EU competition perspective. In: *International Sports Law Journal*, Jan-Apr. 2006. Dostupné na internete: http://findarticles.com/p/articles/mi_m2ABX/is_1-2/ai_n25012262/ (navštívené dňa 9. novembra 2010).

17) WEATHERILL, Stephen: *European Sports Law : Collected Papers*. Haag : T.M.C. Asser Press, 2007, s. 314.

Jednotlivé požiadavky Komisie, ktorými sledovala vylúčenie možnosti jediného kupujúceho vysielacích práv a možnosti dlhotrvajúcej exkluzivity práv, predstavovali:

- a) rozdelenie na balíčky,
- b) rozumne zložené balíčky,
- c) usporiadané balíčky pre potreby rôznych distribučných platforiem (mobilných operátorov, internetových poskytovateľov a pod.),
- d) vylúčenie akýchkoľvek podmienok a výhrad pri kúpe balíčkov,
- e) vrátenie nepredaných práv klubom na účely vlastného využitia,
- f) obmedzenie doby exkluzivity vysielacích práv na max. tri roky.¹⁸⁾

4.2 Obmedzovanie vysielania športových podujatí

V inom prípade – preskúmania pravidiel UEFA o vysielaní športových podujatí (2001/478/EC, OJ 2001 L 171/12) **zasa Komisia riešila otázku pravidiel UEFA umožňujúcich národným zväzom obmedziť vysielanie futbalových zápasov v čase, keď prebiehajú domáce zápasy, a to s cieľom zamedziť zníženiu záujmu a počtu divákov na štadiónoch. Nejde teda o otázku predaja vysielacích práv ako v predchádzajúcich prípadoch, ale o reguláciu vysielania podujatí.**

Niektorí vysielatelia argumentovali tým, že v prípade vysielateľov pôsobiacich v celej Európe by národné obmedzenia znamenali nemožnosť či sťaženie jednotného vysielania pre celú Európu.

Vyšetovanie Komisie však preukázalo, že vysielanie futbalu v televízii skutočne zasahuje práve cieľovú skupinu mužov, a to práve vo vekových kategóriách, ktoré by sa mohli zúčastňovať priamo na zápasoch v roli divákov (ods. 40). UEFA navyše argumentovala tým, že obmedzenie vysielania futbalu v televízii je čo do predmetu aj rozsahu veľmi limitované, a preto nepredstavuje výrazný zásah do hospodárskej súťaže (ods. 49).

Komisia si osvojila túto argumentáciu o absencii výrazného zásahu, a preto nepovažovala za nutné podrobne skúmať mieru, do akej má televízne vysielanie skutočne negatívny dosah na účasť na športových podujatiach. Komisia teda sťažnosť vysielateľov zamietla.

4.3 Kolektívne nadobúdanie vysielacích práv

Z iného hľadiska, hľadiska **spoločného nadobúdania a výmeny vysielacích práv medzi vysielateľmi**, sa problematikou exkluzívnych vysielacích práv zaoberali Európska komisia a Súd prvého stupňa v prípadoch Eurovision I a II vo vzťahu k čl. 85(3) Zmluvy o ES.¹⁹⁾ Skúmali, či postavenie a činnosť Európskej vysielacej únie nie je v rozpore so súťažnými pravidlami vtedajšej Zmluvy o ES.

18) Pozri prejav TOFT, Torben: *Developments in European Law*. Dostupné na internete: http://ec.europa.eu/competition/speeches/text/sp2006_003_en.pdf (navštívené dňa 9. novembra 2010) a analýzu Európskej komisie: http://ec.europa.eu/sport/white-paper/whitepaper112_en.htm#2_3 (navštívené dňa 9. novembra 2010). Päťročná exkluzivita v prípade BSKyB bola najprv Komisiou akceptovaná, neskôr sa však ukázala ako prídlhá. Sedemročná exkluzivita v prípade KNVB bola Komisiou odmietnutá. Pozri PARRISH, Richard – MIETTINEN, Samuli: *The Sporting Exception in European Union Law*. Haag : T.M.C. Asser Press, 2008, s. 146 – 149.

19) MELTZ, Mark: *Hand it over: Eurovision, Exclusive EU Sports Broadcasting Rights, and the Article 85(3) Exemption*. Dostupné na internete: http://www.bc.edu/bc_org/avp/law/lwsch/journals/bciclr/23_1/06_TXT.htm (navštívené dňa 9. novembra 2010).

Európska vysielacia únia (EBU), vytvorená v roku 1950, je neziskovou organizáciou rozhlasových a televíznych vysielateľov, ktorá pôvodne združovala iba verejnoprávných vysielateľov a nepripúšťala za členov komerčných vysielateľov. EBU si vytvorila rámec pre spoločné akvizície a výmenu programov nazvaný Eurovision. Bol vytvorený v roku 1954 a týkal sa recipročného pokrytia významných udalostí v tom zmysle, že keď jeden vysielateľ vysielal udalosť na svojom národnom území, umožní jej vysielanie zároveň ostatným vysielateľom v iných krajinách, ktorí mu na oplátku poskytnú rovnakú službu. Vysielatelia pritom nevyžadujú od seba navzájom žiadne poplatky za umožnenie vysielania.

Členovia EBU mali tiež možnosť spoločne nadobúdať vysielacie práva a spoločne znášať náklady s tým spojené.

Nečlenovia EBU boli znevýhodnení tým, že prístup k vysielaniu udalosti mohli získať, iba ak člen EBU z danej krajiny nemal záujem o vysielanie predmetnej udalosti. V prípade, že člen EBU prejavil záujem o vysielanie, nečlen mohol tú istú udalosť vyselať až hodinu po skončení udalosti.

Vystala otázka, či táto úprava nie je v rozpore s pravidlami pre hospodársku súťaž, keďže vylučovala zo súťaže nečlenov EBU. Výnimka z aplikovateľnosti európskych pravidiel hospodárskej súťaže by sa mohla priznať, iba ak by sa systém Eurovision chápal ako nutný na plnenie úloh verejnoprávných televízií. Argumentovať v tomto zmysle sa dalo napr. tým, že únia skutočne napr. znižovala transakčné náklady, podporovala menších členov a umožňovala výmenu medzi krajinami.

Keď Komisia uznala opodstatnenosť existencie EBU, Súd prvého stupňa následne jej rozhodnutie odmietol a vyslovil mienku, že systém Eurovision nezabezpečuje dostatočne nečlenom EBU možnosť využívať členmi EBU nevyužívané práva či nadobúdať sublicencie na vysielanie.

Komisia následne v roku 2000 prijala rozhodnutie, ktorým opäť umožnila fungovanie systému spoločného nadobúdania športových vysielacích práv, ich výmeny a del'by aj so zaručením sublicenčných pravidiel, ktoré by umožnili nečlenom EBU prístup k vysielacím právam. V skutočnosti sa však tento systém neosvedčil, a preto Súd prvého stupňa opäť rozhodnutie Komisie zrušil.

4.4 Fúzia televíznych vysielateľov

Napokon ďalším uhlom, z ktorého Európska komisia skúmala vysielacie práva, je obmedzenie hospodárskej súťaže pri **fúzii televíznych vysielateľov**, ktorí vlastnia exkluzívne vysielacie práva. Do tejto kategórie patrí rozhodnutie Európskej komisie vo veci **Newscorp/Telepiu (2004/311/EC, OJ 2004 L 110/73)**. V tomto prípade austrálska televízna spoločnosť the News Corporation Limited mala nadobudnúť obchodný podiel v talianskych platených televíznych spoločnostiach Telepiu Spa a Stream Spa, ktoré sa mali zlúčiť a spoločne poskytovať platené satelitné vysielanie. Komisia v tejto veci vyslovila svoje pochybnosti ohľadom zlučiteľnosti tejto fúzie s pravidlami hospodárskej súťaže, a preto začala osobitné konanie v tejto veci na základe nariadenia o fúziách.

Newscorp sa dovoľával posudzovania televízneho trhu v Taliansku ako jednotného, nerozlišujúc platené vysielanie a voľne šírené vysielanie, čo by pre Newscorp znamenalo menší podiel na trhu a priechodnosť fúzie talianskych spoločností. Vyšetrowanie Komisie však preukázalo jasný rozdiel medzi týmito dvoma trhmi.

Fúzia spoločností by tak mala za následok dominantnú pozíciu na trhu, išlo by – z hľadiska typov obmedzenia hospodárskej súťaže – o koncentráciu, ktorej výsledkom by bol

takmer monopol v oblasti plateného televízneho vysielania v Taliansku. Jedným z trhov, ktoré by boli takouto fúziou ovplyvnené, by bol aj trh s exkluzívnymi právami na vysielanie futbalových podujatí, ktoré sa konajú pravidelne každý rok, na ktorých sa zúčastňuje národný taliansky tím, ale tiež exkluzívne práva na vysielanie iných športových udalostí, ktoré môžu predstavovať samostatný trh. Tento trh je pritom zvyčajne národný, s výnimkou Olympijských hier či vysielania televízie Eurosport, kde sa vysielacie práva predávajú na celoeurópskej báze.

Obe televízne spoločnosti, ktoré mali podliehať fúzii, boli vlastníkami exkluzívnych práv na vysielanie množstva športových podujatí a Komisia mala za to, že aj do budúcnosti by sa fúziou pozícia televízií upevnila a ich schopnosť zabezpečiť si exkluzívne práva na vysielanie by sa ešte posilnila.

Komisia teda považovala fúziu za ohrozujúcu hospodársku súťaž, ale zároveň umožnila v osobitnom záujme televíznych divákov, aby Newscorp predložil návrhy, ktoré by mohli mať za následok prehodnotenie negatívneho stanoviska Komisie.

Newscorp v tomto zmysle navrhol umožniť futbalovým organizáciám jednostranne vypovedať zmluvy o vysielacích právach s televíziami, ako aj vzdať sa exkluzivity v prospech napr. internetových vysielateľov, aby sa tak zabránilo možnosti zneužívania postavenia fúzovaných spoločností. Navyše do budúcnosti sa zaviazal uzatvárať exkluzívne zmluvy o vysielacích právach s futbalovými klubmi iba na dobu max. dva roky so zabezpečením možnosti jednostranného vypovedania zmluvy.

Po predložení týchto návrhov, ako aj radu ďalších, týkajúcich sa napr. vysielania filmov, Komisia rozhodla, že by nešlo o vytvorenie dominantnej pozície na trhu, ohrozujúcej hospodársku súťaž, a osobitne je spomenuté, že by o takýto výsledok nešlo ani v prípade vysielacích práv k športovým podujatiam.

Podobným bol prípad riešený Európskou komisiou známy ako AVS (Audiovisual Sport), kde tiež šlo o fúziu, ktorá napokon bola Komisiou povolená za podmienky, že:

- a) budú zrušené opcie AVS na pokračovanie v zmluvnom vzťahu,
- b) bude zaručený prístup tretích strán k vysielacím právam, a to za spravodlivých, riadnych a nediskriminačných podmienok,
- c) spoločnosť, ktorá vznikne fúziou, nebude mať exkluzívne práva, a
- d) bude uzavretá dohoda podľa ktorej prístup k vysielacím právam bude podliehať arbitrážnemu mechanizmu.²⁰⁾

Záver

Úprava vysielacích práv má niekoľko rovín – národnú, a európsku; z iného hľadiska rovinu predaja práv (upravenú internými predpismi športových organizácií, ale aj predpismi o hospodárskej súťaži), rovinu zabezpečenia vysielania významných podujatí (zaručovanú zákonom a smernicou o vysielaní) a rovinu nezneužívania vysielacích práv (na základe úpravy hospodárskej súťaže).

V rovine predaja práv aj zabezpečenia vysielania platí, že prediť prípadu, kedy významné udalosti nebudú dostupné širokej verejnosti, je podľa súčasného právneho stavu možné iba zaradením takýchto udalostí do zoznamu významných udalostí, ktorý by mala

20) Dostupné na internete: http://ec.europa.eu/sport/white-paper/whitepaper112_en.htm#_notes (navštívené dňa 9. novembra 2010).

pre každý členský štát schváliť Európska komisia. Zásadne pritom platí, že zahraničný vysielateľ je povinný rešpektovať zoznam významných podujatí štátu, na ktorého území vysielala.

Predaj vysielacích práv by zároveň mal spĺňať predpoklady spravodlivej hospodárskej súťaže na trhu s vysielacími právami, a to najmä v podobe umožnenia ich zakúpenia viacerým záujemcom (v podobe osobitných balíčkov) alebo zabezpečením obmedzenej doby exkluzivity vysielacích práv (max. na dobu troch rokov). Podobne je potrebné predchádzať aj zneužívaniu práv a obmedzeniu hospodárskej súťaže napr. v prípade fúzie (splynutia alebo zlúčenia) oprávnených vysielateľov, ktorí by mohli ovládnuť trh s vysielacími právami, alebo v prípade delenia si trhu (spoločným nákupom práv) vysielateľmi združenými v EBU. Pravidlá hospodárskej súťaže však umožňujú výnimky, ak sú náležite odôvodnené skutočnými potrebami trhu s vysielacími právami.

Summary

Regulation of broadcasting rights can be studied at various levels – national as well as European, and from another point of view, selling of rights, ensuring broadcasting for the public, and competition law aspects can be discerned. When selling the rights, public interest should be kept in mind, as set down in national laws and European directives ensuring a possibility to view major events by majority of population. In order to be able to reach the population, major sporting events should be listed in a special list approved by the European Commission. Competition law plays role both in cases of selling rights, as well as in merger cases and cases of collective purchase of broadcasting rights.

Zoznam použitej literatúry:

- [1] ČORBA, Jozef: *Obchodnoprávne vzťahy v oblasti športu* (dizertačná práca). Košice : UPJŠ, 2008.
- [2] ČORBA, Jozef: Športové kluby – podnikatelia pro forma? In: *Naděje právní vědy: sborník z mezinárodního setkání mladých vědeckých pracovníků: 12.-14.október 2007 na Zámeckém statku Býkov*. Plzeň : Vydavatelství a nakladatelství Aleš Čeněk, 2008.
- [3] ČORBA, Jozef: Zmluvné vzťahy pri vysielaní TV prenosov zo športových podujatí. In: *Tradície a inovácie v súkromnom práve*. Ed. J. Husár. Košice : UPJŠ, 2009.
- [4] *International Sports Law Journal*, 2003/3.
- [5] MELTZ, Mark: *Hand it over: Eurovision, Exclusive EU Sports Broadcasting Rights, and the Article 85(3) Exemption*. Dostupné na internete: http://www.bc.edu/bc_org/avp/law/lwsch/journals/bciclr/23_1/06_TXT.htm (navštívené dňa 9. novembra 2010).
- [6] PARRISH, Richard – MIETTINEN, Samuli: *The Sporting Exception in European Union Law*. Haag : T.M.C. Asser Press, 2008.
- [7] REGINA v. INDEPENDENT TELEVISION COMMISSION (APPELLANTS) EX PARTE TV DANMARK 1 LIMITED (ON 25 JULY 2001 [2001] UKHL 42). Dostupné na internete: <http://www.publications.parliament.uk/pa/ld200102/ldjudgmt/jd010725/dan-1.htm> (navštívené dňa 9. novembra 2010).
- [8] SLUKA, Tomáš: *Profesionální sportovec: Právní a ekonomické aspekty*. Praha : Havlíček Brain Team, 2007.
- [9] TOFT, Torben: *Developments in European Law*. Dostupné na internete: http://ec.europa.eu/competition/speeches/text/sp2006_003_en.pdf (navštívené dňa 9. novembra 2010).
- [10] UNGERER, Herbert: *Commercialising Sport*, 2003. Dostupné na internete: http://ec.europa.eu/competition/speeches/text/sp2003_024_en.pdf (navštívené dňa 9. novembra 2010).
- [11] WEATHERILL, Stephen: *European Sports Law : Collected Papers*. Haag : T.M.C. Asser Press, 2007.

- [12] WOLK, Alex van der Wolk: Sports broadcasting: fair play from a EU competition perspective. In: *International Sports Law Journal*, Jan-Apr. 2006. Dostupné na internete: http://findarticles.com/p/articles/mi_m2ABX/is_1-2/ai_n25012262/ (navštívené dňa 9. novembra 2010).
- [13] <http://www.rada-rtv.sk/sk/spravy/?aktualitaId=53> (navštívené dňa 9. novembra 2010).
- [14] <http://futbal.stv.sk/spravodajstvo/stv-slovenska-televizia-vyzyva-na-zdrzanie-sa-protipravneho-konania> (navštívené dňa 9. novembra 2010).
- [15] http://www.rada-rtv.sk/_cms/data/modules/download/1192638978_material.pdf (navštívené dňa 9. novembra 2010).
- [16] http://ec.europa.eu/avpolicy/reg/tvwf/implementation/events_list/index_en.htm (navštívené dňa 9. novembra 2010).
- [17] <http://www.futbalsfz.sk/sfz/o-marketing-sfz-sa-bude-stara-ufa-sports-slovakia-1745/> (navštívené dňa 9. novembra 2010).
- [18] http://ec.europa.eu/sport/white-paper/whitepaper112_en.htm#2_3 (navštívené dňa 9. novembra 2010).
- [19] http://ec.europa.eu/sport/white-paper/whitepaper112_en.htm#_notes (navštívené dňa 9. novembra 2010).

JUDr. PhDr. Tomáš Gábris, PhD., LL.M., MA

odborný asistent

Univerzita Komenského v Bratislave

Právnická fakulta

Šafárikovo nám. 6

P.O.Box 313

810 00 Bratislava 1

tomas.gabris@flaw.uniba.sk

Právny režim dohôd o podpore a ochrane investícií po vstupe do Európskej únie

Legal regime of bilateral investment treaties after the accession of the Slovak Republic in the European Union

▼ Peter Pénzeš

Kľúčové slová:

medzinárodný obchod, ochrana zahraničných investícií, dohoda o podpore a ochrane investícií, intrakomunitárne zmluvy, Eastern Sugar

Key words:

international trade, foreign investments protection, bilateral investment treaty, intra-communitary treaties, Eastern Sugar

1. Úvod

Podľa údajov Konferencie OSN o obchode a rozvoji (United Nations Conference on Trade and Development – UNCTAD) ku koncu roka 2008 bolo medzi rôznymi krajinami sveta uzavretých 2 676 dohôd o podpore a ochrane investícií (bilateral investment treaties).¹⁾ Ich história siaha až do roku 1776.²⁾ Účelom dohôd o ochrane investícií je predovšetkým zvýšenie prílevu zahraničných investícií prostredníctvom posilnenia právnej istoty zahraničných investorov. V konečnom dôsledku ide o administratívny prostriedok na pozitívne ovplyvnenie platobnej bilancie krajiny.

2. Predmet zmlúv o podpore a ochrane investícií

V podmienkach Slovenskej republiky ide o medzinárodné hospodárske zmluvy všeobecnej povahy (čl. 7 ods. 4 Ústavy SR), ktoré majú vždy charakter prezidentskej zmluvy. Zmluvy priamo zakladajú práva a povinnosti fyzických alebo právnických osôb a podľa čl. 7 ods. 5 Ústavy SR majú prednosť pred zákonmi. Podliehajú ratifikácii a vyhlasujú sa v Zbierke zákonov SR.

Predmetom typickej dohody o podpore investícií je recipročná ochrana a podpora všetkých druhov investícií občanov a právnických osôb zriadených podľa práva druhej zmluvnej strany. Konkrétne ide najmä o

- a) hnutelný a nehnuteľný majetok a iné majetkové práva, ako sú hypotéky, záložné práva alebo záruky,
- b) akcie, cenné papiere, dlhopisy spoločnosti a iné formy účasti na spoločnosti,

1) Recent Developments in International Investment Agreements (2008–June 2009). United Nations. New York and Geneva, 2009. Dostupné na: www.unctad.org/templates/Download.asp?docid=11716. Zobrazené dňa 24. 9. 2010.

2) K tomu pozri bližšie Chovancová, K.: International Arbitration of Investment Disputes/ Medzinárodná arbitráž investičných sporov. Bratislava: Eurokódex, 2009.

- c) pôžičky, peňažné pohľadávky alebo akékoľvek nároky na plnenie v súlade so zmluvou, ktoré majú finančnú hodnotu,
- d) práva z oblasti duševného vlastníctva, goodwill, technické procesy a know-how,
- e) podnikateľské oprávnenia vyplývajúce zo zákona alebo zo zmluvy vrátane oprávnení na prieskum, kultiváciu, ťažbu alebo využívanie prírodných zdrojov.

Ochraňujú sa aj výnosy, ktorými sa rozumejú sumy plynúce z investície. Zahŕňajú najmä, zisky, úroky, kapitálové výnosy, dividendy, licenčné a iné poplatky.

Štáty si v prvom rade v dohode upravujú podmienky prevodu investícií a výnosov. Každá zmluvná strana preberá záväzok, že pokiaľ ide o investície a výnosy investorov druhej zmluvnej strany, bude zaručený voľný ich voľný prevod, a to bez meškania vo voľne zameniteľnej mene dohodnutej medzi investorom a príslušnou zmluvnou stranou vo výmennom kurze platnom v deň prevodu. Samotná ochrana sa týka predovšetkým vyvlastnenia a škody spôsobenej následkom výnimočných udalostí.

Pokiaľ ide o vyvlastnenie, ochrana sa realizuje prijatím záväzku, že investície investorov ktorejkoľvek zmluvnej strany nebudú vyvlastnené či znárodnené ani podrobené opatreniam s rovnakým účinkom ako vyvlastnenie alebo znárodnenie na území druhej zmluvnej strany. Tento záväzok môže byť porušený, len ak sú kumulatívne splnené nasledovné podmienky – opatrenie je realizované:

- vo verejnom záujme a sú v súlade so zákonom,
- zrozumiteľné a nemajú diskriminačný charakter,
- sprevádzané ustanoveniami o bezodkladnom vyplatení primeranej a účinnej náhrady, zodpovedajúcej trhovej hodnote investície bezprostredne pred tým, ako opatrenia nastali alebo sa stali verejne známe. Náhrada sa poskytuje vrátane úrokov počítaných až do dňa jej vyplatenia určeného podľa platného kurzu centrálnej banky (podľa § 17 ods. 1 zákona č. 659/2007 Z. z. o zavedení meny euro v Slovenskej republike ide o sadzbu Európskej centrálnej banky za hlavné refinančné operácie).

Vo vzťahu k škodám spôsobeným následkom výnimočných udalostí sa ochrana poskytuje prijatím záväzku navrátenia do pôvodného stavu, prípadne vyplatenia náhrady škody, resp. kompenzácie za podmienok, ktoré nebudú menej priaznivé než tie, aké sa poskytnú strana vlastným investorom alebo investorom ktoréhokoľvek tretieho štátu. Výnimočnými udalosťami sú napríklad vojna alebo iný ozbrojený konflikt, prevrat, výnimočný stav a pod.

Veľmi dôležitým prvkom posilnenia právnej istoty investorov je i dojednanie **mimosúdneho riešenia sporov** medzi investorom a zmluvným štátom, na území ktorého realizuje svoje investície. V prípade, ak sa spor do určitého času (typicky šesť mesiacov) odo dňa, keď jedna zo strán požiadala o mimosúdne urovnanie, nevyrieši, môže ho dotknutý investor predložiť

- a) príslušnému súdu zmluvnej strany, na území ktorej bola investícia uskutočnená,
- b) Medzinárodnému stredisku riešenia investičných sporov (International Centre for Settlement of Investment Disputes – ICSID)³⁾, pokiaľ sú dotknutý štát a krajina investora zmluvnými stranami Dohovoru o riešení investičných sporov medzi štátom a občanom iného štátu z 18. marca 1965 (Washingtonský dohovor),

3) <http://icsid.worldbank.org/ICSID/Index.jsp>.

- c) medzinárodnému rozhodcovskému súdu zriadenému ad hoc, ustanovenému podľa pravidiel⁴⁾ Komisie OSN pre medzinárodné právo obchodné (UNCITRAL).

Dohoda môže obsahovať i základné pravidlá ustanovenia rozhodcovského súdu. Každá zmluvná strana vymenuje jedného rozhodcu a títo dvaja rozhodcovia sa dohodnú na výbere predsedu, ktorý bude občanom tretieho štátu. Rozhodcovia budú vymenovaní do troch mesiacov, predseda do piatich mesiacov odo dňa, keď investor informoval štát o svojom úmysle predložiť spor rozhodcovskému súdu. Rozhodcovský súd rozhoduje na základe rešpektovania práva, berúc do úvahy ustanovenia dohody a príslušných dohôd, ktoré uzatvorili obe zmluvné strany, ako aj všeobecne uznávané pravidlá a princípy medzinárodného práva. Rozhodnutie sa prijíma väčšinou hlasov, je konečné a pre obe strany záväzné.

Zmluvy upravujú i riešenie sporov medzi zmluvnými stranami týkajúce sa výkladu alebo použitia dohody o ochrane investícií. Takéto spory sa predovšetkým majú riešiť diplomatickou cestou. Ak sa spor nebude dať vyriešiť takto v určitej lehote (typicky šesť mesiacov) od začatia rokovania, bude na žiadosť ktorejkoľvek zmluvnej strany predložený rozhodcovskému súdu. Pravidlá rozhodcovského konania sú rámcovo upravené podobne ako v prípade sporu medzi investorom a štátom.

Napokon, súčasťou dohôd býva i dojednanie o národnom režime (national treatment), ktoré znamená záväzok poskytnúť na svojom území investíciám, ktoré vlastnia alebo kontrolujú investori druhej zmluvnej strany, zaobchádzanie, ktoré nie je menej priaznivé než to, aké poskytuje investíciám vlastných investorov. Popri ňom sa poskytuje zvyčajne i doložka najvyšších výhod (most favored nation treatment), na základe ktorej musí každá zmluvná strana poskytnúť na svojom území investorom druhej zmluvnej strany zaobchádzanie, ktoré nie je menej priaznivé než to, aké poskytuje vlastným investorom alebo investorom ktoréhokoľvek tretieho štátu. Z tohto záväzku však môžu byť dojednané výnimky a doložka sa nebude uplatňovať, pokiaľ bolo tretej strane poskytnuté priaznivejšie zaobchádzanie v súvislosti s členstvom zmluvnej strany a tretieho štátu v colnej alebo hospodárskej únii, spoločnom trhu, zóne voľného obchodu alebo podobným formám hospodárskej integrácie, alebo na základe dohody o zamedzení dvojitého zdanenia, alebo iných dohôd týkajúcich sa zdanenia. Posledným z dôležitých komponentov dohôd je zakotvenie záväzku poskytovať investíciám investorov zmluvnej strany riadne a spravodlivé zaobchádzanie (fair and equitable treatment) na území druhej zmluvnej strany. Ide o veľmi široko formulovaný záväzok, ktorého presný význam sa určuje s prihliadnutím na konkrétne okolnosti. Má absolútnu a nepodmienujúcu povahu, na rozdiel od predchádzajúcich dvoch princípov, ktoré majú relatívny charakter, pretože ich obsah sa odvíja od štandardu zaobchádzania uplatňovaného vo vzťahu k iným investíciám.

V súčasnosti má Slovenská republika uzatvorené takéto dohody s približne 50 štátmi. Ich prehľad uvádzame nižšie.

Tabuľka 1: Dohody o podpore a vzájomnej ochrane investícií uzatvorené medzi ČSFR a príslušnými štátmi, ktoré sukcesiou prešli na SR (stav k 31. 3. 2010)

P.č.	Krajina	dátum platnosti	číslo v Z. z.
1.	Čínska ľudová republika	1. 12. 1992	37/00
	<i>Dodatkový protokol medzi vládou SR a vládou ČĽR k dohode medzi ČSFR a ČĽR o podpore a vzájomnej ochrane investícií</i>	25. 5. 2007	259/2007

4) K tomu pozri http://www.uncitral.org/uncitral/en/uncitral_texts/arbitration.html.

P.č.	Krajina	dátum platnosti	číslo v Z. z.
2.	Dánske kráľovstvo	19. 9. 1992	575/1992
3.	Fínska republika	23. 10. 1991	478/1991
4.	Francúzska republika	27. 9. 1991	453/1991
5.	Grécka republika	31. 12. 1992	363/1900
6.	Holandské kráľovstvo	1. 10. 1992	569/1992
7.	Hosp. únia belg. – luxemb.	13. 2. 1992	574/1992
8.	Kanada	9. 3. 1992	333/1992
9.	Kráľovstvo Nórska	6. 8. 1992	530/1992
10.	Rakúska republika	1. 10. 1991	454/1991
11.	Španielske kráľovstvo	28. 11. 1991	647/1992
12.	Spojené kráľovstvo Veľkej Británie a Severného Írska	26. 10. 1992	646/1992
13.	Spolková republika Nemecko	2. 8. 1992	573/1992
14.	Švajčiarska konfederácia	7. 8. 1991	459/1991
15.	Švédске kráľovstvo	23. 9. 1991	479/1991
16.	USA	19. 12. 1992	193/1995
	<i>Dodatkový protokol medzi SR a USA k Dohode medzi ČSFR a USA o vzájomnej podpore a ochrane investícií z 22. októbra 1991</i>	13. 7. 2004	552/2004

Zdroj: Ministerstvo financií

Tabuľka 2: Dohody o podpore a vzájomnej ochrane investícií uzavreté medzi SR a príslušnými štátmi (stav k 31. 3. 2010)

P.č.	Krajina	dátum platnosti	číslo v Z. z.
1.	Bieloruská republika	1. 9. 2006	468/2006
2.	Bulharská republika	9. 3. 1995	144/1995
	<i>Dodatkový protokol k Dohode medzi vládou Slovenskej republiky a vládou Bulharskej republiky o podpore a vzájomnej ochrane investícií</i>	18. 10. 2006	101/2007
3.	Chorvátska republika	5. 2. 1997	69/1999
4.	Egyptská arabská republika	1. 1. 2000	159/2000
5.	Indická republika	16. 6. 2007	11/2008
6.	Indonézska republika	1. 3. 1995	56/1995
7.	Izrael	24. 6. 2003	369/2003
8.	Kazašská republika	zatiaľ neratifikovaná KR	
9.	KLDR	17. 4. 1999	180/1999
10.	Kórejská republika	7. 2. 2006	4/2006
11.	Kubánska republika	5. 12. 1997	288/1998
12.	Lotyšská republika	30. 10. 1998	26/1999
13.	Maďarská republika	19. 7. 1996	70/1999

P.č.	Krajina	dátum platnosti	číslo v Z. z.
14.	Malajzia	zatiaľ neratifikovaná M	
15.	Malta	29. 5. 2000	290/2000
16.	Marocké kráľovstvo	zatiaľ neratifikovaná MK	
17.	Poľská republika	14. 3. 1996	27/1997
18.	Portugalsko	15. 5. 1999	234/1999
19.	Republika Slovinsko	28. 3. 1996	89/1999
20.	Republika Tadžikistan	12. 3. 1996	26/1997
21.	Republika Turkmenistan	10. 3. 1999	235/1999
22.	Republika Uzbekistan	4. 2. 1999	101/1999
23.	Rumunská republika	7. 3. 1996	244/1999
	<i>Dodatkový protokol medzi Slovenskou republikou a Rumunskom k Dohode medzi Slovenskou republikou a Rumunskom o podpore a vzájomnej ochrane investícií</i>	31. 10. 2006	26/2007
24.	Ruská federácia	2.8.1996	48/1997
25.	Singapurská republika	6. 6. 2007	286/2007
26.	Spojené štáty mexické	8. 4. 2009	41/2009
27.	Srbsko a Čierna Hora	16. 7. 1998	68/1999
	<i>Dohoda medzi vládou Slovenskej republiky a radou ministrov Srbska a Čiernej Hory o zmene Dohody medzi vládou Slovenskej republiky a Zväzovou vládou Zväzovej republiky Juhoslávie o podpore a vzájomnej ochrane investícií</i>	13. 10. 2005	393/2005
28.	Talianska republika	22. 11. 2000	110/2001
29.	Turecko	zatiaľ neratifikovaná T	
30.	Ukrajina	20. 8. 2009	271/2009

Zdroj: Ministerstvo financií, Ministerstvo zahraničných vecí

3. Dohody o podpore a ochrane investícií medzi SR a tretími krajinami po vstupe do Európskej únie

Po vstupe Slovenskej republiky do Európskej únie vznikli v súvislosti s dohodami o ochrane investícií dva okruhy problémov. Konkrétne, aký dosah má vstup na existujúce dohody medzi Slovenskou republikou a tretími krajinami a Slovenskou republikou a inými členskými štátmi EÚ.

Pokiaľ ide o prvý problém, na prvý pohľad sa môže zdať, že vstup do Európskej únie by nemal mať zásadný vplyv na ustanovenia už uzavretých dohôd o ochrane investícií. Podľa čl. 351 ods. 2 Zmluvy o fungovaní Európskej únie (ZFEÚ) totiž práva a povinnosti nových členských štátov vyplývajúce z dohôd uzatvorených s tretími krajinami pred vstupom do EÚ zostávajú zachované. Avšak pokiaľ v niektorých ustanoveniach nie sú v súlade so ZFEÚ alebo so Zmluvou o Európskej únii, členský štát je povinný podniknúť všetky potrebné kroky na ich zosúladenie. Táto úprava je v súlade so zaužívanými princípmi medzinárodného práva. Vstup do Európskej únie a prístupenie k jej zakladajúcim

zmluvám totiž nemôže mať vplyv na povinnosť štátu dodržiavať svoje záväzky, ktoré prevzal voči tretím krajinám pred začlenením do EÚ.⁵⁾

Nie je potrebné pripomínať, že jednotný európsky trh je postavený na štyroch základných slobodách, z ktorých jednou je i voľný pohyb kapitálu. Vo vzťahu k tretím krajinám upravuje uplatňovanie tejto slobody článok 63 ods. 1 a 2 ZFEÚ, ktoré ustanovujú, že zakázané sú všetky obmedzenia slobodného pohybu kapitálu a platieb tak medzi členskými štátmi navzájom, ako aj medzi nimi a tretími krajinami. Ide o ustanovenie porovnateľné dojednaniam investičných zmlúv o národnom zaobchádzaní (national treatment). Z tohto pohľadu sú teda investičné zmluvy kompatibilné s európskym primárnym právom. ZFEÚ však pripúšťa určité výnimky z tohto pravidla:

Po prvé, Európsky parlament a Rada EÚ môžu prijať opatrenia týkajúce sa pohybu kapitálu medzi členskými štátmi a tretími krajinami v oblasti priamych investícií, vrátane investovania do nehnuteľností, usídľovania, poskytovania finančných služieb alebo prijatia cenných papierov na obchodovanie na kapitálovom trhu (čl. 64 ods. 2 ZFEÚ). Zmluva pritom nekonkretizuje, za akých okolností možno tieto opatrenia prijať, ide teda o veľmi široký mandát pre uvedené inštitúcie. Obsahuje len procesné obmedzenie, podľa ktorého ak opatrenia predstavujú sprisnenie únijského práva v oblasti liberalizácie voľného pohybu kapitálu medzi členskými štátmi a tretími krajinami, vyžaduje sa jednohlasný súhlas všetkých členov Rady EÚ (čl. 64 ods. 3 ZFEÚ).

Druhé obmedzenie je časovo ohraničené a formulované užšie ako predchádzajúce dve obmedzenia. Rada na návrh Komisie a po konzultácii s Európskou centrálnou bankou môže vo výnimočných prípadoch prijať ochranné opatrenia vo vzťahu k tretím krajinám, ak pohyb kapitálu medzi členskými štátmi a tretími krajinami predstavuje alebo môže predstavovať vážne ťažkosti pre fungovanie hospodárskej a menovej únie. Dĺžka trvania týchto opatrení je najviac šesť mesiacov a možno k nim pristúpiť, len pokiaľ sú úplne nevyhnutné (čl. 66 ZFEÚ).

Napokon, obmedzenie voľného pohybu kapitálu sa pripúšťa, aj ak je to potrebné z dôvodu predchádzania alebo potlačania terorizmu či s ním spojených aktivít. V tomto prípade sú Európsky parlament a Rada EÚ prijať nariadenie, ktorým stanoví rámec pre administratívne opatrenia, ktorým sa obmedzí voľný pohyb kapitálu a platieb. Týmto opatreniami môžu byť napríklad uloženie zákazu nakladania s peňažnými prostriedkami alebo inými finančnými aktívami či výnosmi, ktoré sú vo vlastníctve alebo držbe fyzických, právnických osôb, resp. neštátnych entít (čl. 75 ods. 1 ZFEÚ).

Ako bolo vysvetlené vyššie, dohodou o ochrane investícií sa štáty zaväzujú okrem iného nebrániť voľnému prevodu investícií a výnosov z nich z „hostiteľského štátu“ do „domovského štátu“ investora. Ohľadom týchto dojednaní teda dochádza k prekryvaniu konceptu voľného pohybu kapitálu so záväzkami z dohody o ochrane investícií. Vzťahuje sa to aj na obmedzenia, ktoré ohľadom tejto slobody umožňuje jednostranne zaviesť ZFEÚ. Vzhľadom na to, že v prípade slovenských dohôd tohto typu bola väčšina z nich dojednaná ešte pred vstupom do EÚ, zväčša neobsahujú žiadne obmedzenia voľnému transferu investícií. V tejto súvislosti vzniká otázka súladu týchto ustanovení dohôd o ochrane investícií so ZFEÚ v spomenutej časti.

5) K tomu pozri napr. vec 812/79 *Burgoa* [1980] ECR 2787, ods. 8; vec C-84/98 *Komisija proti Portugalu* [2000] ECR I-5215, ods. 53; a vec C-216/01 *Budejovický Budvar* [2003] ECR I-13617, ods. 144 a 145).

Načrtnutým problémom sa zaoberal i Súdny dvor Európskej únie. Prvýkrát v prípade *Komisia proti Rakúsku*⁶⁾ a neskôr v prípade *Komisia proti Švédsku*.⁷⁾ V prvej veci sa Európska Komisia svojou žalobou domáhala, aby Súdny dvor určil, že Rakúska republika si tým, že neprijala primerané opatrenia na odstránenie nezlučiteľností príslušných ustanovení v oblasti prevodov kapitálu v investičných dohodách s nečlenskými štátmi EÚ, nesplnila povinnosti, ktoré jej vyplývajú z článku 351 ods. 2 ZFEÚ. Komisia tvrdila, že v dôsledku toho, že do sporných dohôd sa nezpracovali ustanovenia nadväzujúce na výnimky z voľného pohybu kapitálu, pre Rakúsko môže byť veľmi ťažké alebo dokonca nemožné dodržať jeho komunitárne záväzky. Rakúsko tým podľa žaloby nevyužilo primerané prostriedky na odstránenie tejto nezlučiteľnosti, nesplnilo si svoje povinnosti v zmysle článku 351 ods. 2 ZFEÚ. Pokiaľ by Rada EÚ prijala opatrenia na obmedzenie pohybu kapitálu a platieb, lehota na vypovedanie alebo opätovné dojednanie sporných dohôd by podľa medzinárodného práva zaväzovala Rakúsko, aby počas nej dotknuté dohody aj naďalej uplatňovalo vrátane doložky o prevode v súlade s tým, čo stanovuje článok 351 ods. 1 ZFEÚ. Opatrenia prijaté Radou by potom neboli v Spoločenstve jednotne uplatňované.

Rakúsko sa voči žalobe bránilo námietkou, že pokiaľ Rada EÚ neprijala opatrenia na obmedzenie pohybu kapitálu a platieb, môže slobodne upraviť pohyb kapitálu s tretími krajinami podľa článku 63 ZFEÚ. Keďže Rada EÚ doposiaľ nerozhodla o prijatí žiadnej výnimky, otázka nezlučiteľnosti sporných dohôd s ustanovením Zmluvy, ktoré ešte nebolo vykonané, je bezpredmetná.

Námietky Rakúska však neboli úspešné. Súd skonštatoval, že *na dosiahnutie skutočného účinku obmedzujúcich opatrení je potrebné, aby sa opatrenia na obmedzenie voľného pohybu kapitálu mohli v prípade ich prijatia Radou EÚ ihneď použiť voči dotknutým štátom*. Právomoci Rady EÚ prijať výnimky z voľného pohybu kapitálu voči tretím krajinám v rovnakej alebo súvisiacej oblasti, ako je predmet úpravy dohody o ochrane investícií uzatvorenej medzi členským štátom a treťou krajinou pred vstupom do EÚ, sa preto zdajú byť s touto dohodou nezlučiteľné, pokiaľ táto dohoda na jednej strane neobsahuje ustanovenie o možnosti uplatnenia obmedzení v súlade so ZFEÚ. Vyjednanie výnimky z ustanovenia dohody o ochrane investícií ad-hoc po prijatí obmedzenia Radou EÚ bolo pre súd neprijateľným riešením z dôvodu časovej náročnosti tohto riešenia. Rovnako aj pozastavenie platnosti dohody, prípadne jej zrušenie alebo niektorých jej ustanovení až po prijatí obmedzení podľa súdu bráni efektívnemu použitiu právomoci Rady EÚ prijať obmedzenie. V podobnom duchu súd rozhodol neskôr i v prípade *Komisia proti Fínsku*.⁸⁾

Na základe týchto rozhodnutí možno skonštatovať, že Slovenská republika by mala prehodnotiť obsah svojich dohôd o ochrane investícií s tretími štátmi vo svetle uvedených rozsudkov. Možno odporučiť, aby počas vyjednávania alebo pri príležitosti obnovenia existujúcich dohôd boli do nich zapracované ustanovenia, ktoré umožnia uplatňovať opatrenia na obmedzenie pohybu kapitálu a platieb podľa čl. 64 ods. 2, čl. 66 a čl. 75 ods. 1 ZFEÚ.

4. Intrakomunitárne dohody o podpore a ochrane investícií

Okrem dohôd uzavretých s tretími štátmi mal vstup do EÚ vplyv aj na režim dohôd uzatvorených s „pôvodnými členskými štátmi EÚ“. Z tabuľky č. 1 uvedenej vyššie vyplýva, že

6) Rozsudok vo veci C-205/06 Komisia proti Rakúsku [2009], ECR.

7) Rozsudok vo veci C-249/06 Komisia proti Rakúsku [2009], ECR.

8) Rozsudok vo veci C-118/07 Komisia Európskych spoločenstiev proti Fínskej republike.

Slovenská republika uzatvorila dohody o ochrane investícií so všetkými „pôvodnými“ členskými štátmi EÚ ešte začiatkom deväťdesiatych rokov. Podobne postupovali aj iné postsocialistické štáty. Ich vstupom do EÚ v roku 2004 sa tak enormne zvýšil počet dohôd o ochrane investícií uzavretých medzi členskými štátmi EÚ (intrakomunitárne dohody). Kým pred rozšírením boli v platnosti len dve – medzi Nemeckom a Portugalskom a Nemeckom a Gréckom,⁹⁾ po vstupe desiatich členských štátov sa ich počet rozšíril na približne 150, v roku 2007 pričlenením Rumunska a Bulharska až na 190. Táto situácia pritiahla i pozornosť Európskej Komisie, najmä potom, ako ju o vyjadrenie požiadala Česká republika v súvislosti so svojim arbitrážnym sporom s holandskou spoločnosťou Eastern Sugar.¹⁰⁾ Česká republika totiž v uvedenom prípade namietala, že vstupom do EÚ došlo k implicitnému zrušeniu všetkých týchto dohôd a ich nahradeniu európskym právom, ktoré zaisťuje voľný pohyb kapitálu a investícií. Dohody o ochrane investícií však obsahujú ustanovenia o mimosúdnom riešení sporov medzi zmluvnými stranami, ako aj medzi investorom a „hostiteľským štátom“. Na ich základe sa právomoc rozhodovať spor zveruje rozhodcovskému súdu. Bez uvedených ustanovení by spory inak riešil národný súd alebo Všeobecný súdny dvor. Pokiaľ ide o spory medzi investorom a štátom, tu vzniká otázka, či by pri riešení sporu malo byť rozhodcovským súdom brané do úvahy i európske právo.

Pokiaľ ide o prvý problém, t. j. mimosúdne riešenie sporov medzi krajinami, podľa článku 344 ZFEÚ, členské štáty sa zaväzujú, že spory, ktoré súvisia s výkladom alebo uplatňovaním zmlúv (ZEÚ a ZFEÚ) vyriešia v súlade so zmluvami. Je potrebné pripomenúť, že európske právo má prednosť pred národnou právnou úpravou. Na základe toho možno skonštatovať, že spor bude môcť byť riešený mimosúdnou cestou v súlade s dohodou o ochrane investícií, pokiaľ nie je daná právomoc Všeobecného súdneho dvora.

Pokiaľ ide o druhý problém, t. j. povinnosť prihliadnuť na ustanovenia európskeho práva pri mimosúdnom riešení sporov medzi investorom a „hostiteľským štátom“, je možno predpokladať kladnú odpoveď. Na výklad dohôd o ochrane investícií sa totiž vzťahuje obyčajové medzinárodné právo, kodifikované vo Viedenskom dohovore o zmluvnom práve.¹¹⁾ Podľa článku 31 ods. 3 písm. c) Dohovoru sa pri výklade zmlúv „spolu s celkovou súvislosťou bude sa brať zreteľ na každé príslušné pravidlo medzinárodného práva použiteľné vo vzťahoch medzi stranami“. S prihliadnutím na túto úpravu teda možno predpokladať, že európske právo bude musieť byť brané do úvahy pri interpretácii povinností členského štátu voči investorovi z iného členského štátu.¹²⁾

Spomenuté problémy a istá miera právnej neistoty viedli Európsku Komisiu v roku 2006 k vypracovaniu správy pre Hospodársky a finančný výbor (Economic and Financial Committee), poradný orgán Rady EÚ, v ktorom apelovala na členské štáty, aby zvážili skoré zrušenie intrakomunitárnych dohôd o ochrane investícií. Okrem spomenutých problémov Komisia poukázala na skutočnosť, že dohody môžu viesť k zakladaniu nerovnakého zaobchádzania s investormi z rôznych členských štátov, konkrétne z tých, s ktorými má príslušná krajina uzavreté dohody o ochrane investícií. Investori potom môžu byť

9) Obe tieto zmluvy boli uzavreté pred vstupom Portugalska a Grécka do EÚ.

10) Pozri rozhodnutie vo veci *Eastern Sugar B.V. (Netherlands) v The Czech Republic*, SCC No. 088/2004. Text rozhodnutia dostupný na ita.law.uvic.ca/documents/EasternSugar.pdf.

11) Dohovor 15/1988 Zb. Viedenský dohovor o zmluvnom práve.

12) K tomu pozri aj Wehland, H., *Intra-EU investment agreements and arbitration: is European Community law an obstacle?* International & Comparative Law Quarterly (2009), 58, Cambridge University Press, s. 297 – 320.

motivovaní tieto dohody zneužívať (tzv. forum shopping). Týmto spôsobom bolo napríklad zaznamenané využívanie dohôd uzatvorených Holandskom. Príslušníci tretích štátov si tu zakladajú spoločnosti, ktoré investujú v krajine, s ktorou má Holandsko uzatvorenú dohodu o ochrane investícií, a tým benefitujú z ustanovení dohôd dojednaných Holandskom.¹³⁾ Spomenutá výzva Komisie však zostala aj napriek praktickým poznatkom o zneužívaní tohto režimu bez väčšej odozvy.¹⁴⁾

Resumé

Ochrana zahraničných investícií sa realizuje najmä prostredníctvom dohôd o podpore a ochrane investícií. Článok analyzuje režim týchto dohôd po vstupe Slovenskej republiky do Európskej únie. Dohody s tretími krajinami by mali byť zosúladené s ustanoveniami Zmluvy o fungovaní Európskej únie, ktoré upravujú voľný pohyb kapitálu. Intrakomunitárne dohody budú pravdepodobne zrušené v záujme predchádzania ich zneužívania.

Summary

Bilateral investment treaties (BITs) are an important tool of foreign investment protection. The article provides an analysis of the changes in the BITs regime after the accession of the Slovak Republic (SR) into the European Union. BITs concluded between SR and third countries should be aligned with the provisions of the Treaty on Functioning of European Union that provide for free movement of capital. Intra-community treaties will be most probably cancelled, in order to prevent their misuse for forum shopping.

Zoznam použitej literatúry:

- [1] BAKEŠ, M. a kol., *Finančné právo*. 5. vyd. Praha: C. H. Beck, 2009.
- [2] BALKO, L., BABČÁK V. a kol., *Finančné právo*. 1. vyd. Žilina: Poradca podnikateľa, 2006.
- [3] CHOVANCOVÁ, K.: *International Arbitration of Investment Disputes/ Medzinárodná arbitráž investičných sporov*. Bratislava: Eurokódex, 2009.
- [4] PETERSON, L. E., Vis-Dunbar, D., *Czech Republic loses BIT arbitration to sugar firm challenging quota allocation* in Investment Treaty News, apríl 13, 2007, www.iisd.org/investment/itn www.iisd.org/pdf/2007/itn_apr13_2007.pdf.
- [5] WEHLAND, H., *Intra-EU investment agreements and arbitration: is European Community law an obstacle?* International & Comparative Law Quarterly (2009), 58, Cambridge University Press, s. 297 – 320.

JUDr. Peter Pénzeš, LL.M., PhD.

externý pedagóg v odbore finančné právo

Ústav verejného práva

Paneurópska vysoká škola

e-mail: peterpenzes@gmail.com

„Od hyperaktívneho štátu k štátu nevládnemu“: história vzťahu štátu – športu – práva na území Slovenska

From „Hyperactive State“ to „Immobilized State“: History of Relationship of State-Sport-Law in the Territory of Slovakia

▼ Ladislav Križan

Kľúčové slová:

športové právo, športová legislatíva, štát, športové hnutie

Key words:

sports law, sports legislation, state, sport movement

Úvod: „Od extrému do extrému“

„Definitivní vítězství dělnické třídy nad reakcí v únoru 1948 znamenalo také konečný úspěch myšlenek sjednocení tělesné výchovy. Od té doby je organizačně jednotná, obsahem socialistická tělesná výchova plně v službách pracujícího lidu. Československý svaz tělesné výchovy zaujal pevné místo v Národní frontě, důsledným naplňováním úkolů stanovených Komunistickou stranou Československa si vydobyl autoritu v celé společnosti.“¹⁾ Slova Antonína HIMLA, předsedu Československého svazu tělesné výchovy (dále jen „ČSTV“) a Československého olympijského výboru (dále jen „ČOV“) z roku 1983 vyvolávají při ich čítaní v dnešnom, najmä mladom čitateľovi pôsobiacom v slovenskom športovom hnutí najmä po roku 1989 veľmi rozporuplné pocity.

Na jednom póle štátom síce veľmi štedro dotované, no zároveň i veľmi silne direktívne organizované komunistické športové hnutie. Oslavnú masovosť jeho podujatí a ich povinnú jednotnosť a jednomyseľnosť dnes najlepšie približuje už len v tom čase vytvorené umenie s tematikou športu či dobové filmy a fotografie, predovšetkým z legendárnych spartakiád.²⁾

1) DUŠEK, R.: **Sport v Československu**. Praha: Vydavatelství Olympia, 1983, s. 5.

2) Vybrané dobové dokumenty popisujúce charakter a povahu vtedajšieho športu je možné pre dnešného čitateľa krásne sprostredkovať napríklad pomocou medzinárodnej, na unikátne fotografie veľmi bohatej spoločnej publikácii vtedajších renomovaných športových vydavateľstiev tzv. východného bloku (Fizkultura i Sport – Moskva, Medicina – Budapešť, Medicina i fizkultura – Sofia, Sport i turistyka – Varšava, Sportverlag – Berlin, Šport – Bratislava a Olympia – Praha) vydanéj i v češtine, ktorá má názov CYNKE, E.– DOSTÁLOVÁ, M.– KOLEVA, M.– NADORI, M.– PUTROVÁ, L.– ŠTEJNBACH, V.– WROBEL, D. – **Zlatá kniha socialistického sportu. Sportovní bilance zemí socialistického bloku**. (preložil Čenek Kohlmann) Praha – Berlin: Olympia – Sportverlag, 1979.

Na druhom póle atomizované a finančne poddimenzované športové hnutie (dez)organizované po roku 1989 na spolkovom princípe tvorené cez slobodné združovacie právo zdola. To sa však nevedelo a nevie dlhodobo dohodnúť ani len na tom, ktoré z množstva občianskych združení, ktoré ho spoluvytvárajú, bude v jeho mene komunikovať s o šport a jeho problémy sa logicky nezaujímajúcim novovznikajúcim štátom a jeho transformujúcou sa spoločnosťou.

Diametrálne zmenený vzťah štátu k športu na našom území po roku 1989 výstižne približuje rok 2004. Hoci si Národná rada Slovenskej republiky iniciatívne vyžiadala vypracovanie prvej komplexnejšej správy o stave nášho športu, priebeh jej samotného prerokovania možno hodnotiť iba negatívne. Keď sa už konečne predmetná správa dostala až na úplný záver programu vtedajšej 32. schôdze NR SR, do diskusie sa prihlásil jediný poslanec, ktorý svoje vystúpenie nakoniec ani nedokončil a o jeho návrhoch sa ani nehlasovalo pre prerušenie rokovania v tomto bode. Dokonca i vtedajší najvyšší predstaviteľ štátu pre oblasť športu, v tom čase generálny riaditeľ Sekcie športu vtedajšieho Ministerstva školstva Slovenskej republiky Stanislav Kosorin nebol pri hodnotení priebehu rokovania pre média vôbec diplomatický a označil ho dokonca jediným slovom – „Výsmech.“³⁾

▼ **Dôležitosť historického vývoja pre súčasnosť⁴⁾**

Otázka, aký bol vzťah štátu s vlastným športovým hnutím na našom území a ako sa menil najmä pohľadom cez prizmu prijímanej športovej legislatívy, je dôležitým zdrojom poznania. Otvára totiž, i aký dosť pravdepodobne (či už v dobrom alebo zlom) bude trend a charakter špeciálnej športovej legislatívy prijímanej u nás i v budúcnosti.

Už dnes je navyše isté, že ju bude nutné novelizovať, resp. prijímať úplne novú z pohľadu verejného záujmu, napr. už len pre eskalujúce problémy s tzv. futbalovým chuligánstvom a jeho dosahmi na trestné a priestupkové právo. Je totiž viac ako očividné pre úplne každého, že zákon NR SR č. 479/2008 Z. z. o organizovaní verejných telovýchovných podujatí, športových podujatí a turistických podujatí a o zmene a doplnení niektorých zákonov jednoznačne v súčasnosti neplní svoj účel.⁵⁾

3) ŠIMO, M.: **Parlament odignoroval šport**. [online] Bratislava, 30. 10. 2004 [citované 12. 11. 2010] Dostupné na internete : <http://www.sme.sk/c/1805969/parlament-odignoroval-sport.html>

4) Tu by som chcel vyjadriť veľmi úprimné poďakovanie Tomášovi Gábrišovi známemu zatiaľ u nás najmä z jeho prác z dejín štátu a práva za veľmi poctivé prečítanie prvého konceptu tejto práce a viaceré veľmi prínosné pripomienky k nej, najmä k vývoju po roku 1945, ktoré boli do nej následne zapracované. Viaceré jeho veľmi zaujímavé práce týkajúce sa športu a práva sú síce už v tlači, no ešte neboli vydané, takže pre čitateľa odkážem zatiaľ aspoň na už v zahraničí vydanú GÁBRIŠ, T.: **The specificity of sports in the international and EU law**. In : Annals of the “Constantin Brâncuși” University: juridical sciences series, issue 2. Târgu Jiu : Academica Brâncuși, 2010. s. 169 – 200, ale i na jeho záverečnú prácu vypracovanú v rámci jeho štúdia LLM programu International and European Labour Law na School of Law Tilburg University počas roku 2009/2010, kde jeho supervízormi pri jej tvorbe boli z pohľadu nielen športového práva veľmi renomovaní autori Roger Blanpain a Michelle Colucci. GÁBRIŠ, T.: **Behaviour Clauses in Sports: Basic Rights of Sportsmen** Záverečná práca LLM programu International and European Labour Law. Tilburg : School of Law, Tilburg University, 2010, 98 s. Školiteľia: Roger Blanpain, Michele Colucci.

5) Pozri viac napr. SURMAJOVÁ, Ž.: **Právna úprava eliminácie násillia na športových podujatiach v Slovenskej republike**. In : In: Notitiae ex Academia Bratislavensi Iurisprudentiae, 2009, č. 1, s. 82 – 97.

Pri myšlienkach na budúcnosť je však dôležité nezabúdať na minulosť. Dnes už sudca Najvyššieho súdu Českej republiky Michal KRÁLÍK pomenúva jasne, prečo: „**Bude-li do do budoucna zájem o vytvoření sportovní legislativy, je vhodné mít k dispozici podkladový materiál, na který by bylo možné navázat. Navíc český a dříve československý vývoj je v evropském kontextu vcelku ojedinělý a bylo by obtížné jej zcela zařadit do některého z modelů, o kterých jsme hovořili.**“ Sám preto týmito slovami uvádza príslušnú kapitolu vo svojej veľmi rozsiahlej dizertačnej práci z roku 2001, ktorá bude od jej vzniku až do budúcnosti pravdepodobne navždy štruktúrovať myslenie každého záujemcu o túto problematiku v našom geografickom a jazykovom regióne.⁶⁾ Práve v nej sa totiž vo významnej miere venuje práve teoretickej analýze vzájomných vzťahov medzi športom a právom. Hoci táto práca bola hodnotená v našich zemepisných šírkach najprv ako neobvyklá,⁷⁾ neskôr jej bolo priznané postavenie základného teoretického spisu v tejto oblasti, priekopníckeho počinu aj v oblasti právnej doktríny a právnej kultúry.⁸⁾

■ Začiatky vzťahov štátu – športu – práva u nás (1869 – 1945)

Začiatok vzťahov štátu s vlastným športovým hnutím na našom území (mysliac tým tu pre chronologické zjednodušenie územie nielen Slovenska, ale i Čiech a Moravy) môžeme historicky datovať najlepšie asi od roku 1869. V tomto roku bola prvýkrát na tomto území zavedená tzv. ríšskym zákonom č. 62/1869 povinná výučba telesnej výchovy v tzv. reálnych školách na Morave⁹⁾, ktorá sa napokon v plynúcom čase výrazne rozšírila. V súčasnosti je výučba telesnej výchovy už všeobecne akceptovaný povinný predmet temer na všetkých školách vrátane väčšiny vysokých.

Doterajší vývoj vzťahov štátu s vlastným športovým hnutím na našom území z pohľadu ústavného práva nás radí, až na jednu výnimku v podobe ústavy z roku 1920, medzi územia bez priamej zmienky slova „šport“ v znení platných ústav. Tento vývoj poznamenáva i celý vzťah štátu a športu.

Po roku 1918 bol najprv tzv. kompetenčným zákonom zriadený Úrad verejného zdravotníctví a telesné výchovy. Už dva roky po vzniku Československej republiky (28. októbra 1918), a to konkrétne 30. marca 1920 bol prijatý zákon č. 228/1920 Sb. o zřízení Poradního sboru pro tělesnou výchovu. Tento orgán bol zriadený pri ministerstve verejného zdravotníctva a telesnej výchovy so sídlom v Prahe. Jeho úlohou bolo posudzovať všetky otázky týkajúce sa telesnej výchovy. Zákon teda nehovoril výslovne o športe.

6) KRÁLÍK, M.: **Právní aspekty sportovní činnosti (má právo ve sportu své místo?)**. Dizertační práce na Právnické fakultě Masarykovy Univerzity v Brně. 2001. 611 s. Školitel: Ivo Telec. Keďže táto dizertačná práca vyšla neskôr v temer nezmenenej podobe i knižne, tak všetky odkazy budeme tu v našej práci robiť už výlučne pre lepšiu dostupnosť tejto knihy pre bežného čitateľa na ňu. Pozri citát v texte v KRÁLÍK, M.: **Právo ve sportu**. Praha: C. H. Beck, 2001, s. 194 a nasl. a porovnaj so systematickým výkladom problematiky športovej legislatívy na našom území najmä na stranách 194 – 203, z ktorého sa čerpá a parafrázuje v mnohom i v nasledujúcich riadkoch tejto práce.

7) Porovnaj s NOVÁK, F.: **Michal KRÁLÍK: Právo ve sportu**. C. H. Beck, Praha, 2001, 278 s. I. vydání. In: Právní rozhledy, 2001, č. 8, s. 386 – 388.

8) Hodnotenie je možné nájsť v SVÁK, J.: **Recenzia na publikáciu Králík, M.: Právo ve sportu**. I. vydanie, Praha, C. H. Beck 2001, strán 278. In: Justičná revue, 2001, č. 10, s. 1125 – 1128.

9) KÖSSI, J. – ŠTUMBAUER, J. – WAIC, M.: **Vybrané kapitoly z dějin tělesné kultury**. Praha: Karolinum, 2004, s. 117. K celému vývoju do roku 1945 v Českej republike pozri s. 106 – 140.

Detaily činnosti poradného zboru upravilo nariadenie vlády č. 616/1920 Sb. Zbor mal mať 20 členov spomedzi predstaviteľov športových organizácií, ako aj pedagogických inštitúcií a spoločenstiev, ako napr. Sokol. Zbor si mohol vytvárať ďalšie komisie.

Základným princípom tejto úpravy bola faktická neexistencia právnej úpravy organizácie športu. Základnou črtou športového hnutia v tomto období teda bola autonómia, prejavujúca sa združovacím právom a tvorbou interných predpisov jednotlivých spolkov či organizácií.

Významným malo byť zriadenie tzv. Tyršova štátného telovýchovného ústavu zákonom č. 73/1935 Sb., ktorý však pre aktuálnosť druhej svetovej vojny nebol fakticky vytvorený.

Povojnový vývoj: politizácia, centralizácia a militarizácia športu v dôsledku štátneho intervencionizmu (1945 – 1989)

Slová Antonína HIMLA, predsedu ČSTV a ČOV, hodnotiace 30 rokov od oslobodenia v roku 1975: *„Tělocvikaři a sportovci se postavili do předních řad budovatelů nové republiky, silně zazněli hlasy volající po sjednocení tělovýchovního hnutí. Tento historický úkol však pro odpor reakčních vedoucích sil Sokola, Orla a dalších organizací ještě nemohl být splněn. Teprve Vítězný únor 1948 odstranil z cesty poslední překážky a naše tělovýchova, socialistická obsahem, organizačně jednotná, vykročila k novým úspěchům.“*¹⁰⁾

Povojnový vývoj u nás v oblasti športu ovplyvnili roky 1948 a 1949, kedy prichádza k veľmi násilnému zjednoteniu celého spektra subjektov z oblasti športu, telovýchovy a turistiky. Týmto sa nastúpili trendy, ktorý možno charakterizovať nasledujúcimi znakmi:

- a) politizácia športu,
- b) militarizácia športu,
- c) centralizácia správy športu v podobe zlučovania športových organizácií a vytváraním jednotného systému na čele s ČSTV,
- d) oslabovanie autonómie športového hnutia v prospech štátneho intervencionizmu.

Jedným zo zásadných prejavov týchto trendov v športe boli najmä ustanovenia zákona č. 187/1949 Sb. v § 9 hovoriace o de facto krádeži slobody nášho športu štátom cez jeho faktické znárodnenie a mocenské ovládnutie.

Predmetné ustanovenia zneli: *„(1) Majetok (práva a záväzky), ktorý náležal dňa 31. marca 1948 telovýchovným a športovým organizáciám zaniknutým v dôsledku sjednotenia telovýchovných a športových organizácií, prechádza na Československú obec sokolskú. O tom, ktorý majetok prechádza, rozhodne krajský národný výbor, v ktorého obvode taký majetok leží. (2) Prechod nehnuteľností a knižných práv na Československú obec sokolskú podľa odseku 1 zapíšu knižné sudy na návrh Československej obce sokolskej podľa rozhodnutí krajských národných výborov.“*

Intervencionizmus a centralizmus sa prejavil napr. i tým, že na základe zákona č. 187/1949 Sb. bol konštituovaný ako „predstaviteľ ľudovodemokratickej starostlivosti o telesnú výchovu a šport“ Štátny výbor pre telesnú výchovu a šport. Ten bol

10) DUŠEK, R.: *Československo země sportu. Třicet let československé tělesné výchovy a sportu*. Praha: Vydavatelství Olympia, 1975, úvodný text na nečíslovanej cca 10 strane.

zložený zo zástupcov Československej obce sokolskej (ovládnutá idea prežívajúca už iba názvom pred roku 1948), celonárodných ľudových organizácií a vynikajúcich pracovníkov v odbore zdravotníctva, telesnej výchovy a športu. Na území Slovenska (ako súčasť Československa) mal rovnaké úlohy plniť Slovenský výbor pre telesnú výchovu a šport. Funkcia oboch výborov bola vo svojej podstate poradná. Organizačný poriadok Štátneho výboru pre telesnú výchovu a šport bol vydaný vládny nariadením č. 39/1950 Zb. Skladal sa z predsedu, podpredsedu a ďalších 88 členov. Jedna tretina členov výboru sú zástupcovia zo Slovenska, ktorí tvoria Slovenský výbor pre telesnú výchovu a šport. Postavenie Slovenského výboru osobitne upravila aj Slovenská národná rada ako orgán národnej moci Slovákov v rámci Československa, a to v zákone č. 5/1950 Sb.n. SNR o organizácii a zložení Slovenského výboru pre telesnú výchovu a šport. Pomocné práce pre výbor a komisie obstarával Slovenský úrad pre telesnú výchovu a šport.

Ako ústredný orgán štátnej správy (tzv. „ústredný správny úrad pre veci telesnej výchovy a športu pre veci telesnej výchovy a športu, vedie ho člen vlády, ktorého určí prezident republiky.“) bol zriadený Štátny úrad pre telesnú výchovu a šport; na Slovensku Slovenský úrad pre telesnú výchovu a šport. Do ich pôsobnosti patrilo aj vydávať všeobecne predpisy, ktorými najmä môžu byť určené jednotné smernice pre telesnú výchovu a šport, zásady pre výchovu pracovníkov v telesnej výchove a športe, jednotná úprava zariadení pre telesnú výchovu a šport. Zvýšený štátny záujem o šport sa prejavil napr. vládny nariadením č. 38/1951 Sb. zo dňa 10. apríla 1951 o počtách spojených s čestnými titulmi v telesnej výchove a v športe, a to v podobe odznakov a diplomov, príp. aj čestných plátov alebo darov.

Slová Jána LIBENSKÉHO, ktorými pravidelne na výročia prijatia zákona č. 187/1949 Sb. pripomínal jeho pôsobenie v našej spoločnosti, iba potvrdzovali, že šport svoju slobodu po roku 1948 iba strácal: „14. červenec roku 1949 je význačným mezníkom v rozvoji naší tělesné výchovy, protože v tento den Národní shromáždění RČS za velké účasti předních představitelů tělovýchovního hnutí a nejlepších mezinárodních závodníků – reprezentantů jednomyslně přijalo a manifestačně odhlasovalo zákon č. 187 Sb. o péči o tělesnou výchovu a sport.“¹¹⁾

Zákon č. 71/1952 Z. z. o organizaci tělesné výchovy a sportu, který navíazal na předcházející úpravu, svým nevelkým rozsahem i samotným obsahem v zásadě nepřinesl podlé KRÁLÍKA zásadné změny.¹²⁾ Bol však zriadený Štátní výbor pro tělesnou výchovu a sport a súčasne sa podstatne zmenila štruktúra telovýchovného hnutia, keďže vzniklo 6 tzv. úsekov spájajúcich vo svojej činnosti starostlivosť o povinnú i dobrovoľnú telesnú výchovu.¹³⁾

Podľa zákona štátne vedenie a kontrolu telesnej výchovy a športu uskutočňuje Štátní výbor pro tělesnou výchovu a sport pri vláde Československej republiky ako ústredný orgán štátnej správy v odbore telesnej výchovy a športu. Na Slovensku vykonával Štátny výbor svoju pôsobnosť zásadne prostredníctvom Slovenského výboru pre telesnú výchovu a šport pri Sboře povereníkov. Štátny výbor nebol len hlavným ideovým orgánom, ale tiež

11) LIBENSKÝ, J.: **Patnáct let zákona o státní péči o tělesnou výchovu.** In: Teorie a praxe tělesné výchovy, ročník 12, 1964, č. 7, s. 289 – 292, citát je zo strany 289. Pozri i LIBENSKÝ, J.: **25 let zákona o státní péči o tělesnou výchovu.** In: Teorie a praxe tělesné výchovy, ročník 25, 1977, č. 12, s. 709 a nasl.

12) KRÁLÍK, M.: **Právo ve sportu.** Praha : C. H. Beck, 2001, s. 198.

13) DUŠEK, R.: **Československo země sportu. Třicet let československé tělesné výchovy a sportu.** Praha: Vydavatelství Olympia, 1975, s. 22.

normotvorným orgánom – spojil teda funkcie dovtedy rozdeleného Úradu a Výboru, resp. zrušil Štátny úrad pre telesnú výchovu a šport a Slovenský úrad pre telesnú výchovu a šport.

Zákon navyše ustanovil, že pri krajských a okresných národných výboroch sa mali zriadiť výbory pre telesnú výchovu a šport, pre štátnu správu vo veciach telesnej výchovy a športu. Výbor pre telesnú výchovu a šport bol podriadený jednak vyššiemu výboru pre telesnú výchovu a šport, a jednak národnému výboru, pri ktorom je zriadený. Išlo o princíp horizontálnej a vertikálnej zodpovednosti, ktorý bol pre dané obdobie príznačný pre organizáciu verejnej správy.

Stále sa počítalo aj s existenciou dobrovoľnej telesnej výchovy a športu v telovýchovných a športových organizáciách, ktoré sa vytvárajú najmä pri Revolučnom odborovom hnutí, ďalej ako organizácie pracovných záloh alebo obyvateľstva na dedine (Sokol), v školách a v iných vhodných zložkách. Na vidieku teda ešte bola zachovaná zdanlivá samospráva sokolská, majetok sokolských jednôt v závodoch, úradoch, ústavoch a na vysokých školách však zo zákona prešiel na Revolučné odborové hnutie. Išlo o ďalší prejav štátneho intervencionizmu a centralizácie.

V tomto období bol vládny nariadením č. 24/1953 Sb. zriadený Inštitút telesnej výchovy a športu v Prahe ako vysoká škola, ktorej absolventi sa mali podľa nariadenia ministra školstva a kultúry č. 42/1957 Zb. označovať „promovaný telovýchovný pedagóg“. Vládné nariadenie č. 15/1956 Zb. o čestných uznaniach v telesnej výchove a športe opäť upravilo uznania priznávané športovcom.

Príslušný spoločenský status vrcholových športovcov v spoločnosti malo deklarovať ustanovenie § 11 tohto zákona v znení účinnom pred novelou č. 14/1956 Sb., umožňujúce udelenie hráčom čestných titulov „majster športu“ a „zaslúžilý majster športu“.

Kolektivizácia športu v svojej masovosti v bežnom živote pokračovala takisto ďalej. Po organizácii 303 okresných a 28 krajských prišlo v roku 1955 i k 1. celoštátnej spartakiáde, kde v rôznych formách vystúpilo až 567 000 cvičencov, ktorých videlo cez dva milióny divákov.¹⁴⁾ Už pred ňou v roku 1951 pre rozvoj brannej výchovy, branných a branne technických športov vzniká Svaz pro spolupráci s armádou – Svazarm. Jeho prvý celoštátny zjazd sa koná 25. až 27. mája 1956 a predznamenáva následné zásadné legislatívne zmeny.

Tie priniesol inak veľmi stručný zákon č. 68/1956 Sb. o organizácii telesnej výchovy, a to predovšetkým v oblasti inštitucionálnej. V tomto zákone prišlo k návratu k terminológii prvej Československej republiky, keď tento zákon č. 68/1956 Zb. z 20. decembra 1956 o organizácii telesnej výchovy už používal iba pojem „telesná výchova“. Zákon bol do veľkej miery centralizačný, keď zveril organizovanie a riadenie dobrovoľnej telesnej výchovy a zabezpečovanie jej plánovitého rozvoja jedinej dobrovoľnej telovýchovnej organizácii. Existujúca štruktúra štátnych výborov bola zrušená a vznikol Československý svaz telesnej výchovy, ktorého ustanovujúci zjazd sa konal 3. a 4. marca 1957. ČSTV sa stal jedinou, iba skutočne formálne dobrovoľnou telovýchovnou organizáciou. ČSTV mal byť zodpovedný za komplexnú organizáciu a riadenie športového hnutia a združoval

14) DUŠEK, R.: **Československo země sportu. Třicet let československé tělesné výchovy a sportu.** Praha: Vydavatelstvo Olympia, 1975, s. 23.

15) CYNKE, E. – DOSTÁLOVÁ, M. – KOLEVA, M. – NADORI, M. – PUTROVÁ, L. – ŠTEJNBACH, V. – WROBEL, D. – **Zlatá kniha socialistického sportu. Sportovní bilance zemí socialistického bloku.** (preložil Čenek Kohlmann) Praha – Berlin: Olympia – Sportverlag, 1979, s. 16.

v roku 1979 až 1 703 000 členov organizovaných v 25 240 telovýchovných jednotkách.¹⁵⁾ Jej v 5-ročných intervaloch sa opakujúce zjazdy preto boli najmä prehliadkou komunistickej štátnej propagandy.¹⁶⁾

Centralizácia a štátny intervencionizmus sa prejavil neskôr aj vo vyhláške Ministerstva zdravotníctva č. 89/1961 Zb. z 10. augusta 1961 o zdravotnej starostlivosti o telesnú výchovu. Zdravotná starostlivosť sa vykonávala okrem iných v súčinnosti s Ústredným výborom Československého svazu telesnej výchovy a s ústrednými výbormi spoločenských organizácií podieľajúcimi sa na vykonávaní telesnej výchovy.

Vládne nariadenie č. 82/1958 Zb. o čestných uznaniach v telesnej výchove zaviedlo čestné tituly, ako napr. „Zaslúžilý pracovník v telesnej výchove a športe“, „Majster športu“ či „Vzorný tréner“, a tiež verejné uznania, ktoré ma prejavovať Ústredný výbor Československého svazu telesnej výchovy.

Vzdelávanie mladých športovcov a ich športová príprava prebiehali popri školskom systéme, ale aj v rámci školského systému, ako napr. prostredníctvom úpravy vyhlášky Ministerstva školstva, mládeže a telesnej výchovy Slovenskej socialistickej republiky (súčasť Československej republiky ako federácie, ktorou sa stala v roku 1968/69) z 27. apríla 1988 o športových školách a stredných odborných učilištiach s triedami s vrcholovou športovou prípravou. Na každej takejto škole mala pôsobiť Športová rada ako odborný poradný orgán riaditeľa školy. Členmi športovej rady boli zástupca riaditeľa pre športovú prípravu, vedúci tréneri a lekár, prípadne ďalší odborníci vymenovaní riaditeľom školy.

Zákon č. 68/1956 Sb. o organizácii telesnej výchovy nakoniec pretrvá až do roku 1990, keď je zrušený 4-paragrafovým zákonom č. 173/1990, ktorým sa majú navrátiť majetkové práva Československej obci sokolskej a ostatným znova vzniknutým dobrovoľným organizáciám odňaté im zákonmi v rokoch 1949 až 1956.

Historická etapa po roku 1990 predznamenáva opätovné vznikanie športového hnutia na na spolkovom princípe tvorenom cez slobodné združovacie právo zdola.¹⁷⁾

■ **Štát – šport – právo na Slovensku po roku 1990¹⁸⁾**

Bolo by veľmi naivné si myslieť, že spoločenské a dejinné zlomy v roku 1989, resp. 1993 sa nepremietli negatívne do vzťahu štátu s vlastným športovým hnutím na našom území.

Po páde režimu v roku 1989 nastali v oblasti športu dezintegračné procesy – decentralizácie a deetatizácie, pričom však politizácia športu nikdy celkom nevymizla. Šport je totiž stále používaný ako prostriedok politického boja. Novým trendom sa stalo

16) Opätovne fotografie, resp. citáty z prejavov v dobovej publikácii povedia o vtedajšej atmosfére najviac. Pozri DUŠEK, R.: **Československo země sportu. Třicet let československé tělesné výchovy a sportu.** Praha: Vydavatelství Olympia, 1975, s. 30 – 32, resp. publikáciu vydanú k 30. výročiu ČSTV – KOLEKTÍV AUTOROV: **Štafeta. Tělovýchova, sport a turistika v Československu.** Praha: Vydavatelství Olympia, 1987.

17) Pozri i LEŠKA, D. – HOSPODÁROVÁ, O. – LAIFEROVÁ, E. – SAKÁČOVÁ, Z.: **Východiská pre prognózovanie telesnej kultúry v Slovenskej republike po roku 1989. Správa o vyriešenej vedecko-výskumnej úlohe.** Bratislava: FTVŠ UK, 1993, 83 s., resp. jej skrátené závery, ktoré sú dostupnejšie v LEŠKA, D. – HOSPODÁROVÁ, O. – SAKÁČOVÁ, Z.: **Východiská pre prognózovanie telesnej výchovy a športu v Slovenskej republike po roku 1989.** In: Acta Facultatis Educationis physicae Universitatis Comenianae 34, Bratislava: SPN, 1994, s. 91 – 103.

upravovanie postavenia športu v oblastiach, ktoré dovtedy právo neupravovalo – napríklad súkromné podnikanie v športe či organizovanie verejných športových podujatí a pod.

Krokom k odbúraníu etatizmu a štátneho intervencionizmu po roku 1989, kedy sa v Československu zrútil komunistický režim, bol zákon č. 173/1990 Zb. z 9. mája 1990, ktorým sa zrušuje zákon č. 68/1956 Zb. o organizácii telesnej výchovy a ktorým sa upravujú niektoré ďalšie vzťahy týkajúce sa dobrovoľných telovýchovných organizácií. Týmto zákonom sa majetkové práva dobrovoľných organizácií, ktoré im boli odňaté zákonmi č. 187/1949 Zb., č. 71/1952 Zb. a č. 68/1956 Zb., mali vrátiť podľa stavu k 31. marcu 1948 Československej obci sokolskej a ostatným znovu vzniknutým dobrovoľným organizáciám do 31. decembra 1991.

Oprávnenými znovu vzniknutými telovýchovnými organizáciami, ktoré existovali ako samostatné právnické osoby k 31. marcu 1948, sú podľa nariadenia vlády Slovenskej republiky č. 321/1991 Zb. a) Česko-Slovenská obec Sokolská a jej župy, telovýchovné jednoty, kluby a spolky, b) Slovenský orol, c) Klub slovenských turistov, d) ostatné znovu vzniknuté dobrovoľné telovýchovné organizácie.

Organizáciami, ktoré sú povinné vrátiť majetkové práva, sú právni nástupcovia Česko-Slovenského zväzu telesnej výchovy, a to:

- a) Slovenské združenie telesnej kultúry,
- b) telovýchovné jednoty. Z majetku Československého zväzu telesnej výchovy dostalo najväčší podiel Slovenské združenie telesnej kultúry a z majetku Zväzarmu Zväz technických a športových činností SR.

Slovenská národná rada ako zákonodarný orgán Slovákov v rámci Československej federácie prijal nový rámcový zákon pre úpravu telesnej kultúry (opäť chýba pojem šport a namiesto telesnej výchovy sa hovorí o telesnej kultúre), a to zákon č. 198/1990 Zb. z 18. mája 1990 o telesnej kultúre. Nový pojem telesná kultúra bol v zákone definovaný ako „organizovaná i neorganizovaná individuálna, skupinová, spolková a iná činnosť súvisiaca s telovýchovnou, športovou, turistickou a pohybovo-rekreačnou aktivitou občanov.“

Na rozdiel od predchádzajúceho obdobia došlo k demilitarizácii úvodných prehlásení o poslaní telesnej kultúry, ktorá má mať skôr humanizujúce ciele ako prípravu k vojenskej službe.

Z hľadiska orgánov podieľajúcich sa na organizácii a rozvoji telesnej kultúry možno skonštatovať priznanie autonómneho postavenia športových organizácií, a tým aj uznanie decentralizácie organizácie športu a jeho správy. Štátny intervencionizmus zostal zachovaný iba v podobe štátnej správy športu zverenej štátnym orgánom s cieľom zabezpečiť najmä financovanie športu.

Telesnú kultúru podľa zákona č. 198/1990 Zb. organizujú a rozvíjajú:

- a) Ministerstvo školstva, mládeže a telesnej výchovy Slovenskej republiky,
- b) ďalšie štátne orgány s osobitnými úlohami,
- c) telovýchovné, športové a turistické združenia,
- d) iné združenia,

- e) štátne podniky, družstvá a iné organizácie,
- f) podnikatelia v oblasti telesnej kultúry,
- g) neorganizovaní účastníci pohybových aktivít.

Telesná kultúra sa financuje:

- a) z výnosov Sazky a Športky, iných lotérií a podobných hier,
- b) z príjmov z podnikateľskej a hospodárskej, telovýchovnej, športovej, kultúrno-spoločenskej činnosti a zo služieb,
- c) z prostriedkov štátneho rozpočtu,
- d) z dotácií, príspevkov a darov,
- e) z príjmov z reklám a sponzorskej činnosti,
- f) z iných zdrojov.

Aj na systéme financovania teda vidno decentralizáciu a deetatizáciu športu po roku 1989. Štátny záujem sa však vzápätí prejavil tým, že na účely financovania telesnej kultúry bol dokonca vytvorený osobitný Štátny fond telesnej kultúry (zákonom č. 264/1993 Z. z.). Správu fondu vykonávalo Ministerstvo školstva a vedy Slovenskej republiky. Podľa národného programu Ministerstva školstva pre roky 2001 – 2010 hlavným zdrojom financovania športu v ČSSR, ČSFR i SR boli, sú a mali by byť zdroje získané z výťažkov lotérií a iných podobných hier. Druhým veľmi výrazným zdrojom financovania športu boli, sú a mali by byť dotácie zo štátneho rozpočtu.

Pod kontrolou štátu tiež zostala výchova a vzdelávanie na výkon špecializovaných profesionálnych činností v oblasti telesnej kultúry v telovýchovných vzdelávacích zariadeniach a v špecializovaných kurzoch, čo upravilo nariadenie vlády č. 469/1991 Zb., ktorým sa vykonáva zákon Slovenskej národnej rady č. 198/1990 Zb. o telesnej kultúre.

Toto nariadenie možno zároveň chápať ako prvý predpis, ktorý reagoval na komercializáciu športu v druhej polovici 20. storočia, a to tým, že v § 5 upravil „Podnikanie v oblasti telesnej kultúry“, a to demonštratívnym výpočtom podnikateľských aktivít:

- a) organizovaním a zabezpečovaním činnosti cvičebných a tréningových jednotiek a kurzov, organizovaním a riadením telovýchovného procesu v telovýchovných a športových školách a kurzoch a poskytovaním ďalších služieb, ktoré súvisia s priamym vedením a riadením telovýchovného procesu,
- b) poskytovaním služieb súvisiacich so zabezpečovaním kondičnej, relaxačnej a regeneračnej činnosti (Fitnes centrá), zapožičiavaním a výrobou telovýchovného náradia, náčinia a rôznych pomôcok, poskytovaním ubytovacích služieb pre turistiku a šport, zriaďovaním a prevádzkovaním sáun a pod.

Neriešili sa tu však ešte otázky, do akej miery ide o činnosť podliehajúcu živnostenskému oprávneniu, keďže šlo o obdobie, kedy sa ešte len pripravoval legislatívny rámec súkromného podnikania.

Popri otázkach financovania športu a súkromného podnikania v oblasti športu bola neobvyklou novinkou aj osobitná úprava organizovania verejných športových podujatí – zákon č. 315/1992 Zb. zo 7. mája 1992 o verejných telovýchovných, športových a turistických podujatiach. Podujatie sa pritom považuje za prístupné verejnosti, ak sa koná pre

individuálne určených účastníkov. Odchýlkou od iných zhromaždení je úprava, podľa ktorej sa na podujatie nevyžaduje predchádzajúce povolenie štátneho orgánu.

Ak sa pokúsime zovšeobecniť napísané, tak môžeme tvrdiť, že šport pre svoje zmenené funkcie v slobodnej spoločnosti prestal byť v centre záujmu už nie viac totalitného štátu, jeho štedrého financovania, resp. iných foriem verejnej podpory. Zo dňa na deň sa mal pretransformovať na našom území na bez problémov fungujúcu a samofinancujúcu sa súčasť spoločnosti v rámci tretieho sektora (dobrovoľnícky šport), resp. podnikateľského sektora (športový priemysel). To, čo najmä v krajinách západnej Európy trvalo celé 20. storočie, sme mali na našom území zvládnuť zo dňa na deň, navyše bez akejkoľvek zásadnej podpory štátnej moci...

Slová Michala KRÁLÍKA to iba potvrdzujú: „*Programové prohlášení vlády Československa a České republiky v roce 1990 neobsahovalo žádnou zmínku o tělovýchově. V protikladu k tomuto (ať již úmyslnému nebo nechtěnému) opomenutí byl legislativní počín Slovenské národní rady, která 18. května 1990 přijala zákon o tělesné kultúre publikovaný pod č. 198/1990 Sb. Přestože v porovnání s obdobnými normami v evropském měřítku by tento zákon zcela jistě nezaujal žádné z předních míst, jeho přínos tkvěl zejména ve zdůraznění role a poslání tělesné kultury, což se odrazilo přímo v textu zákona (k tomu srovnej § 2 a 6 uvedeného zákona). Odsunutí tělovýchovy a sportu do pozadí však přetrvávalo prakticky do druhé poloviny 90. let a určité zlepšení existujícího stavu je možné datovat až s rokem 1998.*“¹⁹⁾

Ak pokračujeme v ním vedenej historickej retrospektíve ďalej, znova nemáme byť podľa neho na čo veľmi hrdí: „**Zákon č. 198/1990 Sb. byl zrušen a nahrazen zákonem z 3. října 1997 č. 288/1997 Z. z., který nabyl účinnosti 1. ledna 1998. Ani on svou strukturou nepřekročil linii vymezenou zákonem z r. 1990 a i když nový zákon je rozsahem více než dvojnásobný, obsahově do značné míry „kopíruje“ svého předchůdce. I zákon z r. 1997 je veden v silně intervenčním duchu.**“²⁰⁾

Najmä posledná veta stojí za bližšiu analýzu, keďže iný autor Jozef ČORBA prezentoval troška odlišný názor: „*Čitateľ znalý aktuálnej slovenskej právnej úpravy športu by mohol zapochybovať o predchádzajúcich riadkoch, kde sa spomína intervenčný model vzťahu športu a práva uplatňujúci sa na Slovensku. Aktuálne platný zákon č. 288/1997 Z. z. o telesnej kultúre a o zmene a doplnení zákona č. 455/1991 Zb. o živnostenskom podnikaní (živnostenský zákon) v znení neskorších predpisov*

18) Porovnaj s LEŠKA, D.: **Organizácia, riadenie a financovanie športu v Slovenskej republike po roku 1989**. In: LEŠKA, D.: **Sociológia športu**. Bratislava: ICM Agency, 2005, s. 232 – 258. K situácii v Českej republike porovnaj napr. SLEPIČKOVÁ, I.: **Sportovní organizace. Teoretická východiska a situace v ČR po roce 1990**. Praha: Karolinum, 2007, s. 93 – 112.

19) KRÁLÍK, M.: **Právo ve sportu**. Praha : C. H. Beck, 2001, s. VII. Porovnaj s tvrdeniami na strane 181, resp. s prácami PRUSÁK, J.: **Sports Legislation in Slovakia**. In: CDDS Seminar on Sports Legislation. Malta. Report CDDS + (94) 41. Council of Europe. 1994, s. 94 – 99 PRUSÁK, J.: **Slovak Model of Sports Legislation**. In: CDDS Seminar on Sports Legislation. Malta. Report CDDS + (94) 41. Council of Europe. 1994, s. 100-103, DUBEN, B. ET AL.: **Legislation in Sports-Slovakia**. In: KOMADEL, L. – TKÁČ, M.: *Integration Proces to the European Union- Impact on Sports (Proceedings of the international Seminar held in Bratislava, Slovakia, October 24-25, 1996.)* Bratislava: Ministerstvo školstva Slovenskej republiky, 1996, s. 24 – 28.

20) KRÁLÍK, M.: **Právo ve sportu**. Praha : C. H. Beck, 2001, s. 182.

*možno vzhľadom na jeho strohú úpravu len s veľkou dávkou fantázie označiť za základný zákon o športe, predstavujúci uplatnenie onoho intervenčného modelu, keďže väčšinu otázok, ktoré by mali zákony o športe riešiť, neupravuje. Jednako však z neho prvky štátneho intervencionizmu do oblasti športu vyplývajú.*²¹⁾

Podľa nášho názoru majú obaja autori čiastočne pravdu a zároveň sa i čiastočne mýlia. **Na vzťah štátu a športu u nás po roku 1989 sa je totiž nutné pozeráť komplexne – cez prizmu športu sa dotýkajúcich všetkých! právnych noriem, i keď predovšetkým špeciálnej športovej legislatívy i zdrojov financovania športu, i keď najmä pochádzajúcich z verejných zdrojov. V tomto ponímaní je tento vzťah potom najmä veľmi nešťastný. Napriek reálnemu ekonomickému i legislatívnemu nezáujmu štátu je totiž založený na stále veľmi silne intervenčnom, postkomunistickom modeli vzťahov. Tento model predpokladá silný, angažovaný sociálny štát s jeho rozsiahlou dotačnou politikou, pričom hlavnými zdrojmi plynúcimi do športu majú byť stále najmä verejné financie. Vlastná aktivita športového hnutia pri kumulovaní súkromných finančných zdrojov nie je zároveň nielen daňovou legislatívou motivovaná a podporovaná, čo fakticky spôsobuje, že naše športové hnutie ostáva stále poslušným rukojemníkom oň sa nezaujímajúceho, no akúkoľvek zmenu zároveň nepripúšťajúceho štátu.**

Napriek tomuto faktu je dôležité podotknúť, že intervenčný model, ktorý možno funguje výborne v iných krajinách sveta, netreba a priori odsudzovať. Jednoznačne si však vyžaduje, aby mal v takomto prípade štát príčiny a motiváciu, no najmä možnosti finančné a personálne plniť si všetky svoje povinnosti a záväzky voči svojmu športovému hnutiu, ktoré je mu v takomto modeli de facto vydané na milosť a nemilosť.

Ako tomu bolo za uplynulých 20 rokov na Slovensku?!

Tvrdenie, že celková a nielen nominálna, ale najmä reálna výška verejných financií určených na šport od roku 1989 na Slovensku nerastie, ale naopak klesá, môžeme i vďaka dostatočne medializovanému sporu TIPOS – Športka²²⁾ oprávnenne vysloviť. Empiricky ho však dnes preukázať je zo stránky metodologickej, najmä vďaka neúplnosti a rozpornosti dobových dát, vďaka nekoordinácii veľmi rôznych zdrojov (len

21) ČORBA, J.: **Slovenský zákon o organizácii a podpore športu ako nevyužitá šanca?** In: Olomoucké debaty mladých právnikov: aktuální otázky normotvorby, právo na spravlivý proces: sborník příspěvků: 8. – 10. september 2008. Olomouc. Olomouc : Iuridica Olomouensis, 2008, s. 23.

22) Pozri k nemu zatiaľ v súčasnosti – v novembri 2010 – z dôvodov stále nevyneseného rozhodnutia Dovolacieho senátu NS SR o mimoriadnom dovolaní generálneho prokurátora SR Dobroslava Trnku aspoň samo predmetné rozhodnutie – **Rozhodnutie Najvyššieho súdu Slovenskej republiky sp. zn. 3 Obo 141/2007 zo dňa 7. augusta 2008.** Zaujímavé komentáre k nemu sú dostupné na internete – celkovú analýzu rozhodnutia pozri na diskusnom fóre Lex fórum v poste ALEXANDER, J.: **Tipni si na Najvyšší súd alebo ako vyhrať miliardu v justičnej športke.** [online] [citované 13. 3. 2010]. Dostupné na internete: <http://www.lexforum.cz/159>, možný budúci európsko-právny rozmer problému z pohľadu zákazu poskytovania štátnej pomoci/verejnej podpory pri individuálnej podpore z verejných zdrojov podnikateľom je možné nájsť na veľmi populárnom právnickom blogu Jiné právo v poste CSACH, K.: **Jackpot ako štátna pomoc alebo Tipos revisited.** [online] [citované 13. 3. 2010]. Dostupné na internete: <http://jinepravo.blogspot.com/2008/12/kristin-csach-jackpot-ako-ttna-pomoc.html>

štátna správa – samospráva!) temer nemožné, hoci čiastkové pokusy aspoň troška priblížiť financovanie športu u nás tu už boli.²³⁾

Čo sa týka personálneho zabezpečenia štátnej starostlivosti o šport, je situácia podobná. Dnes cca 70-ročný Michal POLLÁK, pracujúci ešte krátko pred rokom 1989 ako jeden z bývalých vedúcich pracovníkov v oblasti riadenia športu na MŠ SR, sa zaoberal vo svojej pomerne rozsiahlej, no verejne nepublikovanej práci z roku 2006 činnosťou Ministerstva školstva Slovenskej republiky vo vývoji a v rozvoji štátnej starostlivosti o telesnú výchovu a šport na Slovensku v rokoch 1990 – 2006.²⁴⁾

Tento autor sa v nej na jej záver priamo, po poznaní reality uplynulých cca 15 rokov pre budúcnosť nášho športu nie optimisticky rečnícky spytuje: **„Bude mať na zvládnutie „reálnej vize rozvoja športu do praktického života telovýchovného a športového hnutia na Slovensku“ dosť síl a schopností 16 „statočných“ v sekcii štátnej starostlivosti o šport na MŠ SR, ktorá je v súčasnosti najmenším odborným, legislatívnym, koncepčným útvarom pre šport v Európe?“**²⁵⁾

Po roku 1990 bola táto sekcia personálne obsadená i právnikmi, ktorí však rýchlo odchádzajú. Až počas funkčného obdobia ministra Milana Ftáčnika (1998 – 2002), kedy dokonca počet pracovníkov sekcie historicky kulminuje nad číslom 20, je po dlhom čase ich prvá nasledovníčka – bývalá vynikajúca hádzanáarka a zároveň právnička Mária Ďurišinová dokonca generálnou riaditeľkou celej vtedajšej sekcie športu, detí a mládeže. Jej odchod v roku 2002 však prináša obdobie cca 8 rokov, počas ktorých nie je zamestnancom sekcie, ktorá spravuje šport, jediný právnik.

Na konci novembra roku 2010 je dokonca počet zamestnancov pracujúcich na plný pracovný úväzok (po zrataní i niekoľkých čiastočných úväzkov) v tejto sekcii už iba niečo málo nad 10, slovom desať!!!

23) K systému financovania športu na Slovensku pozri viac napr. MIKOLAJOVÁ, S.: **Financovanie športu zo štátneho rozpočtu v Slovenskej republike od roku 1993**. Diplomová práca na FTVŠ UK, 2009. 81 s. Školiteľ: František Seman, ale i DOROŠ, M.: **Mimorozpočtové financovanie organizácií tretieho sektora a potreba výuky ekonomických disciplín na vysokých školách so zameraním na štúdium telesnej výchovy a športu**. In: KOLEKTÍV AUTOROV: Sociální aspekty studia tělesné výchovy a sportu. – Brno: Paido, 2005, s. 65 – 67.

24) POLLÁK, M.: **Činnosť Ministerstva školstva Slovenskej republiky vo vývoji a v rozvoji štátnej starostlivosti o telesnú výchovu a šport na Slovensku v rokoch 1990 – 2006**. Bratislava : MŠ SR, Sekcia štátnej starostlivosti o šport. 2006. Verejne nepublikovaný, interný materiál. Porovnaj i s GREXA, J.: **Športové hnutie na Slovensku a jeho problémy**. In: Telesná výchova, sport a rekreace v procese súčasnej globalizace : Sborník příspěvků z česko-slovensko-polského sympozia. – Olomouc : Univerzita Palackého, 2005. – s. 166 – 176, GREXA, J.: **Charakteristika vývoja športu v rokoch 2002 – 2004** In: Slovensko 2004 : súhrnná správa o stave spoločnosti. Bratislava : IVO, 2004, s. 932 – 946. Tu je potrebné podotknúť, že projekty zjednotenia slovenského športového hnutia po postupne nefunkčnom SZTK cez tzv. Športovú radu Slovenska založenú v roku 2001, neskôr cez Slovenskú úniu športu, ktorá vznikla 14. 12. 2004, boli oba doteraz neúspešné.

25) POLLÁK, M.: **Činnosť Ministerstva školstva Slovenskej republiky vo vývoji a v rozvoji štátnej starostlivosti o telesnú výchovu a šport na Slovensku v rokoch 1990 – 2006**. Bratislava : MŠ SR, Sekcia štátnej starostlivosti o šport. 2006. Verejne nepublikovaný, interný materiál. Pozri i GREXA, J.: **Najnovší vývoj a problémy športového hnutia na Slovensku**. In: Telesná výchova & šport. – Roč. 15, 2005, č. 1, s. 21 – 26.

Čo sa týka špeciálnej športovej legislatívy,²⁶⁾ názory dnes už viac ako 80-ročného českého právnika Vojtecha KUMPERU, opierajúc sa o jeho dlhoročné skúsenosti z praxe tvorby športovej legislatívy u nás za posledné desaťročia, sú akýmsi mementom chýb minulosti: *„Při koncipování navrhovaného zákona o tělesné kultuře se s plnou náležitostí projevila nezbytnost jednotné, vědecky podložené a společně závazně dohodnuté terminologie. Není v pořádku, když si tělovýchovněšportovní pojmy z nouze vymýšleli sami – jak to pak dopadá, jsem už zmínil při kritice našeho zákona o podpoře sportu.“*²⁷⁾ Predišť takejto babylonizácii jazyka tzv. športovej legislatívy by sa malo byť práve úlohou vied o športe, najmä športovej humanistiky, keď už iba vzájomný vzťah pojmov telesná kultúra – šport – telesná výchova atď., je v súčasnom ponímaní i vied o športe neostrý, dokonca veľmi sporný, čo prakticky veľmi významne ovplyvňuje napr. iba aplikáciu daňovej legislatívy v nami skúmanej oblasti.²⁸⁾

Napriek všetkým hore uvedeným faktom prichádza 2. júla 2008 v NR SR v 3. čítaní v slovenskom športovom hnutí po viacerých predchádzajúcich legislatívnych neúspechoch (viaceré návrhy tzv. zákonov o športe pripravované po roku 2000 i napr. v rámci projektu Viktória) k dlho očakávanému hlasovaniu.

Išlo o vládou navrhované znenie zákona, ktorý je neskôr známy ako zákon NR SR č. 300/2008 Z. z. o organizácii a podpore športu a o zmene a doplnení niektorých zákonov (ďalej v tejto kapitole len „Zákon“), pričom nadobudol účinnosť dňa 1. septembra 2008.²⁹⁾

Predmetný legislatívny návrh bol s podporou koaličných poslancov, ktorých dopĺňali poslanci František Mikloško, Peter Gabura a Tibor Mikuš, v celkovom počte 84 schválený,

26) K nej pozri i komplexne KRÁLÍK, M.: *Sportovní legislativa její význam v současném právním světě*. In: *Právní rozhledy*, 2001, č. 1, s. 23 – 32.

27) KUMPERA, V.: *Sport a legislativa – několik úvah*. In: KOLEKTIV AUTORŮ: *Otázky sportovního práva*. Praha – Plzeň: Ústav státu a práva AV ČR, v.v.i. a Vydavatelství a nakladatelství Aleš Čeněk, s.r.o. 2008, s. 23. Pozri i staršie práce tohto autora na tému športovej legislatívy u nás.

28) Porovnaj napr. s mechanizmom tzv. 2 % z už zaplatenej dane z príjmu, ktoré môže veľmi zjednodušene a stručne povedané platiaca osoba venovať na ňou preferovaný verejnoprospešný účel. V meniacich sa slovenských legislatívnych podmienkach sa v rámci tohto inštitútu a v dôsledku aplikačných problémov v praxi i tlaku športového hnutia prešlo od pojmu „*Podpora športu detí, mládeže a zdravotne postihnutých*“, na ktoré sa registrovali oprávnení žiadatelia do roku 2009, k širšie vnímanému pojmu „*Podpora a rozvoj telesnej kultúry*“, ktorý bude platným a účinným už v roku 2010, vrátane v rámci uplatňovaného zákona o daniach z príjmu č. 595/2003 Z. z. v znení neskorších predpisov.

29) Pozri o ňom viac v ČORBA, J.: *Slovenský zákon o organizácii a podpore športu ako nevyužitá šanca?* In: *Olomoucké debaty mladých právníků: aktuální otázky normotvorby, právo na spravlivý proces: sborník příspěvků*: 8. – 10. september 2008. Olomouc. Olomouc: Iuridica Olomouensis, 2008, s. 20 – 29, resp. ČORBA, J.: *The Slovak act on the organization and support of sport; a missed opportunity?* In: *International Sports Law Journal*. 2009, č. 3 – 4, s. 65 – 70, resp. ČORBA, J.: *Obmedzenie výkonu športovej činnosti z dôvodu použitia dopingu v zmysle pripravovanej úpravy*. In: HUSÁR, J.: *Ingerencia orgánov verejnej moci do podnikania: zborník z vedeckej konferencie konanej 28. – 29. 9. 2006 v Košiciach*. Košice: PF UPJŠ, 2006, s. 25 – 35, alebo prácu autora určenú pre auditórium najmä zo športového hnutia, ktorá bola znovu použitá vo výraznej miere i pri tvorbe tohto textu – KRIŽAN, L.: *Analýza vybraných ustanovení zákona NR SR č. 300/2008 Z.z. o organizácii a podpore športu a o zmene a doplnení niektorých zákonov*. In: BRODANI, J. – MIŠKOLCI, M. (Eds.): *Medzinárodná vedecká konferencia Atletika 2008*. Nitra: KTVS PF UKF. s. 17 – 23.

pričom celá vtedajšia opozícia spolu s ostatnými v poslaneckých kluboch nezaradenými poslancami sa v počte 57 hlasovania zdržala a doplnila tak počet hlasujúcich na 141.

Spolu s týmto zákonom bolo v Zbierke zákonov opätovne vyhlásené úplné, aktuálne platné a účinné znenie zákona č. 288/1997 Z. z. o telesnej kultúre a o zmene a doplnení zákona č. 455/1991 Zb. o živnostenskom podnikaní (živnostenský zákon) v znení neskorších predpisov, ktorý sa stal v plynúcom čase po viac ako desaťročí málo prehľadným v dôsledku jeho mnohých zmien a doplnení. Číslo zákona je 28/2009 Z. z.

Otázky, aký je obsah Zákona, aké vybrané nové ustanovenia prináša a aké sú a najmä budú jeho dopady na slovenské športové hnutie, boli v tom čase veľmi aktuálne.

Programové vyhlásenie vlády Slovenskej republiky z augusta 2006 bolo politicko – strategickým dokumentom, ktorý v bode 5 Vedomostná spoločnosť v stati 5.3 Mládež a šport rozpracúval postoj vlády SR v nasledujúcich 4 rokoch, dva roky pred prijatím Zákona, k otázkam športu na 27 riadkoch. Tento dokument predpokladá, že: „*Vláda vypracuje nový zákon o podpore športu, ktorý v plnej miere prevezme komunitárnu úpravu športu v rámci EÚ s dôrazom na boj proti doping, zabráneniu násilí na štadiónoch s cieľom podpory štátnej reprezentácie, regionálneho, mládežníckeho a akademického športu. Súčasne zákon o športe bude klásť dôraz na vytvorenie transparentného informačného systému ohľadom nakladania s finančnými prostriedkami v rôznych oblastiach športu, vrátane určenia jednotnej metodiky pre rozdeľovanie finančných prostriedkov, vytvorenia viac zdrojového financovania športu, ako aj vytvorenia efektívneho systému pre rozhodovanie športových sporov v súlade s trendom EÚ.*“

Pri porovnaní obsahu programového vyhlásenia vlády SR a obsahu vládou navrhovaného znenia Zákona prideme k zisteniu, že predmetný Zákon, ale ani jeho návrh neobsahoval úpravu všetkých v programovom vyhlásení spomínaných oblastí športu. Bližšie to vysvetľuje dôvodová správa Zákona, v ktorej sa na strane 1 uvádza: „*Navrhovaný zákon preto neupravuje celú problematiku telesnej kultúry. Doterajšie pokusy v rokoch 2005 a 2006 stroskotali práve na koncepcii všeobsiahlosti zákona. Dôvodom je veľmi rôznorodý súbor právnych vzťahov, ktorý zasahuje do viacerých právnych odvetví súkromného práva i verejného práva.*“

Zákonodarca sa pre tak očividnú multiodborovú povahu športu už len z pohľadu vedných odborov právnych vied rozhodol pre úpravu nie pomocou iba jedného právneho predpisu, ale naopak pomocou viacerých právnych predpisov rôznej právnej sily.

Túto skutočnosť potvrdzujú i prijaté právne predpisy nižšej právnej sily, ktoré boli súčasťou návrhu Zákona,³⁰⁾ ale i v spolupráci MV SR a MŠ SR pripravovaná novela zákona č. 315/1992 Zb. o športových podujatiach, ktorá by mala aktívnejšie brániť vzniku násilí, výtržností a škôd na majetku, ktorých sme svedkami v súčasnosti na slovenských športoviskách, a to najmä na futbalových štadiónoch. **Z novely bol napokon úplne nový právny predpis – zákon č. 479/2008 Z. z. z 5. novembra 2008 o organizovaní verejných telovýchovných podujatí, športových podujatí a turistických podujatí a o zmene a doplnení niektorých zákonov, ktorý nadobudol účinnosť až na jednu výnimku 1. decembra 2008.**

30) Ide o vyhlášku MŠ SR č. 444/2008, z 27. októbra 2008 o akreditačnej komisii pre oblasť telesnej kultúry a o Jednotnom vzdelávacom systéme odborníkov v športe Slovenskej republiky, resp. vyhlášku MŠ SR č. 542/2008 Z. z. z 25. novembra 2008 o postupe pri vykonávaní dopingovej kontroly a pri nakladaní s odobratými biologickými vzorkami športovca.

Ďalším dôkazom podporujúcim skutočnosť o právnej úprave športu nie pomocou iba jedného právneho predpisu, ale naopak pomocou viacerých právnych predpisov, je nezrušenie zákona č. 288/1997 Z. z. o telesnej kultúre, a to ani napriek prijatiu Zákona. V súčasnosti tak máme v SR dva platné a účinné zákony týkajúce sa samotnej podstaty právnej úpravy športu. Ich vzájomný vzťah odôvodňuje dôvodová správa k Zákonu cez nasledovný úmysel zákonodarcu: „...zachovať a ...aj novelizovať právnu úpravu telesnej kultúry... čím bude (zákon č. 288/1997 Z. z. o telesnej kultúre – pozn. autor) vo vzťahu k navrhovanému Zákonu v postavení *lex generalis*. Zákon č. 288/1997 o telesnej kultúre je teda *lex generalis*, v ktorom: „...zostáva telesná kultúra v rovine tzv. športu pre všetkých, úprava turistiky, aerobiku, športového tanca a iných obdobných pohybových aktivít, akreditačná činnosť vzdelávacích zariadení a vzdelávanie športových odborníkov...“ a Zákon je vo vzťahu k nemu v postavení *lex specialis*, čím zdokonaľuje právnu úpravu niektorých jeho častí – konkrétne je to „...problematika organizácie a štátnej podpory vrcholového a výkonnostného športu, vrátane financovania športovej reprezentácie a starostlivosti o športové talenty a o športovanie detí mimo vyučovania...“.

Zákon svojím rozsahom ďaleko prevyšuje svojich dvoch predchodcov.

Zákon pozostáva z 5 článkov, pričom úvodný článok, rozsahovo najväčší z nich, je zložený zo 6 častí v podobe až 34 paragrafov. Potrebu vydať komentované znenie Zákona pre potreby športového hnutia považuje preto autor tejto práce za viac ako aktuálnu.

Prvá časť Zákona pod názvom Všeobecné ustanovenia v § 1 určuje predmet Zákona, podľa ktorého Zákon upravuje úlohy v oblasti štátnej podpory vrcholového a výkonnostného športu, starostlivosti o športové talenty a športovania detí mimo školského vyučovania, organizáciu prípravy športovcov na reprezentáciu Slovenskej republiky, opatrenia v boji proti dopingu v športe a postavenie Antidopingovej agentúry Slovenskej republiky, rozhodovanie sporov v športe a zriadenie a správu informačného systému verejnej správy o športe.

Na základe rozsahu predmetu Zákona ho môžeme bližšie charakterizovať v súlade s doterajšou tradíciou československej športovej legislatívy podľa miery intervencie štátu do úpravy športu a v súlade s výsledkami práce KRÁLÍKA³¹⁾ ako predstaviteľa skôr intervenčného modelu športovej legislatívy. V takomto modeli je hlavným garantom športu nie tretí sektor v športe, ale sám štát prostredníctvom svojich inštitúcií – v našom prípade je to vláda SR a ústredné orgány štátnej správy – MŠVaŠ SR, MV SR, MO SR, ktoré zodpovedajú za rozvoj a podporu športu v prvom rade a v rámci tejto svojej činnosti spolupracujú i s tretím sektorom v športe, t. j. najmä so športovými organizáciami, ktoré majú postavenie právnických osôb – v našom prípade so Slovenským olympijským výborom, Slovenským paralympijským výborom, národnými športovými zväzmi a športovými klubmi. Podľa dôvodovej správy k Zákonu je v §1 : „...účelom zákona upraviť tú časť telesnej kultúry, ktorá sa týka vrcholového a výkonnostného športu a športovania detí mimo školského vyučovania, vzhľadom na osobitosti týchto foriem telesnej kultúry. Zákon upravuje základné úlohy štátu v tejto oblasti, ktoré predstavujú verejný záujem v športe.“

Prvý raz sa v ponovembrovej histórii slovenskej športovej legislatívy spomína, ale zároveň aj v legislatívnom dokumente cez konkrétne úlohy štátu v tejto oblasti snaží vymedziť obsah pojmu verejný záujem v športe, čo je vzhľadom s temer neprekonateľnými problémami s jeho vymedzením vo vzťahu k verejnému záujmu napr. v činnosti Slovenskej televízie či Slovenského rozhlasu legislatívny počin jednoznačne veľmi

31) KRÁLÍK, M.: **Právo ve sportu**. Praha : C. H. Beck, 2001, s. 169, 178 a nasl.

odvážny a i chválitebný. Zámer zákonodarcu cez Zákon pomenovať zodpovedné subjekty spolu s ich konkrétnymi úlohami správne zodpovedá prvej časti samotného názvu Zákona, ktorá deklaruje, že by mal upravovať : „...organizáciu športu“ a následne jeho podporu.

Podstatnou novinkou v Zákone by mal byť § 6 a celá Tretia časť zákona, v ktorých sa vymedzuje postavenie a úlohy Antidopingovej agentúry a opatrenia v boji proti dopingu v športe. Zriadením Antidopingovej agentúry ako príspevkovej organizácie MŠ SR sa inštitucionalizuje a takpovediac v dobrom slova zmysle „zoštatňuje“ boj proti dopingu na našom území i cez vymedzenie jeho konkrétneho zdroja financií. Doteraz pôsobil Antidopingový výbor Slovenskej republiky ako občianske združenie založené podľa zákona č. 83/1990 Z. z. o združovaní občanov, takže výkon svojej činnosti odvodzoval temer výlučne z dôvodu svojej súkromnoprávnej povahy z princípu dobrovoľnosti, ktorému chýbalo štátne donútenie. To sa vplyvom novej právnej úpravy zmení, čo zvyšuje možnosť Slovenskej republiky zaručiť plnenie svojich medzinárodných záväzkov na našom území.

Ďalšou zásadnou novinkou by mali byť § 8, § 9, v ktorých sa nachádza legálne definícia pojmov národný športový zväz a športový klub. Národný športový zväz musí mať výlučne postavenie právnickej osoby vo forme občianskeho združenia a športový klub alebo také isté postavenie alebo postavenie obchodnej spoločnosti založenej na iný účel ako na účel podnikania v súlade s § 56 ods. 1 ObZ. Vymedzenie legálnych požiadaviek, ktoré musí spĺňať športová organizácia, aby mohla získať štatút národného športového zväzu, ktoré sa nachádzajú v ďalších ustanoveniach, sú veľmi vítaným inštitútom, ktorý by mal zabrániť v minulosti nie málo početným sporom, ktoré vyvrcholili v niektorých športových odvetviach existenciou viacerých športových organizácií – právnických osôb, ktoré si nárokovali štatút národných strešných organizácií v danom športe spolu s právami a povinnosťami z nich plynúcimi. Iný prípad mohla v minulosti znamenať napr. snaha v SR veľmi málo rozšírenej kartovej stolovej hry založiť svoju slovenskú strešnú organizáciu s špekulatívnym cieľom napojiť sa na systém financovania z verejných zdrojov, ktorú by mala nová právna úprava takisto ošetriť. Pre ustanovenia Zákona v § 8 i § 9 je evidentná snaha zákonodarcu oddeliť športovú činnosť oboch druhov organizácií od ich podnikateľskej činnosti. Výkonnostný, no najmä vrcholový šport môže byť a bežne aj je zároveň športom profesionálnym – t. j. má svoj ekonomický rozmer, je profesiou, povoláním, (inou) zárobkovou činnosťou. Športová a podnikateľská činnosť hore uvedených športových organizácií môže navzájom splývať a ich oddelenie môže pri aplikácii zákona v praxi spôsobovať a aj spôsobuje reálne problémy.

Druhá časť Zákona je venovaná financovaniu športu. Zákon č. 288/1997 Z. z. o telesnej kultúre vo svojom § 13 stále stanovuje jeho objem: „*Zdrojmi financovania telesnej kultúry sú najmä prostriedky štátneho rozpočtu najmenej vo výške 0,5 percenta jeho ročného objemu.*“ Toto samým štátom historicky neustále porušované deklaratórne ustanovenie ostalo zachované. Zákon však v § 10 ods. 1 stanovuje spôsob, akým budú tieto finančné prostriedky použité na rozvoj športu, a to formou poskytovania účelových dotácií: „*Financovanie športu zo štátneho rozpočtu sa uskutočňuje prostredníctvom rozpočtovej kapitoly ministerstva* (ministerstvo školstva – pozn. autor) *formou poskytovania dotácií účelovo určených pre šport.*“ Zákon ďalej ustanovuje účel, na aký možno a nemožno poskytnúť dotáciu, a deklaruje, že obsah žiadosti o poskytnutie tejto dotácie a obsah zmluvy ustanoví vykonávací predpis vydaný ministerstvom školstva, ktorého návrh bol súčasťou legislatívneho návrhu Zákona. **Poslanecké pozmeňujúce návrhy, aby boli priamo v Zákone zakotvené konkrétne kritériá na rozdeľovanie financií na podporu športu, resp. aby bola zakotvená aspoň povinnosť priamo vo**

vykonávacom predpise mať i konkrétne kritériá na poskytnutie dotácie, neboli schválené. § 18 Zákona zavádza informačnú povinnosť pri financovaní športu, ktorej hlavným cieľom je zvýšenie kvantity a kvality informácií o financovaní športu z verejných financií s cieľom sprehľadniť celý proces, keďže doň doteraz často i nekoordinovane vstupovali viaceré subjekty štátnej správy a samosprávy – predtým MŠ SR, samosprávne kraje, obce.

Štvrtá časť Zákona sa nazýva Rozhodovanie sporov. Ich rozhodovanie v športe je veľmi komplexný problém, v ktorom sa v plnej nahote ukazuje napr. problematika vzťahu medzi rozhodnutiami rôznych tzv. „súdnych“ orgánov športových organizácií a preskúmaním týchto rozhodnutí riadnym súdnictvom v zmysle práva na súdnu ochranu. Ján SVÁK v tejto súvislosti jasne konštatoval už v roku 2001: „*Zo zjednodušenej typológie jednotlivých druhov sporov pri výkone športovej činnosti je zrejmé, že absolútna väčšina z nich spadá pod právo na súdnu ochranu.*“³²⁾ Ak si i na Slovensku konečne uvedomíme, aký dosah môže mať táto skutočnosť za plynutia neúprosneho času na organizáciu súťaženia v športe – určenie víťaza, nominácie do medzinárodných súťaží, postup, zotup a ich možné prehodnocovanie o pár rokov neskôr, tak riziká z týchto skutočností plynúce sú rozhodne nezanedbateľné. Obsah schváleného Zákona bol v predmetnej oblasti výraznou mierou pozmenený od pôvodného návrhu, ktorý predpokladal vznik Športového arbitrážneho tribunálu ako stáleho orgánu na rozhodovanie sporov, ktorý mal vzniknúť inšpirujúc sa činnosťou Arbitrážneho športového súdu sídliaceho v Lausanne (The Court of Arbitration for Sport). Tribunál mal byť právnickou osobou napojenou na rozpočet Slovenského olympijského výboru, pričom tento mal zároveň cez novelizáciu zákona č. 226/1994 Z. z. o ochrane olympijskej symboliky pravdepodobne prevziať úlohu hegemóna roztriešteného slovenského športového hnutia a vďaka svojej temer „všesportovej“ povahe sa zhostiť úlohy partnera štátu a jeho inštitúcií v otázkach športu asi podľa vzoru Talianskeho olympijského výboru (C.O.N.I.). Zamýšľané idey napokon počas legislatívneho procesu nenašli potrebnú podporu.

Piata časť Zákona má názov Informačný systém. Tento má byť súčasťou informačného systému verejnej správy a jeho obsahom má byť športový register, ktorý sústreďuje údaje v jednotlivých športových odvetviach podľa ustanovení § 29 Zákona.

Šiesta časť Zákona s názvom Záverečné ustanovenia obsahuje viaceré ustanovenia zásadného významu – § 32, ods. 3, či § 34.

Pri veľmi stručnom celkovom hodnotení postačí konštatovanie, že z hľadiska rozsahu i obsahu sú medzi návrhom(mi) po roku 2000 a schváleným znením Zákona veľmi, veľmi výrazne rozdiely skôr negatívneho charakteru.³³⁾ Vzhľadom

32) SVÁK, J.: **Rozhodovanie sporov pri výkone športovej činnosti**. In : Justičná Revue, roč. 55, 2003, č. 8 – 9, s. 743 – 757. Pozri v tejto súvislosti funkciu Court of Arbitration for Sport v Lausanne v CHMELÁROVÁ-SÝKOROVÁ, K. – KOVÁČOVÁ, D.: **Športový arbitrážny súd – CAS**. In: Notitiae ex Academia Bratislavensi Iurisprudentiae, 2009, č. 3, s. 113 – 118.

33) Najmä v rokoch 2005 a 2006 pripravované návrhy tzv. zákona o športe boli považované za veľmi progresívne a reformné. Jozef ČORBA ich zámer dokonca hodnotil ako odvážny a prelomový – pozri ČORBA, J.: **Slovenský zákon o organizácii a podpore športu ako nevyužitá šanca?** In: Olomoucké debaty mladých právnikov: aktuálne otázky normotvorby, právo na spravедlivý proces: zborník príspevků: 8. – 10. september 2008. Olomouc. Olomouc : Iuridica Olomoucensis, 2008, s. 24 Je veľká škoda, že v roku 2006 prišlo ku kompetenčnému konfliktu medzi MŠ SR a Úradom vlády SR pri predkladaní návrhu Zákona, ktorý napokon spolu s predčasnými voľbami spôsobil, že celý reformný proces v športe bol viac-menej podľa nášho názoru výrazne spomalený. Jozef ČORBA neskôr prijaté Znenie zákona z roku 2008 zhodnotil ako „...torzo..., ...ako nevyužitú šancu na skultivovanie právnych vzťahov v oblasti športu.“

k problematike profesionálneho športu a právnej úpravy povolania profesionálneho športovca v tomto Zákone je však dôležité zopakovať už v publikovanej spisbe uvedené informácie.³⁴⁾

Prvou je, že programové vyhlásenia vlád Slovenskej republiky z augusta 2006 ani z leta 2010 žiadnu legislatívnu iniciatívu v oblasti profesionálneho športu ani nepredpokladali, takže zákon ju viac-menej ani priamo neobsahuje. Druhou je, že hoci ZP svojom § 3 ods. 2 ešte v roku 2001 predpokladal prijatie špeciálnej športovej legislatívy, ktorá by upravovala vykonávanie závislej práce profesionálnym športovcom odlišne od všeobecných ustanovení ZP, nikdy k tomu v skutočnosti neprišlo, a to ani prijatím Zákona. Zákon č. 300/2008 Z. z. o organizácii a podpore športu vo svojej dôvodovej správe tiež iba konštatoval, že: **„Preto sa navrhuje v súlade s legislatívnym zámerom vlády... – vyňať právnu úpravu problematiky zmluvných vzťahov medzi športovcami a športovými klubmi na samostatnú úpravu, pretože jej riešenie sa ukazuje zložitejšie a vyžaduje si dlhšiu prípravu.“**

Čo sa týka postavenia a fungovania tzv. profesionálnych športových klubov, tak postupné legislatívne spresňovanie problematiky podnikania a inej zárobkovej činnosti občianskych združení a najmä jej zdaňovania viedlo po roku 1992 k postupnému obmedzovaniu najprv veľmi širokého okruhu príjmov, ktoré boli de facto nezdaňované. Celý proces vyvrcholil veľmi výrazne intervenčným legislatívnym návrhom zákona o spolkoch, ktorého autorom bolo na prelome rokov 2007 – 2008 Ministerstva vnútra SR.³⁵⁾

Ten mal nahradiť zákon č. 83/1990 Z. z. o združovaní občanov, navrhoval zlúčenie väčšiny organizácií tretieho sektora do jedného typu právnických osôb, tzv. spolkov, systém ich vzniku podriadiť tzv. povolovaciemu princípu, úplný zákaz podnikania pre tieto právnické osoby, povinnosť vypracovať výročnú správu, nechať si overiť účtovnú závierku auditorom atď. Tento legislatívny návrh MV SR bol po rozsiahlej kritike a spoločnej petičnej akcii zástupcov celého tretieho sektora navrhovateľom stiahnutý s tým, že bude opätovne prepracovaný v spolupráci a v konsenze s dotknutými.

Hoci sa v ňom predkladaná idea zákonodarcu o zákaze podnikania pre občianske združenia (spolky) zatiaľ nedostala do všeobecnej právnej úpravy tretieho sektora, špeciálna právna úprava športu ňou bola i pre dlhodobú ospalosť slovenského športového hnutia v tejto veci³⁶⁾ neskôr napokon čiastočne dotknutá zákonom NR SR č. 300/2008

34) KRIŽAN, L.: **Mal by mať profesionálny futbalista na Slovensku postavenie zamestnanca ?** In: Bulletin slovenskej advokácie. 2009, č. 3, s. 28 – 35 resp. KRIŽAN, L.: **Právne postavenie profesionálnych futbalistov pôsobiaceho vo vybraných krajinách EÚ z hľadiska ich vnútroštátnej legislatívy.** In: Notitiae ex Academia Bratislavensi Iurisprudentiae, 2010, č. 1, s. 61 – 78.

35) Pozri viac GAJDOŠOVÁ, M.: **V Slovenskej republike sa pripravuje zákon o spolkoch.** In: JERMANOVÁ, H. – MASOPUST, Z.: *Metamorfózy práva ve střední Evropě.* Praha: Ústav státu a práva, 2008, s. 172 – 187.

36) Už v roku 1995, kedy prebiehala 19. a 20. apríla v Bratislave 3. celovenská konferencia mimovládnych neziskových organizácií pod názvom **„Tretí sektor a občianska spoločnosť“** s vyše 250 i zahraničnými hosťami, bolo vytvorených 5 sekcií, ktoré riešili špecifiká 1. humanitárnej a charitatívnej činnosti, 2. životného prostredia, 3. mládeže a vzdelávania, 4. kultúry a po 5. ľudských práv a menšín. **Šport ako samostatná sekcia medzi nimi už vtedy nebol, čo len dokresľuje (ne)pochopenie hĺbky problému zo strany slovenského športového hnutia a jeho (ne)záujem oň i o spoluprácu s ostatnými organizáciami tretieho sektora už v tom čase, čo možno tiež spolu s ostatnými faktormi vyústilo v roku 2008 do prijatia zákona č. 300/2008 Z. z. o organizácii a podpore športu v takej podobe, akej bol prijatý...** Porovnaj s MAGUROVÁ, Z. – *Správa o seminároch zameraných na novú právnu úpravu neziskových organizácií*, Právny obzor, 1996, č. 1, s. 84 – 88 a ďalšou publikačnou činnosťou tejto autorky na danú tému.

Z. z. o organizácii a podpore športu (ďalej len „zákon o športe“) účinným od 1. septembra 2008, konkrétne § 8 a 9.

§ 8 a 9 tohto zákona totiž definujú pojmy ako národný športový zväz a športový klub. Podľa nich pre potreby našej práce okrem iného **je národný športový zväz občianske združenie, ktoré môže založiť obchodnú spoločnosť.** Na účely podnikania v športovej reprezentácii môže založiť obchodnú spoločnosť, ak je v nej jediným spoločníkom alebo akcionárom a podiel na zisku obchodnej spoločnosti po zdanení môže použiť len na plnenie svojich zákonom stanovených úloh a na svoju činnosť.

Kontroverzne vnímané je však najmä ustanovenie zákona, ktoré hovorí, že **športový klub môže byť založený ako občianske združenie alebo ako obchodná spoločnosť založená na iný účel ako na účel podnikania, ktorá však môže založiť obchodnú spoločnosť.** Dôvodová správa to vysvetľuje nasledovne: „...sa umožňuje založiť (spoluzaložiť) obchodnú spoločnosť, ktorá by podnikala s cieľom posilniť príjmovú základňu národného športového zväzu, pretože sa predpokladá, že samotný národný športový zväz nebude podnikáť v zmysle § 2 ods. 1 Obchodného zákonníka. Ide totiž o občianske združenie, ktorého hlavným predmetom činnosti je reprezentácia športového odvetvia alebo druhu športu, organizovanie športových súťaží a iné obdobné aktivity bezprostredne súvisiace s vrcholovým alebo výkonnostným športom. Podnikaním je sústavná činnosť s cieľom dosiahnutia zisku, ako ju vymedzuje § 2 ods. 1 Obchodného zákonníka. Takáto činnosť by mala byť vlastná len podnikateľom. ...Predpokladá sa totiž, že sám (športový klub – pozn. autor práce L. K.) nebude priamo podnikáť vo vlastnom mene, keďže má formu občianskeho združenia alebo obchodnej spoločnosti, ktorej základným znakom je, že nie je založená na podnikanie. Športový klub tak môže založiť obchodnú spoločnosť alebo sa zúčastniť ako spoločník alebo akcionár na podnikaní inej osoby. Na rozdiel od národného športového zväzu sa však športovému klubu neprikazuje podiel na zisku po zdanení použiť len priamo na športovú činnosť a na vlastnú prevádzku. Športový klub na rozdiel od národného športového zväzu totiž potrebuje peniaze aj na rozvoj technickej základne (športovísk a športových zariadení a náradí), na financovanie dopravy na športové podujatia, na nákup športovcov a podobne, ktoré spravidla národné športové zväzy nezabezpečujú.“

Na základe horeuvedeného existuje zjavný rozpor napr. medzi súčasnou právnou formou väčšiny profesionálnych klubov najvyššej slovenskej futbalovej a hokejovej súťaže, ktoré sú založené de iure ako obchodné spoločnosti za účelom podnikania, a uvedenými ustanoveniami zákona o športe.³⁷⁾ Sú tieto právnické osoby súťažiacie v našich najvyšších súťažiach vzhľadom na dikciu zákona vôbec športovými klubmi?!

37) Diskusia, či sú uvedené športové kluby, ktoré sú obchodnými spoločnosťami, faktickými alebo iba formálnymi podnikateľmi, môže prebiehať ďalej, ale zdá sa, že bez ohľadu na jej výsledok aplikácia ObZ na ich záväzkové právne vzťahy je nevyhnutná. Pozri viac v ČORBA, J.: **Športové kluby a ich právny život.** In: Otázky športovného práva. KOLEKTÍV AUTORŮ : Otázky športovného práva. Praha – Plzeň : Ústav státu a práva AV ČR, v.v.i. a Vydavatelství a nakladatelství Aleš Čeněk, s.r.o. 2008, s. 95 resp. ČORBA, J.: **Športové kluby – podnikanie pro forma?** In: Naděje právní vědy : sborník z mezinárodního setkání mladých vědeckých pracovníků: 12. – 14. október 2007 na Zámekém statku Bykov. Plzeň: Vydavatelství a nakladatelství Aleš Čeněk, 2008. s. 271 – 277.

Záver

Na záver môžeme konštatovať, že štát na našom území sa vo vzťahu k vlastnému športovému hnutiu správal za posledných cca 140 rokov veľmi rozmanitým spôsobom.³⁸⁾ Ak však na toto správanie budeme nazerať cez úplne základný definičný znak športu, ktorým je pohyb, tak prideme k nasledovnému záveru.

Štát prešiel od jedného extrému, ktorý predstavoval tzv. „hyperaktívny štát“ najmä po roku 1949, k druhému extrému, ktorý predstavuje po roku 1989 tzv. „štát nevládny“.³⁹⁾

Summary

The state in our territory in relation to its own sport sector acted during last almost 140 years in a very variable way. If, however, we reflect this acting through a completely elementary defining attribute of sport, which is movement, we will come to the following conclusion. The state moved from one extreme, which represented so called „hyperactive state“ mainly after 1949, to another extreme, which represents after 1989 so called „immobilized state“.

Mgr. Mgr. Ladislav KRIŽAN, PhD.

ladislav.krizan@gmail.com

*Visegrad Fund Scholar, Oddělení soukromého práva, Ústav státu a práva Akademie věd ČR,
resp.*

Katedra teórie práva, Právnická fakulta, Trnavská Univerzita v Trnave

Korešpondenčná adresa: Katedra teórie práva, Právnická fakulta, Trnavská Univerzita v Trnave

Hornopotočná 23, 918 43 Trnava, Slovenská republika

38) Ako novšiu, komplexnejšiu prácu z prostredia vied o športe hovoriacu o súčasnom stave nášho športového sektora pozri PERÁČKOVÁ, J.: **The Slovak Republic and its Sport Sector**. Bratislava : Mačura-PEEM, 2006, najmä s. 44 – 90.

39) Pozri k tomuto problému komplexne i autorom napísanú 5-dielnu sériu s názvom „**Právo v športe v Čechách a na Slovensku**“ publikovanú na populárnom právnickom blogu www.jinepravo.blog-spot.com

Rozhodnutie o vzatí obvineného do väzby v prípravnom konaní

Decision of Pre-trial Detention

Michaela Buceková

Kľúčové slová:

sudca pre prípravné konanie, obvinený, väzba, dôvody väzby, podmienky väzby, prípravné konanie, vznesenie obvinenia, dôvodná obava

Key words:

judge for preliminary proceedings, accused, detention, grounds for detention, pre-trial, conditions of detention, bringing charges, well-founded fear

Obsahom tohto článku je problematika rozhodovania o vzatí obvineného do väzby v prípravnom konaní, ako aj skúmanie podmienok väzby sudcom pre prípravné konanie. Pozornosť je venovaná aj zákonnej úprave dôvodov väzby.

Na úvod je potrebné uviesť, že rozhodnutie o vzatí obvineného do väzby patrí medzi rozhodnutia o väzbe v zmysle § 72 ods. 1 Trestného poriadku. Rozhodnúť o vzatí obvineného do väzby v prípravnom konaní je oprávnený sudca pre prípravné konanie, a to po oboznámení sa s návrhom prokurátora, predloženým spisovým materiálom a po výsluchu obvineného. Sudca pre prípravné konanie nie je viazaný návrhom prokurátora ohľadne dôvodov väzby. Pred rozhodnutím o vzatí obvineného do väzby musí byť obvinený vypočutý. Bez jeho výsluchu je možné rozhodnúť o vzatí do väzby len vtedy, ak obvinený výslovne požiadal, aby sa konalo v jeho neprítomnosti, alebo ak zdravotný stav obvineného neumožňuje jeho výsluch. Obhajca musí byť prítomný pri výsluchu obvineného, ak je daný niektorý z dôvodov povinnej obhajoby v zmysle § 37 Tr. por. Ak obvinený vyhlási, že si chce zvoliť obhajcu (napr. prostredníctvom rodinných príslušníkov), preruší sudca pre prípravné konanie jeho výsluch na nevyhnutne potrebný čas. Sudca pre prípravné konanie umožní prokurátorovi a obhajcovi, aby položili obvinenému otázky týkajúce sa rozhodnutia o väzbe.

Žiada sa zdôrazniť, že v záujme rešpektovania princípu „rovnosti zbrani“ Trestný poriadok zakotvuje povinnosť v rámci konania predchádzajúceho rozhodnutiu o väzbe doručiť návrhy prokurátora obvinenému a naopak, a to s časovým predstihom, aby mali možnosť vyjadriť sa k nim ešte pred rozhodnutím o väzbe.¹⁾ V tejto súvislosti možno pripomenúť, že o vzatí obvineného do väzby musí sudca pre prípravné konanie rozhodnúť do 48 hodín a pri obzvlášť závažných zločinoch do 72 hodín od prevzatia návrhu prokurátora na vzatie obvineného do väzby.

Pri rozhodovaní o vzatí obvineného do väzby je potrebné dbať na zásadu primeranosti a zdržanlivosti, t. j. aby boli použité len také opatrenia, ktorými sa najefektívnejšie dosiahne účel trestného konania a zároveň nebude neprimerane zasahovať do základných práv

1) Trestné právo s vysvetľivkami, Trestný poriadok, č. 301/2005 Z. z. v znení zmien a doplnkov, IURA EDITION, s. 255.

a slobôd osoby, voči ktorej sú uplatňované, v medziach daných povahou príslušného obmedzenia.²⁾

Trestný poriadok účinný od 01. januára 2006 okrem formálnych podmienok väzby (najmä obvinenie fyzickej osoby, možnosť nahradenia väzby sľubom, zárukou, dohľadom, kauciou) upravuje aj tzv. materiálne podmienky väzby. Táto úprava reaguje na čl. 5 ods. 4 Dohovoru o ochrane základných práv a slobôd, ktorý oprávňuje v prípade osôb pozbavených slobody na skúmanie procedurálnych a materiálnych podmienok, ktoré sú podstatné pre to, aby bolo pozbavenie slobody zákonné. Z toho vyplýva, že príslušný orgán musí preskúmať jednak súlad s procedurálnymi požiadavkami vnútroštátneho práva a jednak oprávnenosť podozrenia, na ktorom sa zatknutie zakladá, ako aj legitimitu cieľa sledovaného zadrzaním a väzbou (napr. Butkevičius c. Litva, rozsudok Európskeho súdu pre ľudské práva z 26. marca 2002).

Možno teda zaujať záver, že posúdenie sudcu pre prípravné konanie by sa pri rozhodovaní o vzatí obvineného do väzby malo zamerať výlučne len na zistenie materiálnych a formálnych podmienok rozhodovania o väzbe.³⁾

Formálnymi podmienkami sa rozumie úprava trestnoprocesného postupu orgánov príslušných navrhovať a rozhodovať o väzbe, otázky jednotlivých väzobných rozhodnutí, trvania väzby, nahradenia väzby, úkonov obvineného vo väzbe.

Materiálnymi podmienkami sú v prvom rade skutkové okolnosti vzatia do väzby (dôvodnosť obvinenia), teda odôvodnený záver, že trestný čin spáchala určitá osoba, pričom k tomuto záveru stačí vyšší stupeň pravdepodobnosti, ktorý však musí byť dostatočne odôvodnený konkrétnymi zistenými skutočnosťami, ktorými sú napríklad výpovede svedkov, prepisy telekomunikačnej prevádzky a pod. Vznesenie obvinenia je podmienkou, bez ktorej nemožno rozhodovať o vzatí do väzby (*conditio sine qua non*). Skutok, pre ktorý bolo vznesené obvinenie, musí byť v uznesení o vznesení obvinenia uvedený tak, aby nemohol byť zamenený s iným skutkom, teda aby nedošlo k pochybnostiam ohľadne miesta spáchania skutku, času, následku a pod., ako aj označenie trestného činu, o ktorý v tomto skutku ide, aj s uvedením príslušného ustanovenia Trestného zákona a skutočností odôvodňujúcich vznesenie obvinenia, teda náležitosti vyžadované dikciou ustanovenia § 206 ods. 3 Trestného poriadku.

Ďalšou materiálnou podmienkou pri rozhodovaní o väzbe je existencia niektorého z dôvodov väzby v zmysle § 71 ods. 1 písm. a) – c) Trestného poriadku, teda existencia konkrétnych skutočností, z ktorých pod písmenom a) citovaného ustanovenia vyplýva dôvodná obava, že obvinený ujde alebo sa bude skrývať, aby sa tak vyhol trestnému stíhaniu alebo trestu, najmä ak nemožno jeho totožnosť ihneď zistiť, ak nemá stále bydlisko, alebo ak mu hrozí vysoký trest. Ide o tzv. útekovú väzbu. Podmienky útekovej väzby sú splnené, ak sa možno s rozumným stupňom pravdepodobnosti domnievať, že sa obvinený pokúsi vyhnúť trestným dôsledkom svojho konania spôsobom, ktorým by sa stal dočasne alebo trvale fyzicky nedostihnutelným, a teda aj nepostihnutelným.⁴⁾ Avšak nezvestnosť ani nezastihnuteľnosť obvineného samy osebe nie sú dôvodom väzby. Sú však dôvodom na vydanie príkazu na zatknutie.

2) Čentéš, J.: Právna úprava väzby v novom Trestnom poriadku, *Justičná revue*, 57, 2005, č. 10, s. 1170.

3) Čentéš, J.: Právna úprava väzby v novom Trestnom poriadku, *Justičná revue*, 57, 2005, č. 10, s. 1170.

4) Ivor, J. a kolektív: *Trestné právo procesné*, IURA EDITION, Bratislava 2006, prvé vydanie, s. 322.

Pri tzv. útekovej väzbe musí teda hroziť obava, že obvinený „ujde“, pričom sa pod týmto pojmom rozumie útek do cudziny spojený s úmyslom vyhnúť sa trestnému stíhaniu, pričom konkrétnymi skutočnosťami odôvodňujúcimi túto obavu bude napríklad to, že si obvinený zadovážil falošné alebo pozmenené cestovné doklady, alebo bol zadržaný v blízkosti hraníc, pričom nevie spoľahlivo vysvetliť účel svojej cesty. Rovnako môže ísť o jeho vyhlásenie, že ujde alebo opustí miesto svojho bydliska, prípadne zamestnania a v tejto súvislosti je napríklad zaistený list obvineného adresovaný jeho rodine, prípadne ak obvinený prevedie majetok na iného alebo sa preukáže občianskym preukazom na iné meno a pod. Za takýto dôvod však nemožno považovať každú snahu obvineného o cestu do cudziny s platným cestovným dokladom alebo dočasné vzdialenie sa z miesta bydliska či zmenu zamestnania. Rovnako ak obvinený sústavne mení miesto pobytu a je pravdepodobné, že na rovnakom mieste sa nezdrží počas trestného konania. Pôjde napríklad o bezdomovcov „bývajúcich“ v provizórnych objektoch.

Sudca pre prípravné konanie Okresného súdu Banská Bystrica, sp. zn.: OTp 56/2009 zo dňa 14. 3. 2009, ktorého uznesením boli obvinení P. K., R. R. a A. H. vzatí do väzby, videl skutočnosti odôvodňujúce ich vzatie do väzby z dôvodu uvedeného v § 71 ods. 1 písm. a) Tr. por. v tom, že v danom prípade sa jednalo o cudzích štátnych príslušníkov, ktorí sa na územie SR dostali nelegálnym spôsobom a sú žiadateľmi o azyl. Boli umiestnení v pobytových táboroch, avšak po území SR sa voľne pohybovali. Vzhľadom na charakter trestnej činnosti, pre ktorú sú obvinení stíhaní (§ 355 Tr. zák. prevádzačstvo – pozn. autora), sa dá predpokladať, že obvinení poznajú spôsob nelegálneho opustenia štátnych hraníc Slovenskej republiky, keďže sa touto činnosťou majú zaoberať, alebo majú kontakty na ďalšie osoby zaoberajúce sa touto činnosťou, preto bola podľa názoru sudcu pre prípravné konanie plne odôvodnená existencia dôvodnej obavy, že v prípade ich prepustenia na slobodu ujdú alebo sa budú skrývať, aby sa vyhlí trestnému stíhaniu.

V prípravnom konaní vedenom na Okresnom súde Banská Bystrica pod sp.zn: OTp 118/2009 mal sudca pre prípravné konanie za preukázané, že hrozí dôvodná obava, že obvinený A. S. ujde alebo sa bude skrývať, aby sa tak vyhol trestnému stíhaniu tak, ako to má na mysli ust. § 71 ods. 1 písm. a) Tr. por., z dôvodu, že obvinený sa opakovane nezdržiava na adresách, ktoré uvádza.

Po pojmom „bude sa skrývať“ sa rozumie ukrývanie sa obvineného v Slovenskej republike s úmyslom vyhnúť sa trestnému stíhaniu. Ak sa obvinený opakovane ospravedlňuje z účasti na úkonoch trestného konania, ale napriek tomu trvá na svojej prítomnosti na takýchto úkonoch a žiada ich odročenie, možno takéto konanie podľa konkrétnych skutočností posúdiť aj ako účelové vyhýbanie sa trestnému stíhaniu. Napriek tomu sama skutočnosť, že sa obvinený nedostavil na hlavné pojednávanie, hoci bol riadne predvolaný, dostatočne neodôvodňuje obavu, že sa skrýva aby sa vyhol trestnému stíhaniu alebo trestu. Jeho prítomnosť na hlavnom pojednávaní treba predovšetkým zabezpečiť inými prostriedkami predpokladanými v ustanoveniach Trestného poriadku.

Ďalším prípadom odôvodňujúcim útekovú väzbu je, že obvinený nemá pri sebe doklady a nemá ich ani na dosiahnuteľnom mieste, pričom jeho totožnosť nemožno potvrdiť vierohodnou osobou, prípadne obvinený uvádza nepravdivé údaje o svojej osobe. Rovnako, ak nemá stále bydlisko a nemá kde bývať, alebo má kde bývať, ale v tomto bydlisku sa nezdržiava, prípadne toto bydlisko často mení bez toho, aby to oznámil orgánom činným v trestnom konaní alebo súdu. Tento väzobný dôvod odôvodňuje napríklad aj tá

skutočnosť, že ide o osobu, ktorá mení svoje meno a používa prezývky, aby skryla svoju identitu.

V prípravnom konaní vedenom na Okresnom súde pod sp.zn.: OTp 115/2009 mal sudca pre prípravné konanie za preukázané, že hrozí dôvodná obava, že obvinený M. Š. ujde alebo sa bude skrývať, aby sa tak vyhol trestnému stíhaniu tak, ako to má na mysli ust. § 71 ods. 1 písm. a) Tr. por. z dôvodu, že obvinený pri výsluchu uviedol, že nevie, kde by sa zdržiaval, keby zostal na slobode.

Sudca pre prípravné konanie Okresného súdu Banská Bystrica uznesením sp. zn.: OTp 142/2007 zo dňa 23. 6. 2007 zbral obvineného I. Š. do väzby. Skutočností odôvodňujúce útekovú väzbu videl tom, že z úradných záznamov príslušníkov Prezídia PZ, ako aj z výpovede obvineného I. Š. pri konfrontácii s poškodenou M. K. vyplýva, že obvinený v minulosti po tom, čo vypovedal k vražde podnikateľa K., sa mal následne vyjadriť, že v prípade vznesenia obvinenia jeho osobe by sa nedostavil na výsluch, ale by vycestoval do Chorvátska, kde vlastní penzión a má tam dobré kontakty. Je možné predpokladať aj jeho odchod do Poľska alebo Maďarska, kde má obchodných partnerov. Obvinený sa často nachádza v zahraničí a mení svoj pobyt. Býva na inej adrese, ako má nahlásený trvalý pobyt a poštu preberá tiež na inej adrese, v zamestnaní. Za obzvlášť závažný zločin úkladnej vraždy formou objednávateľa mu hrozí trest odňatia slobody na 25 rokov alebo trest odňatia slobody na doživotie.

Problematickým dôvodom útekovej väzby sa javí „hrozba vysokého trestu“, najmä z dôvodu, že nie je presne definované, aká výška trestu do tejto kategórie spadá, keďže vysoký trest Trestný poriadok podrobnejšie neupravuje. Vysoký trest možno považovať za dôvod väzby len za predpokladu zistenia niektoorej ďalšej konkrétnej skutočnosti týkajúcej sa najmä osoby páchatela alebo okolností prípadu, ktoré v súvislosti s takýmto predpokladaným trestom odôvodňujú obavu z úteku. Podmienkou je zistiť aj to, že obvinenému uloženie tohto trestu aj hrozí, teda preskúmať dôvodnosť obvinenia, ako aj správnu právnu kvalifikáciu skutku. V dostupnej literatúre sa za takýto „vysoký trest“ považuje spravidla trest s dolnou hranicou trestnej sadzby osem rokov.

Ďalším dôvodom väzby uvedeným pod písmenom b) citovaného ustanovenia je obava, že obvinený bude „pôsobiť na svedkov, znalcov, spoluobvinených alebo inak mariť objasňovanie skutočností závažných pre trestné stíhanie“.

Skutočností odôvodňujúce obavu z kolúznei väzby nie sú vymedzené taxatívnym výpočtom. Obavu odôvodňuje najmä snaha obvineného ovplyvniť tieto osoby, teda svedkov, znalcov a spoluobvinených, aby vypovedali v rozpore so skutočnosťou, a týmto spôsobili nesprávne zistenie skutkového stavu. Toto pôsobenie môže byť priame alebo nepriame, prostredníctvom tretích osôb, pričom zákon nerozlišuje, či musí ísť o vypočutých, alebo nevypočutých. Skutočnosťou odôvodňujúcou tento dôvod väzby môže byť akýkoľvek zámer obvineného mariť objasňovanie skutočností dôležitých pre trestné stíhanie. Nestačí však len možnosť mariť, ale aj príznaky, že obvinený skutočne urobil pokusy mariť objasňovanie týchto skutočností. Musí existovať konkrétne nebezpečenstvo takehoto konania. To, že v priebehu trestného stíhania majú byť vykonané ďalšie procesné úkony, ako napríklad výsluch svedkov a pod., sama osebe neznamená, že obvinený bude na nich pôsobiť za účelom marenia objasňovania skutočností závažných pre trestné konanie. Musí ísť o objasňovanie skutočností, ktoré musia mať pre trestné stíhanie podstatný význam z hľadiska posúdenia viny, trestu alebo výroku o náhrade škody. Pôjde napríklad o ovplyvňovanie, aby osoby vypovedali nepravdivo, resp. sa dohodli, že budú

vypovedať v rozpore so skutočnosťou. Môže ísť napríklad o rôzne formy korupčných pokusov, vyhrožok alebo priameho násillia.

Krajský súd v Banskej Bystrici sp. zn.: 2Tpo 27/2009 zo dňa 9. 4. 2009, ktorého uznesením boli obvinení P. K., R. R. a A. H. vzatí do väzby, videl skutočnosti odôvodňujúce ich vzatie do väzby z dôvodu uvedeného v § 71 ods. 1 písm. b) Tr. por. v tom, že títo obvinení, keďže sú cudzí štátni príslušníci, ovládajú viacero exotických cudzích jazykov, ktorými medzi sebou komunikujú, a teda v prípade ich prepustenia na slobodu by potom mohli medzi sebou komunikovať bez toho, aby orgány činné v trestnom konaní vedeli, o čom sa rozprávajú, a takýmto spôsobom si potom vymieňať informácie o skutočnostiach závažných pre trestné stíhanie, ktoré orgánom činným v trestnom konaní nie sú známe.

Sudca pre prípravné konanie Okresného súdu Banská Bystrica uznesením sp.zn.: 0Tp 142/2007 zo dňa 23. 6. 2007 zobrať obvineného I. Š. do väzby z dôvodov uvedených v § 71 ods. 1 písm. b) Tr. por. Skutočnosti odôvodňujúce tzv. kolúznú väzbu videl v tom, že obvinený udržiava priateľské vzťahy so sudcami na Okresnom súde v Brezne, hoci podľa jeho vyjadrenia len formálne. Má mimoriadne dobré kontakty na Okresnom riaditeľstve policajného zboru v Brezne, kde osobne pozná riaditeľa a viacerých policajtov, hoci podľa svojho vyjadrenia neudržiava s nimi užšie kontakty. Pozná aj policajtov v Banskej Bystrici, ale podľa jeho vyjadrenia je ich málo. Má dobré kontakty aj na Okresnej prokuratúre v Brezne, hoci pri výsluchu sa k tomu nevyjadril. Taktiež má priateľské vzťahy aj na Colnom riaditeľstve v Banskej Bystrici. Zároveň je obvinený sponzorom rôznych motoristických a spoločenských akcií, za čo sú mu viaceré osoby zaviazané.

Za „iné marenie“ sa považuje napríklad falšovanie a pozmeňovanie vecných dôkazov, ničenie alebo ukrývanie listín, alebo vecných dôkazov. Dôvod väzby uvedený pod písmenom b) má len dočasnú povahu a zväčša pominie spolu so skončením prípravného konania.

Samotné skončenie prípravného konania a podania obžaloby alebo návrhu na schválenie dohody o vine a treste súdu nie je takou skutočnosťou, ktorá by sama osebe mala za následok zánik dôvodov kolúznej väzby (uznesenie NS SR sp. zn.: 2To 8/2005).

Podľa súčasnej platnej právnej úpravy pri existencii len tohto dôvodu väzby nie je možné väzbu nahradiť zárukou, sľubom alebo dohľadom v zmysle § 80 ods. 1 Tr. por. Poukazujem na rigoróznosť takejto úpravy. Pri tomto dôvode väzby by bolo možné riešiť nahradenie väzby probačným dohľadom spolu so zákazom styku s osobami, ktoré by mohol obvinený potenciálne ovplyvniť.

Napriek tomu, že ustanovenie § 80 ods. 1 Trestného poriadku neumožňuje nahradenie kolúznej väzby, súdy v Slovenskej republike konajú o návrhoch obvinených o nahradenie tzv. kolúznej väzby s poukazom na čl. 5 Dohovoru o ochrane ľudských práv a základných slobôd. „Súd a v prípravnom konaní sudca môže na žiadosť obvineného podľa článku 154c ods. 1 Ústavy Slovenskej republiky a článku 5 ods. 3 Dohovoru o ochrane ľudských práv a základných slobôd nahradiť väzbu zárukou a sľubom podľa § 73 ods. 1 Trestného poriadku per analogiam alebo peňažnou zárukou podľa § 73a ods. 1 Trestného poriadku per analogiam aj v prípadoch, keď je obvinený vo väzbe z dôvodu uvedeného v § 67 ods. 1 písm. b), ods. 2, ods. 3 písm. a), b), c), d) Trestného poriadku, resp. keď je obvinený trestne stíhaný pre trestný čin uvedený v § 62 ods. 1 Trestného zákona, keďže

ustanovenie článku 5 ods. 3 Dohovoru o ochrane ľudských práv a základných slobôd zabezpečuje väčší rozsah základného práva.⁵⁾

Posledným dôvodom väzby uvedeným pod písmenom c) citovaného ustanovenia je obava, že obvinený bude „pokračovať v trestnej činnosti, dokoná trestný čin, o ktorý sa pokúsil, alebo vykoná trestný čin, ktorý pripravoval alebo ktorým hrozil“. Ide o preventívny dôvod väzby. Pokračovaním sa rozumie nielen opakovanie toho istého trestného činu, ale aj spáchanie trestného činu tej istej povahy. Obava z dokonania sa vzťahuje na ten istý trestný čin, o ktorý sa obvinený pokúsil. Obava z vykonania trestného činu sa vzťahuje na trestný čin, ktorý obvinený pripravoval alebo ktorým hrozil. Rovnako môže byť skutočnosťou odôvodňujúcou tento dôvod väzby to, že trestná činnosť je zdrojom príjmov a živobytia obvineného. Tento dôvod väzby je aplikovateľný len pri úmyselných trestných činoch.

Sudca pre prípravné konanie Okresného súdu Banská Bystrica, sp. zn.: 0Tp 56/2009 zo dňa 14. 3. 2009, ktorého uznesením boli obvinení P. K., R. R. a A. H. vzatí do väzby, videl skutočnosti odôvodňujúce ich vzatie do väzby z dôvodu uvedeného v § 71 ods. 1 písm. c) Tr. por. v tých skutočnostiach, že sa jedná o organizovanú trestnú činnosť trvajúcu dlhšiu dobu a nie je vylúčené, že všetci traja obvinení sa podieľali na trestnej činnosti, aby si zlepšili svoju finančnú situáciu.

Sudca pre prípravné konanie Okresného súdu Banská Bystrica uznesením sp.zn.: 0Tp 8/10 zo dňa 28. 1. 2010 vzal obvineného J. A. do väzby podľa § 72 ods. 2 Tr. por. z dôvodov uvedených v § 71 ods. 1 písm. c) Tr. por., pričom ako dôvod väzby videl tú skutočnosť, že obvinený sa opätovne pod vplyvom alkoholu dopúšťa násilnej trestnej činnosti voči svojej manželke I. A. tým, že sa jej vyhráža zabitím, hrubo jej nadáva. Obvinený sa dopúšťa nebezpečného vyhrážania tak, ako to vyplýva z výpovede poškodenej, aj keď je triezvy. V prípade obvineného J. A. ide o osobu majúcu zjavné sklony k páchaniu násilnej trestnej činnosti pod vplyvom alkoholu, a preto je dôvodná obava, že v prípade ponechania obvineného na slobode by sa opätovne voči svojej manželke dopustil násilnej trestnej činnosti, nakoľko už bol v minulosti trestaný súdom za trestné činy násilnej povahy.

Sudca pre prípravné konanie Okresného súdu Banská Bystrica uznesením sp.zn.: 0Tp 142/2007 zo dňa 23. 6. 2007 zobral obvineného I. Š. do väzby z dôvodu uvedeného v § 71 ods. 1 písm. c) Tr. por. Skutočnosti odôvodňujúce tzv. preventívnu väzbu videl v tom, že obvinený už bol v minulosti odsúdený pre trestný čin skrátania dane a poistného podľa § 148 ods. 1, 2 Tr. zák. a v súčasnej dobe je trestne stíhaný za zločin marenia spravodlivosti podľa § 344 ods. 1 písm. a) Tr. zák. Podľa záznamu z evidencie vyšetrovacích spisov je zrejmé, že v niektorých trestných veciach majetkového charakteru nebolo trestné stíhanie ukončené. Podľa vyjadrenia obvineného je v súčasnosti trestne stíhaný asi v dvoch alebo troch veciach.

Vážna úprava problematiky dôvodov väzby môže spôsobovať aplikačné problémy pri rozhodovaní o vzatí obvineného do väzby, a to najmä u funkčne mladších, menej skúsených sudcov. Skutočnosti, ktoré odôvodňujú jednotlivé dôvody väzby, sú v zákone uvedené len exemplifikatívne. Preto v praxi nie sú vylúčené prípady, kedy nie je možné jednoznačne určiť, či ide o skutočnosť odôvodňujúcu vzatie obvineného do väzby. Pri posudzovaní prípadnej existencie dôvodov väzby je teda ponechaná značná miera na vlastnú úvahu sudu pre prípravné konanie, čo sa pri takom závažnom zásahu do osobnej slobody, akým väzba nepochybne je, javí ako nežiaduce.

5) R 57/2005.

Summary

The principle of a pre-trial detention is an inevitable deprivation of accused personal freedom. The aim of a pre-trial detention is temporary restraint the accused for criminal proceedings necessity. The pre-trial detention treatment in Slovak criminal procedure is supposed to induce problem with assessment of detention grounds existence. It is possible to find cases when it is not enough clear if any detention justifying fact does exist. It is much on consideration of a judge if any detention grounds exist, which seems to be, in this kind of personal freedom deprivation, unsuitable.

Zoznam použitej literatúry:

- [1] Trestné právo s vysvetlivkami, Trestný poriadok, č. 301/2005 Z. z. v znení zmien a doplnkov, IURA EDITION,
- [2] Čentéš, J.: Právna úprava väzby v novom Trestnom poriadku, Justičná revue, 57, 2005, č. 10,
- [3] Ivor, J. a kolektív: Trestné právo procesné, IURA EDITION, Bratislava 2006, prvé vydanie, rozhodnutia o väzbe sudcu pre prípravné konanie Okresného súdu Banská Bystrica sp.zn.: 0Tp56/2009, 0Tp 118/2009, 0Tp 115/2009, 0Tp 142/2007, 0Tp 8/2010 a Krajského súdu v Banskej Bystrici sp. zn.: 2Tpo 27/2009

JUDr. Michaela Buceková
Externá doktorandka
Ústav verejného práva
Fakulta práva
Paneurópska vysoká škola práva
mail: michaela.bucekova@justice.sk

Úvod do tvorby efektívneho e-learningového kurzu

Introduction into the creation of Effective E-Courses

▼ Zuzana Kurucová

Kľúčové slová:

efektivita, e-kurz, e-learning, elektronické vzdelávanie, simulácia, model, strana, kapitola, návod, štruktúra, sebahodnotenie

Key words:

efficiency, e-course, e-learning, electronic training and education, simulations, models, pages, chapters, manual, structure, self-evaluation

Úvod

Inštitút alternatívnych foriem výučby patrí medzi relatívne stabilizované inštitúty vzdelávania a čoraz väčší priestor nadobúda aj v moderných pedagogických prístupoch a metódach, a to tak po stránke teoretickej, ako aj praktickej.

Je teda logické, že celý svet sa obracia čoraz viac na nové formy vzdelávania, pričom jednou z nich je aj vzdelávanie s podporou internetu, teda e-learning. Systém vzdelávania s e-podporou rieši tvorbu, distribúciu, riadenie výučby a spätnú väzbu. Takéto vzdelávanie môže existovať **súbežne** s klasickou výučbou, **môže byť integrované** do vyučovania či **úplne samostatné**, nahradzujúce výučbu v triede. Vyššie opísané formy by sme mohli pomenovať aj ako **objasňujúce, doplňujúce a nahradzujúce**. Objasňujúca forma je často využívaná ako sprístupňovanie materiálov typu prednáška na internetových stránkach. Na vysokých školách takto študent má voľbu, či bude študovať teóriu z knihy alebo obrazovky počítača. Rovnako sa dajú na stránku vytvoriť vysvetľujúce príklady. Tieto potom môžu byť prístupné ako text, ako prezentácia či ako audio, resp. video – záznam.¹⁾

Aplikácia e-learningu má relatívne dlhú tradíciu **najmä vo vyspelých spoločnostiach, resp. štátoch**. V rakúskych základných a stredných školách sa vo veľkom propaguje v súčasnosti práve **doplňujúca forma**. V každej triede sú žiakom prístupné počítače, ktoré sú počas hodiny priebežne využívané na dohľadanie informácií (napr. v dejepise, literatúre a pod.), ale aj na testovanie, sebaevaluáciu žiakov, vysvetľovanie niektorých častí učebných celkov či diagnostikovanie úrovne získaných vedomostí. Výhodou tejto formy je v prvom rade individuálne tempo a možnosť volenia si úrovne úloh. To znamená, že žiaci vidia, ako napredujú, a dostávajú okamžitú spätnú väzbu.

Mnohé vysoké školy a univerzity prešli najprv len skúšobne, niektoré už aj **natrvalo na nahradzujúcu formu**. Študenti namiesto prednášky v prednáškovej miestnosti absolvujú výučbu z pohodlia domova. Pomocou rôznych softvérových podporných pre vyučovanie je možná aj komunikácia s vyučujúcim, so spolužiakmi, vypracovávanie domácich úloh a pod.²⁾

1) DILLINGEROVÁ, M.: SYSTÉMY PRE e-LEARNINGOVÉ VZDELÁVANIE, str. 1 – 2, príspevok – pdf. [online: www.ddm.fmph.uniba.sk/files/EMATIK/Dillingerova.pdf], 20. 8. 2010.

2) DILLINGEROVÁ, M.: SYSTÉMY PRE e-LEARNINGOVÉ VZDELÁVANIE, str. 1 – 2, príspevok – pdf. [online: www.ddm.fmph.uniba.sk/files/EMATIK/Dillingerova.pdf], 20. 8. 2010.

Voľba správneho typu kurzu (tradičný alebo rýchly?)

Vytváranie e-learningových kurzov je proces, ktorý vyžaduje dôsledné **aplikovanie viacerých zákonitostí**. Pre dobrý výsledný efekt sú dôležité najmä dve oblasti: **didaktická a technická**.³⁾ Keď manažérom dáme na výber medzi vytvoreným kurzom, ktorý spĺňa ciele a funguje dobre, a kurzom, ktorý poskytuje výborne vyzerajúce materiály on-line, mnohí sa často rozhodnú pre výborný vzhľad. Táto voľba sa môže zdať protiintuitívna, ale pravdepodobne dôvodom je to, že **väčšina manažérov nevie, ako rozpoznať kurz, ktorý dobre funguje**. Nasledujúce časti príspevku prezentujú vlastnosti, ktoré výborne pôsobia tak v tradičných kurzoch elektronického vzdelávania, ako aj v kurzoch rýchleho elektronického vzdelávania, ktoré sú mimoriadne užitočné pre tvorcov a lektorov rýchlych kurzov.

Hneď v úvode je však potrebné zdôrazniť, že výklad sa zameriava na tzv. rýchle elektronické kurzy, pričom však teória v zásade pojednáva o dvoch kategóriách, a to kurzoch tradičných a rýchlych. Ich odlišnosti sú pritom nielen v názvoch, ale napr. aj vo forme a obsahovej náplni. Tradičné elektronické vzdelávanie má veľký rozpočet, čo umožňuje tvorcom zaplatiť si služby grafických umelcov a spisovateľov so schopnosťami na pretvorenie štandardnej firemnej informácie na zaujímavý, zábavný, ironický alebo vizuálne pútavý materiál. Organizácie si musia vybrať a rozhodnúť sa, ktoré kurzy sú vhodné na tradičné elektronické vzdelávanie. Nižšie sa nachádza krátky – všeobecný opis oboch typov kurzov:

Názov „**rýchly**“ zvyčajne odkazuje na čas, ktorý vytvorenie kurzu zaberie, zvyčajne to je jeden deň až dva týždne. Časovo najnáročnejším prvkom pri vytváraní elektronického vzdelávania je obsah. Ak je obsah k dispozícii, kurz sa môže vytvoriť za krátky čas. Zvyčajne to zaberie rovnaký čas vytvoriť rovnaký kurz pre vzdelávanie v učebni prostredníctvom prezentačného nástroja. Rýchle elektronické vzdelávanie v porovnaní s tradičným elektronickým vzdelávaním je **ako segment večerných správ v porovnaní s hlavným večerným hraným filmom**. Oba typy sú profesionálne vyrobené a upravené, ale jeden sa vyvíja rýchlo pre použitie v stručnej forme a ten druhý má vyššie produkčné hodnoty a dlhšiu životnosť. Ich odlišnosť by sa dala znázorniť aj na nasledovných otázkach: Kedy ste si naposledy pozreli starý segment správ? Kedy ste si naposledy pozreli starý film?

Cieľom efektívneho rýchleho elektronického vzdelávania je uplatniť najlepšie praktiky internetu s cieľom ich podania vo forme vzdelávania. Najlepšie nástroje na vytvorenie rýchleho elektronického vzdelávania je integrovať inštruktážny dizajn a vlastnosti internetového dizajnu do procesu. Ak však nezahŕňa tieto nástroje, vytvorenie kurzu trvá dlhšie, pretože autor musí identifikovať potrebné prvky a uistiť sa, že sú zahrnuté. Ak je možnosť použiť grafiky a fotografie, ktoré sú k dispozícii, ušetrí sa čas, keďže sa nebude míňať čas a peniaze na vytvorenie grafík.

Tradičné elektronické vzdelávanie sa môže zobrazíť ako internetová verzia počítačového vzdelávania, ktorý sa zameriava na poskytnutie multimediálneho „zážitku“ vrátane vypracovaných animácií a simulácií. V dôsledku jeho vysokých výrobných nákladov dokončenie jednej hodiny tradičného elektronického vzdelávania zvyčajne trvá dvom až piatim odborníkom od štyroch do šiestich mesiacov a výsledný kurz je väčšinou tak graficky sofistikovaný, ako napríklad film alebo videohra. Tímy tradičného elektronického vzdelávania, ktoré sa môžu skladať zo spisovateľov, inštruktážnych

3) MALÁ, E.: Elektronická verzia anglickej gramatiky. IN Technológia vzdelávania. UKF : Nitra, ročník XIV, č. 8/2006, str. 3.

dizajnérov, programátorov a grafických umelcov, musia vypracovať príbehy a scenáre ešte pred samotnou implementáciou.

Neexistujú žiadne absolútne pravidlá o tom, ktoré spoločnosti sa lepšie hodia na rýchle elektronické vzdelávanie v porovnaní s tradičným elektronickým vzdelávaním. Naopak niektoré projekty sa lepšie hodia na rýchle elektronické vzdelávanie a iné sú efektívnejšie v prípade tradičného elektronického vzdelávania. Vo veľmi skorom štádiu procesu je potrebné prijať rozhodnutie o tom, či projekt bude vyvinutý s použitím techník rýchleho a tradičného elektronického vzdelávania.⁴⁾

Ak bol zvolený vhodný typ kurzu, zvyšná časť jeho úspechu už potom závisí od kreatívnych schopností tvorcu alebo trénera. Ich rýchle kurzy elektronického vzdelávania nemusia byť nudné, vyčerpávajúce alebo stratou času. Základné princípy uvedené v tejto časti pri aplikácii v prípade kurzov elektronického vzdelávania môžu zabezpečiť plynulý prísun materiálu a získať pozornosť študenta – aj bez značných skúseností s grafickým dizajnom, pripravovaním zdrojov alebo s internetom.

■ **Dĺžka kurzu**

Účasť na on-line kurzoch je veľmi odlišná od účasti na vzdelávaní v učebni alebo od čítania knihy. Pri vytváraní kurzu je potrebné mať na pamäti prostredie účastníkov. Väčšina študentov sa zúčastňuje kurzu v „zmätenom“ prostredí. V prevažnej miere sedia pri svojich stoloch a počítačoch. Telefóny, ľudia, e-maily a došlá pošta ich môžu veľmi ľahko vyrušiť. Väčšina študentov prispôsobí vzdelávanie k svojim každodenným úlohám a tvorcovia kurzov musia brať do úvahy toto prostredie na učenie sa a vytvoriť kurzy, ktoré uľahčujú študentom intenzívne udržanie pozornosti. **Kurzy elektronického vzdelávania by mali dobre fungovať aj v prostredí plnom rušivých vplyvov.**

Pochopenie rozpätia pozornosti študentov a vytvorenie kurzov, ktoré podpora ich silné stránky, takisto pomáha pri vygenerovaní lepších výsledkov. Väčšina ľudí má problém sústrediť sa naraz dlhšie ako **na 15 až 20 minút**. Ak im poskytneme kapitoly, ktoré sú príliš dlhé, alebo ak sú kurzy s príliš veľkým počtom kapitol, tie študentov premôžu. Rozkúskovanie materiálu minimalizuje tento efekt.

Pri tvorbe kurzu je z časového hľadiska vhodné **prihliadať, resp. vnímať najmä tieto skutočnosti:**

- Orientačný odhad toho, ako dlho trvá študentovi dokončenie materiálu, je 1 minúta na stranu.
- Kurz alebo kapitola s 15 až 20 stranami zaberie približne 15 až 20 minút.
- Na vytvorenie dobre fungujúceho kurzu v časovom rozvrhu zaneprázdnenej osoby začnite rozdelenie kurzu do 15 – 20 minútových segmentov. Môžete tak urobiť vytvorením krátkeho 15 až 20 minútového kurzu alebo rozdelením dlhšieho kurzu do 15 až 20 stranových „stráviteľných kapitol“.
- Rozdelenie kurzu na 5 kapitol, každá v rozsahu 15 – 20 strán, umožní študentovi prebrať jednu kapitolu denne a dokončiť tak kurz za jeden týždeň. Študenti majú pocit úspechu, ak môžu dokončiť jednu kapitolu denne a samotný kurz za jeden týždeň.

4) KURUCOVÁ, Z.: Vybrané modely E-learningu vo vyspelých spoločnostiach. In: Notitiae ex Academia Bratislavensi Iurisprudentiae. č. 3/2010 str. 69 a nasl.

- Rozdeliť dlhšie kurzy do samostatných modulov, z ktorých každý má 5, 15 alebo 20 strán.

Štruktúra kurzu

Staré porekadlo týkajúce sa vzdelávania, ktoré funguje dobre v elektronickom vzdelávaní, znie: „Povedz im, čo sa im **chystáš** povedať, **povedz im to** a **potom im povedz, čo si im povedal**.“ Na základe tohto odporúčania by základná schéma a organizácia kurzu mala byť ľahká na navigáciu a mali by sa uplatniť aj prezentované informácie. Ľahko sledovateľnou a efektívnou metódou pri navrhnutí kurzu, ktorý podporuje učenie sa, je rozdelenie materiálu **do 4-úrovňovej štruktúry**:

- Úroveň 1: Kurz
- Úroveň 2: Kapitola
- Úroveň 3: Strana
- Úroveň 4: Podstrana

Úroveň 1: Kurz

Titulná strana by mala obsahovať názov kurzu a zhrnutie kurzu („Povedz im, čo sa im chystáš povedať, povedz im to a potom im povedz, čo si im povedal.“). Zhrnutím môžu byť buď ciele stanovené pre daný kurz, alebo stručný prehľad pozostávajúci z 1 až 4 viet.

Zhrnutie je dôležité, pretože:

- Asynchronické vzdelávanie⁵⁾ nemá inštruktora, ktorý by stál pred triedou a potvrdil, že účastníci kurzu si vybrali správny kurz a mnohí študenti sa zúčastňujú kurzu bez toho, aby vedeli, čo bude prezentované.
- Študenti si lepšie osvoja informácie, ak majú k dispozícii referenčný rámec, ktorý môže pozostávať z jednoduchej sady cieľov alebo zhrnutia prezentovaného materiálu.

Úroveň 2: Kapitoly

To isté platí pre prvú stranu v rámci všetkých kapitol. Skutočne pomáha študentom, ak majú k dispozícii referenčný rámec pre témy prezentované v každej kapitole. Rámec každej kapitoly by mal obsahovať názov kapitoly a zhrnutie alebo zoznam cieľov vzdelávania. Môže sa tiež poskytnúť zoznam strán v danej kapitole, a to najmä z nasledovných dôvodov:

- Knihy sú rozdelené na kapitoly a podsekcie pomôžu čitateľovi pochopiť, o čom sa bude pojednávať. Rovnaký princíp racionality sa vzťahuje aj na elektronické vzdelávanie. Návrhári a tréneri môžu spolupracovať na tom, aby bol kurz jasný uvedením zoznamu subsekcii alebo strán v každej kapitole.
- V budúcnosti po dokončení kurzu študenti môžu použiť zoznam kapitol ako navigáciu pre získanie priameho prístupu k informáciám.

5) KURUCOVÁ, Z.: E-learning ako prostriedok a zdroj hybridných dopadov na výchovu a vzdelávanie. In: Notitiae ex Academia Bratislavensi Iurisprudentiae. č. 1/2010 str. 56 a nasl.

Iné organizačné funkcie týkajúce sa kurzov, ktoré podporujú študenta a zabezpečujú štruktúru kurzu, sú lišta služieb a zoznam kapitol.

- *Lišta služieb* je oblasť, ktorá je vždy zobrazená a poskytuje služby dostupné pre študenta počas kurzu. Väčšinou zahŕňa tlačidlá Pomocníka, Často kladených otázok, Slovník, Mapy kurzu a prístup k wiki alebo k blogu.
- *Zoznam kapitol* poskytuje hypertextový odkaz na iné kapitoly v rámci kurzu. Študenti sú radi, ak vedia, koľko kapitol kurz obsahuje, a ak majú predstavu o tom, koľko času im dokončenie jednotlivých kapitol zaberie. Je to to isté, ako počítanie kapitol v knihe alebo počtu snímok v prezentácii PowerPoint (ako ďaleko sme? ako ďaleko sa máme dostať?) v prípade kurzu v učebni, on-line účastníci majú rovnakú potrebu orientácie. Študenti sa cítia byť posilnení vizuálnymi pomôckami, ktoré im povedia, aký dlhý je kurz a kde sa v ňom momentálne nachádzame.

Úroveň 3: Strany

Obsah je na tretej úrovni v našej štruktúre s názvom strany („Povedz im, čo sa im chystá povedať, povedz im to a potom im **povedz, čo si im povedal.**“). Celý obsah alebo kurz, strany musia obsahovať číslo kapitoly a strany. Z rovnakého dôvodu, ako majú rozdelené materiály a knihy svoje číslovanie a systém stránkovania (časti, kapitoly, textové časti), mali by sme očíslovať aj on-line kurzy. Študenti sú radi, ak vedia, kde sa práve nachádzajú. Číslovanie takisto uľahčuje študentom odvolanie sa na konkrétnu stranu v prípade, že chcú prediskutovať koncept alebo položiť otázky.

Obsahová strana by mala poskytnúť:

- *Zhrnutie*: Poskytuje prehľad o štruktúre celého materiálu a predstavuje jednoduchý spôsob pre tvorcov kurzu na začatie novej témy.
- *Základný materiál vo forme odrážok*: Ľudia čítajú materiály na papieri odlišným spôsobom, ako keď to čítajú on-line. On-line študenti hľadajú dôležité body. Krátke frázy použité v prezentácii PowerPoint nefungujú dobre, lebo nemáte inštruktora, ktorý by zdôrazňoval najdôležitejšie body. Najlepším fungujúcim spôsobom je, ak píšete ako novinár: Zdôraznite závery a potom uveďte ďalšie detaily.
- *Voliteľné informácie na štvrtej úrovni, detailne rozvedené prvky*: Detailne rozvedený obsah by sa mal poskytnúť len vtedy, ak to študent chce, poskytnutím voliteľných informácií na detailne rozpracovaných stranách.

Funkcia odrážok vyznačených bodkami je dôležitá v prípade elektronického vzdelávania. Poskytnutie informácií vo forme odsekov je zdrvivé pre študentov a nepodporuje zapamätanie si prezentovaných informácií. Rozdelenie obsahu do odrážok pomáha lepšie si pamätať jednotlivé poznatky. Na základe štúdie vykonanej Jakobom Nielsenom, PhD. pred desiatimi rokmi zjednodušením obsahu a jeho rozdelením do odrážok sa podstatne zlepšilo zapamätanie si prezentovaných informácií, napríklad prerobením nečitateľného odseku na text s odrážkami sa táto schopnosť zvyšuje o 48 %. Keď vystrihol štatistiky z odseku a rozdelil materiál na odrážky, zvýšil schopnosť študentov zapamätať si prezentované informácie o 124 %.

Ďalší dobrý dôvod pre používanie odrážok je spojený so samotným charakterom Internetu. Internetová stránka nie je obmedzená tak ako strana papiera alebo obrazovka PowerPoint a v prípade Internetovej stránky môžete rolovať smerom dole, ak sa celý obraz nezmestí na obrazovku naraz, ale veľmi dlhá internetová stránka nefunguje dobre.

V skutočnosti je nepohodlná pre používateľov. Preto je užitočné rozdeliť materiál na niekoľko častí.

Úroveň 4: Podstrany

Strany na úrovni 4, alebo tzv. rozpad na detailnejšie stránky sa môže používať na posilnenie procesu učenia sa („Povedz im, čo sa im chystáš povedať, povedz im to a potom im povedz, čo si im povedal.“). Tieto stránky dopĺňajú informácie uvedené v odrážkach na obsahovej strane. Tvorca kurzu môže často používať zdrojový materiál využívaný na vytvorenie vzdelávania v učebni ako informácie pre detailne rozpracované stránky v rámci elektrického vzdelávania.

Detailne rozpracované stránky môžu byť:

- Článok
- Odkaz na zdroj na Internet
- Cvičenie
- Simulácia
- Film
- Test

Prístup k detailne rozpracovaným stranám má byť voliteľný z jednoduchého dôvodu. Mnohokrát účastníci rovnakého kurzu disponujú odlišnými úrovňami skúseností a vedomostí. Je frustrujúce pre niektorých študentov, ak sa majú zúčastniť vzdelávania s dlhou sériou simulácií z každodenných činností, ktoré oni už dôkladne poznajú. Dokonca musia počkať na skončenie jednotlivých simulácií, aby mohli ďalej pokračovať v kurze. Skúsení študenti chcú postupovať rýchlo a čo najskôr dokončiť kurz a zastavia sa vtedy, keď narázia na nové informácie alebo si chcú oddýchnuť. Skúsení študenti môžu vyžadovať podporné informácie, na základe ktorých boli určené predpoklady prezentované na danej stránke v rámci kurzu. Zároveň si noví študenti možno budú musieť prejsť každú stránku detailne a potrebujú detailne podporné informácie na lepšie presadenie témy. Preto je vhodné, ak sú detailne rozpracované strany k dispozícii vo voliteľnej forme a poskytujú dodatočné informácie pre nových študentov alebo ako podkladové informácie pre zvedavejších účastníkov.

Osobitosti webových stránok zameraných na obsah

Tvorcovia kurzov majú niekoľko možností prezentácie. Poskytnutím informácií vo viacerých voliteľných formátoch tvorcovia kurzov uľahčia študentom s odlišnými úrovňami schopností a zručností používať rovnaký kurz a získať to, čo od neho očakávajú. Kurz pretvoria na užitočné – priebežné zdroje. Keď sa po skončení kurzu študenti vrátia do práce, môže sa od nich vyžadovať, aby vykonali rovnaké postupy, o akých sa učili. Možno si nebudú pamätať detaily daného postupu, ale pamätajú si, že kurz prezentuje spôsob ich realizácie. Musia len získať prístup ku kurzu ako zdrojovému materiálu.

Procesy, návody, sebahodnotenie a simulácie ako prostriedky výučby

Ad „procesy“: V prípade kurzov, ktoré prezentujú schopnosti v niekoľkých krokoch (ako napríklad umývanie rúk alebo používanie nového počítačového systému

spoločnosti), je poskytovanie informácií vo viacerých formátoch skutočne užitočné. Ak cieľom kurzu je naučiť nových zamestnancov, ako používať počítače spoločnosti, tvorca kurzu môže vyvinúť simuláciu vo forme odfoteného obsahu obrazovky, ktoré sa takisto nazývajú ako prehliadka. Prehliadka je jednoducho krátka ukážka, ktorá ukazuje pohyb myši na obrazovke a vykonáva on-line postup, ktorý študent bude používať.

Ad „návod“: Často osoby, ktoré si pozrú prehliadku a ukážky postupov, ktoré budú musieť vykonávať, zastavia prehliadku za účelom zapísania si jednotlivých krokov. Pre uľahčenie práce študenta tvorca kurzu môže premeniť prehliadku na materiál, ktorý prezentuje daný postup krok za krokom. Každý krok v prehliadke má byť sprevádzaný tabuľkou, ktorá obsahuje popis toho, čo sa práve vykonáva, a snímky obrazovky, aby vedeli, ako to vyzerá. Študenti si môžu takúto stranu vytlačiť a použiť ju, keď na obrazovke práve vykonávajú daný postup.

Ad „sebahodnotenie“: Sebahodnotenie sa môže využívať na to, aby sme primäli študentov porozmýšľať o danej téme alebo pochopili ich reakcie na danú situáciu. Sebahodnotenia často vidíme v časopisoch. Takéto sebahodnotenie sa môže nachádzať napríklad v časopise o zdraví a je určené na stanovenie fyzického veku čitateľov. Na základe informácií poskytnutých pri zodpovedaní otázok získate sebahodnotenie. Takýto typ sebahodnotenia sa môže využívať aj v prípade elektronického vzdelávania.

Ad „simulácie“: Simulácie môžu byť jednoduché až zložité, lacné až veľmi nákladné a práve z tohto dôvodu rozpočet vzdelávania má veľa do činenia s typom simulácie, ktorá sa v rámci kurzu použije. Keďže profesionálne vyvinuté a sofistikované simulácie môžu byť mimoriadne nákladné, takéto vysoko profesionálne simulácie sa vyskytujú skôr v prípade tradičných kurzov elektronického vzdelávania.

Z dôvodu tejto vysokej nákladnosti sa tvorcovia kurzov musia hneď v počiatočnej fáze vývoja rozhodnúť o tom, aké typy simulácií sú potrebné na ilustrovanie konceptov prezentovaných a v záujme podpory kurzu za účelom dosiahnutia stanovených cieľov kurzu. Následne musia zistiť, či daný typ simulácie zodpovedá ich rozpočtu, alebo nie. Pokiaľ nemajú k dispozícii potrebný rozpočet, musia prísť na to, ako inak môžu prezentovať daný koncept. Pokiaľ nemajú žiadne iné spôsoby na prezentovanie konceptu, mali by zvážiť organizovanie workshopu pre zainteresovaných subjektov.

Jednou z najväčších chýb, ktorej sa tvorcovia kurzov dopustia, je, že sa snažia zatraktívniť svoje kurzy pridávaním simulácií alebo hier, ktoré priamo nepodporujú cieľ daného kurzu. Veľakrát aj organizácie zahŕňajú hry do svojich kurzov, aby ich robili zaujímavejšími. Tvorcovia kurzov však musia túto možnosť dôkladne zvážiť. V obchodnom prostredí hry často otravujú mnohých dospelých, nebavia ich. Veľakrát tvorcovia kurzov pridávajú hry so slovíčkami len z dôvodu, aby bol ich kurz zaujímavejší. Okrem kurzu materinského alebo cudzieho jazyka odporúča sa vyhnúť slovným hrám vo forme krížovky, šibenice alebo Scrabble. Hlavným dôvodom je, že tieto hry nerozvíjajú zamýšľané zručnosti.

To však neznamená, že hry nemôžu fungovať v elektronickom vzdelávaní. Znamená to len toľko, že je potrebné považovať nad zručnosťami, ktoré sa majú študenti naučiť, a prísť s hrou, ktorá tento proces podporí. Ak nie je k dispozícii príslušná hra, ktorá by zodpovedala daným zručnostiam, potom je vhodnejšie hry celkovo vypustiť a jednoducho sa sústrediť len na vyučovanie daných zručností.

Záver

Zo skutočností uvedených vyššie je zrejmé, že základom úspechu každého elektronického kurzu je **správna identifikácia cieľovej skupiny a cieľových zručností, resp. schopností, ku ktorým by mal kurz viesť.**

Identifikáciu potrieb adresátov je pritom dôležité vnímať **nielen cez obsah informácie, ale aj cez jej formu.** Formou sa pritom bude rozumieť **najmä grafické znázornenie elektronickej zložky výučby** (či už webovej alebo softvérovej bez webových aplikácií), ale tiež voľba **správnych foriem elementov, ktoré kurz tvoria** (napr. simulácie, návody a pod.).

V neposlednom rade je potrebné uviesť, že **medzi tvorcami elektronického kurzu a jeho adresátmi musí existovať symbióza založená na vzájomnej identifikácii čít a vlastností oboch kategórií subjektov**, pričom je kľúčové skúmať najmä intelektuálne schopnosti človeka (učiaceho sa), poznať priemernú dĺžku jeho intenzity vnímania a samotné študijné schopnosti jednotlivca.

Okrem toho je dôležité uvedomiť si, že **nedostatok informácií o učiacom sa a potrebách kurzu môže viesť k jeho nesprávnemu nastaveniu, a tým by mohla byť efektivita celého kurzu zredukovaná na minimum.**

Abstrakt

Autorka v príspevku analyzuje základné aspekty efektívneho elektronického kurzu. V úvode príspevku poukazuje na vybrané znaky tradičných a rýchlych elektronických kurzov, pričom v ďalšom štádiu poskytuje argumentačne podchytené elementy jednotlivých foriem elektronického vzdelávania. Poukazuje pritom nielen na „ideálne“ elementy jednotlivých kurzov, ale aj na niektoré chyby, ktorých sa tvorcovia elektronických kurzov dopúšťajú.

Summary

In the presented article, the author provides the fundamental elements of an effective e-course. Within the first part of the article, she provides the basic features of traditional and quick/fast courses, while the second part is devoted to the particular elements of an effective e-course (especially from the perspective of graphics and selected applications). She not only points out the recommended elements of an effective e-course but also addresses some common mistakes of creators of e-courses.

Zoznam použitej literatúry:

- [1] ANDERSON, J. R. (1980): Cognitive Psychology and Its Implications. San Francisco. W. H. Freeman.
- [2] BADINSKÁ, M (2004): Multimédiá a vzdelávanie v období integrácie. In: Nové trendy vo vyučovaní cudzích jazykov na vysokých školách. Zborník. Medzinárodná konferencia Nitra 2004. Filozofická fakulta UKF Nitra.
- [3] BOHONY, P. (2003): Didaktická technológia. Nitra: PF UKF. ISBN 80-8050-653-1.
- [4] BUDENEY, G. (2001): The Internet and the Language Classroom. Cambridge University Press. ISBN 0 521 78373 9.
- [5] DILLINGEROVA, M. SYSTÉMY PRE e-LEARNINGOVÉ VZDELÁVANIE, str. 1 – 2, príspevok-pdf.[online: www.ddm.fmph.uniba.sk/files/EMATIK/Dillingerova.pdf], 20. 8. 2010

- [6] GAVORA, P. – MAREŠ, J. (1996): Anglicko-slovenský pedagogický slovník. Bratislava: IRIS 1996. ISBN 80-88778-25-5.
- [7] HARDISTY, D. – WINDEATT, S. (1990): CALL. 2. vyd. Oxford: University Press 1990. ISBN 0194371050.
- [8] HUNTEROVÁ, M. (1999): Účinné vyučovanie v kostce: zvyšujeme efektívnosť vyučovania na všetkých typoch škôl. Praha: Portál. ISBN 80-7178-220-3.
- [9] KURUCOVÁ, Z.: Vybrané modely E-learningu vo vyspelých spoločnostiach. In: Notitiae ex Academia Bratislavensi Iurisprudentiae. č. 3/2010 str. 69 a nasl.
- [10] KURUCOVÁ, Z.: E-learning ako prostriedok a zdroj hybridných dopadov na výchovu a vzdelávanie. In: Notitiae ex Academia Bratislavensi Iurisprudentiae. č. 1/2010 str. 56 a nasl.
- [11] LEVY, M. (1997): Computer – Assisted Language Learning. Oxford University Press.
- [12] MCDONOUGH, S. H. (1981): Psychology in Foreign Language Teaching. London: George Allen and Unwin.
- [13] LIGAS, Š.: Systém pre riadenie výučby EKP – Silver na Univerzite Mateja Bela. In: Spravodajca UMB v Banskej Bystrici, roč. 11., č. 3/2005, s. 10, 11.
- [14] LIGAS, Š.: Internet and exploitation program „Netop School“ in education. In Internet in Science and Technical Education. Hradec Králové: Gaudeamus Publishing House, 2005, s. 76-79. ISBN 80-7041-763-3.
- [15] LIGAS, Š. – BALÁŽOVÁ, E.: Informačné technológie a učiteľ ZŠ. In Slovenský učiteľ. Príloha Technológie vzdelávania, roč. VIII., č. 6/2000, s. 11 – 14.
- [16] MONČEKOVÁ, E. (1999): Súčinnosť pravej a ľavej mozgovej hemisféry vo výučbe a učení cudzích jazykov. Medzinárodná konferencia MEDACTA 99. Nitra: UKF. Združenie SLOVDIDAC. ISBN 80-967746-5-4.
- [17] SLATER, P. – VARNEY – BURCH, S. (2001): Multimedia in Language Learning. London: Center for Information on Language Teaching and Research. ISBN 1 902031 62 8.
- [18] Společný evropský referenční rámec pro jazyky (2002). Univerzita Palackého v Olomouci 2002 – 1. české vydání. ISBN 80-244-0404-4.
- [19] ŠVEC, Š. (1995): Základné pojmy v pedagogike a andragogike. Bratislava: IRIS. ISBN 80-8-15-8.
- [20] TEELER, D. – GRAY, P. (2000): Use the Internet in ELT. Longman. Essex: Pearson Education Limited. ISBN 0582 339316.
- [21] WARSCHAUER, M. – SHETZER, H. – MELONI, CH. (2000): Internet for English Teaching. Pantagraph Printing. Bloomington. ISBN 0-939791-88-9.
- [22] Dictionary of Personal Computing and Internet. Peter Collin Publishing, Ltd. ISBN 1-901659.
- [23] WINDEATT, S. – HARDISTY, D. – EASTMENT, D. (2000): The Internet, Oxford, Oxford University Press. ISBN 0-19-437223-5.
- [24] ŽILOVÁ, R. (2001): Počítač a vyučovanie gramatiky cudzieho jazyka. UKF Nitra. Filozofická fakulta – Katedra germanistiky. ISBN 80-8050-447-4.
- [25] ZELINA, M. (2004): Teórie výchovy / Hľadanie dobra. Slovenské pedagogické nakladateľstvo. Bratislava. ISBN 80-10-00456-1.

PaedDr. Zuzana Kurucová

Paneurópska vysoká škola, fakulta práva

Ústav spoločenskovedných disciplín

Oddelenie právnej komunikácie

Tomášikova 20

82102 Bratislava

E-mail: Zuzana.kurucova@uninova.sk

Ochrana osobnosti v kontexte aplikácie vybraných zásad trestného konania

Protection of the personal rights in a context of application of selected principles of criminal proceeding

▼ *Marcela Tóthová*

Kľúčové slová:

trestné konanie, osobnostné práva, ochrana osobnosti, zásada primeranosti a zdržanlivosti, zásada verejnosti, poskytovanie informácií o trestnom konaní

Key words:

criminal proceeding, right to the protection of personal rights, protection of the personal rights, principle of adequacy and principle of continence, principle of publicity, disclosure of criminal proceeding information

Trestné konanie a všeobecné osobnostné práva

Pod pojmom „trestné konanie“ máme na mysli, vzhľadom na kontinentálnu povahu nášho právneho poriadku, postup, ktorý je upravený Trestným poriadkom (zákon č. 301/2005 Z. z. v znení neskorších právnych predpisov, ďalej len „TP“) tak, ako to v úvode deklaruje §10 ods. 15 TP. V súlade s §1 TP ide o postup orgánov činných v trestnom konaní a súdov, ktorého úlohou je náležité zistenie trestných činov a ich páchatelov s cieľom ich spravodlivého potrestania podľa hmotného i procesného práva za súčasného rešpektovania základných práv a slobôd všetkých zúčastnených fyzických, ako aj právnických osôb. Na základe zákona a v súlade so zákonom prebiehajúce trestné konanie sa však môže dotýkať nielen základných ľudských práv a slobôd zúčastnených osôb, ale aj ich všeobecných (subjektívnych) osobnostných práv, teda práv spojených a naviazaných na osobnosť každého človeka ako fyzickej osoby. Trestné konanie môže byť postupom smerujúcim k poskytnutiu ochrany pred neoprávnenými zásahmi do týchto práv v podobe konkrétnych trestných činov a tiež sa ich pri uskutočňovaní jednotlivých úkonov trestného konania (procesných úkonov) môže priamo či nepriamo dotýkať.

„Subjektívne osobnostné práva možno definovať ako právnymi predpismi priznanú a vymedzenú možnosť každého občana podľa svojej vôle nakladať so svojou osobnosťou resp. jednotlivými stránkami svojej osobnosti voči ostatným subjektom s rovným postavením vo svojom osobnom a majetkovom záujme t. j. pre svoje všestranné uplatnenie a slobodný rozvoj.“¹⁾ Je dôležité uvedomiť si, že na rozdiel od trestnoprávnej ochrany, súkromnoprávna ochrana osobnosti obsiahnutá v platnom Občianskom zákonníku (zákon č. 40/1964 Zb. v znení neskorších právnych predpisov) je typická tým, že pre vznik zodpovednosti za neoprávnené zásahy do osobnostnej sféry nie je vyžadovaný subjektívny

1) CIRÁK, J.: Ochrana osobnosti. In: Lazar, J. a kol. Občianske právo hmotné. Prvá časť. Tretie, doplnené a prepracované vydanie. Bratislava: IURA EDITION, 2006, s. 169.

predpoklad v podobe zavinenia. K charakteristickým atribútom subjektívnych osobnostných práv zaradujeme:

- a) imateriálny charakter charakterizujúci každé osobnostné právo,
- b) absolútnu povahu prejavujúcu sa v pôsobení osobnostných práv erga omnes,
- c) všeobecnosť a nepodmienenosť, v zmysle ktorých osobnostné práva patria každej fyzickej osobe ako takej, a to bez ďalšieho vzhľadom na skutočnosť, že ide o prejavy osobnosti konkrétnej fyzickej osoby,
- d) výlučnosť prejavujúcu sa v oprávnení fyzickej osoby nakladať počas svojho života s jednotlivými stránkami svojej osobnosti za súčasného a plného rešpektovania hraníc a limitov určených platným a účinným právom,
- e) neprevoditeľnosť a nescudziteľnosť vzhľadom na nemožnosť oddelenia týchto práv od ich nositeľa,
- f) časovú neobmedzenosť počas života fyzickej osoby, s osobnosťou ktorej sú spojené,
- g) nezdediteľnosť (nemožnosť prechodu na právnych nástupcov fyzickej osoby) vzhľadom na skutočnosť, že sú výlučne viazané len na konkrétnu fyzickú osobu, pričom okruh osôb, ktoré sú oprávnené domáhať sa posmrtnej ochrany týchto práv, je zákonom taxatívne určený,
- h) nepremlčateľnosť.²⁾

Do rozsiahleho komplexu osobnostných práv je možné zaradiť jednak právo na česť a dôstojnosť, právo na meno, právo na prejavy osobnej povahy zachytené na hmotnom substráte (na určitom hmotnom nosiči), právo na telesnú integritu (právo na ochranu života a zdravia) a tiež právo na osobné súkromie. Ochrana tohto významného komplexu práv fyzických osôb je, aj vzhľadom na ich rozsiahlosť zabezpečovaná prostredníctvom viacerých právnych predpisov súkromnoprávnej i verejnoprávnej povahy. Podľa stavu de lege lata ide predovšetkým o Občiansky zákonník, zákon o rodine, Zákonník práce, Občiansky súdny poriadok, Trestný zákon i Trestný poriadok. Oblasť verejného práva je, v porovnaní s oblasťou súkromnoprávnou, typická nerovným postavením subjektov vzťahov a touto skutočnosťou je aj výrazne determinovaný obsah vzťahov, ktoré v tejto oblasti vznikajú.

Z pohľadu trestného práva je možné všeobecne skonštatovať, že prostredníctvom Trestného zákona (zákon č. 300/2005 Z. z. v znení neskorších právnych predpisov, ďalej len „TZ“), resp. prostredníctvom jednotlivých jeho ustanovení je poskytovaná ochrana celému komplexu osobnostných práv. Právo na telesnú integritu fyzickej osoby je chránené predovšetkým prostredníctvom trestných činov zaradených do I. hlavy osobitnej časti TZ (trestné činy proti životu a zdraviu) a tiež prostredníctvom niektorých trestných činov, pri ktorých život alebo zdravie už nie sú jediným, resp. primárnym objektom. Ľudská dôstojnosť je druhovým objektom trestných činov obsiahnutých predovšetkým v II. diele II. hlavy osobitnej časti TZ (trestné činy proti ľudskej dôstojnosti) a tiež v niektorých nasledujúcich hlavách. Pri ochrane cti ide o § 373 TZ, ktorý upravuje trestný čin ohovárania vo vzťahu k akejkoľvek fyzickej osobe, ďalej vo vzťahu k osobám v osobitnom postavení ide o § 343 TZ Pohŕdanie súdom, § 396 TZ Urážka medzi vojakmi a § 429 TZ Útok proti parlamentárovi. V súvislosti s ochranou mena ako významného osobnostného práva prichádza do úvahy aj trestný čin krivého obvinenia (§ 345 TZ), obzvlášť v prípadoch

2) Bližšie pozri Cirák, J.: Ochrana osobnosti. In: Lazar, J. a kol. Občianske právo hmotné. Prvá časť. Tretie, doplnené a prepracované vydanie. Bratislava: IURA EDITION, 2006, s. 169 – 170.

zverejňovania adresných článkov alebo odvysielania príspevkov umožňujúcich identifikáciu osoby masovokomunikačnými prostriedkami. Primárne je však týmto trestným činom poskytovaná ochrana pred neoprávneným stíhaním zasahujúcim do základných ľudských práv a slobôd. V súvislosti s právom na prejavy osobnej povahy zachytené na hmotnom nosiči možno rozlišovať jednak písomnosti osobnej povahy, zvukové záznamy, podobizne, ako aj obrazové snímky. Taktiež právo na osobné súkromie zahŕňa veľmi rozsiahlu oblasť intímnej sféry jednotlivca počnúc jeho citovým, myšlienkovým a rodinným životom až po pomery k jednotlivým osobám. Aj týmto osobnostným právam je poskytovaná ochrana prostredníctvom jednotlivých ustanovení osobitnej časti TZ.

Jednotlivé zložky osobnostných práv však môžu byť aj samotným trestným konaním a jednotlivými úkonmi vykonávanými v rámci neho dotknuté. Samozrejme, je stanovená všeobecná požiadavka ich rešpektovania, ktorá sa najvýraznejšie prejavuje pri aplikácii niektorých základných zásad trestného konania, ktorými sú zásada primeranosti a zdržanlivosti, zásada verejnosti, s ktorou je aj spojené poskytovanie informácií o trestnom konaní a zásada prezumpcie neviny. V súvislosti s nesprávnou, neadekvátnou aplikáciou týchto zásad, resp. v súvislosti s ich nerešpektovaním však môže dochádzať aj k neoprávneným zásahom do komplexu osobnostných práv.

Zásada primeranosti a zdržanlivosti

Ide o novú zásadu trestného konania, ktorá svoje vyjadrenie našla až v rekodifikovanom TP (§ 2 ods. 2 TP) v podobe odrazu požiadavky odstránenia hrubého, vrchnostenského a netolerantného postupu a požiadavky humanizácie trestného konania, ako aj jednotlivých procesných úkonov. Trestné konanie všeobecne a tiež jednotlivé procesné úkony uskutočňované v rámci neho veľmi intenzívne zasahujú do základných ľudských práv a slobôd, pričom neobchádzajú ani práva osobnostné. Miera intenzity tohto zásahu však môže byť rôzna a viaže sa na splnenie požiadaviek, ktoré sú obsiahnuté v zásade primeranosti a zdržanlivosti. Túto zásadu však nemožno vzťahovať len ku konkrétnemu subjektu, keďže je potrebné chápať ju veľmi široko. Nejde totiž len o práva osoby, voči ktorej sa trestné konanie vedie, ale aj o práva ďalších na konaní zúčastnených osôb, teda všetkých osôb, ktorých sa trestné konanie akýmkoľvek spôsobom, v akejkoľvek miere dotýka.

Základnou požiadavkou výkonu celého trestného konania, ako aj výkonu jednotlivých procesných úkonov je požiadavka zákonnosti (legálnosti) a súladu so zákonom. K tejto základnej požiadavke ďalej pristupujú požiadavky, ktoré sú obsiahnuté v zásade primeranosti a zdržanlivosti. Podstatou zásady primeranosti a zdržanlivosti je zákonne formulovaná požiadavka, aby orgány činné v trestnom konaní a súdy pri uskutočňovaní jednotlivých procesných úkonov a celkovo v priebehu celého trestného konania postupovali tak, aby minimalizovali zásahy do základných ľudských práv a slobôd zúčastnených osôb na mieru, ktorá je nevyhnutná na dosiahnutie účelu daného procesného úkonu a účelu trestného konania. Pri realizácii jednotlivých procesných úkonov a aj v rámci celého trestného konania sú pritom orgány činné v trestnom konaní a súdy povinné so zúčastnenými osobami zaobchádzať v súlade s požiadavkami humánosti a tiež tak, aby dôsledne rešpektovali ich dôstojnosť, súkromie a súkromný život a tiež základné ľudské práva a slobody. Vyjadrením tejto zásady však nie je ani nadmerne familiárny, benevolentný prístup, ktorý by mohol viesť k nedisciplinovanosti, a ani nadmerne intolerantný, nadradený prístup. Vo všeobecnosti ide o postup, ktorý je označovaný ako „oficiálna zdvorilosť“. Vplyv tejto zásady je ďalekosiahly. Okrem toho, že táto zásada musí byť dodržiavaná v priebehu celého

trestného konania a pri každom realizovanom procesnom úkone, obzvlášť intenzívne sa prejavuje v oblasti dokazovania a pri rozhodovaní o zásahoch do osobnej slobody.

Zásada verejnosti a poskytovanie informácií o trestnom konaní

Veľmi významnou základnou zásadou trestného konania je zásada verejnosti. Svoj základ má v článku 6 ods. 1 Európskeho dohovoru o ochrane ľudských práv a základných slobôd (oznámenie MZV č. 209/1992, ďalej len „Dohovor“) v súvislosti s právom na spravodlivý proces a v oblasti trestného práva je vyjadrená v § 2 ods. 17 TP.

Význam tejto zásady sa prejavuje vo viacerých rovinách. Zásada verejnosti predovšetkým predstavuje „záruku kontroly verejnosti nad výkonom súdnictva.“³⁾ Táto forma kontroly je vykonávaná jednak zo strany občanov, ktorí majú možnosť ako verejnosť zúčastňovať sa na jednotlivých procesných úkonoch realizovaných v pojednávacích miestnostiach, a tiež prostredníctvom médií, ktoré tiež sprostredkujú informácie o trestnom konaní. Táto forma kontroly zo strany verejnosti posilňuje osobnú zodpovednosť sudcov za vedenie trestného konania, za realizáciu jednotlivých procesných úkonov v rámci neho a tiež za správne a zákonné rozhodovanie v konkrétnej trestnej veci. Prostredníctvom zásady verejnosti ako základného princípu demokratického štátu sa zároveň formuje, dotvára, zvyšuje a upevňuje právne povedomie občanov o tom, že súdy prostredníctvom trestného konania primerane a adekvátne poskytujú ochranu základným ľudským právam a slobodám. Zásada verejnosti v tomto zmysle teda neslúži len individuálnemu záujmu obžalovaného, ale prelína sa do základných princípov demokratického a právneho štátu, pričom smeruje k zabezpečeniu a realizácii práva na spravodlivý proces.

V súvislosti s prvou vetou článku 6 ods. 1 Dohovoru sa Európsky súd pre ľudské práva (ďalej len „Súd“) viackrát zaoberal otázkou, či je možné, aby sa obžalovaný práva na verejnosť pojednávania a rozsudku vzdal. V tomto smere Súd konštatoval, že pokiaľ to nie je v rozpore s dôležitým všeobecným záujmom, práva na verejnosť pojednávania sa môže obžalovaný vzdať.⁴⁾ Zároveň však platí pravidlo, že súd nie je povinný brať toto vzdanie sa do úvahy⁵⁾ okrem prípadu, ak by si to vyžadovala ochrana iného práva zaručeného Dohovorom, predovšetkým práva na súkromný život (článok 8).

V súlade s prvou vetou § 2 ods. 17 TP platí, že súd prejednáva trestné veci verejne. O uplatňovaní zásady verejnosti so všetkými jej aspektmi preto hovoríme až v konaní pred súdom. Z vykonávania procesných úkonov v prípravnom konaní je verejnosť vylúčená, pričom informácie o tejto fáze trestného konania sa verejnosti poskytujú len v prípadoch, ak to nie je v rozpore so záujmom na objasnení veci a s ochranou práv zúčastnených osôb, predovšetkým s prezumpciou nevinoty vo vzťahu k obvinenému.

V zmysle vyššie uvedeného je hlavné pojednávanie v zásade verejné, pričom na zabezpečenie tejto zásady postačuje, ak verejnosť nie je uznesením vylúčená z pojednávania, resp. sa jej v účasti na pojednávaní nebráni. Samozrejme, zásada verejnosti je limitovaná veľkosťou a kapacitnými možnosťami pojednávacích miestností, pričom predseda senátu je oprávnený prijať opatrenia proti ich prepĺňaniu. Znemožnenie účasti na verejnom hlavnom pojednávaní z kapacitných dôvodov pojednávacej miestnosti nie je v

3) IVOR, J. a kol.: Trestné právo procesné. Druhé, doplnené a prepracované vydanie. Bratislava: IURA EDITION, 2010, s. 68.

4) Rozsudok Paugner vs. Rakúsko, zo dňa 28. 5. 1997.

5) Bližšie pozri Van Dijk, P., Van Hoog, G., J., H.: La Convention européenne des droits de l'homme. Bruxelles: Bruylant, 1990, s. 437.

rozpore so zásadou verejnosti. Vzhľadom článok 6 ods. 1 Dohovoru a vzhľadom na druhú vetu § 2 ods. 17 TP však princíp verejnosti nie je absolútny, keďže existuje možnosť zákonného vylúčenia verejnosti (§ 249 TP). Napriek tomu povinnosť súdu vyhlásiť rozsudok verejne je v súlade s článkom 6 ods. 1 Dohovoru a v súlade s článkom 142 Ústavy Slovenskej republiky (zákon č. 460/1992 Zb. v znení neskorších právnych predpisov, ďalej len „Ústava SR“) absolútna a bezpodmienečná.

Verejnosť môže byť z pojednávania vylúčená vtedy, ak by sa jej prítomnosťou ohrozilo osobitným zákonom chránené tajomstvo, verejný poriadok, nerušený priebeh pojednávania, mravnosť, bezpečnosť alebo iný dôležitý záujem obžalovaného, poškodeného, jeho blízkych osôb alebo svedkov. Pod tieto zákonné možnosti vylúčenia verejnosti (§ 249 TP) možno subsumovať tiež záujem na ochrane cti, dôstojnosti, mena i telesnej integrity vyššie uvedených osôb. Verejnosť konania sa môže dostať do rozporu aj s právom na ochranu súkromia a súkromného života osôb zúčastnených na trestnom konaní. Verejnosť preto môže byť vylúčená z dôvodu potreby ochrany súkromného života poškodeného, svedka či obžalovaného, hlavne pokiaľ ide o mladistvého. V týchto prípadoch dochádza k stretu práva na verejnosť konania s právom na osobné súkromie a súkromný život. V prípade *Werner vs. Rakúsko*⁶⁾ pritom Súd odmietol argumentáciu žalovaného štátu, podľa ktorého nemôže záujem na ochrane súkromia prevážiť nad princípom verejnosti, keďže ochrana osobného súkromia a súkromného života je podľa článku 6 ods. 1 Dohovoru jedným z dôvodov vylúčenia verejnosti. Príslušný súd pritom môže o vylúčení rozhodnúť v zmysle zásady oficiality z úradnej povinnosti, no tiež aj na návrh prokurátora, obžalovaného, poškodeného, a to v ktoromkoľvek štádiu súdneho konania, pričom toto rozhodnutie sa môže vzťahovať na celé hlavné pojednávanie alebo na jeho časť. Taktiež v prípadoch, ak je to v záujme ochrany mladistvého obžalovaného, môže súd rozhodnúť o vylúčení verejnosti z pojednávania, a to na návrh samotného mladistvého, jeho zákonného zástupcu či obhajcu. V dôsledku rozhodnutia súdu o neverejnosti hlavného pojednávania je tiež zakázané zverejňovať z neho informácie, ktoré sa týkajú skutočností a okolností, pre ktoré verejnosť bola vylúčená. Osobám prítomným na neverejnom hlavnom pojednávaní môže súd uložiť povinnosť zachovávať mlčanlivosť o skutočnostiach, o ktorých sa dozvedeli na tomto pojednávaní a ktoré požívajú zákonnú ochranu. Aj napriek tomu, že v konkrétnom prípade verejnosť z pojednávania vylúčená nebola, súd môže odoprieť prístup maloletým, prípadne duševne chorým osobám, pri ktorých je dôvodný predpoklad, že svojim správaním budú rušiť riadny, vážny a dôstojný priebeh hlavného pojednávania.

Ako bolo vyššie spomenuté, veľmi významnú úlohou pri realizácii a napínaní zásady verejnosti v súčasnosti zohrávajú médiá, informačné a oznamovacie prostriedky. Podmienky a spôsob poskytovania informácií sú na základe splnomocnenia obsiahnutého v článku 26 Ústavy SR definované a konkretizované v zákone o slobodnom prístupe k informáciám (zákon č. 211/2000 Z. z. v znení neskorších právnych predpisov) s obmedzením poskytovania alebo sprístupňovania informácií v trestnom konaní podľa § 11 ods. 1 písm. d). Povinnosti orgánov činných v trestnom konaní a súdov pri informovaní verejnosti a pri poskytovaní informácií o trestnom konaní sú upravené v § 6 TP. Verejnosť má právo byť informovaná o činnosti orgánov činných v trestnom konaní a súdov a masovo komunikačné prostriedky majú právo informovať verejnosť. Za zamyslenie však stojí fakt, že v súčasnej spoločnosti je kontrola výkonu spravodlivosti prostredníctvom priamej účasti verejnosti na súdnom konaní druhoradá, nepodstatná a je viac-menej fikciou vo vzťahu ku

6) Rozsudok *Werner vs. Rakúsko*, zo dňa 24. 11. 1997.

kontrole, ktorá sa uskutočňuje prostredníctvom poskytovania informácií masmédiami. Veľmi dôležitú úlohu v tomto procese zohráva požiadavka objektívneho, neskresleného informovania. Vzhľadom na povahu činnosti masmédií, ich financovanie, boj o sledovanosť, resp. predajnosť a s tým súvisiaci podiel na trhu je vzťah trestnej justície a médií v súčasnosti problémový. Nezriedka sa stretávame s jednostranným, neobjektívnym, zavádzajúcim, skresleným až nepravdivým informovaním verejnosti, ktorého cieľom je v prvom rade zaujať a prilákať konečného odberateľa. Často sa práve v súvislosti s týmto postupom médií stretávame s porušovaním zásad informovania verejnosti o trestnom konaní, hodnotením a prisudzovaním viny a zodpovednosti jednotlivým na konaní zúčastneným osobám a aj s nežiaducim a intenzívnym zasahovaním do osobnostných práv zúčastnených osôb, ktoré môže mať ďalekosiahle následky nielen pre samotné trestné konanie, ale predovšetkým pre zúčastnenú osobu.

Orgány činné v trestnom konaní a súdy informujú verejnosť o trestnom konaní podľa TP tým spôsobom, že adekvátny a zákonný rozsah informácií poskytujú hromadným oznamovacím prostriedkom. Rozsah informácií je modifikovaný tým, že príslušné orgány sú povinné dbať na ochranu utajovaných skutočností a skutočností, ktoré sú osobitnými predpismi označované ako obchodné, bankové, daňové, poštové či telekomunikačné tajomstvo. Informácie, ktoré tvoria ich obsah, nemôžu byť poskytované za účelom informovania verejnosti. Podľa §6 ods. 2 TP sú orgány činné v trestnom konaní a súdy oprávnené utajovať tie skutočnosti, ktoré by mohli zmať alebo sťažiť objasnenie alebo vyšetrovanie veci. Z dikcie predmetného ustanovenia vyplýva, že ide o oprávnenie príslušných orgánov vo vzťahu k informačným a oznamovacím prostriedkom. Je pritom nemysliteľné, aby boli poskytované a následne zverejňované také informácie, ktoré vedú k zmareniu či sťaženiu objasnenia veci. V tejto súvislosti je preto možné vysloviť požiadavku explicitného stanovenia tejto povinnosti priamo v predmetnom ustanovení. V krajinách, v ktorých sa uplatňuje porotný systém rozhodovania, je absolútne zakázané poskytovať verejnosti také informácie, ktoré by mohli ovplyvniť priebeh alebo výsledok konania.⁷⁾ Pri poskytovaní informácií sú príslušné orgány povinné rešpektovať zásadu prezumpcie nevinoty a nezverejňovať osobné údaje ani skutočnosti súkromného charakteru, ako je rodinný život, obydľie, korešpondencia, ktoré priamo s trestnou činnosťou nesúvisia. Absolútnemu zákazu zverejňovania podliehajú osobné údaje maloletých, mladistvých a poškodených. Napriek zákonnému vyjadreniu uvedených zásad sa veľmi často stretávame s ich porušovaním. Nedostatky je možné vidieť nielen na strane príslušných orgánov a súdov, ale aj na strane médií. Najtypickejšie nedostatky v činnosti orgánov poskytujúcich informácie sa prejavujú v porušovaní zásady prezumpcie nevinoty. Vo vyjadreniach príslušných hovorcov sú konkrétne osoby (s uvedením konkrétneho mena a priezviska), ktoré majú procesné postavenie podozrivého, obvineného či obžalovaného, označované ako páchatel'. Štrasburský súd a tiež Ústavný súd Slovenskej republiky pritom judikovali, že nie je porušením práva na ochranu mena a súkromného života, ak je zverejňované meno a priezvisko osoby v spojení s jej aktuálnym procesným postavením. Veľmi často sa s týmto porušením zásady prezumpcie nevinoty stretávame aj na strane informujúcich médií, ktoré tým, že konkrétnu osobu neoznačujú jej procesným postavením, ale pojmom páchatel', tiež výrazne zasahujú do jej viacerých osobnostných práv. V mnohých prípadoch sú uvádzané údaje a opisované skutočnosti zo súkromného života obvinených či obžalovaných, ktoré s danou trestnou vecou vôbec nesúvisia. Navyše, v mnohých prípadoch ide nielen o aktuálne informácie, ale aj o informácie siahajúce do predchádzajúcich životných období. Cieľom

7) Bližšie pozri REPÍK, B.: Evropská úmluva o lidských právech a trestní právo. Praha: ORAC, 2002, s. 139 – 140.

takéhoto informovania je poukázanie na životné a finančné podmienky, súkromný či pracovný život za účelom negativizácie konkrétnej osoby „páchateľa“ a dramatizácie príbehu. Absolútne je porušovaná zásada nezverejňovania informácií o poškodených, maloleťých či mladistvých, ktorých je možné z jednotlivých informácií konkrétne identifikovať (menom i vekom), zistiť rozsah a povahu skutku, ktorý bol voči nim spáchaný, jeho následky, prípadne potrebu zdravotnej, psychologickéj či psychiatrickej pomoci. V niektorých prípadoch sa stretávame so skresleným, resp. nesprávnym informovaním verejnosti o povahe a kvalifikácii spáchaného skutku. Napriek tomu, že v danom prípade, vzhľadom na hmotný predmet útoku, neprichádza trestná zodpovednosť za trestný čin znásilnenia (§ 199 TZ) do úvahy, médiami je obvinený, resp. obžalovaný označovaný ako osoba trestne stíhaná za tento trestný čin. Dochádza tak k zámene s trestným činom sexuálneho násillia (§ 200 TZ), čím je opomínaná podstata a princíp trestného činu znásilnenia (§ 199 TZ).

Uvedené nedostatky považujem za tie najzávažnejšie a najčastejšie sa vyskytujúce, no zďaleka nie jediné. Požiadavka rešpektovania cti, dôstojnosti, práva na meno i ochranu súkromného života je tak podriadovaná ekonomickým, hospodárskym a finančným cieľom jednotlivých médií. Typické však je, že napriek viacerým úspešným žalobám na ochranu osobnosti vo vzťahu k médiám, komplexná a jednoznačná judikatúra vo veciach ochrany osobnosti v súvislosti s trestným konaním absentuje. Je tomu tak aj z dôvodov, že osoby určitým spôsobom dotknuté trestným konaním nemajú popri tomto konaní záujem na iniciovaní ďalšieho konania a ďalšej medializácie.

Záver

Trestné konanie ako postup podľa TP veľmi intenzívne zasahuje do sféry základných ľudských práv a slobôd a dotýka sa aj práv osobnostných. Dochádza tak k stretu záujmu štátu a spoločnosti na dosiahnutí účelu trestného konania a záujmu na ochrane predmetných práv. Osobnostné práva predstavujú veľmi významný a rozsiahly komplex práv, ktorých povaha a podstata sú determinované ich základnou charakteristikou. Trestné konanie môže byť procesom, ktorý je nasmerovaný k poskytnutiu ochrany pred neoprávnenými zásahmi do týchto práv, no môže sa ich aj bezprostredne dotýkať. Je potrebné vysloviť požiadavku bezpodmienečnej a dôslednej aplikácie zásady primeranosti a zdržanlivosti v priebehu celého trestného konania, pretože práve v súvislosti s jej nerešpektovaním môže dôjsť k závažným zásahom do osobnostných práv širokého okruhu na konaní zúčastnených osôb, ktoré môžu mať vplyv aj na priebeh trestného konania. Je tiež potrebné mať na mysli podstatu a zmysel zásady verejnosti konania a rozsudku a v záujme ochrany osobnostných práv dôsledne aplikovať jednotlivé dôvody vylúčenia verejnosti a zásady poskytovania informácií o trestnom konaní. Je sice otázne, akým najvhodnejším spôsobom je možné upraviť značne problematický vzťah trestnej justície a médií, no nepochybne je potrebné minimalizovať ich zásahy do osobnostných práv osôb zúčastnených na trestnom konaní, ktoré sú v rozpore so zákonne formulovanými požiadavkami na poskytovanie informácií o trestnom konaní.

Resume

The present article deals with the general level of personality protection in criminal proceedings. I focus on the nature and characteristics of individual rights, on possibilities of their protection and their status and relationship to criminal proceedings. I deal with possibilities of intervention in individual rights from the view of their application and use of

selected principles of the criminal proceedings. In article is further space devoted to requirements of respect to individual rights in carrying out various procedural actions (principle of adequacy and principle of continence) and analyzing the principle of the public. I refer to its substance, meaning and purpose and its relationship to individual rights on proceedings of participating persons. Emphasize the importance of the media in providing information about criminal proceedings, and analyze the most common and most serious shortcomings in this domain.

Zoznam použitej literatúry:

- [1] IVOR, J. a kol.: Trestné právo procesné. Druhé, doplnené a prepracované vydanie. Bratislava: IURA EDITION, 2010, ISBN 978-80-8078-309-9.
- [2] LAZAR, J. a kol.: Občianske právo hmotné. Prvá časť. Tretie doplnené a prepracované vydanie. Bratislava: IURA EDITION, 2006, ISBN 80-80-78-084-6.
- [3] REPÍK, B.: Evropská úmluva o lidských právech a trestní právo. Praha: ORAC, 2002, ISBN 80-86199-57-6.
- [4] VAN DIJK, P., VAN HOOGE, G., J., H.: La Convention européenne des droits de l'homme. Bruxelles: Bruylant, 1990.
- [5] Európsky dohovor o ochrane ľudských práv a základných slobôd (oznámenie MZV č. 209/1992).
- [6] Trestný zákon (zákon č. 300/2005 Z. z. v znení neskorších právnych predpisov).
- [7] Trestný poriadok (zákon č. 301/2005 Z. z. v znení neskorších právnych predpisov).
- [8] Zákon o slobodnom prístupe k informáciám (zákon č. 211/2000 Z. z. v znení neskorších právnych predpisov).
- [9] Rozsudok Paugner vs. Rakúsko, zo dňa 28. 5. 1997.
- [10] Rozsudok Werner vs. Rakúsko, zo dňa 24. 11. 1997.

JUDr. Marcela Tóthová

*Interná doktorandka Ústavu verejného práva, Fakulta práva, Paneurópska vysoká škola
marcela.tothova@centrum.sk*

K historickým aspektom vzniku a vývoja orgánov verejnej žaloby na území Slovenskej republiky

To historical aspects of formation and development of public prosecution office on the territory of the Slovak Republic

▼ Bystrík Šramel

Kľúčové slová:

verejná žaloba, prokurátor, uhorský právny poriadok, Československá republika, samostatná Slovenská republika, nezávislosť, jednotnosť, politické čistky

Key words:

public prosecution, public prosecutor, Ugrian system of law, Czechoslovak republic, independent Slovak Republic, independence, unity, political purge

1. Úvod

Inštitút verejnej žaloby má v súčasnosti nezastupiteľné miesto v systéme štátnych orgánov. Neexistencia orgánu verejnej žaloby v jeho akejkoľvek podobe či forme je v dnešnom modernom právnom štáte nemysliteľná, čo vyplýva z úloh priamo zverených tomuto orgánu. Vo všeobecnosti platí, že orgány verejnej žaloby zastupujú verejný záujem v konaní pred súdom,¹⁾ pričom v tomto konaní majú plné procesné postavenie strany. Náhľad na takto vymedzenú úlohu orgánov verejnej žaloby v ústavnom systéme štátu (zástupcovia verejného záujmu) však pôvodne, na počiatku vzniku inštitútu verejnej žaloby, neexistoval. V nasledujúcom článku sa budeme zaoberať dôvodmi a počiatkami vzniku verejnej žaloby na našom území, kedy sa verejná žaloba sformovala ako orgán zastupujúci iba záujmy úzkeho okruhu osôb. Postupom času sa z nej však začal rozvíjať orgán, ktorý už nereprezentoval iba záujmy panovníka, ale i záujmy verejnosti dotknuté protiprávnym konaním iných osôb. Orgány verejnej žaloby vo svojej tradičnej podobe majú u nás krátku históriu, keďže sa rozvinuli až v druhej polovici 19. storočia. So vznikom Československej republiky sa ustálila podoba verejnej žaloby, avšak v rokoch neslobody sa z orgánov verejnej žaloby stali u nás orgány kontrolujúce všetku činnosť v štáte a prenasledujúce osoby, ktoré boli nepriateľmi vládnuceho režimu. V príspevku rozoberieme jednotlivé obdobia vývoja verejnej žaloby a pokúsime sa analyzovať zmeny charakteru orgánov verejnej žaloby a porovnať ich postavenie a kompetencie so súčasným stavom. V záverečných častiach príspevku poskytneme stručný pohľad na legislatívny vývoj organizácie prokuratúry po roku 1989.

1) Orgány verejnej žaloby vystupujú v konaní pred súdom predovšetkým vo veciach patriacich do verejného práva (oblasť trestného práva, resp. správneho práva). Treba však dodať, že právne poriadky mnohých štátov (napr. aj SR) pripúšťajú pôsobnosť orgánov verejnej žaloby aj v súkromnoprávnej sfére, napr. v občianskom práve (pozn. autora).

2. Počiatky inštitútu verejnej žaloby

Verejná žaloba má svoj pôvod vo Francúzsku štrnásteho storočia. Práve v tejto krajine za vlády Filipa IV. Pekného v roku 1302 a taktiež za vlády jeho nástupcu Jána II. Dobrého v roku 1355 boli vydané nariadenia, podľa ktorých boli pre účely trestného konania zavedené stále úrady kráľovských splnomocnencov (tzv. *procuratores*). Kráľovskí splnomocnenci mali od kráľa zákaz zastupovať súkromné osoby pred súdom, napriek tomu však nemali za úlohu zastupovať verejný záujem v trestnom konaní. Ich úlohou bolo len tlmočiť názor kráľa a jeho vazalov v konaní pred súdom, nie viesť trestné stíhanie, čo vyplývalo najmä z inkvizítovej povahy súdneho konania.²⁾

Vznik a vývoj orgánov verejnej žaloby na území Slovenskej republiky bol zaiste inšpirovaný francúzskym modelom. Na našom území možno nájsť korene dnešnej prokuratúry v úrade tzv. *fiscusa*, čiže zástupcu kráľovskej pokladnice zriadeného dekrétom kráľa Mateja Korvína v roku 1486. Úlohou *fiscusa* bolo pôvodne vyberanie poplatkov z banskej činnosti, no neskôr, už v druhej polovici 16. storočia sa jeho pôsobnosť rozšírila na zastupovanie kráľa v kráľovskej tabuli prejednávajúcej závažnejšie trestné činy. Spolu s rozšírením pôsobnosti došlo i k zmene názvu úradu – z *fiscusa* sa stal *riadiťel' kráľovských právnych vecí*.³⁾ Rovnako ako v prípade francúzskom, stále nešlo o orgány verejnej žaloby v dnešnom ponímaní, pretože sa úloha uvedených úradov nekoncentrovala na zastupovanie verejného záujmu, ale iba na obhajovanie a reprezentáciu záujmov kráľovskej koruny. Uvedený stav je úzko spojený i s tým faktom, že v danom období sa ešte procesne nerozlišovalo medzi prejednávaním súkromnoprávnych a verejnoprávnych deliktov a súdny proces sa takmer vždy začínal na návrh súkromného žalobcu. Až neskôr došlo k prirodzenému vyčleňovaniu sa verejnoprávnych záujmov a s tým následne i k deleniu deliktov na verejnoprávne a súkromnoprávne. Istý pokrok preto predstavuje rozhodnutie Márie Terézie z roku 1741, ktorým bol prvýkrát zavedený *úrad kráľovského prokurátora*. Úlohou kráľovského prokurátora bolo pôvodne zastupovanie panovníka v súdnych konaniach, avšak jeho oprávnenia sa postupne vyvíjali a rozširovali, napr. získal i možnosť napadnúť úžernícke zmluvy.⁴⁾ Práve ochrana slobodnej dispozície s majetkom patrí v dnešnej dobe medzi typický verejný záujem, ktorý je napr. už spomenutým deliktom v podobe úžerníckych zmlúv v značnej miere porušovaný. Je teda vidieť, že už v 18. storočí došlo k istému posunu v náhľade na úlohy zástupcov panovníkov. Na tomto mieste je rovnako dôležité spomenúť i *úrad tzv. právnych zástupcov*, ktorý sa rozvinul v 17. storočí ako úrad reprezentujúci záujmy územno-správnych orgánov. Úrad právneho zástupcu bol zriaďovaný v župách a vo významných mestách a popri orgáne právneho zastúpenia bol i orgánom obžaloby a vyšetrovania (bol oprávnený napr. iniciovať trestné konanie proti osobám poškodzujúcim les). V druhej polovici 19. storočia sa úrad právneho zástupcu stal dokonca ústredným orgánom župy, ktorý bol považovaný za strážcu miestnej zákonosti. Medzi jeho oprávnenia patrilo o. i. zastupovanie municípie v civilných veciach, podávanie obžaloby za urážku stolice, pôsobil pri začatí disciplinárneho konania a taktiež mohol podávať odvolania proti všetkým meritórnym rozhodnutiam sirotskej stolice.⁵⁾ Popri župných a mestských zástupcoch pôsobili v tomto období i tzv. *vrchnostenský právni*

2) FENYK, J.: Veřejná žaloba. Díl první : Historie, současnost a možný vývoj veřejné žaloby. 1. vyd. Praha: Institut Ministerstva spravedlnosti České republiky pro další vzělávání soudců a státních zástupců, 2001, s. 10.

3) Bližšie pozri Stipta, I.: Dejiny súdnej moci v Uhorsku do roku 1918. Košice : Nica, 2004, s. 256.

4) Bližšie pozri Stipta, ref. 3, s. 257.

5) Bližšie pozri Stipta, ref. 3, s. 257 – 258.

zástupcovia. Títo úradníci boli zamestnávaní väčšími pozemkovými vlastníkmi za účelom zastupovania ich právnych záujmov pri správe pozemkov a vo veciach vrchnostenského súdnictva.⁶⁾ Práve spomenuté úrady župného, mestského a vrchnostenského právneho zástupcu **možno považovať za predchodcov dnešnej prokuratúry**, lebo z hľadiska vymedzenia ich kompetencií sa stali úradmi, ktoré do určitej miery zastupovali i záujmy verejnosti pred súdom.

Samotný inštitút kráľovského štátneho zástupiteľstva (prokuratúry) bol v Uhorsku vytvorený až v roku 1871 na základe **zák. čl. XXXIII/1871 o štátnom zástupiteľstve**.⁷⁾ V zmysle zák. čl. XXXIII/1871 plnilo kráľovské štátne zástupiteľstvo úlohy orgánu, ktorý pred súdom zastupoval verejné záujmy štátu a ktorý bol nezávislý od súdov. Organizačne bolo tvorené *generálnym (korunným) štátnym zástupcom* pôsobiacim pri Kráľovskej kúrii, *kráľovskými (hlavnými) štátnymi zástupcami* pôsobiacimi pri kráľovských tabuliach a *kráľovskými štátnymi zástupcami* pôsobiacimi pri kráľovských súdnych stoličiach (sedriách). Pri najnižšom stupni súdnej sústavy, okresných súdoch, nebol zriadený úrad štátneho zástupcu, ale túto úlohu vykonával poverený koncipient, príp. advokát.⁸⁾ Generálny (korunný) štátny zástupca nedisponoval dozornými ani nariadeniami oprávneniami, jeho pôsobnosť sa v zásade sústreďovala iba na zastupovanie obžaloby pred Kráľovskou kúriou a na vydávanie unifikáčnych rozhodnutí. Kráľovskí (hlavni) štátni zástupcovia boli vybavení oprávneniami na výkon dohľadu nad podriadenými štátnymi zástupcami pôsobiacimi v ich obvode, mohli im dávať záväzné pokyny a príkazy vo veciach, ktoré vybavovali, a boli tiež verejnými žalobcami v disciplinárnom konaní. Okrem toho vykonávali vrchný dozor nad väznicami a každý rok podávali ministrom spravodlivosti správu o stave trestného súdnictva a väznenstva v krajine.⁹⁾ Kráľovskí štátni zástupcovia na najnižšom stupni plnili úlohu verejného žalobcu vo všetkých trestných veciach patriacich do pôsobnosti kráľovských súdnych stolic (sedrii).¹⁰⁾ Vo všeobecnosti boli štátni žalobcovia oprávnení na začatie trestného stíhania v prípade spáchania trestných činov vyšetrovaných z úradnej povinnosti (tzv. verejnožalobné trestné činy) a zabezpečovali aj výkon právoplatných rozsudkov. Rovnako mohli tiež prijímať oznámenia o spáchaní trestného činu¹¹⁾ a boli oprávnení požiadať okresný súd alebo vyšetrojúceho sudcu, aby vykonal celé vyhladávanie alebo jednotlivé úkony vyhladávania. Sami však vyhladávanie neboli oprávnení vykonať. Okrem toho, štátny zástupca mohol odmietnuť zastupovanie žaloby v prípade, ak určitý trestný čin nebol podľa jeho názoru trestným, príp. ak nebolo možné zadovážiť dôkaz potrebný k úspešnému vykonaniu trestného konania. Ak však štátny zástupca odmietol prevziať obžalobu, jej zastupovanie bol oprávnený prevziať poškodený. Z tohto dôvodu sa za žalobcu nepovažoval len štátny zástupca, ale tiež hlavný a náhradný súkromný žalobca.¹²⁾ Možno teda povedať, že štátny zástupca **bol už v tejto dobe v prípravnom konaní dominus litis** (pán sporu), čo vyplývalo z obžalovacej zásady uplatňovanej

6) Bližšie pozri Stipta, ref. 3, s. 258.

7) Treba však podotknúť, že už v čase Bachovho absolutizmu (1851 – 1860) bola v Uhorsku vybudovaná prokuratúra ako orgán vykonávajúci verejnú žalobu, oddelený a nezávislý od súdneho systému. Bola to však len krátka epizóda v histórii Uhorska, keďže v roku 1861 sa obnovila právna prax spred roku 1848 (pozn. autora).

8) MOSNÝ, P. – HUBENÁK, L.: Dejiny štátu a práva na Slovensku. Košice: Aprilla, 2008, s. 119.

9) Bližšie k postaveniu a pôsobnosti hlavných štátnych zástupcov pozri § 26 a § 27 zák. čl. XXXIII/1871 o štátnom zástupiteľstve.

10) Por. § 17 zák. čl. XXXIII/1871 o štátnom zástupiteľstve.

11) Por. § 21 odst. 1 zák. čl. 33/1871 o štátnom zástupiteľstve.

12) Por. § 13 zák. čl. XXXIII/1896 (Uhorský trestný poriadok).

v trestnom konaní. Aj keď ešte existovalo členenie deliktov na súkromnožalobné a verejnožalobné, v mnohých aspektoch sa oprávnenia štátneho zástupcu ako orgánu verejnej žaloby prekrývali s dnešnými (štátny zástupca bol povinný začať trestné stíhanie vo veci každého verejnožalobného deliktu, o ktorom sa dozvedel – uplatnenie zásady legality, len štátny zástupca mohol zmeniť a stiahnuť obžalobu, štátny zástupca mohol podať opravný prostriedok aj v prospech odsúdeného). Štátny zástupca mal v trestnom konaní v období Uhorska teda (rovnako ako hlavný a náhradný súkromný žalobca) postavenie strany a právna úprava sa snažila o čo najširšie uplatnenie zásady rovnosti strán.¹³⁾

Treba ešte dodať, že konkrétne procesné oprávnenia štátneho zástupcu boli podrobne upravené a rozvedené v **zák. čl. XXXIII/1896 (Uhorský trestný poriadok)**. Zák. čl. XXXIII/1896 je pre ďalší vývoj štátneho zastupiteľstva na našom území nesmierne dôležitý, lebo jeho ustanovenia (samozrejme v znení neskorších noviel) týkajúce sa konkrétnych procesných oprávnení štátneho zástupcu platili na našom území aj po vzniku Československej republiky¹⁴⁾ a po jej rozbití Hitlerom aj na území samostatného Slovenského štátu.

3. Verejná žaloba v období rokov 1918 – 1948

Po vzniku Československej republiky došlo v dôsledku recepčnej normy **k prevzatíu rakúsko-uhorského právneho poriadku** a vzniku právneho dualizmu. Na území Slovenska platil teda uhorský právny poriadok a na území Čiech a Moravy rakúsky právny poriadok a to sa vzťahovalo i na organizáciu štátneho zastupiteľstva. Už v samotnom roku 1918 však došlo i k čiastočnému zjednoteniu štátnych zastupiteľstiev, a to zákonom č. 5/1918 Sb. (pri Najvyššom súde bola zriadená Generálna prokuratúra) a určité úpravy boli vykonané i v roku 1928 zákonom č. 201/1928 Sb. (došlo k zjednoteniu označení jednotlivých organizačných zložiek štátneho zastupiteľstva na celom území Československej republiky).

Organizácia štátneho zastupiteľstva sa v období existencie Československej republiky odvíjala od súdnej organizácie a bola nasledovná: Pri Najvyššom súde bola zriadená *Generálna prokuratúra* s pôsobnosťou na celom území štátu, pri krajských (hlavných) súdoch ako treťostupňových súdoch boli zriadené *krajské (hlavné) štátne zastupiteľstvá* a pri krajských súdoch ako súdoch druhostupňových pôsobili *krajské štátne zastupiteľstvá*. Na čele Generálnej prokuratúry so sídlom v Brne bol generálny prokurátor, ktorého zástupcovia sa nazývali námestníci generálneho prokurátora alebo štátni zástupcovia.¹⁵⁾ Nemožno však povedať, že úrad generálnej prokuratúry bol súčasťou sústavy štátnych zastupiteľstiev. Rovnako nebol ani orgánom žaloby. Medzi úradom generálnej prokuratúry na jednej strane a ostatnými štátnymi zastupiteľstvami na druhej strane neexistoval vzťah subordinácie. Generálny prokurátor bol zodpovedný ministrovi spravodlivosti, zúčastňoval sa konania pred Najvyšším súdom, mohol podávať proti opatreniam všetkých súdov v trestných veciach zmätočnú sťažnosť, a to buď z vlastnej

13) Možno však konštatovať, že zásada rovnosti sa neuplatnila v plnej miere, pretože niektoré oprávnenia patriace štátnemu zástupcovi obvinenému neprináležali (pozn. autora).

14) Zákomom č. 11/1918 Zb. o zriadení samostatného štátu československého (tzv. recepčná norma) bol prebratý rakúsky právny poriadok platný na území Čiech a uhorský právny poriadok platný na území Slovenska, čím bol zavedený na území Československej republiky právny dualizmus (pozn. autora).

15) Pred nadobudnutím platnosti a účinnosti zákona č. 201/1928 Sb. sa zástupcovia generálneho prokurátora označovali ako generálni advokáti (pozn. autora).

iniciatívy, alebo na základe podnetu ministra spravodlivosti. Procesné postavenie strany v trestnom konaní mu však nepatrilo a nemohol ani zasahovať do procesných úkonov hlavného štátneho zástupcu.¹⁶⁾ Na čele krajského (hlavného) štátneho zastupiteľstva bol krajský (hlavný) štátny zástupca, ktorého podriadenými na tomto stupni boli krajskí prokurátori. Na čele najnižšieho stupňa štátneho zastupiteľstva stál prokurátor, ktorého podriadení na tomto stupni sa označovali ako štátni zástupcovia.

Na najnižšom stupni súdnictva, pri okresných súdoch, štátne zastupiteľstvá neboli zriadené a ich úlohy vykonávali funkcionári štátneho zastupiteľstva, spravidla vyslúžili štátni zamestnanci bez právnického vzdelania. Funkcionári štátneho zastupiteľstva boli oprávnení napr. podávať návrhy na potrestanie, zúčastňovať sa na hlavných pojednávaníach na okresných súdoch, podávať opravné prostriedky proti rozhodnutiam okresných súdov a i.¹⁷⁾

Okrem týchto všeobecných orgánov verejnej žaloby však v období Československej republiky pôsobili aj **špecializované orgány verejnej žaloby**, a to v oblasti trestného súdnictva vo veciach trestných činov spáchaných mladistvými (osobami, ktoré neprekročili osemnásť rok svojho života) a potom taktiež vo veciach trestných činov vojenských. V prvom rade treba spomenúť tzv. **žalobcov mládeže**, ktorí boli ustanovovaní pri tzv. súdoch mládeže. Tieto špecializované orgány verejnej žaloby boli zriadené na základe zákona č. 48/1931 Sb. a ich úlohou bolo zastupovať verejnú žalobu pri súdoch mládeže. Žalobca mládeže teda vykonával trestné stíhanie mladistvých a v prípade, ak zistil, že trestné stíhanie je neúčelné alebo závažnosť trestnej veci je svojou povahou zanedbateľná, mohol upustiť od trestného stíhania. Žalobcov mládeže vymenoval hlavný štátny zástupca. Úlohy špecializovaného orgánu verejnej žaloby v trestných veciach vojakov plnila **vojenská prokuratúra** zriadená pri vojenských súdoch.

Ako teda vidieť, orgány štátneho zastupiteľstva organizačne netvorili ucelenú sústavu. V porovnaní s dnešným ponímaním prokuratúry tu absentovali aj niektoré zásady výstavby orgánov verejnej žaloby, ako napr. zásada monokratizmu, v zmysle ktorej je celá sústava orgánov verejnej žaloby podriadená jednému najvyššiemu orgánu – generálnemu prokurátorovi. Rovnako sa neuplatňovala ani zásada nezávislosti orgánov verejnej žaloby, keďže štátne zastupiteľstvo netvorilo samostatnú sústavu štátnych orgánov, ale bolo len jednou z jej justičných zložiek. Pôsobnosť štátneho zastupiteľstva bola v tomto období obmedzená takmer výlučne na trestnú oblasť, v netrestnej oblasti (napr. občianske súdne konanie, správne konanie) bola účasť štátnych zástupcov dosť výnimočným javom.

Čo sa týka konkrétnych procesných oprávnení štátnych zástupcov v trestnom konaní, ako sme už uviedli, tieto boli upravené v stále platnom a účinnom zák. čl. XXXIII/1896 – Uhorský trestný poriadok (samozrejme v znení neskorších noviel), prevzatou recepciou do československého právneho poriadku.

Po rozbití Československej republiky a vzniku samostatnej Slovenskej republiky sa zo štátneho zastupiteľstva stal orgán, ktorý v značnej miere **stál za zásahmi štátu smerujúcimi k likvidácii nezávislosti súdnej moci v štáte** a v mnohých prípadoch sa proti osobám viedlo **trestné stíhanie len z politických dôvodov**. Organizáciu orgánov verejnej

16) Bližšie pozri Schelle, K. – Větrovec, V. a kol. Státní zastupitelství. Praha: Eurolex Bohemia, 2002, s. 43 – 44.

17) Vlček, E. Vývoj prokuratury v letech 1945 – 1990. In Vývoj práva v Československu v letech 1945 – 1989. Sborník příspěvků. Praha: Univerzita Karlova, 2004, s. 385.

žaloby v období Slovenskej republiky upravoval vo svojej tretej časti v § 79 zákon č. 112/1942 Sl. z. o organizácii súdov, úradov verejnej obžaloby a súdnej správy. Sústavu orgánov verejnej žaloby tvorili *Generálne štátne zastupiteľstvo* zriadené v sídle Najvyššieho súdu v Bratislave, *hlavné štátne zastupiteľstvá* zriadené v sídlach hlavných súdov v Bratislave a Prešove a *štátne zastupiteľstvá* zriadené v sídlach krajských súdov. Organizácia orgánov verejnej žaloby bola teda trojstupňová, pretože na úrovni okresných súdov mali na starosti zastupovanie verejnej žaloby povereníci štátneho zastupiteľstva. Povereníkov štátneho zastupiteľstva vymenúval minister spravodlivosti na návrh prokurátora po vypočutí predsedu okresného súdu. Povereníkmi mali byť predovšetkým osoby s právnickým vzdelaním, ale zákon ustanovoval aj výnimku, podľa ktorej v prípade potreby nimi mohli byť i verejní úradníci.¹⁸⁾ Na čele Generálneho štátneho zastupiteľstva bol generálny prokurátor, ktorý vykonával správu Generálneho štátneho zastupiteľstva, dozeral na jeho zamestnancov, prideloval im prácu a kontroloval ich. Okrem neho bolo Generálne štátne zastupiteľstvo obsadené i potrebným počtom generálnych štátnych zástupcov. Na čele hlavného štátneho zastupiteľstva bol hlavný prokurátor, ktorý ho spravoval, tiež dozeral na jeho zamestnancov, prideloval im prácu a kontroloval ich. Tento stupeň štátneho zastupiteľstva bol ešte obsadený potrebným počtom hlavných štátnych zástupcov. Na čele štátneho zastupiteľstva, najnižšieho stupňa sústavy štátnych zastupiteľstiev, bol prokurátor, ktorému boli podriadení štátni zástupcovia a ktorý okrem rovnakých úloh ako všetci správcovia (dozor nad zamestnancami, pridelovanie práce, kontrola) uskutočňoval aj dozor nad väznicami v sídle príslušného krajského súdu, ďalej dozor nad riadnym výkonom trestov a nad poriadkom vo väzniciach. V zmysle § 1 zákona č. 112/1942 Sl. z. podliehali všetky úrady verejnej žaloby všeobecnému dozoru ministra spravodlivosti, ktorý bol oprávnený kedykoľvek preskúmať činnosť úradov verejnej žaloby a dávať im pokyny a príkazy na odstránenie zistených nedostatkov. Konkrétne procesné oprávnenia orgánov verejnej žaloby, rovnako ako v období Československej republiky, upravoval stále zák. čl. XXXIII/1896 – Uhorský trestný poriadok, samozrejme v znení neskorších noviel.

Treba ešte uviesť, že popri už spomenutých orgánoch verejnej žaloby existovala počas trvania Slovenskej republiky na našom území i **sústava vojenských orgánov verejnej žaloby**. Ich organizácia bola dvojstupňová. Pri vojenských súdoch (súdoch prvoinštančných) v Bratislave a Poprade boli zriadené *úrady vojenskej prokuratúry*. Na druhom stupni, pri Hlavnom vojenskom súde so sídlom v Bratislave, bol zriadený *úrad hlavnej vojenskej prokuratúry*. Išlo o špecializované orgány verejnej žaloby, ktoré sa sústreďovali na trestné stíhanie vojenských trestných činov.¹⁹⁾

Po oslobodení Slovenska a Čiech na konci druhej svetovej vojny bola obnovená Československá republika vo svojich predvojnových hraniciach a bol prevzatý dovtedajší systém orgánov verejnej žaloby. Na základe nariadenia SNR č. 1/1944 Sb. n. SNR zostala na území Slovenska v platnosti organizácia orgánov verejnej žaloby existujúca počas Slovenskej republiky upravená v zákonoch č. 112 a 113/1942 Sl. z. Už v roku 1945 však boli vykonané čiastočné zmeny v organizácii orgánov verejnej žaloby na Slovensku.²⁰⁾ Na území Čiech bola zase na základe ústavného dekrétu prez. rep. č. 2/1940 Úř. věst. čs. obnovená platnosť právnych predpisov týkajúcich sa organizácie a pôsobnosti orgánov

18) § 83 ods. 1 zákona č. 112/1942 Sl. z. o organizácii súdov, úradov verejnej obžaloby a súdnej správy.

19) Hubenák, L. Právne dejiny Slovenska do roku 1945: (II. diel). Banská Bystrica: Právnická fakulta Univerzity M. Bela, 2001, s. 274.

20) Bližšie pozri nariadenie SNR č. 3/1945 Sb. n. SNR o organizácii súdov a organizácii verejnej žaloby na vrátenom území Slovenska.

verejnej žaloby v tom stave, ako boli prebraté recepčnou normou v r. 1918 a postupne menené v priebehu trvania prvej Československej republiky.²¹⁾ Hlavnou úlohou orgánov verejnej žaloby v rokoch 1945 – 1948 bolo trestne stíhať vojnových zločincov, zradcov a kolaborantov. Táto úloha však nebola zverená orgánom štátneho zastupiteľstva, ale v zmysle retribučných dekrétov prezidenta republiky boli pri retribučných súdoch zriadené pre tento účel orgány ad hoc – *zvláštne orgány žaloby*.²²⁾

4. Verejná žaloba v období rokov 1948 – 1989

Mocenský prevrat vo februári 1948 znamenal nástup komunistického režimu, ktorý vyše 50 rokov ovplyvňoval podobu nielen súdnictva, ale i systému verejnej žaloby v Československu. Už 6. októbra 1948 bol prijatý zákon č. 232/1948 Zb. o Štátnom súde, ktorého úlohou bolo konať a rozhodovať o trestných činoch podľa zákona na ochranu ľudovodemokratickej republiky. Pri Štátnom súde bola zriadená **Štátna prokuratúra**, ktorá sa zameriavala výlučne na **trestné stíhanie trestných činov podľa zákona na ochranu ľudovodemokratickej republiky**. Členmi Štátnej prokuratúry boli štátny prokurátor a štátni viceprokurátori, pričom štátny prokurátor bol na jej čele a bol priamo podriadený ministrovi spravodlivosti.²³⁾ Štátna prokuratúra však zanikla spolu so Štátnym súdom už v roku 1952, kedy bol prijatý zákon č. 66/1952 Zb. o organizácii súdov. Na vývoj orgánov verejnej žaloby mal významný vplyv zákon č. 319/1948 Zb. o zľudovení súdnictva. Týmto zákonom sa všetky zložky štátneho zastupiteľstva začali označovať ako „prokuratúra“ a došlo k bližšiemu posunu k socialistickému typu orgánov verejnej žaloby. Organizácia systému štátneho zastupiteľstva bola podľa uvedeného zákona koncipovaná na princípe subordinácie. V sídlach okresných súdov boli zriadené *okresné prokuratúry* (úrady verejnej žaloby prvého stupňa), ktoré boli podriadené *krajským prokuratúram* (úradom verejnej žaloby druhého stupňa) zriadeným v sídlach krajských súdov. Na čele celej tejto sústavy stál *generálny prokurátor* pôsobiaci pri Najvyššom súde, ktorého úrad ale nebol úradom verejnej žaloby. Generálny prokurátor však získal oprávnenie podať sťažnosť pre zachovanie zákona proti právoplatnému rozhodnutiu riadneho, osobitného alebo rozhodcovského súdu, ak mal za to, že v konaní alebo pri rozhodovaní bol porušený zákon.²⁴⁾ Všetky uvedené úrady (okresné prokuratúry, krajské prokuratúry, generálna prokuratúra) boli podriadené ministerstvu spravodlivosti.

Mimoriadny význam vo vývoji československého systému štátneho zastupiteľstva má prijatie ústavného zákona č. 64/1952 Zb. o súdoch a prokuratúre a vykonávacieho zákona č. 65/1952 Zb. o prokuratúre. Práve týmito dvomi zákonmi bola dovriešená sovielizácia orgánov verejnej žaloby a ich prebudovanie na samostatný, jednotný, monokratický orgán nezávislý na miestnych a ostatných orgánoch štátnej správy. Z prokuratúry ako orgánu verejnej žaloby sa stal veľmi významný orgán strážiaci socialistickú zákonnosť, ktorý mal viesť boj proti „tiednemu nepriateľovi“ a ktorý mal presadzovať triedne záujmy štátu.²⁵⁾ Hlavná úloha prokuratúry bola vymedzená v § 1 zákona č. 65/1952 Zb., podľa

21) Bližšie pozri Flegl, V. Československá justice a prokuratura. Praha: Ústav státní správy, 1979, s. 156.

22) Plundr, O. – Hlavsa, P. Organizace justice a prokuratury. Praha: Panorama, 1980, s. 27.

23) Viac k organizácii Štátnej prokuratúry pozri § 12 – § 16 zákona č. 232/1948 Zb. o Štátnom súde.

24) Sťažnosť pre zachovanie zákona však generálny prokurátor nemohol podať proti rozhodnutiu Najvyššieho súdu. Viac k tomuto oprávneniu pozri § 55 a nasl. zákona č. 319/1948 Zb. o zľudovení súdnictva.

25) Vlček, ref. 17, s. 389.

ktorého prokuratúra mala „*strážiť, presadzovať a upevňovať socialistickú zákonnosť, a tým chrániť spoločenský poriadok a štátne zriadenie republiky a jej socialistickú výstavbu, socialistické vlastníctvo, ako aj záujmy pracujúceho ľudu proti nepriateľom a iným rušiteľom*“. Na čele systému prokuratúry stál generálny prokurátor, ktorý vykonával najvyšší dozor nad presným vykonávaním a zachovávaním zákonov a iných právnych predpisov pri činnosti a postupe ministerstiev a iných úradov štátnej správy, súdov, národných výborov, orgánov, inštitúcií a úradných osôb, ako i jednotlivých občanov.²⁶⁾ Generálneho prokurátora vymenúval a odvolával prezident republiky na návrh vlády, ktorej bol aj zodpovedný za svoju činnosť. Orgánmi generálneho prokurátora boli námestníci generálneho prokurátora, krajskí a okresní prokurátori a ich námestníci, vyšší a nižší vojenski prokurátori a ich námestníci, vyšší a nižší poľní prokurátori a ich námestníci, ostatní prokurátori a vojenski prokurátori. Všetky uvedené orgány boli funkčne nezávislé od ostatných orgánov štátnej správy a boli podriadené jedine generálnemu prokurátorovi. Z hľadiska organizácie systému prokuratúry bola jej organizácia zhodná s organizáciou zavedenou zákonom o zľudovení súdnictva. Územná organizácia prokuratúry bola odvodená od územnej organizácie súdnictva, čo znamenalo, že sídla a obvody okresných a krajských prokurátorov boli totožné so sídlami a obvody okresných a krajských súdov.

Ako sme už sčasti naznačili, zákonom č. 65/1952 Zb. získala prokuratúra významné právomoci v netrestnej oblasti, keďže ako orgán všeobecného dozoru bola oprávnená vykonávať dozor nad zachovávaním zákonnosti v administratívnej sfére (v činnosti rôznych úradov, orgánov a inštitúcií). Inštitút všeobecného dozoru dovtedy v československom právnom poriadku neexistoval a práve aj v tomto možno vidieť **radikálne zbližovanie konceptu československej prokuratúry k prokuratúre sovietskeho typu**. Prostriedkami prokuratúry na vykonávanie spomenutého všeobecného dozoru nad zákonnosťou boli *protest* proti rozhodnutiam a opatreniam, ktoré boli v rozpore s právnym poriadkom, a *upozornenie* na nezákonnosť rozhodnutia, opatrenia alebo postupu. Už v roku 1956 však komunistický režim prehodnocoval činnosť prokuratúry a dospel k záveru, že je potrebné upevniť a posilniť inštitút všeobecného dozoru prokuratúry ako najvyššieho strážcu socialistickej zákonnosti. Z toho dôvodu bol vydaný nový zákon o prokuratúre č. 65/1956 Zb., ktorým bola dobudovaná prokuratúra ako „*jednotný, prísne centralizovaný a monokratický orgán*“.²⁷⁾ Uvedený zákon sa zameriaval najmä na posilnenie a rozšírenie dozorných funkcií prokuratúry a prostriedkov a metód všeobecného dozoru. V zmysle § 9 uvedeného zákona bol prokurátor oprávnený napr. preskúmať zákonnosť všeobecne záväzných nariadení národných výborov a všeobecne záväzných právnych predpisov ministerstiev a iných úradov, vykonávať u týchto orgánov previerky zachovávanie zákonov a iných právnych predpisov.

Z hľadiska územnej organizácie sa sústava prokuratúry nezmenila, novinkou však bolo doplnenie tejto sústavy o *oblastných a obvodných dopravných prokurátorov*, pričom oblastní dopravní prokurátori vykonávali v medziach svojej pôsobnosti právomoc krajských prokurátorov a obvodní dopravní prokurátori právomoc okresných prokurátorov. Tieto úrady prokuratúry však boli zrušené už v roku 1960 v súvislosti s novým územným členením štátu, kedy bola spochybnená potreba existencie dopravných prokurátorov.²⁸⁾

26) § 6 úst. zák. č. 64/1952 Zb. o súdoch a prokuratúre.

27) Bližšie pozri Flegl, ref. 21, s. 165.

28) Vojáček, L. – Schelle, K. Právní dějiny na území Slovenska. Ostrava: Key Publishing, 2007, s. 377.

Z hľadiska postavenia a úloh generálneho prokurátora možno povedať, že úrad generálneho prokurátora sa stal jedným z najvyšších štátnych orgánov. Prestal byť zodpovedný za svoju činnosť vláde a mohol sa dokonca zúčastniť s poradným hlasom na zasadani vlády a Zboru poverenikov. Výhradnou právomocou generálneho prokurátora bolo oprávnenie menovať a odvolávať hlavného vojenského prokurátora a všetkých ostatných prokurátorov, mal kármu moc nielen nad prokurátormi a vyšetrovateľmi, ale dokonca i nad vojakmi činnými na prokuratúre.

V roku 1960 bola vydaná Ústava ČSSR č. 100/1960 Zb., ktorá mala kodifikovať socialistické zriadenie štátu. V čl. 97 zakotvila ústava vo všeobecnosti hlavné úlohy prokuratúry, ktorými boli napr. *ochrana socialistického štátu, jeho spoločenského zriadenia a práv občanov, ako aj výchova občanov k oddanosti vlasti a socializmu a k zachovávaní zákonov a pravidiel občianskeho spolužitia*. Ústava rovnako stanovila, že na čele prokuratúry je generálny prokurátor, ktorého vymenúva a odvoláva prezident republiky a ktorý je zodpovedný za svoju činnosť Národnému zhromaždeniu. Rovnako ako zákony predtým, aj Ústava z roku 1960 zakotvila funkčnú nezávislosť orgánov generálneho prokurátora.²⁹⁾

Po prijatí Ústavy z roku 1960 boli postupne vydávané nové hmotnoprávne a procesnoprávne kódexy.³⁰⁾ Prijímaniu nových právnych úprav sa nevyhla ani oblasť prokuratúry. Už v roku 1965 bol prijatý nový zákon č. 60/1965 Zb. o prokuratúre, ktorým sa z hľadiska organizácie zjednodušila sústava orgánov prokuratúry. V zmysle § 30 nového zákona sa prokuratúra členila na *Generálnu prokuratúru*, súčasťou ktorej bola *Hlavná vojenská prokuratúra, krajské prokuratúry a Mestskú prokuratúru v Prahe, vyššie vojenské prokuratúry, okresné prokuratúry, obvodné prokuratúry na území hlavného mesta Prahy a vojenské obvodné prokuratúry*. Sídla a obvody týchto prokuratúr sa zhodovali so sídlami a obvody im zodpovedajúcich národných výborov. Činnosť všetkých prokuratúr riadil a kontroloval generálny prokurátor, ktorý mal postavenie vedúceho ústredného orgánu. Vymenúval a odvolával ho prezident republiky a za svoju činnosť bol zodpovedný len Národnému zhromaždeniu. V § 3 zákon upravil hlavné okruhy pôsobnosti prokuratúry, ktoré sa koncentrovali na vykonávanie jednotného prokurátorského dozoru. Prokuratúra takto vykonávala dozor nad dôsledným vykonávaním a zachovávaním zákonov a iných právnych predpisov ministerstvami a inými orgánmi štátnej správy, národnými výbormi, hospodárskymi a inými organizáciami a jednotlivými občanmi (tzv. všeobecný dozor), trestne stíhala osoby, ktoré sa dopustili trestných činov, ako aj previnení a priestupkov, uskutočňovala dozor nad zachovávaním zákonnosti v prípravnom trestnom konaní, dozor nad zákonnosťou postupu a rozhodovania súdov a štátnych notárstiev, zúčastňovala sa v konaní pred súdmi a štátnymi notárstvami a taktiež vykonávala dozor nad zachovávaním zákonnosti v miestach, v ktorých sa vykonávala väzba, trest odňatia slobody, ochranné liečenie a ochranná výchova. Zákon rovnako upravil činnosť vyšetrovateľov prokuratúry, ktorí vykonávali vyšetrovanie trestných činov, pričom výkon dozoru nad vyšetrovaním bol zverený prokurátorom. Prostriedkami nápravy, ktorými prokurátor disponoval pri výkone

29) Por. čl. 104 a nasl. Ústavy ČSSR č. 100/1960 Zb.

30) Napr. zákon č. 62/1961 Zb. o organizácii súdov, zákon č. 38/1961 Zb. o miestnych ľudových súdoch, zákon č. 121/1962 Zb. o hospodárskej arbitráži, zákon č. 99/1963 Zb. – Občiansky súdny poriadok a i. Podľa nového Občianskeho súdneho poriadku sa prokurátor mohol stať účastníkom konania nielen vtedy, keď dal návrh na začatie konania, ale i keď do konania vstúpil dodatočne. Prokurátorovi bola tiež zverená procesná legitimácia vo všetkých prípadoch, kedy návrh mohol podať iný účastník hmotnoprávneho vzťahu (výnimkou boli čisto osobnostné práva občana a výkon súdneho rozhodnutia).

všeobecného dozoru, bolo oprávnenie podať *protest* proti rozhodnutiam, ktoré odporovali zákonom a iným právnym predpisom, a taktiež oprávnenie podať písomné *upozornenie* orgánom za účelom odstránenia porušovania zákonov a iných právnych predpisov.³¹⁾

Ústavným zákonom č. 143/1968 Zb. o československej federácii z roku 1968 došlo od 1. januára 1969 **k federalizácii štátu**. V súvislosti s významnou zmenou usporiadania štátu bolo nevyhnutné organizačne vyriešiť aj sústavu orgánov prokuratúry. Samotný ústavný zákon o československej federácii však túto otázku neriešil, v čl. 145 len uviedol, že organizáciu prokuratúry upraví samostatný ústavný zákon. Ním bol ústavný zákon č. 155/1969 Zb., ktorým sa menila a dopĺňala ôsma hlava Ústavy z roku 1960. Uvedený ústavný zákon zaviedol novú sústavu orgánov prokuratúry, ktorá vychádzala z federatívneho usporiadania štátu. Novú sústavu orgánov prokuratúry tvorila *Generálna prokuratúra ČSSR, Generálna prokuratúra ČSR a Generálna prokuratúra SSR*. Okrem týchto najvyšších orgánov existovali orgány prokuratúry v jednotlivých republikách na krajskej a okresnej úrovni. Treba podotknúť, že generálnemu prokurátorovi neboli podriadené všetky orgány prokuratúry, ale iba orgány Generálnej prokuratúry ČSSR (jej súčasťou bola hlavná vojenská prokuratúra) a orgány vojenských (vyšších a obvodových) prokuratúr. Generálni prokurátori jednotlivých republik mu boli podriadení iba v prípade, ak vykonávali dozor nad dôsledným vykonávaním a zachovávaním zákonov a iných právnych predpisov vydaných orgánmi ČSSR. Orgány prokuratúry v jednotlivých republikách boli podriadené iba generálnemu prokurátorovi príslušnej republiky. Generálneho prokurátora ČSSR vymenúval a odvolával prezident ČSSR a bol zodpovedný za svoju činnosť Federálnemu zhromaždeniu. Naopak, generálneho prokurátora príslušnej republiky vymenúvalo a odvolávalo predsedníctvo národnej rady príslušnej republiky, pričom bol zodpovedný národnej rade príslušnej republiky.

Ďalšie podrobnosti týkajúce sa organizácie prokuratúry ustanovil zákon č. 147/1969 Zb., ktorým sa menil a dopĺňal zákon č. 60/1965 Zb. o prokuratúre. Organizačné usporiadanie sústavy prokuratúry zavedené touto novelou existovalo až do roku 1989, čiže do pádu komunistického režimu. Prokuratúra sa členila na Generálnu prokuratúru ČSSR, súčasťou ktorej bola Hlavná vojenská prokuratúra, Generálnu prokuratúru ČSR, Generálnu prokuratúru SSR, krajské prokuratúry, vyššie vojenské prokuratúry, okresné prokuratúry a vojenské obvodné prokuratúry. Na území hlavného mesta ČSSR a ČSR Prahy plnila úlohy krajskej prokuratúry Mestská prokuratúra v Prahe a úlohy okresných prokuratúr plnili obvodné prokuratúry. Úlohy okresnej prokuratúry na území hlavného mesta SSR Bratislavy plnila Mestská prokuratúra v Bratislave. Úlohy okresných prokuratúr na území miest Brna, Ostravy, Plzne a Košíc plnili mestské prokuratúry v Brne, Ostrave, Plzni a Košiciach. Za brannej pohotovosti štátu pôsobili taktiež ako vojenské prokuratúry aj vyššie poľné prokuratúry a nižšie poľné prokuratúry.

Samotná prokuratúra bola počas obdobia socializmu prezentovaná ako orgán dodržiavajúci princípy objektívnosti. Išlo však len o formálne prezentovanie sa navonok, keďže orgány verejnej žaloby v žiadnom totalitnom systéme nie sú a ani nemôžu byť objektívne. Rovnako ako v iných totalitných systémoch, aj na území socialistického Československa bola prokuratúra úzko spätá s činnosťou a fungovaním vedúcej komunistickej strany. Práve komunistická strana bola tým činiteľom, ktorý politicky riadil aktivity prokuratúry a určoval hlavné zásady jej činnosti (hlavné úlohy prokuratúry boli vyjadrené v záveroch zjazdov KSČ a v uzneseniach orgánov strany na krajských a okresných úrovniach).³²⁾ Možno teda

31) Bližšie pozri § 15 a nasl. zákona č. 60/1965 Zb. o prokuratúre.

32) Bližšie k postaveniu prokuratúry v socialistickom Československu a aspektoch jej činnosti pozri Vojáček, ref. 28, s. 378 – 380.

povedať, že prokuratúra bola konštituovaná ako orgán vykonávajúci kontrolu celej výkonnej a dokonca i súdnej moci. Okrem toho bola konštituovaná aj ako orgán, ktorý sám seba nielen spravoval, ale i kontroloval. Takto vymedzená pôsobnosť a forma kontroly činnosti je samozrejme nesprávna a v každom štáte dodržiavajúcom demokratické zásady a idey právneho štátu nemysliteľná. Neexistencia kontroly v štátnom orgáne je vždy spojená so vznikom neželaných javov, ako sú nezákonné formy činnosti a rozhodovania, vedúce až k porušovaniu základných ľudských práv a slobôd.³³⁾

Po revolúcii v roku 1989 bola preto práve prokuratúra jedným z prvých orgánov, ktorý prešiel **radikálnymi zmenami**. Jednou z najdôležitejších zmien bolo vypustenie čl. IV. Ústavy ČSSR o vedúcej úlohe strany, čím sa prerušila úzka previazanosť prokuratúry s komunistickou stranou. To bol prvý krok, ktorý prispel k odklonu od totalitnej koncepcie prokuratúry a ktorý umožnil vytvoriť z prokuratúry orgán skutočne zastupujúci verejný záujem. Rovnako dôležité bolo i odstránenie osôb podieľajúcich sa na nezákonných politických čistkách v 50. rokoch 20. storočia, ktorí v očiach verejnosti hrubo znevážili postavenie a reálne úlohy prokuratúry ako orgánu verejnej žaloby. Ďalšie dôležité zmeny predstavovali zmeny v oprávneniach samotného prokurátora. V decembri 1991 bol prijatý zákon č. 558/1991 Zb., ktorým sa menil a dopĺňal Trestný poriadok. Práve táto novela Trestného poriadku odňala prokurátorovi možnosť rozhodovať v trestnom konaní o zásahoch do základných ľudských práv a slobôd a presunula toto oprávnenie na súd ako nezávislý a nestranný orgán.³⁴⁾

Dňa 1. 11. 1996 nadobudol účinnosť nový zákon o prokuratúre č. 314/1996 Zb., ktorý nahradil dovtedy už viac ako 30 rokov platný zákon č. 60/1965 Zb. o prokuratúre. Tento zákon zachoval výstavbu prokuratúry existujúcu v socialistickom Československu založenú na zásadách jednotnosti, monokratizmu a hierarchického usporiadania.³⁵⁾ V zmysle § 2 ods. 2 spomenutého zákona prokuratúra tvorila „jednotnú, centrálnu riadenú a organizovanú sústavu, v ktorej prokurátori pôsobia vo vzťahoch podriadenosti a nadriadenosti a svoje úlohy vykonávajú na základe zákona a prostriedkami ustanovenými zákonom nezávisle od iných orgánov“. Medzi základné úlohy prokuratúry patrili ochrana práv a zákonom chránených záujmov fyzických osôb, právnických osôb a štátu

33) Absolútne porušovanie základných ľudských práv a slobôd a základných zásad trestného konania možno zreteľne vidieť najmä v politických procesoch vedených v 50. rokoch 20. storočia, kedy boli odsúdení na trest smrti mnohí občania z čisto politických dôvodov (napr. Rudolf Slánsky, dr. Milada Horáková a i.) označovaní prívlastkami ako „triedni nepriatelia“, „buržoázni nacionalisti“ a pod. (pozn. autora).

34) Prokurátor stratil mnohé oprávnenia v rámci inštitútov zaistenia osôb a vecí na účely trestného konania, ako napr. oprávnenie rozhodovať o vzatí obvineného do väzby alebo o vydaní príkazu na zatknutie alebo na vykonanie domovej prehliadky. Tieto oprávnenia prešli na súd, čo je aj správne, pretože v právnom štáte môže o zásahoch do základných ľudských práv a slobôd rozhodovať iba nezávislý a nestranný orgán. Viac k týmto oprávneniam pozri § 68 a nasl. zákona č. 558/1991 Zb.

35) *Zásada jednotnosti* vyjadruje jednotnosť sústavy orgánov verejnej žaloby, t. j. plnenie úloh prokuratúry prokurátormi na celom území štátu a oprávnenie každého prokurátora vykonať každý úkon spadajúci do kompetencie prokuratúry. *Zásada monokratizmu* znamená to, že na čele prokuratúry je generálny prokurátor, ktorému sú podriadené všetky orgány prokuratúry a ktorý riadi a kontroluje ich činnosť. *Zásada hierarchického usporiadania* predstavuje podriadenosť nižších prokurátorov vyšším prokurátorom, možnosť vyšších prokurátorov riadiť a kontrolovať činnosť nižších prokurátorov a tiež ich možnosť vykonať jednotlivé úkony prináležiace nižším prokurátorom. Bližšie k jednotlivým zásadám pozri Svák, J. Organizácia a činnosť orgánov ochrany práva. Bratislava: Vydavateľské oddelenie Právnickej fakulty Univerzity Komenského, 1995, str. 13 – 14, resp. tiež Schelle, K. – Vétrovec, V. a kol. Státní zastupitelství. 1. vyd. Praha: Eurolex Bohemia, 2002, str. 69 – 70.

a aktivity smerujúce k predchádzaniu, zisteniu, odstráneniu porušenia zákonnosti, k obnove porušených práv a k vyvodeniu zodpovednosti. Takto vymedzené kompetencie zodpovedali a zodpovedajú skutočným úlohám orgánov verejnej žaloby a pomáhajú tak naplňovať idey právneho štátu. Uvedený zákon o prokuratúre upravoval otázku organizácie prokuratúry ako celku a postavenie prokurátora ako osoby (spôsobilosť na vymenovanie za prokurátora, povinnosti prokurátora a i.). spoločne. Už v roku 2001 však boli prijaté dva zákony, a to zákon č. 153/2001 Z. z. o prokuratúre a zákon č. 154/2001 Z. z. o prokurátoroch a právnych čakateloch prokuratúry, ktorými došlo k oddeleniu úpravy organizácie prokuratúry od úpravy postavenia prokuratúry. Zákon č. 153/2001 Z. z. sa označuje preto aj ako tzv. *organizačný zákon*, lebo upravuje postavenie a pôsobnosť prokuratúry, generálneho prokurátora a ostatných prokurátorov a taktiež organizáciu a riadenie prokuratúry. Naopak, zákon č. 154/2001 Z. z. sa označuje ako tzv. *statusový zákon*, lebo upravuje iba postavenie prokurátorov a právnych čakatelov prokuratúry, ich práva a povinnosti, vznik, zmenu a zánik služobného pomeru a nároky z toho vyplývajúce, zodpovednostné vzťahy, disciplinárne konanie a samosprávu prokurátorov. Oba zákony platia i v súčasnosti, samozrejme s viacerými novelami prijatými v ďalšom období.

5. Záver

Orgány verejnej žaloby sú nesmierne dôležité pre riadne fungovanie štátu a spoločnosti. Svojou činnosťou prispievajú k ochrane zákonnosti v štáte a taktiež k predchádzaniu páchania trestnej činnosti. Ako každý inštitút, aj tento inštitút má svoje historické ukotvenie, ktoré umožňuje pochopiť podobu, ako aj význam mnohých súčasných aspektov prokuratúry. Na základe analýzy, ktorú sme poskytli v článku, vyplýva to, že podoba, ktorú majú orgány verejnej žaloby na území SR v súčasnosti, sa výrazne odlišuje od podoby, ktorú mala verejná žaloba vo svojich počiatkoch. Verejná žaloba na území SR sa pôvodne, rovnako ako v iných krajinách, sformovala iba ako inštitút, ktorý mal zastupovať záujmy úzkeho okruhu osôb (panovníka). Až postupom času sa z tohto orgánu vyvinul orgán, ktorého úlohou bolo reprezentovať verejný záujem v konaní pred súdom. Svoju tradičnú podobu začali orgány verejnej žaloby nadobúdať až v druhej polovici 19. storočia, avšak k jej ustáleniu došlo až v období 1. ČSR. Roky neslobody, či už to bolo obdobie nacizmu alebo komunizmu, však urobili z nezávislých orgánov verejnej žaloby orgány chrániace predovšetkým vtedajší režim a prenasledujúce všetky osoby, ktoré boli nepriateľské, resp. nevyhovujúce tomuto režimu. Až pád komunizmu v roku 1989 priniesol očakávanú zmenu, a to návrat k pôvodnému poslaniu orgánov verejnej žaloby – nezávislú ochranu práva v štáte.

Na záver teda možno len skonštatovať, že poznanie histórie je významným činiteľom, ktorý nám môže ukázať, ktoré aspekty organizácie a fungovania prokuratúry sa neosvedčili a naopak, ktoré boli významným krokom a ktoré treba rozvíjať a zdokonaľovať. Venovanie náležitej pozornosti histórii tohto inštitútu môže napomôcť vyhnúť sa mnohým problémom súvisiacim s fungovaním a činnosťou tohto dôležitého orgánu ochrany práva.

Summary

The author of the article analyses a formation and development of the public prosecution office on the territory of the Slovak Republic. Public prosecution office is today an unsubstitutable body in the system of state organization. Public prosecutor represents public interest in the legal proceeding and has a status of party in the legal proceeding. However, public prosecutor has not always been a representative of public interest. Initially,

public prosecutor represented king's interest. Over time he began to represent public interest which was injured by wrongful conduct of other persons. The history of the public prosecution office on the territory of the Slovak Republic is not very long. Public prosecution office in its traditional form has been formed in the 2nd half of 19th century. After formation of independent Czechoslovak republic in 1918 public prosecution office has gained its unthinkable position in the state organization. However, during the period of totalitarian system on the Slovak territory it became a body of strict control and persecution of political enemies. After the revolution in 1989 it has become again a body of public interest. The main task of public prosecution office today is the protection of rights of natural persons, legal persons and state.

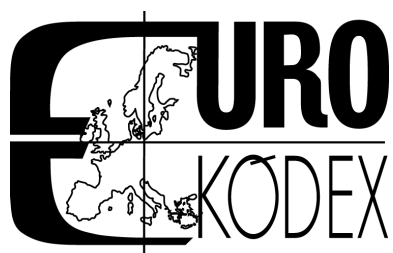
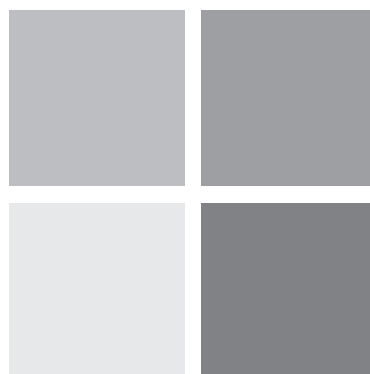
Zoznam použitej literatúry:

- [1] FENYK, J.: Veřejná žaloba. Díl první : Historie, současnost a možný vývoj veřejné žaloby. 1. vyd. Praha: Institut Ministerstva spravedlnosti České republiky pro další vzdělávání soudců a státních zástupců, 2001. 215 s. (Příručky Ministerstva spravedlnosti ČR ; sv. 62).
- [2] STIPTA, I.: Dejiny súdnej moci v Uhorsku do roku 1918. Košice : Nica, 2004. 270 s. ISBN 80-969246-0-5.
- [3] MOSNÝ, P. – HUBENÁK, L.: Dejiny štátu a práva na Slovensku. Košice: Aprilla, 2008. 374 s. ISBN 978-80-89346-02-8.
- [4] SCHELLE, K. – VĚTROVEC, V. a kol.: Státní zastupitelství. 1. vyd. Praha: Eurolex Bohemia, 2002. 519 s. ISBN 80-86432-34-3.
- [5] HUBENÁK, L.: Právne dejiny Slovenska do roku 1945: (II. diel). Banská Bystrica: Právnická fakulta Univerzity M. Bela, 2001. 349 s. ISBN 80-8055-530-3.
- [6] FLEGL, V.: Československá justice a prokuratura. Praha: Ústav státní správy, 1979. 251 s.
- [7] PLUNDR, O. – HLAVSA, P.: Organizace justice a prokuratury. 4. přeprac. vyd. Praha: Panorama, 1980. 248 s.
- [8] SVÁK, J.: Organizácia a činnosť orgánov ochrany práva. Bratislava: Vydavateľské oddelenie Právnickej fakulty Univerzity Komenského, 1995. 108 s. ISBN 80-7160-078-4.
- [9] VOJÁČEK, L. – SCHELLE, K.: Právní dějiny na území Slovenska. Ostrava: Key Publishing, 2007. 450 s. ISBN 978-87071-43-4.
- [10] VLČEK, E.: Vývoj prokuratury v letech 1945 – 1990. In Vývoj práva v Československu v letech 1945-1989. Sborník příspěvků. Praha: Univerzita Karlova, 2004. 914 s. ISBN 80-246-0863-4.
- [11] Zákon čl. XXXIII/1871 o štátnom zastupiteľstve.
- [12] Zákon čl. XXXIII/1896 (Uhorský trestný poriadok).
- [13] Zákon č. 5/1918 Sb., ktorým sa zriaďuje Najvyšší súd.
- [14] Zákon č. 11/1918 Zb. o zriadení samostatného štátu československého.
- [15] Zákon č. 201/1928 Sb. o úprave niektorých organizačných otázok v súdnictve.
- [16] Zákon č. 112/1942 Sl. z. o organizácii súdov, úradov verejnej obžaloby a súdnej správy.
- [17] Nariadenie SNR č. 3/1945 Sb. n. SNR o organizácii súdov a organizácii verejnej žaloby na vrátenom území Slovenska.
- [18] Zákon č. 232/1948 Zb. o Štátnom súde.
- [19] Zákon č. 319/1948 Zb. o zľudovení súdnictva.
- [20] Úst. zákon č. 64/1952 Zb. o súdoch a prokuratúre.

- [21] Zákon č. 65/1952 Zb. o prokuratúre.
- [22] Ústava ČSSR č. 100/1960 Zb.
- [23] Zákon č. 99/1963 Zb. – Občiansky súdny poriadok.
- [24] Zákon č. 60/1965 Zb. o prokuratúre.
- [25] Ústavný zákon č. 143/1968 Zb. o československej federácii.
- [26] Ústavný zákon č. 155/1969, ktorým sa mení a dopĺňa ôsma hlava Ústavy z roku 1960.
- [27] Zákon č. 147/1969 Zb., ktorým sa mení a dopĺňa zákon č. 60/1965 Zb. o prokuratúre.
- [28] Zákon č. 558/1991 Zb., ktorým sa mení a dopĺňa Trestný poriadok.
- [29] Zákon č. 153/2001 Z. z. o prokuratúre.
- [30] Zákon č. 154/2001 Z. z. o prokurátoroch a právnych čakatel'och prokuratúry.

Mgr. Bystrík Šramel

Interný doktorand FP PEVŠ, Ústav verejného práva
bystrik.sramel@gmail.com



Prehľad vydanej odbornej literatúry

www.eurokodex.sk

PREHĽAD VYDANEJ ODBORNEJ LITERATÚRY

PRÁVNICKÉ PUBLIKÁCIE

ČIERNE EUROKÓDEXY

<i>názov publikácie autor/i vydaných publikácií</i>	<i>cena</i>		<i>mesiac/rok vydania</i>
Advokát pred európskymi súdmi SVÁK, J. a kol.	420 Sk	13,94 €	4/2004
Konkurzné právo na Slovensku a v Európskej únii, 2. prepracované a doplnené vydanie ĐURICA, M.	1 202,10 Sk	39,90 €	11/2010
Ochrana ľudských práv, II. vydanie SVÁK, J.	1 967 Sk	65,29 €	5/2006
Pojmy dobrého práva BARÁNY, E.	595 Sk	19,75 €	9/2007
Pracovné právo v zjednotenej Európe Kolektív	416,50 Sk	13,82 €	12/2004
Právnická bibliografia 1993 – 2000 BLAHO, P., SVÁK, J.	2 049 Sk	68,01 €	2001
Právnická bibliografia 2001 – 2004 BLAHO, P., SVÁK, J.	2 126,50 Sk	70,58 €	2005
Právo Európskej únie PROCHÁZKA, R., ČORBA, J.	1 380,50 Sk	45,82 €	2/2007
Rozsudky Veľkej komory Európskeho súdu pre ľudské práva SVÁK, J. a kol.	2 570,50 Sk	85,32 €	9/2006
Slovenské a európske pracovné právo BARANCOVÁ, E.	1 571 Sk	52,14 €	9/2004
Súdny systém EÚ SIMAN, M., SLAŠŤAN, M.	1 008 Sk	33,45 €	8/2008

SCRIPTA IURIDICA QUAE MANSERUNT

Corpus Iuris Civilis, Digesta (Tomus I.) BLAHO, P., VANKOVÁ, J.	1 499 Sk	49,75 €	9/2008
Súd a tvorba práva RATICA, J.	752,85 Sk	24,99 €	12/2009
TRIPARTITUM ŠTENPIEN, E.	1 299 Sk	43,11 €	12/2008

UČEBNICE

PRÁVNICKÉ

Antológia z politickej a právnej filozofie 3. rozšírené vydanie CHOVANCOVÁ, J.	482,02 Sk	16,00 €	12/2009
Civilné právo procesné ŠTEVČEK, M. a kolektív	1 378,60 Sk	45,76 €	5/2010
Európska integrácia a právo EÚ STRÁŽNICKÁ, V.	599,51 Sk	19,90 €	11/2009



<i>názov publikácie autor/i vydaných publikácií</i>	<i>cena</i>		<i>mesiac/rok vydania</i>
Europeizace trestního práva FENYK, J., SVÁK, J.	398 Sk	13,21 €	4/2008
Európske právo/European Law , 3. vydanie FISCHER, P.	365 Sk	12,11 €	9/2009
Finančné právo , 2. vydanie BALKO, L., BABČÁK, V. a kol.	1 376 Sk	45,67 €	10/2009
Forezná psychológia pre psychológov, právnikov, lekárov a iné pomáhajúce profesie , 3. prepracované a rozšírené vydanie HERETIK, A.	1 060 Sk	35,17 €	9/2010
International Commercial Arbitration / Medzinárodná obchodná arbitráž CHOVANCOVÁ, K.	350 Sk	11,61 €	2/2009
Medzinárodná arbitráž investičných sporov/ International Arbitration of Investment Disputes – dvojazyčná publikácia CHOVANCOVÁ, K.	512,14 Sk	17,00 €	12/2009
Legal English , revised edition KUMMEROVÁ, S., URBÁNKOVÁ, D., POTÁŠCH, P.	669 Sk	22,20 €	4/2009
Legal Sources of Private International Law – Pramene medzinárodného práva súkromného a procesného VERSCHRAEGEN, B., HAŤAPKA, M.	1 054,41 Sk	35,00 €	2/2010
Maloletý v slovenskom rodinnom práve, Právne postavenie rodiča vo výchove maloletého dieťaťa , 2. časť PAVELKOVÁ, B.	171,72 Sk	5,70 €	6/2009
Občanské právo hmotné I. HURDÍK, J., LAVICKÝ, P., TELEČ, I.	224 Sk	7,44 €	9/2008
Ochrana ústavnosti Ústavným súdom Slovenskej republiky DRGONEC, J.	1 009,50 Sk	33,50 €	9/2010
Penológia FÁBRY, A.	497,67 Sk	16,52 €	10/2009
Právne dejiny Slovenska, I. diel , 2. prepracované vydanie KOLÁRIK, J.	252 Sk	8,36 €	9/2010
Právne dejiny Slovenska II. VOJÁČEK, L.	251 Sk	8,33 €	4/2008
Právo životného prostredia , 2. zmenené a rozšírené vydanie KOŠIČIAROVÁ, S. a kol.	753,20 Sk	25,00 €	3/2009
Prokuratúra SR – orgán ochrany práva HOFFMANN, M.	175 Sk	5,80 €	10/2010
Prvky európskej právnej kultúry , I. diel OGRIS, W., OLECHOWSKI, T.	280,17 Sk	9,30 €	2/2009
Prvky európskej právnej kultúry , II. diel OGRIS, W., OLECHOWSKI, T.	280,17 Sk	9,30 €	4/2009
Soudní lékařství DOGOŠI, M.	399 Sk	13,24 €	11/2008
Súdne inžinierstvo BRADÁČ, A., PORADA, V. a kol.	370 Sk	12,28 €	11/2008
Svetové právne systémy ŠTEFANOVIČ, M.	268 Sk	8,89 €	6/2007

<i>názov publikácie</i> <i>autor/i vydaných publikácií</i>	<i>cena</i>		<i>mesiac/rok</i> <i>vydania</i>
Teória a prax legislatívy , II. vydanie SVÁK, J., KUKLIŠ, P.	476 Sk	15,80 €	1/2009
Teória práva , 3. vydanie VEČEŘA, M., GERLOCH, A., SCHLOSSER, H., BERAN, K., RUDENKO, S.	491 Sk	16,29 €	10/2009
Teorie a praxe mezinárodních vztahů 2. rozšířené vydání NOVOTNÝ, A.	557,40 Sk	18,50 €	2/2009
Ústavné právo SR – Osobitná časť , 4. rozšírené vydanie SVÁK, J., CIBULKA, L.	1 389 Sk	46,10 €	11/2009
Ústavné právo SR (Všeobecná časť) , 3. vydanie SVÁK, J., KLÍMA, K., CIBULKA, L.	1 364,15 Sk	45,28 €	11/2009
Všeobecné správne právo , 4. vydanie MACHAJOVÁ, J. a kol.	775 Sk	25,70 €	10/2009
Voľný pohyb osôb v EÚ KUNOVÁ, V., SVITANA, R.	243 Sk	8,07 €	8/2008
Vybrané správne procesy (teoretické a praktické aspekty) POTÁŠCH, P. a kolektív	720,10 Sk	23,90 €	4/2010
Základy masmediálneho práva DRGONEC, J.	1 095 Sk	36,35 €	9/2008
EKONOMICKÉ			
Celostný manažment PORVAZNÍK, J.	707 Sk	23,46 €	9/2007
Dane podnikateľských subjektov HARUMOVÁ, A., KUBÁTOVÁ, H.	564 Sk	18,72 €	10/2006
Kreativní ekonomika – vybrané ekonomické, právní, masmédiální a informatizační aspekty KLOUDOVÁ, J. a kolektív	403,40 Sk	13,39 €	3/2010
Kreativní ekonomika – Trendy, výzvy, příležitosti KLOUDOVÁ, J. a kolektív	452 Sk	14,99 €	10/2010
Makroekonomie , 3. vydanie KLOUDOVÁ, J.	373 Sk	12,38 €	11/2009
Marketing kultúry TAJTÁKOVÁ, M.	395 Sk	13,10 €	11/2010
Medzinárodné podnikanie DVOŘÁČEK, J.	328,50 Sk	10,90 €	12/2006
Sociální kompetence MIKULÁŠTÍK, M.	682 Sk	22,64 €	5/2008
Základy marketingovej komunikácie LABSKÁ, H., TAJTÁKOVÁ, M., FORET, M.	392,84 Sk	13,04 €	11/2009
Úvod do mikroekonomie STIASNY, A.	546 Sk	18,12 €	1/2008
Základy statistiky SOUČEK, E.	339 Sk	11,25 €	5/2006



názov publikácie autor/i vydaných publikácií	cena		mesiac/rok vydania
MASMEDIÁLNE			
Ako sa robia noviny TUŠER, A.	659,80 Sk	21,90 €	7/2010
Médiá a novinári na Slovensku 2010 BREČKA, S., ONDRÁŠIK, B., KEKLAK, R.	304,20 Sk	10,10 €	11/2010
Od tamtamov po internet BREČKA, S. a kol.	587,50 Sk	19,50 €	3/2009
Praktikum mediálnej tvorby TUŠER, A. a kol.	692,90 Sk	23,00 €	2/2010
Psychológia médií HRADISKÁ, E., BREČKA, S., VYBÍRAL, Z.	607,64 Sk	20,17 €	11/2009
ZBORNÍKY			
Dieťa v ohrození Kolektív	255,20 Sk	8,47 €	7/2010
Domáce násilie – nová prax a nová legislatíva v Európe ZÁHORA, J. (ed.)	141,90 Sk	4,71 €	3/2008
Forecasting Crime Development and Control of Crime in Central and Eastern European Countries Kolektív	297 Sk	9,85 €	5/2008
Ľudský faktor v spravodajských službách Kolektív	60,30 Sk	2,00 €	6/2008
Návrh legislatívneho zámeru kodifikácie súkromného práva LAZAR, J. (ed.)	218 Sk	7,24 €	9/2008
Pluralizmus moci a práva LENGYELOVÁ, D. (ed.)	346,45 Sk	11,50 €	9/2009
Rekodifikácia trestného práva – doterajšie poznatky a skúsenosti ZÁHORA, J. (ed.)	266 Sk	8,82 €	6/2008
Rímska rodina Kolektív	98 Sk	3,25 €	6/2007
Terorizmus a medzinárodné právo Kolektív	278 Sk	9,22 €	11/2007
Trestná zodpovednosť právnických osôb Kolektív	286,20 Sk	9,50 €	2/2010
Zmeny v spravodajských službách CIBULA, I. (ed.)	68 Sk	2,25 €	3/2008
Spravodajské služby v demokratickej spoločnosti CIBULA, I. (ed.)			1/2009
ČASOPISY			
Notitiae ex Academia Bratislavensi Iurisprudentiae – I/2007	313 Sk	10,38 €	1/2007
Notitiae ex Academia Bratislavensi Iurisprudentiae – I/2008	190 Sk	6,30 €	5/2008
Notitiae ex Academia Bratislavensi Iurisprudentiae – II/2008	313 Sk	10,38 €	12/2008
Notitiae ex Academia Bratislavensi Iurisprudentiae – I/2009	181 Sk	6,00 €	4/2009

<i>názov publikácie</i> <i>autor/i vydaných publikácií</i>	<i>cena</i>		<i>mesiac/rok</i> <i>vydania</i>
Notitiae ex Academia Bratislavensi Iurisprudentiae – II/2009	181 Sk	6,00 €	6/2009
Notitiae ex Academia Bratislavensi Iurisprudentiae – III/2009	181 Sk	6,00 €	11/2009
Notitiae ex Academia Bratislavensi Iurisprudentiae – IV/2009	181 Sk	6,00 €	12/2009
Notitiae ex Academia Bratislavensi Iurisprudentiae – I/2010	181 Sk	6,00 €	4/2010
Notitiae ex Academia Bratislavensi Iurisprudentiae – II/2010	181 Sk	6,00 €	5/2010
Notitiae ex Academia Bratislavensi Iurisprudentiae – III/2010	181 Sk	6,00 €	10/2010

Pripravujeme:

KERECMAN, P. – MANIK, R.: **História advokácie na Slovensku**

MACHAJOVÁ, J. a kolektív: **Všeobecné správne právo, 5. aktualizované vydanie**

PLOS, J., HUTTA, V.: **Stavebné právo**

SOBIHARD, J. a kolektív: **Správne právo – osobitná časť**

Uvedené publikácie si môžete zakúpiť na predajných miestach:

Predajňa **EuroKódex**, Tomášikova 20, **Bratislava** 02/ 434 26 815

Predajňa **EuroKódex**, Fučíkova 269, **Sládkovičovo** 031/ 789 99 29

Predajňa **EuroKódex**, Tematínska 10, **Bratislava** 02/ 682 03 655

Predaj a distribúciu pre ČR zabezpečuje Aleš Čeněk, s. r. o.
www.alescenek.cz, tel. č.: +420 222 311 629



Vydané s podporou Nadácie Štefana z Verbovca.

Notitiae ex Academia Bratislavensi Iurisprudentiae – 4/2010

Vydavateľ:



Paneurópska vysoká škola



www.eurokodex.sk

EUROKÓDEX, s. r. o.
Martina Rázusa 23 A
010 01 Žilina
IČO: 44 871 384, DIČ: 2022865999

Grafické spracovanie:

Mgr. Jozef Kotačka

Jazyková redaktorka:

Stella Machová

Sadzba dodaná do tlače:

december 2010

Vytlačil:



**POLYGRAFICKÉ
CENTRUM**
www.polygrafcentrum.sk

Polygrafické centrum
Tomášikova 26
821 01 Bratislava
ba@polygrafcentrum.sk
www.polygrafcentrum.sk

ISSN 1337-6810